Montag, 20. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 140 - 25. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 - 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

EG gibt Finanzprotokoll mit Israel frei

Co. Stuttgart

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben gestern das seit dem 29. Juni 1982 suspendierte Finanzprotokoll mit Israel freigegeben. Es sieht Kredite in Höhe von 90 Millionen Mark vor. Gleichzeitig ist auch das seit dem Einmarsch Israels in Libanon blockierte europäisch-israelische Kooperations-Abkommen wieder in Kraft gesetzt worden. Damit haben die EG-Partner den von ihnen begrüßten Abschluß des Abkommens zwischen Israel und Libanon über einen Truppenabzug honoriert. Die Bundesregierung hatte sich mehrfach für einen solchen Schritt eingesetzt, war jedoch bislang an Vorbehalten Griechenlands und Irlands gescheitert. In Stuttgart haben beide Länder nun auf deutsches Drängen ihre Bedenken fallengelassen. Bonner Diplomaten bewerteten dies als gute Vorbereitung für den Ende August geplanten Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Israel. Nun sei Syrien an der Reihe, in Libanon guten Willen zu beweisen.

USA testen erfolgreich neue MX-Rakete

dpa, Vandenberg

Unter strengster Geheimhaltung ist die neue amerikanische Interkontinentalrakete MX erfolgreich getestet worden. Ohne Sprengköpfe legte die Rakete in 30 Minuten vom Luftwaffenstützpunkt Vandenberg (Kalifornien) einen 6560 Kilometer langen Flug zu ihrem Zielgebiet bei den Marschall-Inseln im Pazifischen Ozean zurück. Der Weg für den ersten Test der MX wurde vom US-Parlament erst im vergangenen Monat freigemacht, nachdem die Gelder dafür wegen umstrittener Stationierungspläne zunächst gesperrt worden waren. Washington will die MX von 1987 an in vorhandenen Silos in den Bundesstaaten Wyoming und Nebraska aufstellen. Sie soll mit zehn Sprengköpfen mit je 350 Kilotonnen Sprengkraft ausgerüstet werden, die zehn verschiedene Ziele mit einer möglichen Differenz von etwa 100 Meter genau treffen können. Die Kosten werden auf 16,6 Milliarden Dollar (rund 42 Milliarden Mark) geschätzt. Bis zum Stationierungsbeginn sind 20 Tests geplant.

ZITAT DES TAGES



„Wir haben eine schwere Krise vermieden und müssen jetzt einen neuen Anfang machen."

Gaston Thorn, Präsident der EG-Kommission, nach Abschluß des Stuttgarter Gipfels.
FOTO: WOLFGANG PRANGE

Forderungen an Rau

dpa, Düsseldorf

Der in der vergangenen Woche zurückgetretene nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer hat Regierungschef Johannes Rau zu einem größeren Kabinetts-Revirement gedrängt. Wie Bäumer in einem Interview mit dpa sagte, wollte er mit seinem Rücktritt „Bewegung und Besinnung" auslösen. Bäumer schlägt vor, die Ministerien Arbeit und Wirtschaft zu einem Ressort zusammenzufassen. Die Gesundheitspolitik – derzeit im Arbeitsministerium – soll eine eigenständige Position erhalten; die Umweltpolitik solle aus einem neuen, gesonderten Umweltministerium vorangetrieben werden.

Selbstbestimmung

dpa, Ankara

Die türkische Bevölkerung auf Zypern hat mit einer von ihrer Volksvertretung verabschiedeten Resolution ihr Recht auf Selbstbestimmung proklamiert. Die Entschließung gilt als erster Schritt der türkischen Minderheit in Richtung auf die angestrebte Unabhängigkeit von der griechisch-zyprischen Regierung, die Zypern auf internationaler Ebene vertritt.

Unter Armeekontrolle

AFP, Santiago de Chile

Die chilenischen Streitkräfte haben die direkte Kontrolle über die vier größten Kupferbergwerke des Landes übernommen, nachdem die Kupferbergarbeiter für die Freilassung des inhaftierten Gewerkschaftsvorsitzenden Rodolfo Seguel gestreikt hatten. Nach offiziellen Angaben wurden 1800 streikende Bergarbeiter entlassen. Die Gewerkschaft der Kupferarbeiter erklärte sich zur Weiterführung ihrer am Donnerstag in drei Bergwerken begonnenen Streiks bereit.

„Für Jahn einsetzen"

epd/AP, Frankfurt/Oder, Hamburg

Die evangelische Kirche in der „DDR" will sich für die Rückkehr des zur Ausreise gezwungenen Jenaers Roland Jahn einsetzen. Wie Konsistorialpräsident Manfred Stolpe gestern während eines ökumenischen Gesprächsforums beim Evangelischen Kirchentag in Frankfurt/Oder sagte, wolle der Thüringer Landesbischof Werner Leich bei den Staatsorganen vorstellig werden, falls sich herausstellen sollte, daß Jahn ernsthaft zurück wolle. Nach kirchlichem Informationsstand habe Jahn, so Stolpe, während seiner Haft einen schriftlichen Ausreiseantrag unterschrieben, den er später nur mündlich zurückgezogen habe. In einem heute erscheinenden Interview mit dem „Spiegel" hat Jahn noch einmal ausdrücklich seinen Wunsch nach Rückkehr in die „DDR" bekräftigt.

WIRTSCHAFT

Handelsflotte schrumpft

AP, Kiel

Als „Alarmsignal" wertet Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) den Schrumpfungsprozeß der Handelsflotte der Bundesrepublik Deutschland, deren Tonnage seit 1978 um 34 Prozent auf 6,2 Millionen Bruttoregistertonnen zurückgegangen ist. Dollinger kündigte gestern bei der Eröffnung des Seeschiffahrtstages in Kiel an, der Bund wolle dieser Entwicklung im kommenden Jahr mit Neubauzuschüssen in Höhe von 230 Millionen Mark entgegenwirken. Damit könnten alle förderungswürdigen Anträge deutscher Reeder abgedeckt werden.

Kooperation mit Bonn

dpa/VWD, Beirut

Libanon wünscht den Abschluß eines Rahmenabkommens über eine verstärkte Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland. Wie der Präsident des libanesischen Nationalrates für Außenwirtschaftsbeziehungen, Sami Maroun, dem früheren Bonner Agrarminister Josef Ertl vorschlug, könne in einem solchen Abkommen auch eine finanzielle Hilfe Bonns für den Wiederaufbau seines Landes geregelt werden. Ertl hatte in Beirut eine Delegation von rund 40 deutschen Unternehmensvertretern geleitet.

SPORT

Gummersbach: 4. Titel

DW. Bonn

Nach dem 1. FC Saarbrücken, der bereits als Aufsteiger feststand, schafften jetzt auch Rot-Weiß Oberhausen, SC Charlottenburg und SSV Ulm den Sprung in die zweite Fußball-Bundesliga. – Nach der deutschen Meisterschaft, dem Supercup und dem Europapokal der Landesmeister hat der VfL Gummersbach jetzt auch den deutschen Handball-Pokal gewonnen. Mehr Titel waren in dieser Saison nicht zu gewinnen.

Seiten 8, 9, 10

WETTER

Überwiegend sonnig

DW. Essen

Ein Nordseehoch bestimmt das Wetter in den nächsten Tagen. Nur im Südosten Durchzug von Wolkenfeldern, sonst nach Auflösung von Frühdunst überwiegend sonnig mit Höchsttemperaturen bis zu 26 Grad.

Heute in der WELT

Papst in Tschenstochau: Freiheit und Souveränität für Polen

Johannes Paul II.: Keine äußere Kraft kann die Nation zerstören

DW. Tschenstochau

Die Forderung nach Freiheit und nach voller Souveränität Polens stand gestern im Mittelpunkt der Jubiläumsmesse von Papst Johannes Paul II. am Nationalheiligtum der „Schwarzen Madonna" in Tschenstochau. Die für ganz Polen zentrale Feier zum 600jährigen Bestehen des Klosters mit dem Gnadenbild war der kirchliche Höhepunkt der achttägigen zweiten Pilgerreise des Papstes durch seine Heimat. Die erwartete Begegnung des Oberhauptes der katholischen Kirche mit Arbeiterführer Lech Walesa kam gestern nicht zustande.

Vor einer unübersehbaren Menschenmenge am Fuße des Klosters Jasna Gora (Heller Berg) predigte Johannes Paul II.: „Als Kinder Gottes können wir keine Sklaven sein. Unser Dasein als Gotteskinder enthält die Erbschaft der Freiheit", von der es gelte, einen „guten Gebrauch zu machen, aufzubauen und nicht zu zerstören". Der Papst, der die geopolitische Lage seines Heimatlandes als „sehr schwierig" charakterisierte, stellte dabei einen Zusammenhang zwischen der inneren und äußeren Souveränität Polens her: „Der Staat ist beständig souverän, wenn er gleichzeitig die Gesellschaft regiert und dem Gemeinwohl der Gesellschaft dient und es der Nation erlaubt, sich in ihrer eigenen Subjektivität, in ihrer eigenen Identität zu verwirklichen." Keine äußere

SEITE 6:
Sonderthema Papst-Besuch

Kraft könne die Nation zerstören, wenn sie wachse und ihren Geist immer mehr reinige. Die schmerzhaften Erfahrungen der Geschichte, so fügte er hinzu, hätten die Sensibilität der Polen geschärft für die grundlegenden Rechte der Kirche und der Nation, „insbesondere das Recht auf Freiheit, auf Souveränität, den Respekt der Gewissens- und Religionsfreiheit, die Rechte der menschlichen Arbeit ..."

Den Berg Jasna Gora nannte Johannes Paul II. den Mittelpunkt der Verkündigung des Evangeliums in Polen. „Hier", sagte er, „waren wir in gewisser Weise immer frei. Auf Jasna Gora stützen sich auch die Hoffnung der Nation und das ausdauernde Bestreben nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit."

Die Begegnung zwischen dem Papst und Walesa wurde, wie ein Begleiter des Oberhauptes der katholischen Kirche Journalisten sagte, „verschoben". Sie werde weder am Sonntagnachmittag in Tschenstochau noch am Montagmorgen in Posen stattfinden. Walesa teilte telefonisch mit, als „treuer Sohn der Kirche" warte er weiterhin auf einen Termin. Es wird für möglich gehalten, daß der Arbeiterführer am kommenden Donnerstag in Krakau mit dem Papst zusammentreffen kann.

Ungeachtet seiner Bemühungen um ein Treffen des Papstes mit Walesa ließ auch der Vatikan erkennen, daß er diese Zusammenkunft nicht zur Sensation hochspielen lassen will. „Der Papst hat viele Treffen bei seinen Reisen, das ist doch nichts Besonderes", hatte es noch in Rom geheißen. „Ich will den vielen Legenden nicht eine

■ Fortsetzung Seite 6

EG-Gipfel: Zufriedenheit und Skepsis

Die Gemeinschaft will ihre Probleme in „breit angelegter Verhandlung" angehen

W. HADLER/U. LÜKE, Stuttgart

Die Europäische Gemeinschaft will eine Neubestimmung ihrer Ziele vornehmen. Nach dreitägigen zähen Beratungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Zehn gestern in Stuttgart darauf, eine „breit angelegte Verhandlung" zur Lösung der wichtigsten aktuellen Probleme der Gemeinschaft in Gang zu setzen.

Genannt werden in dem Beschluß die künftige Finanzierung der Gemeinschaft, die Entwicklung der EG-Politik, die mit der Erweiterung der Gemeinschaft zusammenhängenden Fragen, das Problem des britischen Finanzbeitrags sowie die Notwendigkeit einer strengeren Haushaltsdisziplin. Über alle strittigen Probleme soll „am Ende gemeinsam beschlossen" werden.

Vorab wurde Großbritannien für ein weiteres Jahr eine Ermäßigung seines Nettobeitrages an die Gemeinschaft in Höhe von 1,725 Milliarden Mark zugebilligt, allerdings unter dem Vorbehalt einer Einigung über das „Paket". Geplant sind – wie in der Vergangenheit – besondere Überweisungen aus der Brüsseler Kasse. Die Bundesrepublik Deutschland wird dazu mit zusätzlich 300 Millionen Mark beitragen müssen. Das wäre allerdings, wie im Vorjahr, nur die Hälfte des nach dem Schlüssel eigentlich zu zahlenden Anteils. Bonn hatte 1982 diese Regelung durchgesetzt, weil es ohnehin der größte

SEITE 2:
Stuttgarter Doppelbeschluß
SEITE 4:
WELT-Korrespondenten berichten

Nettozahler in der Gemeinschaft ist.

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten außerdem eine „feierliche Erklärung zur Europäischen Union". Darin bekräftigen die Zehn ihre Bereitschaft, ein geeintes Europas zu zu schaffen. Der Initiator der Erklärung, Bundesaußenminister Genscher, verbindet mit der Verabschiedung auch die Hoffnung, daß im EG-Ministerrat künftig häufiger mit Mehrheit abgestimmt wird. Das Europäische Parlament erhält einen geringen Zuwachs an Kompetenzen.

Bundeskanzler Helmut Kohl bewertete das Ergebnis des Gipfels als „guten Schritt in die richtige Richtung". Der Gipfel habe bewiesen, „daß es Solidarität unter den europäischen Staaten gibt". Dies sei „Grund zur Zufriedenheit, aber überhaupt kein Grund zur Selbstzufriedenheit oder zu Euphorie". Auch Frankreichs Premierminister Pierre Mauroy meinte, der Gipfel habe die selbst gesteckten Ziele erreicht, sei also ein „Erfolg".

Dagegen betonte der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, das Stuttgarter Treffen habe noch keine endgültigen Ergebnisse gebracht: „Wir haben eine schwere Krise vermieden und müssen jetzt einen neuen Anfang machen." So hat vor allem EG-Präsident Gaston Thorn immer wieder das deutsche Argument zurückgewiesen, daß sich zweistellige Wachstumsraten im Brüsseler Haushalt nicht mit den drastischen Sparmaßnahmen im nationalen Bereich vertrügen. Das EG-Budget – so Thorn – umfasse nur rund zwei Prozent der zusammengefaßten nationalen öffentlichen Ausgaben. Der Vergleich von Steigerungsraten gebe deshalb ein verzerrtes Bild.

● Fortsetzung Seite 4

Volcker bleibt US-Zentralbank-Chef

Reagan: Mit ihm als Steuermann gelingt dauerhafte Eindämmung der Inflation

H.-A. SIEBERT, Washington

Paul A. Volcker bleibt für weitere vier Jahre Chef des Federal Reserve Board („Fed"), das zusammen mit zwölf regionalen Notenbanken Amerikas Zentralbanksystem bildet. Damit hat Präsident Reagan, der mit der Amtsverlängerung über seinen Schatten gesprungen ist, für Kontinuität im Kampf gegen die Teuerung und die internationale Verschuldungskrise gesorgt. Mit einem Aufatmen werden die Finanz- und Devisenmärkte in den USA und im Ausland auf die lange umstrittene Entscheidung reagieren. Volcker gilt allgemein als Garant der jetzt in Washington praktizierten Stabilitätspolitik.

Reagan verkündete während einer Rundfunkrede Volckers Verbleiben im Amt. „Mit ihm als geldpolitischen Steuermann wird uns die dauerhafte Eindämmung der Inflation gelingen", sagte der Präsident. Bereits seit Tagen stand seine Wahl fest, nachdem sich eine große Mehrheit der engsten Berater im Weißen Haus, darunter James Baker, Martin Feldstein, David Stockman und zuletzt auch Finanzminister Donald Regan, für Volcker ausgesprochen hatte.

In erster Linie hat sich Reagan jedoch dem Druck der amerikanischen Wirtschaft gebeugt, die von Anfang an für den 55jährigen Volcker eingetreten ist. Eine Umfrage des Investmenthauses A. G. Becker Paribas bei 702 Firmenchefs ergab zum Beispiel, daß 80 Prozent für den jetzigen „Fed"-Vorsitzenden votierten. Alan Greenspan, Leiter des wirtschaftlichen Beraterbüros unter Präsident Ford, erhielt nur 5,8, der Nobelpreisträger und Monetarist Milton Friedman 5,5 und Volckers Stellvertreter Preston Martin, von Reagan eigens aus Kalifornien geholt, weniger als ein Prozent.

Volcker, damals Präsident der Federal Reserve Bank of New York, war vor vier Jahren von Jimmy Carter zum Vorsitzenden des Federal Reserve Board ernannt worden, der aus sieben für 14 Jahre gewählten Gouverneuren besteht. Seinerzeit befanden sich die USA am Rande einer schweren Finanzkrise: Der Dollar brachte nur noch 1,72 Mark, und in Amerika überstieg die Inflationsrate 13 Prozent. Kapital wollte der Demokrat im Weißen Haus aus dem hohen Ansehen schlagen, das Volcker im Ausland genoß.

Carters Griff hat sich als richtig erwiesen. Denn der wieder mächtige Dollar und die auf unter vier Prozent gedrückte US-Inflationsrate sind ausschließlich dem Konto Volckers gutzuschreiben. Er mußte den Rekordhaushaltsdefiziten mit insgesamt restriktiver Geldpolitik entgegensteuern.

Seite 2: Ein Unbequemer bleibt

„Gegenregierung" in Nordlibanon?

Neue Meuterei in der PLO / Weinberger: Pakt mit Israel kann reaktiviert werden

PMR/AP/dpa/rtr, Beirut

In den von syrischen und palästinensischen Truppen besetzten Teilen Libanons soll nach einer Meldung der gut unterrichteten arabischen Nachrichtenagentur „Assuhufia" binnen zehn Tagen unter syrischer Kontrolle eine „autonome Gegenregierung" zum Kabinett des Staatspräsidenten Amin Gemayel gebildet werden.

Diese Regierung für Nordlibanon und die Bekaa-Ebene soll in Tripolis ihren Sitz haben und von dem früheren Staatspräsidenten Frandschieh, dem ehemaligen Regierungschef Karame und von Drusenführer Walid Dschumblatt als „Militärchef" geleitet werden. Es sei geplant, daß in den Dörfern „Ortsräte" die auf Präsident Gemayel vereidigten Bürgermeister ablösen.

Die Linksmilizen der prosyrischen Parteien sollen, so diese Informationen, zu einer Streitmacht vereinigt werden. Die Gegenregierung werde Stationierungsabkommen mit den Syrern und der PLO treffen, so daß Tripolis als neuer Sitz der PLO unter syrischer Oberhoheit dienen könnte.

Die Rebellion gegen PLO-Chef Yassir Arafat weitet sich offenbar immer mehr aus. Im Regiment „Septembermärtyrer", das im libanesischen Bekaa-Tal stationiert ist, sei eine „neue Meuterei" ausgebrochen, räumte der stellvertretende PLO-Oberbefehlshaber, Khalil al Wasir, ein. Ein Sprecher der Rebellen in Damaskus erklärte, dieses Regiment schließe sich dem „revolutionären Aufstand" an.

Nach Angaben des Beiruter Fernsehens sind bei den neuen heftigen Gefechten zwischen rivalisierenden PLO-Gruppen in der Bekaa-Ebene drei Menschen getötet worden. Die Gefechte wurden am Wochenende aus den Städten Shtaura, Taanayel, Taalbaya und Jalala gemeldet. Alle Arten von Waffen seien eingesetzt worden, laute Explosionen seien zu hören gewesen.

Auf den Arafat-Vertrauten Oberst Essedin Scherif (Deckname: Abu Siad) ist gestern nahe Damaskus ein Attentat verübt worden, gab die PLO bekannt. Bei einer Inspektion eines Militärlagers der Guerrilla-Gruppe Al Fatah habe ein unbekannter Schütze mit einer Maschinenpistole auf Abu Siad gefeuert, der durch sechs Schüsse an den Beinen verletzt wurde. Eine Kugel streifte seinen Kopf. Auch Abu Siads Sohn wurde verletzt.

Aus Arafat nahestehenden Kreisen in Damaskus verlautete, der Revolutionsrat der PLO-Mitgliedsorganistion „Al-Fatah" werde in den nächsten Tagen zusammentreten, um über die Rebellion zu beraten. Alle 73 Mitglieder des Revolutionsrates seien nach Libanon eingeladen worden.

In Washington erklärte US-Verteidigungsminister Weinberger, die USA seien jetzt bereit, das amerikanisch-israelische Memorandum über die Zusammenarbeit gegen die sowjetische militärische Bedrohung im Nahen Osten wieder in Kraft zu setzen. Dieser strategische Pakt war am 30. November 1981 unterzeichnet und drei Wochen später – am 18. Dezember 1981 – von Präsident Reagan suspendiert worden. Die Aussetzung war eine Reaktion auf den Beschluß Israels, seine Gesetzgebung auf die syrischen Golanhöhen auszudehnen.

Das Memorandum, das auf Initiative Ariel Sharons zustande kam, sah gemeinsame Marine- und Luftmanöver sowie „militärische Zusammenarbeit" der USA und Israel vor. Es schuf außerdem einen Rahmen für Zusammenarbeit in der militärischen Forschung und Entwicklung. Es besagte auch, daß die USA bei einer Krise medizinische Einrichtungen Israels in Anspruch nehmen können.

DER KOMMENTAR

Souverän

CARL GUSTAF STRÖHM

Ein neues Wunder an der Weichsel – als solches erweist sich von Tag zu Tag mehr der zweite Besuch Papst Johannes' Pauls II. in Polen. Alle kleinmütigen Spekulationen, der Papst könne sich um augenblicklicher Vorteile für die Kirche willen, oder vielleicht auch aus einem Gefühl der Schwäche, vom Militärregime, den polnischen Kommunisten oder den Sowjets „vereinnahmen" und neutralisieren lassen, haben sich als falsch erwiesen.

Vom ersten Augenblick seiner Heimkehr an nannte dieser Papst die polnischen und damit auch die europäischen Probleme beim Namen. Bei der Begegnung mit Partei- und Staatschef Jaruzelski erlebte alle Welt an den Fernsehschirmen einen nervösen, unsicheren General und einen souveränen Papst. Schon hier erwies sich, wer die eigentliche oberste Autorität Polens ist. Johannes Paul II. forderte das Regime zu einem Dialog mit dem eigenen Volk auf der Grundlage des Danziger Abkommens von 1980 auf. Dieses Abkommen, damals von Lech Walesa im Namen der Arbeiterschaft unterzeichnet, garantierte die Zulassung freier Gewerkschaften und die Lockerung des kommunistischen Informationsmonopols. Damit hat der Papst den sich in verlegenen Rechtfertigungen ergehenden Jaruzelski zu einer radikalen Umkehr aufgefordert.

Am Sonntag sprach der Papst im polnischen Marienheiligtum von Tschenstochau vor einer unübersehbaren Menschenmenge immer wieder von der Freiheit und den Menschenrechten. Er zitierte das alte polnische Marienlied, in dem die Worte vorkommen: „Herr, gib uns unsere freie Heimat zurück." Er sprach von der „sehr schwierigen geopolitischen Lage Polens" – und jeder wußte genau, daß er damit die bedrohliche Nachbarschaft der Sowjetunion meinte. Er beschwor die „sehr schwere Geschichte" seines Landes, aus der, wie er sagte, die Sensibilität der Polen für Grundrechte des Menschen, des Volkes und der Arbeit herrühre.

Aber Johannes Paul II. hat in diesen Tagen vor seinen polnischen Landsleuten auch vom Sieg gesprochen – ein für die Polen scheinbar ungewöhnliches Wort. Er zitierte wiederum die polnische Geschichte – den Sieg der deutschen, österreichischen und vor allem polnischen Heere über die Türken im Jahre 1683 vor Wien. Auch hier bieten sich Parallelen zur Gegenwart an.

Ein Beobachter dieser polnischen Tage meinte, der Papst habe die seelischen Kraftquellen, den „Akkumulator" der Polen, der nach dem Schock des Kriegszustandes entleert zu sein schien, mit neuer Kraft und Zuversicht aufgeladen. Damit könnte sich dieser Besuch als ähnlich geschichtsmächtig erweisen wie die erste Reise des polnischen Papstes vor vier Jahren.

„Auch Verbrechen an Deutschen"

DW/AP, Hannover

Zum ersten Male seit 1969 hat wieder ein Bundesminister auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier gesprochen: Heinrich Windelen, im Kabinett Kohl Ressortchef für innerdeutsche Beziehungen und selber von Herkunft Schlesier, sagte in Hannover, er wolle sich auch durch offizielle polnische Proteste nicht davon abbringen lassen, daß in der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte die an Deutschen begangenen Verbrechen erwähnt werden müßten.

Auf der Hauptkundgebung des Schlesiertreffens betonte Windelen, man wolle der Auseinandersetzung mit einer bitteren Vergangenheit nicht ausweichen. Aber dies müsse vom Willen zur Wahrheit getragen sein. „Deutsche Verbrechen sind ein Teil dieser Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit." Auch die an Deutschen verübten Verbrechen seien wahr. Wenn eine Seite jede Schuld leugne und unbestreitbare Tatsachen nicht wahrhaben wolle, dann sei es schwer, über dem eigenen Leid auch das fremde gerecht zu würdigen.

An dem Deutschlandtreffen in der Landeshauptstadt Niedersachsens nahmen nach offiziellen Angaben mehr als 150 000 Menschen teil. In der Amtszeit der SPD/FDP-Koalition in Bonn waren Regierungsmitglieder der traditionellen Veranstaltung der Schlesier ferngeblieben. Bundesminister Windelen machte sich als einer der ersten Unionspolitiker die Forderung von Innenminister Zimmermann zu eigen, daß zur Behandlung der deutschen Frage auch die unter Verwaltung stehenden Ostgebiete gehörten.

Seite 10: Bekenntnis zu Deutschland

Volkskongreß in Peking wählt Staatspräsident

AFP/AP/dpa, Peking

Mit der Berufung von Li Xiannian zum Staatspräsidenten und der Wahl Deng Xiaopings zum Vorsitzenden der neu geschaffenen zentralen Militärkommission des Landes hat der nationale Volkskongreß in Peking am Wochenende die erwarteten personalpolitischen Entscheidungen getroffen.

Mit dem 74jährigen ehemaligen Wirtschaftsplaner Li wurde das vorwiegend mit repräsentativen Aufgaben versehene Amt des Staatspräsidenten zum ersten Mal seit dem Tod von Staatschef Liu Shaoqi im Jahre 1969 wieder besetzt. Die 2978 Delegierten wählten als Vizepräsidenten den 79jährigen mongolischen Abgeordneten Ulanhu.

In einer seiner ersten Amtshandlungen bestätigte Präsident Li den 64 Jahre alten Zhao Ziyang als Ministerpräsidenten der Volksrepublik China. Zhao führt die Regierungsgeschäfte bereits seit zwei Jahren. Als künftiger Vorsitzender des Ständigen Ausschusses im nationalen Volkskongreß wurde der 80jährige Peng Zhen gewählt. Er gilt als eine Symbolfigur der Opposition gegen den radikalen politischen Kurs der Mao-Ära und als enger Vertrauter Dengs.

Mit der Leitung der „zentralen staatlichen Militärkommission", die als Gegenstück zur Militärkommission der Partei geschaffen wurde, hat der 79 Jahre alte Deng Xiaoping seine Macht über die Armee weiter gesfestigt. Die Parteikommission, deren Vorsitz Deng ebenfalls innehat, hat hauptsächlich politische Aufgaben, die neue zentrale Militärkommission hat in erster Linie Verwaltungsfunktion.

Seite 2: Noch ein Mann Dengs

Gastgeber in Madrid suchen nach Kompromiß für KSZE

Schweiz lädt Teilnehmerstaaten 1986 zu Expertentreffen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Mit einer dringenden Botschaft an die Regierungen der 35 Teilnehmerstaaten des Madrider Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) versuchte Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez in letzter Minute einen Kompromiß herbeizuführen.

Seine Empfehlung basiert auf dem Vorschlag der neutralen Staaten, der inzwischen in revidierter Form von allen Teilnehmerstaaten akzeptiert wurde. Zu den vom Westen eingebrachten vier Zusatzpunkten erklärte Gonzalez, daß die Schweizer Regierung die Teilnehmerstaaten am 16. April 1986 zu einem Expertentreffen zu Fragen der menschlichen Kontakte eingeladen habe. Auf diesem Zusatzpunkt bestand der Westen, vor allem Washington. Bei zwei der weiteren Streitpunkte akzeptierte Gonzales im wesentlichen die sowjetischen Vorstellungen und ließ den Punkt Informationsfreiheit – also die Unterbindung der östlichen Störsendungen – ganz fallen.

Wie Gonzalez zum ersten Mal in einem Interview mit der WELT am 29. April erklärt hatte, betrachtet es Spanien als seine „Pflicht, einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten, der von allen Mitgliedern der Konferenz angenommen werden kann – falls der Vermittlungvorschlag der Neutralen scheitern sollte".

Die Möglichkeit eines Scheiterns ließ der jugoslawische Delegierte, Berislav Badurina, durchblicken. Er schlug der Konferenz vor, entweder die inzwischen von allen Teilnehmern im Prinzip gebilligten Vorschläge der Neutralen anzunehmen oder – wie vor fünf Jahren in Belgrad – mit einem Beschluß den Helsinki-Prozeß fortzusetzen und die Madrider Folgekonferenz schon bald zu beenden.

Bei dem Expertentreffen über menschliche Kontakte geht es um Familienzusammenführung und Ausreisegenehmigungen, die im Ostblock immer wieder neu eingeengt werden. Auch religiöse Treffen, wie etwa der Papst-Besuch in Polen, sollten in allen Teilnehmerstaaten gefördert werden. Nach Ansicht verschiedener Delegationen hat der Vorschlag des spanischen Regierungschefs Aussicht auf Erfolg.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Unbequemer bleibt

Von Peter Gillies

Die Amtsverlängerung von Paul A. Volcker als Notenbankchef ist eine vertrauensbildende Maßnahme für die labilen Finanzmärkte und die flatternde Weltkonjunktur. Präsident Reagan hat sich gegen eine für ihn bequeme Geldpolitik und für die sperrige Stabilitätspolitik entschieden, die Volcker darstellt.

Notenbankpräsidenten sind selten bequeme Gesprächspartner ihrer Regierungen; fast ist man geneigt, zu sagen, sie müssen Pfahl im Fleische sein. Sie sind der Stabilität des Geldwertes, den Prinzipien eines inflationsfreien Wachstums verpflichtet, während Regierungen im Zweifel zu einer Geldpolitik der leichteren Hand neigen. Politik ist eben überall zuerst Verteilungspolitik.

Die Amtsverlängerung Volckers kam auch deswegen zum richtigen Zeitpunkt, weil nicht nur in den Vereinigten Staaten steigende Inflationserwartungen wieder die Runde machen. Volcker ist es gelungen, durch disziplinierte Geldpolitik die Inflationsrate in den USA auf rund vier Prozent zu drosseln. Wer diesen Erfolg gefährdete, verminderte gleichzeitig die Chancen auf einen selbsttragenden Aufschwung.

Freilich bleibt Volcker der unbequeme Mahner seines Präsidenten. Die noch immer sehr hohen Zinsen, klassische Bremse für einen gesunden Aufschwung, belegen die Asynchronität der Stabilisierungspolitik: Die Geldpolitik bremst, die Finanzpolitik läßt riesige Haushaltsdefizite klaffen. Jede Notenbank der Welt ist überfordert, wenn die Last der Stabilitätspolitik ihr allein übertragen wird und die Haushaltspolitik sich davon freizeichnet.

Der bullige Volcker bietet jedoch die Chance, daß die Furcht vor neuen Inflationsschüben nicht virulent zu werden braucht, andererseits Reagans Haushaltspolitik unter Disziplinierungsdruck bleibt. Der unbequeme Volcker hat den Blick für diese Gratwanderung.

Weinbergers Wende

Von Jürgen Liminski

Im Schatten der großen Ereignisse von Moskau, Polen und Stuttgart hat US-Verteidigungsminister Weinberger vor amerikanischen Journalisten eine Offerte an die Adresse Israels gerichtet, die geeignet sein könnte, das nahöstliche Szenarium demnächst wieder näher an den Mittelpunkt der westlichen Medienwelt zu rücken. Weinberger hat die Wiederaufnahme des israelisch-amerikanischen Memorandums über die strategische Zusammenarbeit in Nahost „von den Wünschen der israelischen Regierung abhängig" gemacht. Daß Weinberger, dem eine eindeutig proarabische Neigung und Politik nachgesagt wird, diese Worte aussprach und nicht Außenminister Shultz, gibt dem Angebot an Israel ein besonderes Gewicht.

Das Angebot selbst zeigt zweierlei: Zum einen unterstreicht es vor aller Welt, insbesondere der sowjetischen, aber auch der arabischen, daß die Schutzmacht Israels entschlossen ist, das natürliche Bündnis mit der einzigen funktionierenden Demokratie in diesem Raum wieder auf stand- und feuerfeste Grundlagen zu stellen. Das ist für den nach wie vor möglichen Konfliktfall mit Syrien in Libanon ein erfreuliches Bekenntnis.

Zum zweiten wirft es das Angebot an Damaskus, bei einem syrischen Einlenken in Libanon auch über die Golanhöhen zu verhandeln, gleichsam en passant über Bord. Mehr noch: Das Memorandum war gerade wegen der Ausweitung des israelischen Rechts auf die Golanhöhen im Dezember 1981 eingefroren worden. Wenn Washington es jetzt selber und ohne Bedingungen wieder aus dem Tiefkühlfach zieht, so erkennt es indirekt die israelische Annexion an. Das ist auch ein Warnsignal an Damaskus vor einer stillen Annexion des nordlibanesischen Staatsgebietes. Offenbar hat man im Weißen Haus erkannt, daß Assad und den Sowjets mit Schmeicheleien nicht beizukommen ist.

„Republik Kreuzberg"

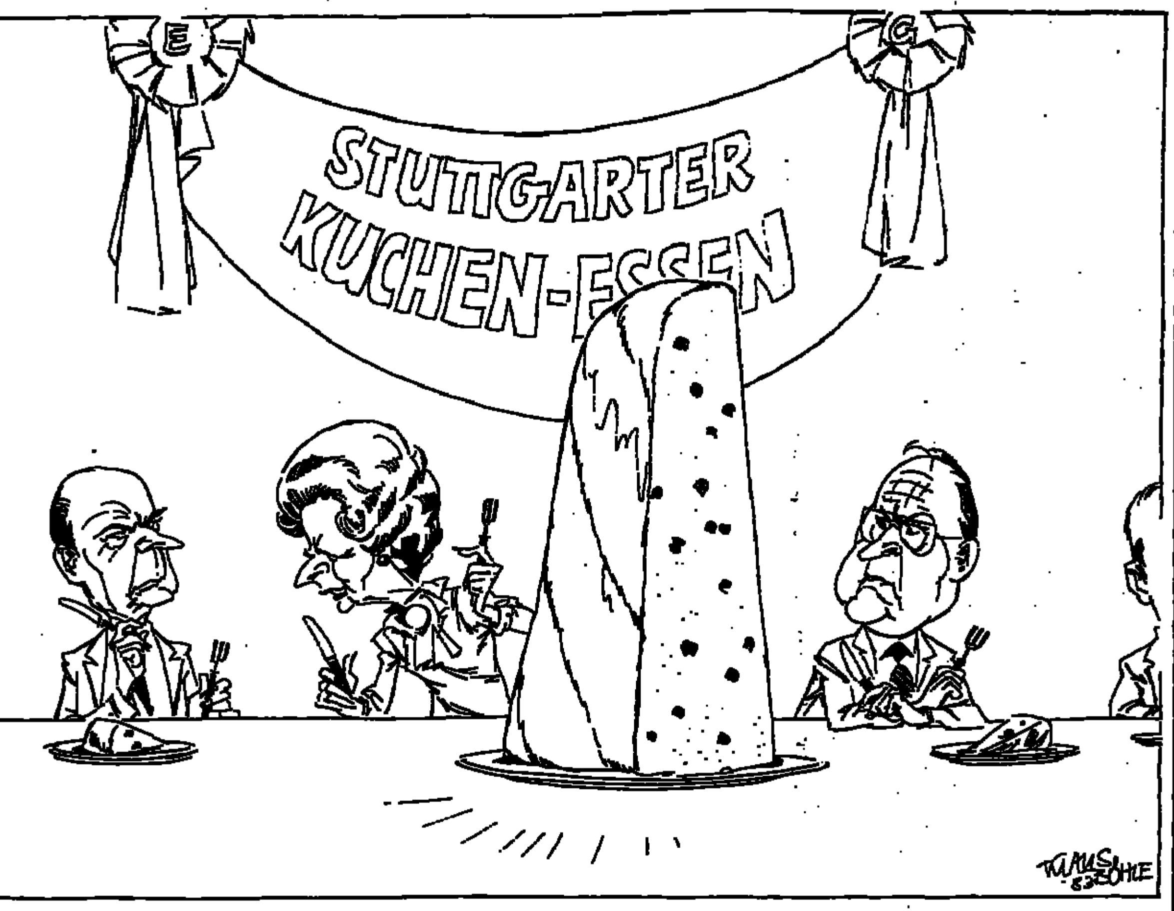
Von Werner Kahl

Im Konzept Stadtguerrilla der Baader-Meinhof-Bande war dem Berliner Arbeiterbezirk Kreuzberg seinerzeit eine Schlüsselrolle zugedacht. Nach den Vorstellungen Ulrike Meinhofs, die in Ost-Berlin als konspiratives Mitglied der alten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aufgenommen worden war, sollte das Stadtviertel im Zentrum Berlins der erste „autonome Bezirk" in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Muster des sowjetischen Räte-Systems werden. Die anarcho-terroristische Szene war lediglich als Transmissionsriemen subversiver Politik gedacht.

Daß die Politstrategen ihren Stützpunkt nicht aus den Augen verloren haben, machten Demonstrationen am Wochenende deutlich. Eine von der Jungen Konservativen Aktion geplante Diskussion mit türkischen Familien, in der Stadt kontrovers interpretiert, wurde von den politischen Gegnern zu einem Aufruf für eine Volksfront genutzt.

Während im Innern Kreuzbergs maskierte Reste der militanten Szene im Verein mit Hausbesetzern ein Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei trieben, errichteten Anhänger eines „Bundes für den Wiederaufbau der KPD" an den Einfahrtsstraßen nach Kreuzberg symbolische Kontrollpunkte, mit denen ein Anspruch auf ein Kreuzberg ihrer Ideologie dokumentiert werden sollte. Zu diesem Zweck waren KPD-Mitglieder aus Bayern, wo sich derzeit die Zentrale befindet, bereits vor einer Woche nach Berlin geholt worden. In dieser Umgebung versucht auch der einstige Baader-Anwalt Klaus Croissant aus Stuttgart erneut in den politischen Tageskampf einzusteigen.

Da darf die Sozialistische Einheitspartei West-Berlin (SEW) nicht fehlen. Sie trat als einer der lautesten Propagandisten am Wochenende auf. „In Wirklichkeit", so meinte ein Kommentator in der Presse der neuen Linken, „sollte jedoch das Feindbild Konservative Aktion dazu herhalten, um kritische Fragen zum 17. Juni abzuwenden." Über den 17. Juni selbst und die Erwartung der 16 Millionen in Mitteldeutschland, bei ihrem Verlangen nach Freiheit und Garantie der Menschenrechte unterstützt zu werden, schwiegen die Arrangeure der „Volksfront"-Demonstration.



„Eine halbe Portion genügt mir!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Stuttgarter Doppelbeschluß

Von Ulrich Lüke

Die Regierungschefs in der Europäischen Gemeinschaft haben auf ihrem Stuttgarter Gipfeltreffen viel gewagt und – vielleicht – einiges gewonnen. Gemessen an den ursprünglichen Ankündigungen war Stuttgart eine Enttäuschung, gemessen an den Befürchtungen eine angenehme Überraschung. Alles oder nichts hieß die Devise des Gastgebers Helmut Kohl. Es ist ihm gelungen, alle Partner mit dieser Strategie unter Erfolgszwang zu setzen. Mehrere Male im Verlauf der dreitägigen Beratungen war der Gipfel nur noch Millimeter vom Eklat entfernt.

Die Aufgabe war eigentlich kaum zu bewältigen: neue Zielbestimmung für die Europäische Gemeinschaft, Durchsetzung eines echten Sparkurses, Lösung des britischen Finanzproblems mit der EG – und das alles eingedenk der Tatsache, daß jeder der zehn Mitgliedsstaaten ein anderes Konzept von der Gemeinschaft hat, wenn er denn überhaupt eins hat.

Margaret Thatcher hat es ihren Kollegen wieder einmal schwergemacht. Mit dem Wahlsieg im Rücken sprach sie jedenfalls nicht von Konzepten einer künftigen EG, sondern nur von Ziffern; von zunächst drei Milliarden Mark, die sie von den Partnern zurückerstattet haben wollte. Schließlich einigten sich die Zehn – für europäische Verhältnisse relativ schnell – auf die runde Hälfte, 1,7 Milliarden Mark. Das stellte einerseits das deutsche Konzept auf den Kopf, das ja von Sparen und nicht von Geldausgaben bestimmt war. Aber das schuf andererseits die Voraussetzungen für die Verständigung in den langfristigen Fragen. Der Betrag ist überdies für Margaret Thatcher kein strahlender Sieg. Sie erhält weniger als im vergangenen Jahr. Die schnelle Einigung ist ein Fortschritt, vergleicht man sie mit den lähmenden Verhandlungen im vergangenen Frühjahr.

Dennoch bleibt es natürlich ein Ärgernis, daß sich unzählige Ministerräte und Gipfel immer wieder mit den Forderungen der Eisernen Lady befassen müssen. Das aber ist zu einem gut Teil Schuld der Partner Großbritanniens, nicht Schuld Margaret Thatchers. Seit dem Beitritt Großbritanniens vor zehn Jahren hat die Gemeinschaft, die auf sechs Staaten zugeschnitten war, London eine Änderung dieses Zuschnitts versprochen, so daß auch die Insel aus der EG ausreichenden Nutzen ziehen kann. Aber immer noch beansprucht die gemeinsame Agrarpolitik zwei Drittel des 52-Milliarden-Budgets, und davon profitiert London nun einmal kaum.

Die Neuorientierung der Gemeinschaft ist bis heute daran gescheitert, daß die Zehn keine gemeinsamen Zielvorstellungen mehr haben. Angesichts der drohenden Zahlungsunfähigkeit Brüssels müssen sie sich jetzt entscheiden. Bonn – das war auch die erklärte Gipfellinie – will vor allem sparen, wobei jeder weiß, daß es allein mit Einsparungen, auch im Agrarbereich, nicht getan sein kann.

Einen wirklichen Aufschwung kann die Gemeinschaft nur erleben, wenn sie sich über ihre Ziele einigt, nicht, wenn sie nur irgendwelche Prozente irgendwo abknapst. Das haben Kohl und Genscher natürlich auch gesehen. Aber ihr taktisches Konzept konnte nur aufgehen, wenn sie Sparen zur Vorbedingung erklärten.


Sparsamkeit und eine neue Richtung: Mrs. Thatcher in Stuttgart FOTO: POLY-PRESS

Das ist in Stuttgart gelungen. Die Selbstverpflichtung aller Regierungschefs zu Ausgabenkürzungen, vor allem im Agrarbereich, ist in dieser Form ein Novum in der Geschichte der Gemeinschaft. Sie wurde gleichgewichtig verknüpft mit dem Versuch, neue Zielsetzungen beispielsweise im Energie- und Forschungsbereich ins Auge zu fassen. Nur vordergründig heißt dies: mehr Geld für Brüssel. Zunächst einmal heißt es: Brüssel soll in Angriff nehmen, was die Gemeinschaft effektiver als jeder Nationalstaat allein angehen kann. Das ist ein vernünftiges Konzept.

Die bemerkenswerte Erkenntnis von Stuttgart ist, daß eine konzentrierte Diskussion von zehn Staats- und Regierungschefs, unter hohen Erwartungsdruck gesetzt, tatsächlich Ergebnisse zustande bringen kann. Der Verlauf der letzten Gipfeltreffen hatte daran zweifeln lassen.

Das eine, nämlich Sparen, tun, das andere, nämlich die Gemeinschaft fortentwickeln, nicht lassen, so lautet der Doppelbeschluß von Stuttgart. Probe auf die Haltbarkeit des Kompromisses steht freilich erst bevor. Sie wird auch den Beweis erbringen, ob die feierliche Erklärung zur Europäischen Union das Papier wert ist, auf dem sie steht. Margaret Thatcher bekommt ihr Geld, im Gegenzug mußte sie – wie die deutsche Regierung es schon vorher getan hatte – ihre Zustimmung zur Erhöhung der EG-Finanzen signalisieren.

An den Ministerräten liegt es jetzt, die an vielen Stellen sehr vagen Sparbeschlüsse umzusetzen. Vielleicht hat die intensive Diskussion von Stuttgart dazu beigetragen, daß die Regierungschefs ihren Ministern in den kommenden Monaten mehr auf die Finger sehen. Sollten Kohl und seine Partner ihre Minister aus dem Erfolgszwang entlassen, dann allerdings wäre das Stuttgarter Gipfelergebnis von zweifelhaftem Wert. Denn dann bliebe wieder nur übrig: mehr Geld, aber keine Neubesinnung der EG-Politik. Stuttgart hat einen Anfang gemacht, das Ende ist noch offen.

IM GESPRÄCH Li Xiannian

Noch ein Mann Dengs

Von Johnny Erling

An seiner Berufung war nichts überraschend, außer der Angabe des genauen Geburtsdatums durch die Nachrichtenagentur „Xinhua". Chinas neugewählter Staatspräsident Li Xiannian wurde nicht, wie bisher angenommen, 1905, sondern erst 1909 in der Provinz Hubei geboren. Er ist demnach „nur" 74 Jahre alt.

Mit der Wahl des dritten Staatspräsidenten der Volksrepublik China in den mehr als dreißig Jahren ihrer Geschichte hat die von Deng Xiaoping 1978 eingeleitete Reformpolitik zur Normalisierung einen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Vierzehn Jahre lang blieb dieses Amt vakant, nachdem Mao Zedong seinen 1959 gewählten Nachfolger in diesem Amt, Liu Shaoqi, während der Kulturrevolution stürzte und zugleich das Amt abschaffen ließ.


Nach vierzehn Jahren wieder ein chinesisches Staatsoberhaupt: Li FOTO: DPA

Als vor drei Jahren in China die Diskussionen über die Wiedereinsetzung eines Staatspräsidenten begannen, wurde der Name Deng Xiaoping gehandelt. Deng winkte mehrmals ab. Beim derzeitigen Volkskongreß verzichtete er aber nicht darauf, zum Vorsitzenden einer zentralen Militärkommission von den Delegierten gewählt zu werden, nachdem er schon lange Chef der Militärkommission bei der Partei ist. Damit blieb für Li Xiannian und sein Amt nur noch die Repräsentation.

Was der ehemalige Tischler Li, der bereits 1927 der Partei beitrat und einer der wenigen ist, die noch am legendären „Langen Marsch" teilgenommen hatten, für das Amt des Staatspräsidenten mitbringt, sind die für eine chinesische Kaderkarriere typischen militärischen Erfahrungen der Zeit vor 1949. Bereits dem Dreißigjährigen unterstand eine Guerrilla-Einheit, zwei Jahre später waren es 60 000 Mann. 1949, nun schon stellvertretender Armeekommandeur, wurde er zum Provinzchef Hubeis gewählt.

Militärisch war Li einer der Großen im zweiten Glied. Mit der Zeit danach hielt er es ebenso. Seit er 1954 zum Vize-Ministerpräsidenten berufen wurde und von 1957 bis heute Mitglied des Politbüros geblieben ist, gehört er zu Chinas Spitzenfunktionären. Li gilt als ökonomischer Experte, der bereits Mitte der fünfziger Jahre das Finanzsystem sanierte, zeitweilig auch zum Finanzminister bestellt wurde und nach dem verheerenden Großen Sprung nach vorn (1961) eine Art Superministerium für Wirtschaft bis zur Kulturrevolution innehatte. Er hat dabei auch wirtschaftspolitische Kritik an Mao geübt, war aber loyal geblieben. So konnte ihn sein Mentor Zhou Enlai während der Kulturrevolution ohne große Mühe schützen.

Keine der politischen Kampagnen hat Li ernsthaft geschadet. Als befähigter Wirtschaftsfachmann ohne übermäßigen Ehrgeiz, mit Erfahrungen durch Auslandsaufenthalte, mit gelegentlicher moderater Kritik an einem übereifrigen Reformkurs gilt er heute als Mann des Kompromisses, auf den sich eine breite Mehrheit einigen konnte. Nachdem Deng mit Hu Yaobang als Generalsekretär und Zhao Ziyang als Ministerpräsident die politische Richtung personell in den Händen hält und die Armee ihm direkt untersteht, hat er in dem integer wirkenden Li Xiannian nun auch einen loyalen und zudem machtlosen Staatspräsidenten gefunden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zur Polenreise des Papstes schreibt die Zeitung:

Der polnische Papst will verhindern, daß sein Volk das Schicksal der Ostdeutschen, Ungarn, Tschechoslowaken oder Afghanen erfährt. Daher bleiben seine Worte gemäßigt. Da er aber gleichzeitig in Polen nicht die Unterdrückung absegnen konnte, bleibt seine Sprache fest und ohne Konzessionen. Dieses schwierige Gleichgewicht hat einen Namen: Mut.

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Zu Polen meint das Blatt:

Die polnische Entwicklung hat vor aller Welt das gesellschaftspolitische Versagen des Kommunismus und seiner Praktiken entlarvt. Die Apparatschiks handhaben die Machtapparate wider das Volk. An sie ist Unfreiheit gekettet. Als eine Art von zynischem Willkommensgruß zum Eintreffen des Papstes in Warschau hat der grämliche Außenminister Gromyko in Moskau für die Sowjets unverblümt das Recht in Anspruch genommen, in Polen einzugreifen, wenn dort die Dinge anders laufen als vom Kreml gewollt. Das ist die offene Deklaration der Abhängigkeit Polens, seiner Zweitrangigkeit und Unfreiheit. Polen gehört zum unbeschränkt verfügbaren sowjetischen Besitzstand. Zudem sind Gromykos Worte das verschleierte Eingeständnis, daß kommunistische Ideologie und Programme im Kern, nämlich beim Menschen und seiner Natur, gescheitert sind und nur noch militärisch aufrechterhalten werden. Demgegenüber vertritt der Papst, wie er einmal gesagt hat, die folgenreiche „Souveränität der Gesellschaft". Sie allein ist der Wesenskern des Staates und legitimiert ihn. Sie ist das Herz der Nation und des Vaterlandes.

DAILY EXPRESS

Das Londoner Blatt kommentiert das EG-Gipfeltreffen in Stuttgart aus britischer Sicht:

Frau Thatcher ... steht der stabilsten Regierung der Gemeinschaft vor, während die alten europäischen Protagonisten Frankreich und Deutschland in Unordnung sind. Mitterrand wird von einer Wirtschaftskrise zerrissen, die seine Straßen heimsucht; Kanzler Kohl versucht immer noch, in einer rechtsgerichteten Koalition Fuß zu fassen ... Mrs. Thatchers Forderung nach einer gerechten Rückzahlung der absurd hohen britischen Beiträge wird einen Sturm der Entrüstung auslösen, doch sie wird das meistern können. Die Zukunft der EG wird dadurch nicht bedroht. Noch wichtiger ist aber, was nun in Europa weiter geschieht. Die Gemeinschaft muß dringend und gründlicher einige ihrer vielen gehegten Institutionen neu ordnen. Außerdem braucht die EG eine standhafte Führung. Es ist Zeit, daß Frau Thatcher noch stärker auf den Tisch haut.

DER BUND

Die Berner Zeitung gibt den Verhandlungen in Genf über eine Afghanistan-Lösung vorerst keine Chancen:

Der vom UNO-Vermittler Cordovez ausgearbeitete Teilrückzugsplan muß in dieser Situation bleiben, was er ist: ein Stück Papier, das bestenfalls Pakistan beruhigt, indessen falsche Hoffnungen nährt. Getrennte Verhandlungen nur zwischen Pakistan und Afghanistan bringen die Sowjets nicht aus dem Land heraus. Moskau müßte wollen. Es will aber nicht. Allenfalls zu Bedingungen, die auf eine Festschreibung seines Einflusses, seiner Macht in Kabul hinauslaufen.

Andropows Gesundheit und Amerikas Planer

Ein Washingtoner Konzept ohne Hektik und Imagepflege / Von Thomas Kielinger

Heuer jährt sich zum fünfzigsten Mal die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Sowjets und Amerikanern. Im November 1933 führten Cordell Hull und Maxim Litwinow in Washington ihre Verhandlungen. Seither haben beide Mächte den ganzen Kreis möglicher Beziehungen durchmessen: kühlen Abstand, Kriegsbündnis, Rivalität zweier Giganten der Geschichte, wie Tocqueville bereits voraussah.

Was für Schlüsse ziehen sie aus dem Verhalten des jeweils anderen? Über den sowjetischen Teil dieser Antwort wissen wir noch immer so gut wie nichts, wie Außenminister Shultz vor dem außenpolitischen Senatsausschuß letzte Woche ganz unverblümt bekannte. Aber was die Reagan-Regierung über Andropow und sein Reich denkt, das legte Shultz in beeindruckender Detailfülle auf den Tisch.

Auch die Reden, die Andropow, Tschernenko und Gromyko in der letzten Woche während der Tagung des Obersten Sowjet gehalten haben, lassen für amerikanische Ohren nur gemischte Signale erkennen: Andeutungen von Kooperationsbereitschaft, bei gleichzeitiger Versteifung in allen Fragen, die den Amerikanern am Herzen liegen – Abrüstung, Dritte Welt, Afghanistan, Polen. Auch die Stellung Andropows selber bleibt unter Kennern in Washington strittig.

Die Diskrepanzen der Analyse lassen sich am Beispiel der Einschätzung von Andropows Gesundheit modellhaft darstellen.

Dimitri Simes, der 1973 aus der Sowjetunion in die USA emigrieren durfte, wo er heute zu den führenden Sowjetologen zählt, sieht in dem unsicheren Gesundheitszustand Präsident Andropows einen weiteren Faktor, der den Kreml „in der Defensive" hält, neben dem Fehlschlag der sowjetischen Propaganda gegen die NATO-Nachrüstung (siehe die jüngsten Wahlen in der Bundesrepublik und in Großbritannien); den nicht endenden Spannungen innerhalb des Ostblocks, vor allem in Polen; der Politik der Reagan-Regierung, besonders in bezug auf die gesicherte Stärkung der amerikanischen Verteidigung.

Richard Perle dagegen, Staatssekretär für Sicherheitsfragen im Pentagon und einer der wichtigsten Rüstungsexperten im Reagan-Lager, meint dazu nur: „Gandhi, Begin – auch sie sahen und sehen alle sehr zerbrechlich aus. Aber was für zähe Politiker begegnen uns in ihnen!" Er zieht den Schluß, daß Washington beharrlich mit seiner Politik der „Festigkeit und Flexibilität" fortfahren müsse: Moskau den Preis klarzumachen, wenn es sein herausforderndes und internationale Normen verletzendes Verhalten nicht erkennbar – Zentralamerika, Afghanistan, Polen, in der Aufrüstung – zu ändern beginnt.

Welcher Preis? Perle nennt einige Beispiele: die Modernisierung der Rüstung „in Europa und den USA". Die Pershing 2 hält Perle dabei eher für eine politische als eine militärisch entscheidende Waffe. Das wird in Washington überhaupt mehr und mehr zur vorherrschenden Ansicht. Die Plazierung dieser Waffe in der Bundesrepublik erscheint in diesem Kontext als eine diplomatische Niederlage größeren Ausmaßes für Moskau. Dazu auch William G. Hyland, Kissingers früherer Moskau-Berater und SALT-Mitarbeiter: „Die Pershing 2 in Westdeutschland – was für ein Resultat für Moskau, nach dreizehn Jahren der Entspannungsbemühungen mit Bonn!" Hyland glaubt, daß deshalb der Kreml noch einmal auf das „Nitze-Papier" vom vorigen Sommer zurückkommen werde.

Als weiteres Beispiel nennt Perle Zentralamerika. Dabei gewinnt etwa die Destabilisierung Nicaraguas die Qualität einer amerikanischen „Gegenoffensive", denn, so sagt Perle, „man kann der Sowjetunion nicht die Freiheit lassen, den Schauplatz der Konflikte allein zu wählen und zu bestimmen".

Festigkeit und Flexibilität. Außenminister Shultz faßte das in seiner langen Darstellung vor dem Senatsausschuß zu folgendem Satz zusammen: „Nachdem wir unsere Stärke wiederaufgebaut haben, streben wir mit den sowjetischen Führern einen konstruktiven Dialog an." Doch zeigt diese Dialogbereitschaft weder Hast noch Ungeduld um eines öffentlichen Erscheinungsbildes willen. Als Senator Tsongas aus Massachusetts Shultz vorhielt, daß die Reagan-Regierung womöglich als erste Administration seit Jahrzehnten weder einen sowjetisch-amerikanischen Gipfel noch ein Abrüstungsabkommen „einfahren" werde, entgegnete dieser ungerührt: „So sei es denn." Der Ungewißheit in Moskau setzt Washington Beharrlichkeit und Gelassenheit entgegen. Diese Regierung hat ein Konzept.



Andrej Gromyko – der Talleyrand des 20. Jahrhunderts

Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister der Sowjetunion, Andrej Gromyko, benutzte die Reise des Papstes, um den Kernpunkt sowjetischer Politik, die unter Umständen auch gewaltsame Anbindung der „Bruderstaaten" in Osteuropa, hervorzuheben. Der „Klassengegner", so Gromyko vor dem Obersten Sowjet in Moskau, versuche zur Zeit alles, um die sowjetische Gemeinschaft zu spalten. Trotz einer kargen Biographie lassen sich die wichtigsten Züge der Persönlichkeit Gromyko nachzeichnen.

Von F. MEZZETTI

Er ist der Talleyrand des 20. Jahrhunderts. Talleyrand diente Napoleon und der Restauration. Gromyko hat Stalin gedient, denen, die ihn verdammten, und denen, die seine Büste wieder auf den Sockel hoben.

Nach so vielen Jahren treuer Dienste ist er jetzt selbst Protagonist. Ohne jemals abzuweichen, blieb er stets im Gleis seiner intimsten Natur; als hochgradiger Bürokrat verachtet er jegliche Phantasie, Improvisation und Abweichung vom Protokoll. „Der beste Konservative, den ich je kannte", so beschrieb ihn der englische „Premier" Sir Alec Douglas Home.

Physisch abgezehrt und ideologisch strenggläubig, ist Andrej Andrejewitsch Gromyko auf der weltpolitischen Bühne die Persönlichkeit mit der größten Erfahrung. Und er ist auch der Wortkargste. Als er von 1946–1948 sein Land bei der UNO vertrat, wurde er weltberühmt durch sein „Njet". Dieses „Nein" wurde sein am häufigsten ausgesprochenes Wort in diesen beiden Jahren. Gleichzeitig lernte er aber alle kennen und verhandelte mit allen: mit Churchill und Chou En-lai, mit Tito und Eisenhower, mit Roosevelt und John Foster Dulles. Später kamen Jüngere dazu, Brandt zum Beispiel. Zeitgeschichte und Archäologie.

Stalin und Molotow hatte er als Chef, von Chruschtschow wurde er erhöht und gedemütigt, von Breschnew wieder eingesetzt. Unter Andropow machte er weitere Karriere: Jetzt ist er Erster Stellvertretender Ministerpräsident. Er stieg mehr aus eigener Kraft auf als durch die Gnade anderer. Zu lange war er mit der Außenpolitik betraut, als daß man ohne ihn auskäme. Die Generalsekretäre der Partei wechseln, die Bürokraten aber bleiben.

Unter allen Männern des Kreml ist Gromyko der meistgereiste, derjenige, der den Westen am besten kennt, und der im Westen am bekanntesten ist. Von ihm persönlich jedoch weiß man ganz wenig. Die magere Biographie sagt, daß er 1909 in einem Dorf in Weißrußland in armen Verhältnissen zur Welt kam. Er studiert in Minsk, 1930 wird er nach Moskau ans Institut für Wirtschaftswissenschaften geschickt. Er war Botschafter in Washington während des Krieges, dann UNO-Botschafter, danach folgt London. Seit 1957 ist er Außenminister. Seit 1975 ist er Mitglied des Politbüros, des höchsten Machtorgans. Er hat zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter. Der Sohn ist Diplomat.

Gromykos Diplomaten-Dienst beginnt 1939. Damals war er Professor für Wirtschaft. Zu seinen Schülern gehörte Viktor Grischin, Partei-Boß in Moskau, der heute ebenfalls dem Politbüro angehört. Gromyko erzählt, daß er eines Tages unerwartet ins Zentralkomitee gerufen wurde und sich einem Verhör dreier Herren stellen mußte. Einer der drei war Molotow, der damalige Außenminister. Da er Englisch studiert hatte, wurde er für den diplomatischen Dienst angeworben und der amerikanischen Abteilung im Außenministerium zugeteilt.

Es waren die Jahre, in denen die intellektuelle Elite des Landes in die Lager geschickt wurde. Stalin führte Krieg gegen die eigene Partei. Als die zivilen und militärischen Führungskader ausgerottet waren, ergab sich die Notwendigkeit, eine neue Führungsklasse zu schaffen; der Diktator holte sie aus einer Generation, die unter dem neuen Regime herangewachsen war und den Reiz der Freiheit und der persönlichen Entscheidungen nicht mehr kannte.

Still und aufmerksam wie in den späteren Jahren muß Gromyko schon in seiner Jugend gewesen sein, als ein hoher Preis bezahlt werden mußte, um die Stürme zu überstehen und ausgewählt zu werden: ständige Selbstzensur der Intelligenz und Verstümmelung der Persönlichkeit. Bei Kriegsausbruch wurde Gromyko nach Washington geschickt, zunächst als Berater des Ministers Molotow, dann als Botschafter in der Nachfolge Maxim Litwinows – ein mythischer Name in der sowjetischen Diplomatie.

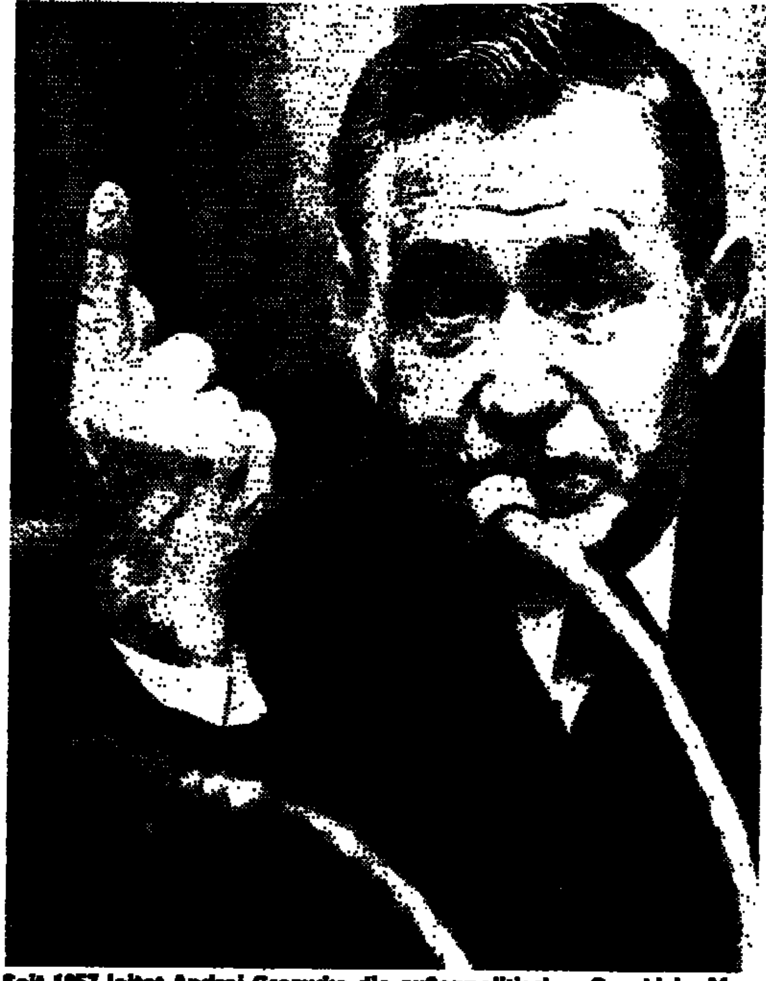
Litwinow hatte zur vorrevolutionären Generation gehört. Als gebildeter Kosmopolit war er jahrelang, bis 1937, Außenminister gewesen. Er hatte eine Engländerin geheiratet, spielte Klavier und machte kein Geheimnis aus seiner Freude am Leben, der guten Küche, einer gewissen Eleganz. Hierin glich er seinem Vorgänger in der sowjetischen Diplomaten-Führung, dem Aristokraten Tschitscherin.

Stalin hatte Litwinow 1937 durch Molotow ersetzt und ihn aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Seltsamerweise schonte er jedoch sein Leben. Ilja Ehrenburg, der ihn gut kannte, sprach von Litwinow mit Bewunderung und Liebe: „Warum ließ Stalin, nachdem er fast alle Mitarbeiter Litwinows zu Tode brachte, nicht auch ihn erschießen? Litwinow selbst hatte mit dem Tode gerechnet. Von 1937 bis zu seiner letzten Krankheit hatte er stets eine Pistole auf dem Nachttisch; hätte es nachts an seiner Tür geklingelt, hätte er das zweite Läuten nicht abgewartet."

Nach dem Beginn des Krieges mit Deutschland 1941 griff Stalin wieder auf Litwinow zurück und schickte ihn als Botschafter nach Washington. Damals brauchte er bei Roosevelt eine Persönlichkeit von hohem Niveau. Einige Zeit danach übernahm Gromyko den Posten Litwinows in Washington. Wie ein amerikanischer Historiker schreibt, zog Stalin zu diesem Zeitpunkt für derart delikate Aufträge „Funktionäre vor, die relativ unbedeutend und ohne Kontakte mit dem Ausland waren, mit den distanzierten, kalten Umgangsformen des Sowjetmenschen, die sich erheblich von der Herzlichkeit und der Weltoffenheit ihrer Vorgänger abhoben".

Gromyko ging mit einem Spezialauftrag in die Vereinigten Staaten. Vor der Abreise befragte ihn Stalin nach seinen Englischkenntnissen. Gromyko antwortete, er habe viel studiert, besitze aber wenig Praxis. Daraufhin riet ihm Stalin: „Vielleicht wäre es gut, wenn Sie in Amerika von Zeit zu Zeit in die Kirche gingen. Die Prediger sprechen gewöhnlich eine gute Sprache mit ausgezeichneter Diktion."

Heute bestätigt Gromyko, wenn er sich an diese Episode erinnert, mit einem Hauch von Koketterie, daß dies die einzige Anordnung Stalins gewesen sei, die der sowjetische Botschafter nicht befolgt habe. Er erklärt, daß er als Atheist eine gewisse Abneigung verspüre, eine Kirche zu betreten. Er fügt jedoch nicht hinzu, daß ein derartiger Vorschlag eigentlich nur von einem Priester-Schüler, der Stalin in seiner Jugend war, kommen konnte. Solche plötzlichen Rückfälle in Seminarszeiten passierten Stalin öfters. In seiner finstersten Stunde, als die deutsche Wehrmacht vor Moskaus Toren stand, verstand es Stalin, sich eher als guter Hirt, denn als Bolschewist an das russische Volk zu wenden. Er begann eine berühmte Rede mit dem Ausruf: „Brüder und Schwestern!" anstatt mit „Genossen!" gemäß der neuen Liturgie.



Seit 1957 leitet Andrej Gromyko die außenpolitischen Geschicke Moskaus. Er ist der dienstälteste Außenminister der Welt. FOTO: WEREK

Aus vielen Jahren der Erfahrung mit dem Westen hat sich Gromyko eine äußerst schlechte Meinung über das Funktionieren der bürgerlichen Demokratien gebildet. Als Nixon im April 1974 wegen der Watergate-Affäre schon in der Patsche saß, sagte Gromyko zu ihm: „Wir sind überzeugt, daß Sie sich an die eingeschlagene Linie halten werden trotz gewisser bekannter Schwierigkeiten, auf die ich nicht weiter eingehen will. Wir bewundern Sie als Mensch." (Am selben Tag rief Breschnew in Moskau den amerikanischen Botschafter Walter Stoessel zu sich und drückte sein Erstaunen darüber aus, daß es in den USA so weit kommen konnte, daß ein Präsident wegen seiner Steuererklärung Schwierigkeiten bekäme.)

Die westliche Presse zum Beispiel, die doch so frei und ohne feste zentrale Koordination arbeitet, gefällt Gromyko nicht. Als er am 2. April dieses Jahres auf der Pressekonferenz Reagans Vorschlag über die „Zwischenlösung" in der Raketen-Frage zurückwies, merkte man, daß er es widerwillig tat. Er glaubt, daß die öffentliche Meinung des Westens von der Presse schlecht informiert wird. Er zieht die sowjetische Presse vor; sie verabscheut Sensationen und man erhält umfassende offizielle Mitteilungen mit Kommentaren, die begeistert die Parteientscheidungen auslegen, „gemäß dem verfaßten Prinzip: „Der sowjetische Journalist wirkt, getreu den Geboten Lenins, als Propagandist, als Agitator und Organisator der Massen."

Bei dieser Pressekonferenz gab Gromyko sein Bestes. Mit seinen 74 Jahren sprach er zwei Stunden lang stehend, ohne das mindeste Anzeichen von Ermüdung. An seinem Gesicht konnte man ablesen, wie lästig es ihm war, sich öffentlich darstellen zu müssen. Den Mund von links nach rechts verzerrt, zogen sich zwei bittere Falten bis zum Kinn. Seine tiefliegenden Augen drückten Skepsis und Trauer aus. Er ließ sich zu einigen Sarkasmen hinreißen, als er von den französischen und britischen Raketen sprach. Im Russischen ist das Wort Rakete weiblich. Mit einem nicht zu übersetzenden Wortspiel sagte er: „Was sollen wir tun, wenn uns eine kleine Engländerin oder eine Französin anfällt?"

Man sagt, er habe einen scharfen Sinn für Humor, wenngleich es dafür nur wenige Beispiele gibt. Bei seiner letzten Pressekonferenz in Bonn zusammen mit Schmidt wurde ihm eine hinterhältige Frage gestellt, die mehrere Antworten zuließ. Er bemerkte: „Dies ist eine Frage mit Mehrfach-Sprengkopf." Indes, man hat ihn kaum je lachen sehen, weder in Jalta noch in Potsdam. Nur bei einer der unzähligen Konferenzen in Genf sah man ihn jedesmal in Gelächter ausbrechen, wenn Henry Kissinger ihm etwas ins Ohr flüsterte.

Die Pressekonferenz vom 2. April war auch ein Beweis für Gromykos ausgezeichnete politische Gesundheit. Zwei Stunden sprach er ohne schriftliches Konzept. So etwas riskiert in Moskau nur jemand, der über weitreichende Autonomie und entscheidende Macht verfügt. Dabei war es sicher nicht leicht für ihn, so weit zu kommen. Jahrelang hatte er diese Autorität nicht, obgleich er formal das Amt des Außenministers bekleidete. Chruschtschow ernannte ihn 1957 zum Minister, nachdem Molotow, Kaganowitsch und Malenkow abgesetzt worden waren. Aber er konnte mit dem Ukrainer nur schlecht zusammenarbeiten. Die Improvisationen des sanguinischen Nikita waren ihm lästig, auch die unkontrollierten Ausbrüche. Es irritierte ihn, daß Chruschtschow seinen Schwiegersohn Adschubej als Sonder-Diplomat in der Welt herumschickte, ohne das Außenministerium davon zu unterrichten.

Chruschtschow hat seinen Außenminister oft gedemütigt. Vor ausländischen Gästen prahlte er damit, daß Gromyko jeden seiner Befehle ausführen würde. Kissinger erinnert sich, daß Breschnew Gromyko gegenüber die gleiche Haltung an den Tag legte, allerdings ohne die Plumpheit des Vorgängers. Kissinger: „Wenn er Gegenstand derartig idiotischer Freundlichkeiten war, nahm Gromykos Gesicht einen lächelnden Ausdruck an. Nur seine Augen blieben wachsam und leicht melancholisch wie die eines Hundes, der von seinem Herrn unerklärliche Schwächen zu ertragen hat. Gromyko bewahrte eine ihm eigene distanzierte Würde; redlich und nachgiebig, aber nicht unterwürfig. Unvermeidlich war er am Ende stets derjenige, der die Diskussion beherrschte. Auf diese Weise wurde er der unentbehrliche Pilot der sowjetischen Außenpolitik."

Wer lange diplomatische Verhandlungen mit ihm geführt hat, begreift, daß Gromyko „nicht an den brillanten Coup und aufsehenerregende Manöver glaubt, daß er stetigen Druck dem kühnen Handstreich vorzieht". (Kissinger). Wenn von Zeit zu Zeit auch Coups vorkommen wie in Prag oder Kabul, eignet sich nach Gromykos Ansicht der stetige Druck vorzüglich dazu, die Welt zu überzeugen, daß sie den Willen der Sowjetunion zu akzeptieren hat.

Die Jäger der verlorenen Schätze suchen Spuren der Kinder Israels

Von M. v. SCHWARZKOPF

Die Sonne brennt erbarmungslos vom Himmel herab. Inmitten einer Ebene voller Staub und Dreck wimmeln Männer umher, die Schächte ausheben, Gesteinsbrocken umherwuchten und Lorrys mit Geröll und Sand beladen. In unmittelbarer Nähe dieses menschlichen Ameisenhaufens, nur durch einen Felsen verborgen, buddeln einige Männer auf der Kuppe eines Hügels in der Erde. Mit vereinter Kraft schieben sie einen Felsblock beiseite und starren in eine Öffnung im Felsen. Dort unten, versteckt im Zwielicht, liegt der Schatz, nach dem die anderen dort in der Ebene suchen: die Bundeslade der Kinder Israels.

Dies ist eine Szene aus Steven Spielbergs Abenteuerfilm „Jäger des verlorenen Schatzes". Darin geht es um einen amerikanischen Archäologen, der in den Ruinen der alten ägyptischen Hauptstadt Tanis nach der Bundeslade forscht und sie vor dem Zugriff der deutschen Wissenschaftler bewahren will. Denn der Lade werden gewaltige militärische Kräfte zugeschrieben, und man schreibt das Jahr 1936 ... In jener Zeit galt Tanis im östlichen Teil des Nildeltas als jene Stadt, die einst Ramses II. errichten ließ und von der aus die Kinder Israels unter der Führung des Moses ihren Exodus ins Gelobte Land antraten.

Ägypten, Frühsommer 1983. Unter einem wolkenbedeckten Himmel bewegt eine Kolonne von Männern Erdmassen hin und her, legt quadratische Steinblöcke frei, zieht Gräben. Wieder sind es deutsche Archäologen, die im Nildelta nach den Relikten der Ramses-Metropole forschen. Aber nicht mehr in Tanis, sondern ein Stück weiter südwestlich, in der Nähe der alten Hyksos-Stadt Auaris, im Gebiet von Tell ed-Dab'a-a-Qantir, suchen die Wissenschaftler nach dem Ort, von dem ein altes Lied kündet, die „Sonne geht in seinem Innern unter".

Einen ganz so sensationellen Fund wie die Bundeslade erwarten die deutschen Archäologen zwar nicht. Ihnen geht es hauptsächlich darum, ein Stück ägyptischer Siedlungsgeschichte zu erforschen und festzustellen, wie die Menschen damals im Alltag lebten. Aber immerhin hofft der Grabungsleiter, Arne Eggebrecht, Direktor des Hildesheimer Roemer-Pelizaeus-Museum, auf „Überreste des Stadtarchivs zu stoßen" und damit auf Informationen aus erster Hand über den Auszug der Kinder Israels. Die bisherigen Funde bestätigen zumindest die These, daß Ramses II., „der mächtige Stier und Geliebter Amons", wie ihn eine Hymne aus der Zeit um 1350 v. Chr. nennt, tatsächlich in der Gegend von Qantir seine Hauptstadt erbaute.

Die alte Ramses-Stadt, die einen eigenen, inzwischen längst versandeten Hafen besaß, erstreckte sich über viele Tausende von Quadratmetern. Wie groß diese „siegreiche Burg" gewesen ist, können die Forscher bisher nur schätzen. Sie lag eingebettet in weite Gärten und Weinberge in einer Gegend, die damals zu den fruchtbarsten Regionen des Mittelmeergebietes gehörte.

Die großen Steinquadern, die die Archäologen in den knapp zwei Jahren ihrer Grabungstätigkeit freigelegt haben, lassen auf riesige Gebäude, wahrscheinlich Tempelanlagen und Paläste schließen. In einem nahen Feld buddelten Bauern die kolossalen Füße einer mehrere Meter hohen Riesenstatue aus, offenbar eine Skulptur des Herrschers Ramses II., die entweder vor einem der offiziellen Gebäude oder in einer der Prunkhallen gestanden haben muß.

In den bisherigen drei Grabungskampagnen kamen eine Fülle wunderschön erhaltener blauer Kacheln, verziert mit allerlei Mustern, ans Tageslicht. Eggebrecht war zunächst erstaunt, die blaugrundigen Kacheln hier zu finden, denn eigentlich gehören Arbeiten dieser Art früheren Epochen ägyptischen Kunsthandwerkes an. Aber offenbar liebte auch noch Ramses II. es, seine Gemächer mit den glasierten Kacheln auszukleiden. Genauso wie der Herrscher, der die Arbeiten an seiner „lieblichen Feste" um das Jahr 1250 v. Chr. beginnen ließ, den Wein schätzte. Inzwischen nämlich haben die Forscher in Qantir ganze Weinkeller aufgetan, darunter sogar welche mit noch verschlossenen Krügen. Die Siegel sind zwar noch intakt, der Wein aber leider längst versiegt.

Zu den bisher abenteuerlichsten Funden gehört etwas, was Eggebrecht als „Menagerie" bezeichnet: Die Forscher bargen eine Fülle von Knochen seltsamer Tiere, die es eigentlich in dieser Gegend Ägyptens nicht gab: Elefanten, Löwen, Antilopenarten und Gazellen, die wohl aus südlicheren Gefilden nach Nord-Ägypten „exportiert" worden waren. „Ramses besaß offensichtlich einen schönen, kleinen Privatzoo", sagt Eggebrecht. Und da in jenen Tagen viele Völker mit Ägypten Handelsverbindungen unterhielten oder sogar tributpflichtig waren, wird es dem Pharao nicht schwergefallen sein, immer wieder Nachschub für seine Menagerie zu bekommen.

Daß die Archäologen heute bei Qantir die alte Ramses-Metropole ausgraben und nicht länger weiter nördlich bei Tanis, das erst Jahrzehnte später zum Teil aus den Steinen der Ruinen der ursprünglichen Ramsesstadt errichtet wurde, oder bei dem noch weiter östlich gelegenen Pelusium danach suchen, ist, wie so oft in der Archäologie, einem Zufall zu verdanken. Vor rund zehn Jahren begann der österreichische Archäologe Manfred Bietak mit seinen Untersuchungen dieses Gebiets. Bietak wollte das alte Auaris, die Hauptstadt der Hyksos, ausgraben, die als Fremdherrscher das Nil-Land um 1700 mehr als 150 Jahre regiert hatten. Die Hyksos, auch als „Seevölker" in die Geschichte Ägyptens eingegangen, brachten den Ägyptern zwar Pferd und Wagen, erfreuten sich aber im übrigen keiner großen Beliebtheit. Nach 150 Jahren gelang es den Nil-Land-Bewohnern, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln.

Manfred Bietak fand tatsächlich die Überreste von Gebäuden aus der Hyksos-Zeit, darunter eine große Tempelanlage. Als Bietak einige Probestiche an einem anderen Ende des riesigen Grabungsfeldes vornehmen ließ, stieß er auf Gebäudereste, die aus späterer Zeit datieren. Weitere Untersuchungen ergaben, daß diese Steine etwa aus der Zeit um 1300 stammen müßten. Das Hildesheimer Roemer-Pelizaeus-Museum, in dessen Besitz sich eine Reihe von Stelen aus der Ramses-Zeit befinden, deren Ursprung bislang nicht geklärt werden onnte, interessierten sich für diesen Fund. Unterstützt von den Geldern der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) begannen die Hildesheimer 1981 mit den ersten Grabungen. Bald schon bestätigte sich anhand zahlreicher Ziegeln mit dem Ramses-Siegel der „Verdacht, daß es sich bei Qantir um das Gebiet der eigentlichen Ramses-Hauptstadt handeln müsse. Und bislang fördert jeder Tag der Grabung neue Kostbarkeiten aus jener mehr als 3000 Jahre zurückliegenden Epoche ans Tageslicht: Bronzewaffen, bemalte Tierfigürchen, Säulenüberreste, Fundamente der Wohnhäuser und Werkstätten der Bewohner der Ramsesstadt und Geräte aller Art.

„Die Zusammenarbeit mit den Österreichern, die im Nordosten des mehr als 72 000 Quadratmeter umfassenden Areals die Hyksos-Feste dem Wüstensand entreißen, klappt, wie Eggebrecht sagt, „vorzüglich". Und auch die Zusammenarbeit mit den Ägyptern. „Alles erfolgt hier rasch und reibungslos, ohne jede Bürokratie", lobt Eggebrecht das Gastland. Auch die Fundteilung, die alle zwei bis drei Jahre erfolgt und, neben dem Sudan, nur noch von Ägypten auf großzügige Weise gehandhabt wird, vollzieht sich ohne Ärger und Aufregung. Im Lande bleiben alle beschrifteten Gegenstände, aber, so Eggebrecht, „bei allen anderen Funden zeigen sich die Ägypter großzügig".

Eggebrecht ist nicht der einzige deutsche Archäologe, der seit Jahren am Nil forscht. Das Deutsche Archäologische Institut in Berlin erhält eine Niederlassung in Kairo, und mehrere deutsche Universitäten entsenden jedes Jahr im Herbst und Frühling ihre „Gräber" nach Ägypten. Dazu gehören München, Heidelberg und Bonn.

„Was hier in Ägypten im Bereich der Archäologie geschieht, das ist praktizierte Völkerverständigung", meint Eggebrecht. „Die Kultur ist noch immer eine der besten Brücken zwischen den Völkern. Ägypten hat sogar jüngst erklärt, es betrachte die sich im Ausland befindlichen Kunstschätze aus seiner Vergangenheit als ‚stille Botschafter' Kairos. Damit schwimmt das Land gegen Strom, bzw. den Trend anderer Nationen, ihre Kunst aus fremden Museen zurückzufordern."



Im Nildelta graben deutsche Archäologen nach der Hauptstadt von Ramses II. FOTO: DIE WELT

„Gipfelkonferenzen scheitern nie“ / WELT-Korrespondenten berichten vom EG-Treffen in Stuttgart

Finanz-Papier: Erklärungen, die erst konkretisiert werden müssen

WILHELM HADLER, Stuttgart

Die Staats- und Regierungschefs der EG haben es sich in Stuttgart wahrlich nicht leicht gemacht. Ihre Gipfel-Erklärung zu den europäischen Finanzproblemen ist der Versuch, den Rahmen für die künftigen Aufgaben der Gemeinschaft abzustecken und gleichzeitig eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten auf die einzelnen Mitgliedsländer zu sichern. Wie zu erwarten war, haben sich am Ende weder die Befürworter einer sofortigen Aufstockung des Brüsseler Finanzplafonds noch die Verfechter rigoroser Sparprogramme voll durchsetzen können. Und man muß sehen: Hinter den mühsam ausgehandelten Formulierungen verbergen sich nach wie vor ziemlich unterschiedliche Erwartungen an die Gemeinschaft.

Die Probleme, um die es in Stuttgart ging, sind nicht neu. Lösungsversuche für die Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG) hatte es bereits mehrere gegeben.

Im Zentrum stand auch diesmal die Frage, ob die kostspielige europäische Agrarpolitik reformiert werden kann, ohne „Besitzstände“ allzusehr zu gefährden. Abgesehen davon, daß die Landwirtschaftspolitik noch immer die einzige wirklich gemeinschaftliche Politik ist, bildet sie für manche EG-Partner die Voraussetzung für die Öffnung ihres Marktes für gewerbliche Erzeugnisse aus den anderen Mitgliedsländern.

Forderungen, die Einkommensgarantien für die rund neun Millionen Bauern in der Gemeinschaft aufzulockern, haben in der EG von dem Zeitpunkt an politisches Gewicht bekommen, als der Kreis der sechs Gründungsmitglieder durch Großbritannien erweitert wurde, und sie wurden noch lauter, als in den Hauptstädten das Geld knapper zu fließen begann.

Was England angeht, muß man wissen, daß die Briten über eine leistungsfähige, aber kleine Landwirtschaft verfügen. Da sie mehr Agrarerzeugnisse ein- als ausführen, profitieren sie auch kaum von den Segnungen der Brüsseler Mindestpreise und Exportsubventionen, jedenfalls erheblich weniger als etwa die Dänen oder die Franzosen.

Vor allem aber brachten die Engländer eine Betrachtungsweise mit in die Gemeinschaft, die eher auf konkret meßbare Erfolge als auf langfristige Wirkungen und Absichten ausgerichtet ist.

Bonn einziger „Nettozahler“

Der Stuttgarter Gipfel mußte besonders deshalb eine Neubestimmung der Ziele der EG anstreben, weil die drohende Erschöpfung der Brüsseler Finanzquellen zu schnellem Handeln zwingt. Die von der EG-Kommission propagierte Aufstockung des Mehrwertsteueranteils der Gemeinschaft stößt verständlicherweise besonders in der Bundesrepublik Deutschland auf harten Widerstand. Bonn ist der einzige große „Nettozahler“ in der EG. Jede Mark, die in Brüssel verplant wird, geht für nationale Ausgaben verloren.

Der Versuch, die Erweiterung der EG-Einnahmen zumindest so lange hinauszuzögern, wie die Möglichkeiten von Einsparungen nicht voll ausgeschöpft sind, ist bei anderen Gipfel-Teilnehmern nicht nur wegen des damit verbundenen Drucks auf eine Reform der Agrarpolitik kritisiert worden. Der Vorwurf an die Bonner Adresse lautete vor allem, daß sich die Bundesrepublik Deutschland vornehmlich finanzieller Argumente bediene, statt zu versuchen, die Ziele der gemeinsamen Politik zu definieren und mit den vorhandenen finanziellen Mitteln in Einklang zu bringen.

Integrationsfortschritten, so meinten einige Regierungschefs, müsse grundsätzlich eine höhere Priorität zuerkannt werden als Einsparungen im Budget. Einsparungen allein brächten die Gemeinschaft noch nicht aus ihrer gegenwärtigen Krise.

Der Europäische Rat einigte sich schließlich auf einen Text, der zwar den Willen zum Sparen und die Notwendigkeit einer wirksameren Ausgabenkontrolle hervorhebt, gleichzeitig aber auch den Startschuß für Verhandlungen über ein besseres Gleichgewicht zwischen der Agrarpolitik und anderen Politikbereichen (zum Beispiel von Forschung und Technologie) geben soll.

Neuer politischer Konsens?

Damit erwächst immerhin die Chance, einen neuen politischen Konsens zwischen den EG-Partnern zu entwickeln und die Gemeinschaft für veränderte Aufgaben zu rüsten.

Das Mandat an die Ministerräte ist freilich so allgemein gehalten, daß der Erfolg der Neuverhandlungen alles andere als sicher ist. Schon Ende 1981 hatten sich die Regierungen vergeblich bemüht, die „Agrarlastigkeit“ des Brüsseler Budgets zu mildern und die Kostenexplosion des „grünen Europa“ in den Griff zu bekommen. Damals ging es vor allem um gerechtere Beitragsbedingungen für Großbritannien. Inzwischen drohen die Agrarausgaben den Finanzrahmen der EG zu sprengen. Neue Belastungen sind durch den Beitritt Spaniens und Portugals zu erwarten.

Die Reform der Landwirtschaftspolitik war in der Vergangenheit immer wieder daran gescheitert, daß keine Einigung über die Ziele dieser Politik erzielt werden konnte. Mitgliedsstaaten wie Großbritannien, die Niederlande oder Dänemark setzen auf effiziente Betriebe, während in Frankreich, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland die Sicherung eines möglichst hohen Einkommens Priorität hat.

Daraus folgt, daß sich zum Beispiel die Briten gegen Entscheidungen zur Wehr setzen, die Milcherzeugung der Großbetriebe einzuschränken. Die Franzosen wollen dagegen ihre Kleinbauern schützen. Wenn schon zu viel Milch produziert wird, soll der Butterberg nach ihrer Meinung von den großen Landwirten finanziert werden.

Die Stuttgarter Erklärung nennt zwar eine große Zahl von Agrarregelungen, die in den kommenden Monaten überprüft werden sollen. An konkreten Weisungen, wie die erwünschten Einsparungen erzielt werden sollen, ließen es die Regierungschefs indes fehlen. Für die kommenden Brüsseler Verhandlungen sind die Konfliktstoffe damit kaum eingegrenzt worden.

Auch das Problem der künftigen Finanzausstattung für die Gemeinschaft bleibt nach dem Stuttgarter Gipfelbeschluß vorläufig offen. Es soll im Rahmen der geplanten neuen Standortbestimmung gelöst werden, also im Zusammenhang mit den Entscheidungen über die künftige Gemeinschaftspolitik.

Wann es aber dazu kommt, bleibt offen. Die Frage ist, ob es wenigstens gelingt, rechtzeitig so viele Einsparungen zu beschließen, daß es inzwischen nicht doch zum finanziellen Kollaps kommt.

Schon in diesem Jahr könnte sich zeigen, daß die Finanzmittel der Gemeinschaft nicht ausreichen. Sinkende Weltmarktpreise und Rekordernten haben dafür gesorgt, daß die Agrarausgaben weit stärker steigen als vorausgesehen. Die Klärungen im Landwirtschaftsbereich, die für einen Durchbruch bei den Verhandlungen mit Spanien und Portugal, vor allem aber mit Spanien, notwendig sind, lassen einen zusätzlichen Finanzbedarf erwarten.

Immerhin haben die Gipfel-Teilnehmer in der Nacht von Samstag auf Sonntag in einer Sitzung, die bis gegen zwei Uhr früh dauerte, wie es heißt vier Fünftel des „Finanzpakets“ beraten.

Mit einem „handfesten Ergebnis“ kommt als einzige Margret Thatcher vom Stuttgarter Gipfel nach Hause. Sie hat die Zusage, für ein weiteres Jahr eine Beitragsentlastung von rund 1,7 Milliarden Mark zu erhalten – unter der Voraussetzung allerdings, daß es zu einer Einigung über das Gesamtpaket kommt. Die längerfristige Lösung des britischen Finanzproblems bleibt weiteren Verhandlungen überlassen. Das Brüsseler Konferenzkarussell wird so schnell nicht zum Stehen kommen.

Einen „guten Schritt in Richtung zu mehr Zusammenarbeit“ nannte Kanzler Helmut Kohl gestern das Ergebnis des Stuttgarter EG-Gipfels. Als gastgebender Ratspräsident gab er sich mit Recht zufrieden: Denn was in Stuttgart schließlich zustande gekommen war, ist immerhin einiges. Und gemessen daran, daß das Treffen gleich mehrfach zu platzen drohte, ist es sogar viel. Was es freilich am Ende für Europa gebracht hat, muß sich erst zeigen. Der Teufel liegt im Detail, und ums Detail geht es erst noch.

EG-GIPFEL STUTTGART 17.–19. Juni 1983

Europäische Akte: Vom Vorschlag blieb am Ende nur einiges

ULRICH LÜKE, Stuttgart

François Mitterrand sorgte noch einmal für Spannung. Kurz bevor der französische Staatspräsident am Samstagnachmittag die Stuttgarter Gipfelkonferenz verließ, teilte er seinen Partnern mit, er habe den Text der „feierlichen Erklärung zur Europäischen Union“ über Nacht zum ersten Mal gelesen und komme leider nicht umhin festzustellen, daß er so nicht bleiben könne. Sprach's, legte zehn Änderungsanträge auf den Tisch und verließ wenig später den Tagungsraum.

Hans-Dietrich Genscher muß der Atem gestockt haben, lag doch ein vermeintlich unterschriftsreifes Exemplar seines Lieblingsprojektes in den Unterlagen. Doch nach kurzer Prüfung war der deutsche Außenminister erleichtert: Was Mitterrand vorschlug, waren zumeist kosmetische Operationen, gefährdete – so jedenfalls sah es Genscher – den Bestand der Erklärung nicht.

Der aber wurde Stunde über Stunde durch den Ablauf der Gipfelkonferenz selbst in Frage gestellt. Denn auch die Deutschen sahen bald ein, daß die Zehn kaum eine feierliche Erklärung über künftige Fortschritte in der Gemeinschaft hätten unterzeichnen können, wenn es in den anderen Gipfelfragen zum Bruch gekommen wäre. Am Sonntagmorgen war diese Gefahr jedoch gebannt.

Zweieinhalb Jahre nach dem Startschuß ist Hans-Dietrich Genschers Initiative nun also durchs Ziel gegangen. Kräftig abgemagert zwar, aber immerhin angekommen.

Auf dem Dreikönigstreffen der Liberalen in Stuttgart hatte Genscher im Januar 1981 gefragt, ob es nicht an der Zeit sei, einen Vertrag über die Europäische Union abzuschließen. Der eigene Bundeskanzler gab ihm Monate später die ablehnende Antwort. Helmut Schmidt war nur bereit, als deutsche Initiative eine „Akte“, eine feierliche Erklärung, vorzuschlagen. Ein Vertrag, so argumentierte er, habe in den meisten Mitgliedsländern keinerlei Chance, ratifiziert zu werden.

Initiative verwässert

Folglich schlug Genscher im November 1981 offiziell eine „Europäische Akte“ vor, die sein italienischer Amtskollege um wirtschaftspolitische Zielbestimmungen anreicherte.

Von Stund an freilich wurde diese Genscher/Colombo-Initiative in den Beratungen der Fachgremien verwässert. Was aber blieb, ist die Zielrichtung. Die Staats- und Regierungschefs der EG erklären sich in der Präambel „entschlossen, das auf der Grundlage der Verträge von Paris und Rom begonnene Werk fortzuführen und ein vereintes Europa zu schaffen“. Man muß allerdings hinzufügen: was immer das heißen mag; Interpretationskünsten bleiben Tür und Tor geöffnet.

Die eigentliche Erklärung von Stuttgart gliedert sich in drei Teile: In ein Kapitel über die Ziele, eines über die Institutionen und eines über den „Wirkungsbereich“, der die bekannten wirtschaftspolitischen Vorhaben der Gemeinschaft zusammenfaßt.

Die Zehn fordern eine „deutlichere“ Ausrichtung der europäischen Einigung auf ihre politischen Ziele und wirksamere Entscheidungsstrukturen. Bestehende politische Zielsetzungen müßten vertieft, neue Initiativen ausgearbeitet werden.

Als neue Ziele nennt die Erklärung:

- Beratungen über die „politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit“. Darunter sind beispielsweise alle Bemühungen im Rahmen des KSZE-Prozesses zu verstehen.
- Eine engere kulturelle Zusammenarbeit.
- Die Angleichung der nationalen Gesetzgebungen, vor allem im Bereich des zivilen und des Handelsrechts.
- Schließlich eine Verstärkung der EG-weiten Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung.

Genscher konnte in diesem Kapitel die Forderungen nach einem „gemeinsamen Vorgehen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik“ und nach Einrichtung von zwei neuen Ministerräten, einen für Kultur und einen für Justiz, nicht durchsetzen.

Das zweite Kapitel der Erklärung (Institution) war von Anfang an besonders umstritten. Die Erklärung schreibt hier einige schon praktizierte Verfahrensweisen fest, bringt aber auch Neuerungen. So wird zum erstenmal in einem förmlich unterzeichneten EG-Text die Existenz des Europäischen Rates, also des Treffens der Staats- und Regierungschefs, festgeschrieben. Zwar fallen auch hier die Formulierungen schwächer aus, als Genscher sie vorgeschlagen hatte, aber immerhin kann der Europäische Rat künftig auch formell Beschlüsse fassen.

Bisher nämlich mußte jede Entschließung der Regierungschefs noch einmal offiziell vom Ministerrat umgesetzt werden, weil der Europäische Rat in den Römischen Verträgen eben nicht vorgesehen war. Festgeschrieben wird auch eine bisher schon geübte Praxis: daß der Europäische Rat dem Parlament über jede seiner Sitzungen zu berichten habe. Und daß er eine jährliche Bilanz über die Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union vorzulegen hat.

Das Europäische Parlament profitiert – im Gegensatz zu Genschers Intention – ansonsten von der feierlichen Erklärung kaum. Sie weitet das Fragerecht der Abgeordneten aus, sie verpflichtet die jeweilige Präsidentschaft im Ministerrat zu dem, was diese heute schon tut: Nämlich zu programmatischen Erklärungen am Anfang und zu einer Bilanz am Ende der Präsidentschaft. Sie gibt dem Parlament ein Anhörungsrecht vor der Ernennung eines neuen Präsidenten der EG-Kommission und ermöglicht ihm eine Debatte und eine Abstimmung über das Programm dieser Kommission. Welche Folgen aber beispielsweise eine Ablehnung des Kommissionsprogramms durch die Abgeordneten hätte, bleibt offen.

Schließlich darf das Parlament künftig zu Abkommen der EG mit Drittländern und zu Beitrittsverträgen mit künftigen Mitgliedern Stellung nehmen. Selbst diese minimalen Fortschritte stießen jedoch bei Dänemark und Griechenland auf Vorbehalte.

Die größten Probleme gab es bei den Beratungen der Passagen der feierlichen Erklärung, die sich mit dem Abstimmungsverfahren im Ministerrat befassen. Die Römischen Verträge sehen als Regelfall die Mehrheitsabstimmung vor. Tatsächlich ist aber Einstimmigkeit seit 1966 zur Regel geworden. Seit damals behalten sich einzelne Mitgliedsstaaten, vor allem Frankreich, vor, in Fragen von nationalem Interesse (und dazu werden heute fast alle Probleme gemacht) ein Veto einzulegen. Großbritannien betrachtet das Vetorecht als Bestandteil seines Beitrittsvertrages, in Dänemark war es sogar Bestandteil der Volksabstimmung über den Beitritt.

Erklärung „überflüssig“

Folglich taten sich diese Staaten, aber auch Griechenland und Irland, besonders schwer, als Genscher auf einer Lockerung der Vetopraxis bestehen wollte. Im Ergebnis verpflichten sich die EG-Staaten jetzt dazu „jede Möglichkeit der Beschlußfassung“ zu nutzen, was im Diplomatendeutsch nichts anderes heißen soll als künftig häufiger mit Mehrheit abzustimmen. Allerdings: die genannten fünf Staaten beharrten in Protokollerklärungen und Fußnoten auf ihrem Vetorecht. Erst die Praxis im Ministerrat wird also zeigen, ob es durch die Erklärung von Stuttgart zu einer geänderten Praxis kommt.

Das Europäische Parlament bezweifelt dies rundheraus. Der Parlamentspräsident Piet Dankert wertete die feierliche Erklärung als „überflüssig“.

Hans-Dietrich Genscher selbst verhehlte schon vor Stuttgart nicht, daß er sich „mehr gewünscht“ hätte.

Ob von der feierlichen Erklärung aber eine Sogwirkung ausgehen wird, wurde gestern von Beobachtern bezweifelt.

Ratspräsident Kohl, Staatspräsident Mitterrand am Samstag auf dem Balkon des Neuen Schlosses. Auch in Stuttgart spielten sich der Deutsche und der Franzose manche Bälle zu FOTO: SVEN SIMON

In der Krise gab Kohl die Devise aus: Für uns gilt alles oder nichts

Von BERNT CONRAD

Mit unbekümmerter Zuversicht verkündete es Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth: „Gipfelkonferenzen scheitern nie.“ Zwanzig Stunden später wird er nicht mehr so optimistisch gewesen sein. Als der badisch-schwäbische Landesvater jedoch am Freitagnachmittag auf dem Flughafen Echterdingen jedem der nacheinander einfliegenden Teilnehmer des Europagipfels herzlich die Hand schüttelte, erschien ihm die Möglichkeit eines Scheiterns wie ein Frevel gegen den Ortsgeist, der immerhin Jahr für Jahr sogar hartgesottene ÖTV-Funktionäre zu halbwegs vernünftigen Tarifabschlüssen veranlaßt.

Späths Stuttgarter Landsleute sahen die Sache genauso. Fast wie ein Sommerfest feierten sie auf dem Schloßplatz das „Jahrhundert-Ereignis“. Wo hat es das in letzter Zeit bei einer europäischen Ratssitzung noch gegeben: Tausende von Zuschauern, die nicht etwa protestierten und mit Tomaten warfen, sondern die den Staats- und Regierungschefs freundlich zuwinkten?

Gastfreundschaft ungetrübt

Zwar grummelte mancher über „das viele Geld, das hier verschwendet wird“ und über die Verkehrsstauungen in der Innenstadt. Die schwäbische Gastfreundschaft aber litt darunter keineswegs. Sie beeindruckte auch die mehr als tausend angereisten Journalisten.

Selbst die wenigen kritischen Transparente vor dem neuen Schloß wirkten konstruktiv: „Europa darf nicht sterben – Europa jetzt – ein Waldprogramm tut not“, konnte man lesen. Das gefiel dem Bundeskanzler, der seinerseits Sympathien einheimste, als er bei der Ankunft der offiziellen Kolonne entfloh und in einem Café am Schloßpark vergnügt zwei Stücke Apfelkuchen verzehrte.

Der Auftakt war wirklich idyllisch. Doch drinnen im weißen Saal des Schlosses (Späth: „Von einem Italiener konzipiert, von einem Franzosen erbaut und gemeinsam von einem Württemberger und einem Italiener vollendet“) wurde es bald ernst. Helmut Kohl hatte als Ratsvorsitzender ein großes Finanzreform-Bündel schnüren lassen. Die Wahlsiegerin Margaret Thatcher aber – in kühlem Bleu, mit entschlossen blitzenden Augen – wollte auf Biegen oder Brechen zuerst die britischen Rückzahlungswünsche klären.

Das behagte dem französischen Staatspräsidenten gar nicht. Aber noch ehe es richtig zu knistern begann, ließ der Kanzler die Briten-Frage an die Außenminister überweisen. Dort schien man auch voranzukommen, so daß Regierungssprecher Boenisch abends freudig ausrief: „Anfangs war es ziemlich wolkig und kühl. Jetzt ist es sonnig. Das ist die derzeitige Lage der Konferenz.“ Ein großer Irrtum, wie sich schnell herausstellen sollte.

Denn bereits im Außenministerkreis waren Briten und Franzosen hart aneinandergeraten. Als Hans-Dietrich Genscher und seine Kollegen dann gegen 23 Uhr in der Villa Reitzenstein zu den Chefs stießen, die sich inzwischen an Gänseleber, Rinderlende und Erbeer-Variationen gelabt hatten, ging der Krach erst richtig los. Die „Eiserne Lady“ wich keinen Millimeter von ihren Forderungen zurück. Alle anderen Partner machten gegen sie Front.

Um 0.45 Uhr ging man erschöpft und erbittert auseinander. Trotz Späths Prognose schien die Konferenz dem Scheitern nahe. In düsterer Stimmung legte Kohl am Samstagmorgen im Delegationshotel Zeppelin die Bonner Verhandlungslinie fest: alles oder nichts. Entweder es kommt zu einer Einigung über das gesamte Finanzpaket – oder in Stuttgart läuft überhaupt nichts, auch nicht Genschers Lieblingskind, die feierliche Deklaration zur Europäischen Union.

Der Bundesaußenminister stimmte schweren Herzens zu. Er sah ein: Welchen Sinn sollte eine Deklaration haben, die in ihrer Präambel von europäischer Dynamik und Solidarität schwärmt, wenn die EG-Partner sich noch nicht einmal über die Finanzen der Gemeinschaft einigen konnten? „Das wäre einfach unästhetisch“, kommentierte ein Brite treffend.

Beim Frühstück Kohls mit François Mitterrand in der Suite des Franzosen (Zimmer 444 des Zeppelin-Hotels, genau ein Stockwerk über dem Kanzlerzimmer 344) war die Stimmung ungetrübt. Wie schon auf den Europagipfeln in Kopenhagen und Brüssel und auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg spielten sich die beiden manche Bälle zu. Als Mitterrand aber anschließend zum „Familienfoto“ der Regierungschefs vor dem neuen Schloß ohne Begründung 20 Minuten zu spät kam, war vor allem Frau Thatcher sichtbar verärgert.

Unter akutem Zeitdruck begann dann am Samstag die entscheidende Runde. Der französische Staatspräsident hatte schon bei der Terminabsprache angekündigt, daß er an diesem Abend an der traditionellen Gedenkfeier für den Aufruf General de Gaulles zum Widerstand gegen die Deutschen vom 18. Juni 1940 in der Nähe von Paris teilnehmen müsse. Geplanter Abflug von Stuttgart: 15.45 Uhr. Danach – das war jedem klar – konnte nichts Wesentliches mehr entschieden werden.

Genscher: „So geht das nicht“

Zunächst einmal versuchten es am Samstagmorgen noch einmal die Außenminister. Als sein neuer britischer Kollege Sir Geoffrey Howe jedoch unnachgiebig drei Milliarden Mark Rückzahlung aus der EG-Kasse verlangte (doppelt soviel wie die anderen zugestehen wollten), stellte Genscher resolut fest: „So geht es nicht“, und zog wieder zu den Chefs im weißen Saal.

Jetzt schlug Helmut Kohls Stunde. Mit pfälzischer Ruhe die Pfeife schmauchend, praktizierte er eine Mischung aus Geduld und Härte, ermunterte zögernde Partner zum Reden, bremste andere, wenn sie zu scharf wurden. „Ruhe ist die erste Europäerpflicht. Hier wird nicht geschimpft, sondern diskutiert“, rief der Kanzler einmal energisch aus, als der Streit ausuferte.

„Es war wie beim Pferdehandel“, berichtete ein Teilnehmer. „Um jede fünfzig Millionen Mark wurde gefeilscht.“ Frau Thatcher blieb höflich, aber näherte sich zunehmend einer schrillen Tonlage. François Mitterrand drückte unnachgiebig den Preis. Immer wieder unterbrach Kohl die Debatte und zog den einen oder anderen Kollegen zum Einzelgespräch in eine Nische. Die „Eiserne Lady“ verharrte meist unbewegt am Tisch. Etappenweise ließ sie sich nach unten handeln. Um 14.50 Uhr endlich war es soweit: Rund 1,7 Milliarden Mark lautete der letzte Zuschlag für die Rückzahlung an London. Alle stimmten zu. Der Gipfel war gerettet.

EG-Gipfel in Stuttgart: Zufriedenheit, Skepsis

● Fortsetzung von Seite 1

Der Gipfelbeschluß zu den Finanzproblemen soll es ermöglichen, eine tragfähige Grundlage für die „dynamische Weiterentwicklung der Gemeinschaft bis Ende dieses Jahrzehnts“ zu schaffen. Geplant sind Sondersitzungen des Ministerrates in der Besetzung der Außen-, Finanz- und Agrarminister. Das Verhandlungsergebnis soll den Regierungschefs auf ihrer nächsten Zusammenkunft am 5./6. Dezember in Athen unterbreitet werden.

Ziel der Standortbestimmung ist es nach dem Auftrag von Stuttgart, „einerseits die bestehenden Politiken zu modernisieren und wirkungsvoller zu machen sowie die vorrangigen Bereiche für ein neues Vorgehen der Gemeinschaft zu bestimmen und andererseits sicherzustellen, daß die Politiken kostenbewußt durchgeführt werden“.

Die Brüsseler Kommission sagte zu, bis zum 1. August Vorschläge für eine effizientere Nutzung der verschiedenen europäischen Fonds vorzulegen. Im Mittelpunkt wird dabei eine konsequentere Koordinierung der Politik stehen, um doppelte Arbeit und doppelte Ausgaben zu vermeiden und eine größere Haushaltsdisziplin zu erreichen.

Vor allem auf Drängen Frankreichs verknüpfen die Regierungschefs den Zeitpunkt der Ratifizierung der geplanten Beitrittsverträge Portugals und Spaniens mit der Entscheidung über den neuen Finanzrahmen der EG. Auch die Aufstockung der EG-Finanzen bedarf nämlich der Billigung aller nationalen Parlamente. Die Gipfelteilnehmer verzichteten entgegen ursprünglichen Planungen darauf, die Beendigung der Beitrittsverhandlungen bis Mitte 1984 zu fordern.

Am Rande der Gipfelberatungen über die Probleme der Gemeinschaft verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs eine Reihe von Erklärungen zu politischen Fragen: **Polen:** Sie bekundeten erneut ihre Solidarität mit dem polnischen Volk. Nur eine „nationale Aussöhnung, die die Wünsche und Hoffnungen des polnischen Volkes in vollem Umfang berücksichtigt, kann Polen aus seiner tiefgreifenden Krise herausführen“, erklärten die Regierungschefs. **Mittelamerika:** Die Zehn äußerten sich „tief besorgt“ über die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in vielen Teilen dieser Region, die zu den aktuellen Spannungen geführt hätten. Die Probleme Mittelamerikas sind nach Ansicht der Gemeinschaft „nicht mit militärischen Mitteln“ lösbar, sondern nur durch eine politische Lösung, „die in der Region selbst ihren Ursprung hat und die die Grundsätze der Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen beachtet“.

Naher Osten: Das israelisch-libanesische Truppenrückzugsabkommen werteten die Regierungschefs als „wichtigen Schritt, auf den weitere Schritte folgen müssen“. Sie bekräftigten ihre Forderung nach Wiederherstellung der Souveränität Libanons und nach vollständigem und umgehendem Rückzug aller fremden Streitkräfte mit Ausnahme solcher, die die libanesische Regierung im Lande haben wolle.

Worüber auf dem Gipfel noch verhandelt wurde

ULRICH LÜKE, Stuttgart

Die zehn Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben zum Abschluß ihres Stuttgarter Gipfeltreffens eine Beschleunigung und Verstärkung aller Aktionen im Kampf gegen die **Umweltverschmutzung** gefordert. Vorrangig seien Entscheidungen der EG im Kampf gegen das Waldsterben. Hier sei „sofortiges Handeln“ nötig, heißt es im Schlußkommuniqué.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte seinen Partnern zum Gipfel ein Memorandum über die Bekämpfung des Waldsterbens geschickt, in dem es heißt: „Wegen der grenzüberschreitenden Auswirkungen von Umweltbelastungen bedarf jede noch so entschlossene nationale Umweltpolitik einer wirksamen internationalen Ergänzung.“ Die Hälfte der in der Bundesrepublik niedergehenden Schwefeldioxydmengen stamme aus den Nachbarländern.

Der Bundeskanzler forderte die EG-Partner deshalb zu einer „umfassenden Vorsorgepolitik“ auf, die an der Quelle der Luftverschmutzung ansetzen müsse. Mit allem Nachdruck müsse die Verabschiedung von Gemeinschaftsrichtlinien vorangetrieben werden.

Die Teilnehmer des Gipfeltreffens begrüßten die Fortschritte, die die Umweltminister auf ihrer Sitzung in Luxemburg am Vorabend des Stuttgarter Treffens erzielt hatten. Sie betreffen vor allem den Gewässerschutz und die Senkung der Giftstoffe in den Autoabgasen.

Entgegen den Ankündigungen der vorangegangenen Gipfeltreffen von Kopenhagen und Brüssel beschäftigten sich die Regierungschefs in Stuttgart mit der **wirtschaftlichen** und **sozialen Lage** der Gemeinschaft nur am Rande. Sie begrüßten den Beschluß der Arbeitsminister, drei Viertel der Mittel aus dem Sozialfonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu verwenden. Damit stehen statt bisher knapp zwei jetzt drei Milliarden Mark für diese Aufgabe zur Verfügung. Dagegen wird das Gipfelversprechen aus dem Vorjahr, jedem Jugendlichen in der Gemeinschaft in den kommenden fünf Jahren eine Berufsausbildung oder wenigstens ein erstes Berufspraktikum zu ermöglichen, nicht mehr erwähnt.

Weniger positiv bewertete der Europäische Rat die Bemühungen der Ministerräte um eine Ausweitung des **Binnenmarktes**. Hier gab es zwar vereinzelte Fortschritte, bei den Hauptproblemen ließen sich die unterschiedlichen Auffassungen jedoch nicht auf einen Nenner bringen. Frankreich macht weiterhin eine stärkere Abschottung der Gemeinschaft gegenüber Drittländern zur Voraussetzung für Fortschritte im Binnenmarkt. Diese Bedingung lehnt vor allem Bonn ab; dennoch erklärten die Regierungschefs, die Vollendung des Binnenmarktes müsse „ein vorrangiges Ziel bleiben“.

Die Außenminister wurden beauftragt, „alles in ihren Kräften Stehende“ zu tun, um auf ihrer Sitzung am 21. Juni, der letzten unter der deutschen Präsidentschaft, in Luxemburg „möglichst viele“ noch offene Binnenmarkt- und Außenhandelsprobleme zu lösen.

Linksradikale kamen aus Bayern angereist

Schwere Krawalle in Kreuzberg / 203 Festnahmen

W. K./FD. Berlin

Zu schweren Auseinandersetzungen ist es in der Nacht zum Sonntag im Kreuzberger Hausbesetzerviertel zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Nach einer Kundgebung am Nachmittag, zu der die Alternative Liste, einige Gewerkschaftsgruppen, die SEW sowie Jugendorganisationen und Ausländervereinigungen gegen Aktivitäten der Konservativen Aktion anläßlich der Feierlichkeiten zum 17. Juni aufgerufen hatten, wurden Steine geworfen, Autos demoliert sowie Telefonzellen und Bauwagen in Brand gesteckt.

Bei den Einsätzen gegen etwa 500 militante Anhänger, die aus der Hausbesetzer-Szene und aus dem erheblich geschmolzenen anarchoterroristischen Umfeld kamen, wurden nach amtlichen Angaben 56 Polizisten verletzt; die Polizei nahm 203 Personen vorübergehend fest, davon sollen sieben dem Haftrichter vorgeführt werden.

Während Anhänger linksradikaler Gruppen, unter ihnen aus Bayern angereiste Mitglieder eines „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD", symbolische „Kontrollpunkte" an den Einfallsstraßen nach Kreuzberg errichteten, suchten andere vergeblich nach Angehörigen der Konservativen Aktion. Die „KA" hatte bereits am Freitag die angekündigte Verteilung von Briefen abgesagt, in denen türkischen Familien empfohlen werden sollte, mit einer finanziellen Abfindung über eine Rückkehr in ihre Heimat nachzudenken oder sich in Deutschland zu integrieren.

Am Samstagvormittag hatten etwa 150 Mitglieder der Konservativen Aktion vor einem besetzten Haus im Bezirk Schöneberg demonstriert. Der „KA"-Bundesvorsitzende Ludek Pachman sprach sich dort gegen vom Staat geduldete Rechtsverstöße seitens der Hausbesetzer aus. Die Hausbesetzer selbst standen an Fenstern und auf Balkonen und lärmten mit Kochtöpfen.

Die Auseinandersetzungen in der Nacht zum Sonntag entzündeten sich schließlich an der Räumung eines besetzten Hauses in Kreuzberg, aus dem nach Angaben der Polizei Steine und Unrat auf die Straße geworfen wurden. Von den Sicherheitsbehörden wird die Stärke der militanten Restgruppen der Szene gegenwärtig auf 150 bis 300 Personen geschätzt.

Gegen eine Demonstration mit der SEW, dem Ableger der Ostberliner Einheitspartei, war bereits in der vergangenen Woche in der Szenen-Presse der neuen Linken gewarnt worden. „Da darf dann kein Wort über den 17. Juni verloren werden", so ein Kommentar der linken „TAZ", „in Wirklichkeit soll das Feindbild ‚Konservative Aktion' herhalten, um kritische Fragen abzuwenden."

Seite 2: „Republik Kreuzberg"

Weniger Wissenschaftler mehr fördern

Westdeutsche Rektorenkonferenz für Novellierung des Hochschulrahmengesetzes: Kein Zurück zur Ordinarienuniversität

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) warnt davor, durch eine allgemeine hochschulpolitische Debatte über das Hochschulrahmengesetz „die jetzt erreichte relative Organisationsruhe" an den Universitäten aufs Spiel zu setzen. In ihren Antworten zum Fragekatalog der Kommission, die vom Bundesbildungsministerium zur Überprüfung des Hochschulrahmengesetzes eingesetzt worden ist, fordert die WRK dazu auf, „sich baldmöglichst auf einige wenige Problemfelder" zu konzentrieren, und macht um so deutlicher, wo nach ihrer Meinung eine Änderung des Gesetzes „unumgänglich" ist.

Die WRK fordert in ihrem Papier die Aufhebung der faktisch leerlaufenden Verpflichtung zur Bildung von Gesamthochschulen, den Wegfall des Privilegs der Studienreformkommissionen, Empfehlungen auszusprechen, die ersatzlose Streichung der Genehmigungsbedürftigkeit von Studienordnungen und eine stärkere Beteiligung der Hochschulen bei der Auswahl der Studenten. Vor allem jedoch will sie eine Änderung der Personalstruktur und der Regelung über die Hochschulgrade.

Die vom Hochschulrahmengesetz gewollte Aufspaltung der früheren Assistentenfunktionen in den „Hochschulassistenten mit der monopolisierten Qualitätsfunktion und den wissenschaftlichen Mitarbeiter mit grundsätzlich unselbständigen Dienstleistungsfunktionen hat sich in der Praxis nicht bewährt". Gerade in dem frühen Stadium der wissenschaftlichen Ausbildung, in dem diese Aufspaltung vollzogen werde, sei eine verantwortliche Prognose über den weiteren Weg der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte noch nicht möglich. Die WRK fordert deshalb, daß der Nachwuchswissenschaftler zukünftig drei Phasen durchlaufen müsse: die Promotionsphase, die Habilitationsphase und nach der Habilitation bis zur Berufung auf eine Dauerstelle die Bewährungsphase.

Die Drei-Phasen-Qualifikation

Während der Promotionsphase solle „die Qualifikation als Dienstaufgabe, möglichst im Beamtenverhältnis auf Zeit, zugelassen" werden. Für die Habilitationsphase solle ein Amt geschaffen werden, „das nicht von vornherein auf die Habilitation und die Heranbildung des Hochschullehrernachwuchses festgelegt ist, so daß erst im Laufe der wissenschaftlichen Bewährung aus einer zunächst größeren Zahl von Mitarbeitern ausgewählt werden kann und muß, wer zur Habilitation geführt werden soll". Für die Bewährungsphase wird ein Beamtenverhältnis auf Zeit vorgeschlagen, das nicht bereits allen Regelungen des Professorenamtes auf Dauer unterliegt.

Im übrigen wird für den Personalbereich vorgeschlagen, Professorenstellen der Besoldungsgruppe C 2 grundsätzlich zeitlich zu befristen und für diese Stellen das Verbot der Hausberufung entfallen zu lassen. Außerdem lehnt die WRK jegliche „Beförderung" von Professoren ab.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz plädiert ebenso wie der Hochschulverband und der Bund Freiheit der Wissenschaft für eine „Mitgliedschaft kraft Amtes" im Senat für alle Dekane und Fachbereichssprecher. Sie fordert – auch hier gilt Übereinstimmung –, „daß bei unmittelbar Forschung und Lehre betreffenden Entscheidungen die in diesem Bereich verantwortlichen Hochschullehrer (in den universitären Gremien) nicht nur über die Mehrheit, sondern über eine hinreichende Mehrheit verfügen".

Ansonsten unterscheidet sich die WRK-Stellungnahme, die wegen der Wichtigkeit dieses Gremiums im Bundesbildungsministerium von besonderem Gewicht sein wird, in zwei Punkten entscheidend von den Stellungnahmen des Hochschulverbandes und des Bundes Freiheit der Wissenschaft:

Die Organisationsform der Gruppenuniversität wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Statt dessen heißt es bei der WRK: „Die Erfahrungen zeigen, daß es entscheidend auf die Zusammensetzung der Gremien und das Verhalten der Gremienmitglieder ankommt", welche Erfahrungen mit der Gruppenuniversität gemacht werden.

Zum anderen wird die jetzige Wahlmöglichkeit zwischen Präsidial- und Rektoratsverfassung für die Hochschulen verteidigt. Dazu gehört auch, „daß der Leiter der Hochschule nicht notwendig ein Professor sein muß".

Finanzprobleme der Bildung

Grundsätzlich wird an dem Überprüfungsauftrag bemängelt, daß sich das Bundesbildungsministerium auf die Hochschulgesetzgebung beschränkt und wichtige benachbarte Gesetzgebungsbereiche weitgehend außer acht gelassen habe, „wie zum Beispiel Schulrecht, Arbeitsrecht, Personalvertretungsrecht, öffentliches Dienst- und Besoldungsrecht und Haushaltsrecht".

Denn die dringenden Probleme mit der Heranbildung eines zahlenmäßig ausreichenden wissenschaftlichen Nachwuchses und die mangelnde Flexibilität bei der Verwendung der Haushaltsmittel in den Hochschulen beispielsweise hätten mit dem Hochschulrahmengesetz wenig oder nichts zu tun.

Eine Reihe vordringlicher Probleme werde dagegen nicht erfaßt; dazu gehörten die wachsende Diskrepanz zwischen Bildungs- und Finanzpolitik, zwischen steigenden Studentenzahlen und stagnierenden oder sinkenden Hochschulbudgets sowie die Wahrung und Verbesserung der Ausbildungsqualität.

Frankreich begründet Armee-Reform

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Verteidigungsminister Charles Hernu hat in einem Interview mit „Le Monde" zum ersten Mal konkrete Angaben über die geplante Reform der französischen Landstreitkräfte gemacht. Zwar bleibe es bei der geplanten Verminderung des Mannschaftsbestandes des Heeres um etwa 22 000 Mann im Zeitraum von fünf Jahren, beginnend am 1. Janauar 1984. Aber diese Verminderung werde die Kampftruppe nicht schwächen.

Wesentlich ist die Ergänzung der konventionellen Streitkräfte um eine „schnelle Aktions-Streitkraft", mit der Frankreich seinen Willen bekundet, auch außerhalb des Kontinents allein oder an der Seite von Verbündeten zu intervenieren. Diese Streitkraft soll 45 000 Mann umfassen, weitgehend aeromobil sein (etwa 500 Hubschrauber aller Einsatzarten vom Panzerabwehr- über den Hubschrauberabwehr- bis zum Transporthubschrauber sind vorgesehen) und sich auf dem Boden nur noch mit gepanzerten Radfahrzeugen starker Bewaffnung fortbewegen.

Neben den schon bestehenden Verbänden 11. Luftlandedivision, 9. Marine-Infanterie-Division und 27. Alpenjägerdivision werden zwei neue Divisionen aufgestellt: die 6. Leichte Panzerdivision und die 4. Aeromobile Infanteriedivision. „Es handelt sich um eine Streitmacht, die sofort gegen einen durchgebrochenen feindlichen Panzerkeil eingesetzt werden kann, wo immer wir sie hinbeordern wollen", sagte der Minister. Sie werde nicht in die NATO integriert und stelle daher ein zusätzliches Risiko für einen Angreifer dar, ihr Einsatz aber sei an der Seite der Alliierten denkbar und werde daher schon in Friedenszeiten mit diesen abgesprochen.

Die in der 1. Armee zusammengefaßten bisherigen Streitkräfte des „Schlacht-Corps", zu denen im wesentlichen die drei Panzerdivisionen des in der Bundesrepublik Deutschland stehenden 2. Korps gehören, werden umorganisiert. Durch Schaffung eines dritten Korps mit Standort in Lille wird herausgestellt, daß Frankreich künftig auch einer Bedrohung aus dem Norden mehr Beachtung schenken will.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Friedensbewegung schafft Unruhe"

SAD, Paris

Der ehemalige Generalstabschef der französischen Armee, General Jean Delaunay, hat auf einer Konferenz in Paris den Pazifismus als „Neutronenbombe der Sowjets" bezeichnet. „Die Friedensbewegungen in den verschiedenen europäischen Ländern dienen keinem anderen Zweck, als Unruhe in das Lager der westlichen Verteidigung zu bringen", sagte Delaunay, der vor zwei Monaten zurückgetreten war, weil in seinen Augen der französische Verteidigungshaushalt nicht mehr den finanziellen Notwendigkeiten der Armee entspricht. „Wenn wir tatsächlich unsere Raketen abbauen, wie das die Pazifisten verlangen, dann werden wir wie Österreich oder Finnland irgendein kleines Land, das nur vom guten Willen eines übermächtigen Nachbarn lebt und seinen Wünschen ausgeliefert ist."

Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Wenn eine Nation erst einmal entstanden ist, lebt sie „schrecklich lange". Diese Bemerkung fiel von dem Historiker Georg Kotowski am Ende einer dreitägigen internationalen Historikerkonferenz, zu der die Historische Kommission zu Berlin eingeladen hatte. Mit Blick auf den 30. Jahrestag des Aufstandes in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hatte man das Thema „Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte" gewählt.

Die Äußerung Kotowskis war eine Entgegnung auf die vom ehemaligen Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Klaus Bölling, vertretene Auffassung, daß die „Beschwörungsformel" von einer Nation und einer Staatsangehörigkeit den Bedürfnissen der Bürger in der „DDR" nach nationaler Tuchfühlung nicht gerecht werde. Entscheidend sei vor allem die Wahrung und Stärkung des nationalen und geistigen Zusammengehörigkeitsgefühls.

Die von Bölling vertretene Auffassung fand lebhaften Widerspruch von zahlreichen Teilnehmern der Konferenz. Der Berliner Historiker Otto Büsch warnte davor, bei der Erörterung der Deutschen Frage im Status-quo-Denken zu verharren. Geschichte sei die Geschichte des Wandels, sonst gäbe es keine Geschichte. In ähnlicher Weise wurde von anderer Seite argumentiert. Jede imperialistische Supermacht gehe im Grunde davon aus, daß die Welt so wie sie sei, sich nicht verändere. Doch die Welt des Potsdamer Abkommens sei nicht mehr die Welt von heute. Und es sei unwahrscheinlich, daß die Welt am Ende dieses Jahrhunderts genauso aussehen werde wie heute.

Nach den Worten des amerikanischen Historikers Sheehan ist die Nation ein Produkt der Geschichte, ein künstliches Erzeugnis des menschlichen Willens. Daß sie aber dennoch ein sehr zählebiges Gebilde ist, das „schrecklich lange" lebt, ging aus den Ausführungen des Heidelberger Historikers Werner Conze hervor. Trotz zahlreicher historischer Brüche und Katastrophen habe sich in der Geschichte der Deutschen ein gemeinsames deutsches Nationalbewußtsein als Konstante erwiesen. Schon im deutschen Kaiserreich des Hochmittelalters sei dieses deutsche Nationalbewußtsein durch zahlreiche Aussagen der Eigenart und des Stolzes belegt. Das deutsche Nationalbewußtsein hat nach den Worten von Conzes sogar die „größte Krise der Nation" überlebt, die im Zuge der Reformation und der Konfessionsspaltung in Deutschland entstanden sei. Selbst in der Zeit der Gegenreformation und im napoleonische Rheinbund sei die deutsche Nation niemals in Frage gestellt worden.

Einen großen Bruch sieht Conze, ganz im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung, in der Schaffung des Bismarck-Reiches, das zur Wahrung seiner Funktionsfähigkeit acht Millionen Deutsche in Österreich aus der deutschen Nation ausgegrenzt habe. Die endgültige Zerstörung des deutschen Nationalstaates sei mit dessen biologischer Deutung durch Hitler erfolgt.

Es lag auf der Hand, daß in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht die deutsche Kulturnation eine Alternative zur zerstörten Staatsnation sein könne. Dem wurde entgegengehalten, daß dem Begriff der Kulturnation etwas Unverbindliches, Ausweichendes anhafte.

Im Wettlauf der geschichtlichen Entwicklung falle jedoch, so Büsch, der „deutschen Einheit als Idee und Wirklichkeit" die Rolle eines Barometers der europäischen Einigung zu. Büsch wies deshalb darauf hin, daß der gegenwärtige Zustand der deutschen Nation nur als Phase auf dem Wege zu einer neuen deutschen Einheit verstanden werden könne, wenn dieser Entwicklungsprozeß nicht allein als „deutsche Aufgabe" sondern als eine europäische und weltpolitische Funktion verstanden werde.

Neben den Erörterungen der politischen und geistigen Probleme einer einheitlichen deutschen Nation wurde während der Tagung hervorgehoben, daß das Zusammenleben von Völkern in einer Staatsnation schon deshalb einen Sinn habe, weil es „praktisch" für den Einzelnen sei. Praktisch, weil Tradition und Geschichte allgemeine Verhaltensnormen geprägt haben.

Tschenstochau: Beifall braust auf, als der Papst das Wort „Solidarnosc“ ausspricht

Der Papst erinnert an König Sobieski

Von CARL G. STRÖHM

Papst Johannes Paul II. hat seine Landsleute beim Geschichtsbewußtstein der christlichen Nation gepackt. Für Westeuropäer, sicher auch für manche Deutsche in der Bundesrepublik, mag das angesichts der „Enthistorisierung“, die sich im Zeichen äußeren Wohlstands und linker Ideen bei uns entwickelte, ungewöhnlich sein. In Polen, wie auch bei den meisten anderen Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, ist aber die eigene Geschichte ein intergraler Bestandteil der nationalen, ja der persönlichen Identität.

So sprach Johannes Paul II. nicht nur vom Unrecht der Teilung Polens, als das polnische Volk im 18. Jahrhundert von drei Seiten her (gemeint waren Rußland, Preußen und Österreich) seiner Unabhän-

DIE ANALYSE

gigkeit beraubt worden war. Im Stadion von Warschau erinnerte der polnische Papst an ein für Polen stolzes, für Europa schicksalhaftes Datum: an den Sieg der christlichen Heere der Österreicher, Deutschen und Polen über die Türken im Jahre 1683. Damals war das von den osmanischen Armeen belagerte Wien unter entscheidender Beteiligung des polnischen Königs Johann Sobieski und seiner Truppen befreit worden. Damit war der türkisch-islamische Ansturm auf das Abendland gebrochen.

Heuer, 300 Jahre später, wird Wien den Jahrestag jenes Sieges feierlich begehen. Im September wird der polnische Papst nach Wien kommen, um den Anteil der Polen an dem historischen und schicksalsschweren Ereignis zu würdigen. Wäre damals Wien in türkische Hände gefallen, hätten Österreich und Süddeutschland möglicherweise ein ähnliches Schicksal erlitten wie die vom Türkensturm verschlungenen Länder des Südostens – einst blühende Königreiche wie Serbien oder Ungarn, die für lange Zeit ihrer nationalen Freiheit verlustig gingen.

Johannes Paul II. zitierte die Siegesnachricht, die damals der polnische König Johann Sobieski von Wien aus an den Papst in Rom gerichtet hatte: „Venimus, vidimus – Deus vicit“ (Wir kamen, wir sahen – und Gott hat gesiegt). Der Sieg von Wien, so sagte der Papst jetzt seinen polnischen Hörern, „einigt uns alle, die Polen und auch unsere Nachbarn im Süden und Westen, nah und fern. Vor 300 Jahren einigte uns die gemeinsame Bedrohung. Jetzt einigt uns der Jahrestag der Schlacht und des Sieges“.

Wer diese Worte des polnischen Papstes genau analysiert, wird feststellen, daß Johannes Paul hier wiederum über Grenzen und Ideologien hinwegdenkt. Er spricht von der Einigung der Polen mit den *Nachbarn im Süden und Westen.* Ein Blick auf die Landkarte zeigt: Nachbarn der Polen im Süden sind Tschechen, Slowaken, im weiteren Sinne Österreicher, Ungarn, Kroaten, Slowenen (also Jugoslawen). Nachbarn der Polen im Westen aber sind die Deutschen – sowohl in der „DDR“ wie in der Bundesrepublik.

Der Sieg von Wien 1683 und der Kampf Johann Sobieskis sind für den Papst also ein Unterpfand für die Zugehörigkeit Polens zu Europa, für seine unzerstörbaren geistigen und religiösen Verbindungen zum Westen, ferner für die Verbundenheit der Polen mit den anderen Nationen Ost- und Südosteuropas. Entscheidend aber ist, daß Johannes Paul II. auch die Einheit der Polen mit den Nachbarn im Westen – also mit den Deutschen – beschwört.

Es hieße, diesen Papst unterschätzen, wollte man ihm aus der Beschwörung des Jahres 1683 und der offenkundigen Parallele zur Gegenwart – damals wie heute war Europa geteilt, war der westliche Teil des Kontinents durch eine ideologisch-militante Macht bedroht – einen Hurra-Patriotismus unterstellen. Das Wort Sobieskis „Gott hat gesiegt“ enthalte viel evangelische Wahrheit, sagte Johannes Paul II. in Warschau. Jeder Christ müsse auch über sich selber siegen – und dabei erwähnte der Papst die vielen Briefe von polnischen Internierten, die er in den letzten Monaten erhalten habe: „Jeder, der liebt und vergibt, trägt *zum Sieg in Jesus Christus* bei, selbst wenn er niedergetrampelt auf dem Boden liegt.“

Aus dieser historischen Schau ergibt sich für Papst Johannes Paul II. das Recht Polens auf seine Souveränität, auf sein nationales Eigenleben – und es ergibt sich die Forderung, das Schicksal Polens dürfe den anderen Nationen der Welt, vor allem in Europa und Amerika, nicht gleichgültig sein.



Johannes Paul II. vor der Schwarzen Madonna: „Hier waren wir immer frei“

„Jasna Gora“ – Stätte nationaler Zuflucht

Der Papst ist als Pilger nach Polen gekommen, um an den 600-Jahr-Feiern des Paulinerklosters Jasna Gora und der Ankunft vom Bildnis der Heiligen Jungfrau, der sogenanntnen Schwarzen Madonna von Tschenstochau, teilzunehmen.

Die Ikone byzantinischer Herkunft stellt die Madonna mit dem Jesuskind dar. Sie wird von den Polen als Nationalheiligtum verehrt und gilt als wundertätig. Für viele Polen war sie vor allem in der Zeit der Teilung des Landes und *während der deutschen Besetzung* einzige nationale Zuflucht und Hoffnung.

Zahlreiche Legenden ranken sich um Herkunft und Geschichte des Bildnisses. Angeblich wurde es vom Evangelisten Lukas auf das Zedernholz des Tisches von Nazareth gemalt. 1382 brachte es Herzog Wladsylaw von Oppeln nach Tschenstochau. Im gleichen Jahr lud der Herzog auch den Paulinerorden ein, in der Stadt ein Kloster zu gründen. Es wurde auf einer Anhöhe über der Stadt errichtet und erhielt den Namen „Clara Mons“ (Heller Berg oder polnisch Jasna Gora).

Bald wurde das Kloster zum Zentrum des nach dem ersten Eremiten Sankt Paulus benannten Ordens. Dieser war zuvor hauptsächlich in Ungarn beheimatet. Nach der polnisch-litauischen Union durch die Eheschließung der Königin Jadwiga mit Wladyslaw Jagiello wurde das Kloster königlichem Schutz unterstellt und wegen dieser Bedeutung auch zum Schauplatz von Schlachten, bei denen sich die Wunderkraft des dort aufbewahrten Bildes nach der Überlieferung immer wieder herausstellen sollte.

Das Gnadenbild machte Jasna Gora schon vor Jahrhunderten zur Pilgerstätte. Bei einem Raubüberfall in der Karwoche des Jahres 1430 wollten die Plünderer, so erzählt man, das Bild mit einem Pferdewagen abtransportieren lassen; aber sämtliche vier vorgespannten Pferde weigerten sich, auch nur einen Schritt zu tun. Der Anführer der Hussiten und polnischen Ritter, die an der Erstürmung des Klosters beteiligt waren, soll darüber so in Zorn geraten sein, daß er mit seinem Schwert das Madonnenbild zerschlagen wollte. Mehr als eine Wunde an der Wange der Mutter Gottes konnte er ihm aber nicht zufügen – und diese zwei Risse sind noch heute zu sehen.

Eine andere Geschichte erzählt man sich über die vergeblichen Versuche zur Restaurierung des Gemäldes. Nachdem alle heimischen Handwerker ohne Erfolg sich bemüht hatten, die Wunde im Gesicht der Mutter Gottes zu beseitigen, zog der König in Krakau empört über die Unfähigkeit seiner Handwerker auswärtige Fachleute hinzu. Aber auch diese konnten die Aufgabe nicht erfüllen, so daß es schließlich bei den Rissen blieb. Diese wurden bei den Restaurationsarbeiten in diesem Jarhrhundert trotz inzwischen vorhandener *Möglichkeiten aus Respekt vor der* Geschichte nicht mehr beseitigt.

Entscheidend zum Glauben an die Wunderkraft des Bildes trug ein Ereignis aus dem Jahr 1655 bei, als die Schweden trotz haushoher Überlegenheit auch nach sechswöchiger Belagerung es nicht vermochten, das wegen seiner Schätze und strategischen Lage begehrte Kloster zu erobern. Vor allem der unbeugsamen Haltung des damaligen Priors Augustin Kordecki, dessen Denkmal jetzt den Platz vor *dem Klosterbau ziert, ist es nach* Ansicht von Historikern zu verdanken, daß die 3725 Schweden mit ihren 36 Kanonen die 160 angeworbenen Soldaten und die 70 Ordensleute sowie 20 Adelige auf dem Berg nicht bezwingen konnten und schließlich abzogen. Dieses Ereignis belebte das polnische Nationalbewußtsein, das vorher durch die Zerstrittenheit des Adels und die vielen Niederlagen gegen die Schweden in arge Mitleidenschaft gezogen worden war.

Die Kunde von diesem Vorfall führte immer mehr Pilger nach Tschenstochau. Auch im sozialistischen Polen ziehen heute vor allem an Mariä Himmelfahrt und dem nur in Polen begangenen Fest der Mutter Gottes von Jasna Gora Zehntausende von Menschen aus allen Teilen des Landes in langen Fußmärschen zu der Wallfahrtsstätte. Die katholische Kirche Polens und auch der aus diesem Land stammende Papst pflegen den Marienkult mit besonderer Hingabe. *Maria wird als die wahre „Königin* Polens“ verehrt, und gerade in den Tagen des Papst-Besuchs tragen Millionen von Polen ein Abzeichen mit dem Bild der Schwarzen Madonna. Am Tag der Ankunft von Johannes Paul II. in Tschenstochau waren nicht nur fast alle Häuser, sondern praktisch jeder Balkon und jedes einzelne Fenster mit Abbildern der Ikone oder auch des Papstes selbst geschmückt. (AP)

Für Freiheit und volle Souveränität

■ Fortsetzung von Seite 1

neue hinzufügen“, meinte Vatikansprecher Pater Romeo Panciroli dann in Polen auf die Frage, ob der Papst das Treffen mit Walesa zu einer Bedingung für seinen Besuch *gemacht* habe. Ob der ehemalige Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyla, bei seinem Gespräch im Warschauer Schloß Belvedere mit Partei- und Regierungschef General Jaruzelski am Freitag den Weg zu dem geplanten Treffen ebnete, ließen die vatikanischen Sprecher offen; denn die Warschauer Führung hatte erklären lassen, sie wolle einer Begegnung des Papstes mit Walesa nichts in den Weg legen. Der Arbeiterführer wurde jedoch gestern von Jaruzelski-Berater Gornicki als eine „Angelegenheit des Westens“ bezeichnet. Jaruzelski wurde von Gornicki nach seiner Begegnung mit dem Papst mit den Worten zitiert, er sei mit dem Gespräch „zufrieden“ gewesen.

Johannes Paul II. erwähnte in seinen ersten Reden und Predigten in Polen die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ nicht direkt. Er sprach allerdings von „zwischenmenschlicher Solidarität“. Die bloße Erwähnung dieses, auch in der katholischen Soziallehre geläufigen Begriffs – so etwa vor mehreren 100 000 Jugendlichen am Samstagabend in Tschenstochau – reichte schon aus, um Begeisterungsstürme auszulösen. Am Samstagabend kam es in Tschenstochau wieder zu Demonstrationen von Anghängern der „Solidarität“. Tausende von Menschen schwenkten Fahnen mit dem Emblem der „Solidarnosc“. Während der Jugendmesse war der Papst zeitweise vom Jubel der rund eine Million Gläubigen daran gehindert worden, weiterzusprechen. Auf Spruchbändern waren Parolen zu lesen wie „*Danzig in* Solidarität mit dem Papst“, „Wir werden siegen“ und „Solidarität, polnische Nation“. Der Papst registrierte den ohrenbetäubenden Beifall sichtbar erfreut. Hier sagte er dann auch: „Vielleicht beneiden wir manchmal die Franzosen, die Deutschen oder die Amerikaner, weil ihr Name nicht mit einem so hohen Preis ihrer Geschichte verbunden ist und weil sie so leicht frei sind, während unsere polnische Freiheit so teuer ist . . . Aber *genau dieser Preis macht* den Wert aus.“

Kurz nach seiner Ankunft in Tschenstochau hatte der Papst eine Rede vor ausgewählten Vertretern aus der westpommerschen Diözese Stettin-Cammin gehalten. Er würdigte darin die Arbeit der Kirche in den, wie es hieß, Westgebieten, „nachdem diese in den gegenwärtigen polnischen Staat zurückgekehrt sind“.

„Als Kinder Gottes können wir keine Sklaven sein“

Von F. MEICHSNER

Im Triumph zieht Johannes Paul II. durch sein polnisches Heimatland. Nach Abschluß der von Protokoll und diplomatischer Vorsicht bestimmten Anfangsphase seines Besuchs gehört er den Massen – und die Massen gehören ganz eindeutig ihm. Als er am Samstagabend vor der Wallfahrtskirche der Schwarzen Madonna von Tschenstochau mit kräftiger Stimme die Hymne „Maria, Königin Polens“ anstimmt und die Millionenmenge unten im Tal von Jasna Gora den Gesang aufnimmt, als sich ein Wald von Händen – Mittel- und Zeigefinger zum V-Zeichen der Siegesgewißheit gespreizt – in den Nachthimmel reckt und die „Solidarnosc“-Transparente im Scheinwerferlicht sichtbar werden, scheinen Leidenserfahrungen und Hoffnungen eines ganzen Volkes in der unverbrüchlichen Einheit mit seinem charismatischen „Priesterkönig“ zusammenzufließen.

Wieder, wie bei seinem ersten Besuch, fliegen dem Polen-Papst die Herzen seines Volkes zu. Und wieder macht er selbst – wenn auch unter Wahrung der durch die neue Lage gebotenen sprachlichen Zurückhaltung – ganz deutlich, wofür sein Herz schlägt. Das Volk fühlt es genau, wenn er, wie in Jasna Gora, sagt, daß er sich verantwortlich fühlt für das „große gemeinsame Erbe, dessen Name *Polen ist.“ Und wenn er dann hinzufügt:* „Vielleicht beneiden wir manches Mal die Franzosen, die Deutschen oder die Amerikaner, weil ihr Name nicht verbunden ist mit einem so hohen historischen Preis und weil sie so leicht frei sind. Während die polnische Freiheit uns so teuer zu stehen kommt.“ Er wünsche aber gar nicht „ein Polen, das uns nichts kostet.“

„Ich möchte euch sagen, daß ich eure Leiden kenne . . .“

Und die Menge spürt den Pulsschlag seines Herzens bei den an die Jugend gerichteten Worten: „Ich möchte euch sagen, daß ich eure Leiden kenne, eure schwierige Jugend, die Ungerechtigkeit und Demütigung . . . Auch wenn ich nicht wie so viele Jahre lang jeden Tag unter euch weile, trage ich eine große Sehnsucht im Herzen. Eine große, enorme Sehnsucht. Eine Sehnsucht nach euch.“ Als er das sagt, treten so manchem Jugendlichen am Hang des Jasna-Gora-Hügels die Tränen in die Augen.

Und als er das Wort „Solidarnosc“ ausspricht, braust der Beifall auf. Dabei gebraucht er es gar nicht im aktuell politischen Sinn, sondern bezogen auf die allgemeinen menschlichen Beziehungen. Er fordert zur Wachsamkeit auf und fügt hinzu: „Wachsam sein heißt, den anderen sehen, heißt Nächstenliebe, heißt fundamentale zwischenmenschliche Solidarität. Vor der Mutter von Jasna Gora möchte ich für alle Beweise dieser Solidarität danken, die meine Landsleute – unter ihnen viele polnische Jugendliche – während der schwierigen Periode der nicht weit zurückliegenden Monate gegeben haben. Es würde mir schwer fallen, all die Formen dieser sehnsuchtsvollen Verbundenheit aufzuführen, von der die Internierten, die Gefangenen, die von ihrem Arbeitsplatz Entlassenen und auch ihre Familien umgeben waren. Ihr wißt das besser als ich. Zu mir dringen nur sporadische Berichte.“

In welchem anderen Ostblockland wäre es möglich, solches auf einer Massenveranstaltung auszusprechen? Und noch anderes mehr! Im Stadion von Warschau spricht er unter dem Jubel der Hunderttausende von dem „ständigen von der Geschite ausgehenden Appell, nicht vor der Niederlage zu kapitulieren.“ Ein „Ruf nach Sieg in Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe“, sagt er, gehe auch von diesem Treffen aus. Und immer wieder, wenn aus seinem Munde das Wort Freiheit fällt, braust, wie gestern bei der Messe in Tschenstochau, der Beifall auf, blickt die Menge auf die zahlreichen „Solidarnosc“-Transparente. „Als Kinder Gottes können wir keine Sklaven sein“, ermutigt der polnische Papst sein Volk. „Unsere Kindschaft Gottes trägt das Erbe der Freiheit in sich.“

In welchem anderen Ostblockland wäre eine Demonstration dieser Art möglich! In welchem anderen Land wäre es möglich, wäre auch die Situation denkbar, wie sie sich im „Fall Walesa“ darstellt. Nachdem das herrschende Regime zunächst in aller Öffentlichkeit seine Entschlossenheit bekundet hatte, eine Begegnung zwischen dem Papst und der Symbolfigur der Regimeopposition zu verhindern, beugt es sich letztlich doch dem Wunsch des hohen Gastes aus dem Vatikan und macht den Rückzieher auch noch selbst durch den Regierungssprecher Urban publik.

„Dafür braucht man eben einen polnischen Papst“, hatte Johannes Paul II. vor vier Jahren auf dem Flug zu seinem ersten Heimatbesuch auf die Frage geantwortet, wie er es sich erkläre, daß zum erstenmal ein kommunistisches Land den Besuch eines Papstes akzeptiere. Auch für alles, was dieser Besuch auslöste, brauchte „man eben einen polnischen Papst“. Ebenso wie man offensichtlich heute „einen polnischen Papst“ braucht, um dem Land neue Hoffnung in die Zukunft zu geben. Das scheint nicht zuletzt auch die Überzeugung des herrschenden Regimes zu sein. Andernfalls hätte es wohl kaum diesem zweiten Papst-Besuch zugestimmt. Wo diese Hoffnung liegt, zeigt Karol Wojtyla jetzt immer wieder auf. Unermüdlich fordert er zum Dialog im Zeichen des Patriotismus und des Humanismus auf.

Wohl nie zuvor ist der Patriotismus dieses polnischen Papstes so offen zutage getreten wie auf dieser Reise. Er kommt offensichtlich aus dem tiefsten Innern, scheint aber gleichzeitig auch ganz bewußt eingesetzt zu werden, um den moralischen Anspruch auf die Dialogvermittlung zu begründen. Die päpstlichen Reden und Predigten sind angefüllt mit nationalhistorischen Erinnerungen und ihren Bezügen auf die Gegenwart (siehe Auszüge).

Im Warschauer Stadion macht er am Beispiel der von dem polnischen Entsatzheer *unter König* Sobieski zugunsten des Abendlandes entschiedenen Türkenschlacht von Wien klar, wo Polen in der Welt steht. Er zitiert den König mit seiner Siegesbotschaft an den Heiligen Stuhl: „Venimus, vidimus, Deus vincit“ (Wir kamen, wir sahen, Gott siegte). Und er schlägt sofort die Brücke zur Gegenwart: „Die Worte des Königs sind eingraviert in die Substanz unseres Millenniums. Sie sind eingraviert in die Substanz dieses Jubiläums von Jasna Gora . . . Die Sehnsucht nach Sieg, nach einem edlen, durch Anstrengung und durch das Kreuz errungenen Sieg, nach einem Sieg auch durch Niederlagen bildet Teil des christlichen Lebensprogrammes – und ebenso des Lebens der Nation.“

Der Papst scheut auch nicht davor zurück, mit seinem Patriotismus andere Länder anzusprechen. Er dankt persönlich denjenigen Völkern, „die meiner Nation besonders seit Dezember 1981 geholfen“ haben. Und er mahnt die Völker des Westens, Polen in seiner heutigen Lage nicht im Stich zu lassen: „Als Alliierter hat Polen die Verpflichtungen, die es in den schrecklichen Erfahrungen der Jahre 1939–1945 übernommen hatte, bis zum Ende und wahrhaft übermäßig erfüllt. Das Schicksal Polens im Jahre 1983 kann die Nationen der Welt, besonders diejenigen Europas und Amerikas, nicht gleichgültig lassen.“ Polens Recht auf Souveränität – und auch auf korrekte Entwicklung auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet gehe das Gewissen vieler Völker und vieler Gesellschaften in der Welt an.

Ein Papst anderer Nationalität, der sich heute derart vehement für die Interessen seines Volkes einsetzte und der auch offen in die politischen Angelegenheiten seines Landes eingriffe, würde sich mit Sicherheit mancher Kritik stellen müssen. Auch dafür, daß solches weithin akzeptiert wird, „braucht man eben einen polnischen Papst“.

Immer wieder wird dieser Patriotismus vom Papst eng verknüpft mit dem Bekenntnis zur humanistischen Erneuerungsbewegung. So preist Karol Wojtyla in Tschenstochau bei der Segnung eines für den Bau des neuen Priesterseminars von Stettin bestimmten Steins aus der römischen Petersbasilika die „Rückkehr“ Ostpommerns „in die Grenzen des gegenwärtigen polnischen Staates“ und gedenkt „all jener, die oft heroisch gearbeitet haben, damit sie sich in diesem Gebiet im Glauben und im Polessein zu Hause fühlen.“ Und er fügt an die Pilger aus Ostpommern gewandt gleich hinzu: „Ihr kommt zur Mutter von Tschenstochau mit einer Wunde im Herzen und mit Schmerz, oder vielleicht auch mit Wut. Und diese eure Anwesenheit hat die Kraft des Zeugnisses, jenes Zeugnisses, das die ganze Welt erstaunte, als der polnische Arbeiter mit dem Evangelium in der Hand und mit dem Gebet auf den Lippen sein Selbst einforderte.“

Der päpstliche Patriotismus, der dem Regime solche Worte, die immer wieder die Massen bewegen, gerade noch akzeptabel machen mag, ist gewiß keine Konzession. Er ist integrierender Teil der Persönlichkeit dieses Polen auf dem Papst-Thron. Ob er sich gemeinsam mit dem Patriotismus, den General Jaruzelski bei dem Warschauer Treffen mit Johannes Paul II. bekundete, als tragfähige Grundlage für einen neuen, von der Kirche vermittelten und abgesegneten fruchtbareren Dialog zwischen Regime und Gesellschaft bewähren wird, kann erst die Zukunft zeigen.

In der Absicht des Papstes liegt es jedenfalls *ganz offensichtlich,* das Seine zu einem solchen Dialog beizusteuern. Die Hingabe, mit der ihm die Massen auch bei seinem jetzigen Besuch wieder begegnen, zeigt aufs neue, daß, wenn überhaupt eine „polnische Lösung“ möglich ist, er wohl als einziger die Schlüssel dafür in der Hand hält.

> „Eine Nation wird durch ihren Staat souverän . . . die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß uns Maria in ihrem Gnadenbild vor allem für schwierige Zeiten gegeben ist . . . König Johann Kasimir erklärte die Madonna zur Königin der polnischen Krone, die die polnische Nation hüten soll. Ihr Festtag ist der 3. Mai, später auch Tag der Verfassung vom 3. Mai . . . Bald danach beugte sich Polen der Macht, der Gewalt von drei Seiten gleichzeitig. Auf diese Weise wurde das Grundrecht der Nation – das Recht auf moralische Ordnung – vergewaltigt. 1979 sagte ich: ‚Hier waren wir immer frei‘, und es würde mir schwerfallen, anders auszudrücken, wozu das Bild der Königin von Polen für uns geworden ist.“

Dem Volk den Druck der Verzweiflung genommen

Eines hat der päpstliche Besuch zweifellos jetzt schon bewirkt: Er hat vom Volk den Druck der ratlosen Verzweiflung genommen, der seit den Ereignissen des 13. Dezember 1981 auf breiten Schichten der Bevölkerung lastete. Die Angst vor der Zukunft scheint neuer Hoffnung Platz gemacht zu haben – getragen von der Gewißheit, daß dieser Papst sein Volk nie im Stich lassen wird. Die Gefahr, daß daraus auch unerfüllbare Hoffnungen erwachsen und neue Repressionen auslösen könnten, ist nicht zu leugnen. Vor allem im Blick auf den Tag, an dem der Papst nicht mehr hier ist und nicht mehr, wie er das in den letzten Tagen wiederholt getan hat, die mit Elektrizität gefüllte Atmosphäre im rechten Augenblick durch eine seiner Gesten oder Bemerkungen zu entspannen vermag.

Papst: Kolbe Patron unseres Jahrhunderts

DW. Niepokalanow

Papst Johannes Paul II. hat am Samstag bei einer Messe in der Ortschaft Niepokalanow, rund 40 Kilometer westlich von Warschau, Leben und Sterben des neuen polnischen Heiligen Maximilian Kolbe gewürdigt. Der Gründer des Franziskaner-Klosters von Niepokalanow (übersetzt „Stadt der Unbefleckten“) war Anfang 1941 von den Nazis verhaftet und am 14. August desselben Jahres im Konzentrationslager Auschwitz getötet worden.

Der Pater, der von Papst Johannes Paul II. im vergangenen Oktober in Rom heiliggesprochen worden war, gab damals sein Leben anstelle eines polnischen Familienvaters. Dieser überlebte das KZ und war während der Messe am Samstag dabei. Er heißt Franziszek Gajowniczek.

Der Papst sagte, Maximilian Kolbe habe durch seinen Tod „auf eine besonders eindrucksvolle Weise das Drama der Menschheit des 20. Jahrhunderts“ aufgezeigt. In „Heroismus und Einfachheit“ habe er sich freiwillig als Kandidat für den Hungerbunker in Auschwitz gemeldet. Kolbes Leiden sei schließlich mit einer tödlichen Giftspritze ein Ende gesetzt worden. Der Papst nannte Kolbe „den Patron Polens und Patron unseres schwierigen Jahrhunderts“. Man habe Polen in seiner Geschichte immer wieder zum Tode verurteilt, durch Teilungen, Verbannungen, Konzentrationslager und Hungerbunker.

Kolbe sei, so sagte der Papst, der Beweis für die Überzeugungskraft und Stärke der Liebe: „Liebe ist stärker als Haß“, rief er den rund dreihunderttausend Menschen zu.

Einen aktuellen Bezug zur gegenwärtigen polnischen Situation sahen die vorwiegend vom Land gekommenen Teilnehmer in dem vom Papst zitierten Wort des Apostels Paulus: „Laßt Euch nicht vom Bösen besiegen, sondern siegt mit den Guten über das Böse.“ Dieser Satz wurde mit starkem Beifall bedacht. Zum Abschluß der Messe stimmte einer der Priester das alte polnische Lied mit dem Refrain an „Gib uns unsere freie Heimat wieder“.

In seiner Predigt würdige Johannes Paul die Arbeit der ländlichen „Solidaritäts“-Gruppen. „Ich weiß, daß es Euer Ziel ist, die beste kulturelle Tradition der ländlichen Gebiete zu fördern“, sagte er. „Ihr möchtet Eure Arbeit auf dem Feld wieder ihre besondere Würde geben und findet neue Freude in dieser Arbeit.“

In der Menschenmenge waren verschiedendlich Transparente mit dem Zeichen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ zu sehen.

Mittelamerika: Zeichen stehen auf Eskalation

Erste Nachrufe auf die Verhandlungsbemühungen der Contadora-Gruppe: Im Geflecht der Gegensätze verstrickt

WERNER THOMAS, Miami

Im Januar haben vier Außenminister auf der paradiesischen panamaischen Pazifik-Insel Contadora beschlossen, gemeinsam ein schnelles Ende des Blutvergießens in Mittelamerika zu erreichen. Die Chef-Diplomaten Panamas, Mexikos, Venezuelas und Kolumbiens sahen nur einen Weg: Verhandlungen. Seither gelten dem Vierergremium die Hoffnungen vieler besorgter Beobachter, unter ihnen Vertreter der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition in Bonn.

Der Hoffnungsschimmer aber verglüht. „La Nacion", die größte Zeitung Costa Ricas, widmete der „Grupo Contadora" bereits einen Nachruf, in dem es heißt: „Schöne Wünsche mußten den Realitäten weichen."

Die Realitäten der Region: Die vier Nationen, die eine Vermittlerrolle spielen wollten, verfügen nicht über genügend Einfluß auf die Konflikt-Parteien. Sie konnten ihnen deshalb keine Kompromißbereitschaft abringen. Es blieb bei frommen Lippenbekenntnissen.

Die sandinistischen Comandantes in Nicaragua bezeichnen sich als Opfer einer äußeren Aggression. Da die Amerikaner und die Honduraner die konterrevolutionären Brigaden (Contras) unterstützen, möchten sie mit diesen beiden Ländern lediglich dieses Thema erörtern. Die USA und Honduras aber fordern weitergesteckte Gespräche: Die Sandinisten sollten zur „Destabilisierung" der Nachbarschaft Stellung nehmen; gedacht ist dabei an die Waffenhilfe für die salvadorianische Guerrilla. Costa Rica urteilt ähnlich. Die Comandantes sehen jedoch auch im Süden nur die Notwendigkeit von lokalen Verhandlungen. Costa Rica müsse die konterrevolutionären Aktivitäten Eden Pastoras (Comandante Cero) und seiner Männer stoppen.

Die Kriegsgegner in El Salvador sind offenbar verhandlungsbereit. Allerdings: Die Regierung läßt mit sich lediglich über die Teilnahme der Opposition an den für Ende dieses Jahres geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen reden.

Die Contadora-Nationen haben sich in diesem verwirrenden mittelamerikanischen Labyrinth so hoffnungslos verstrickt, daß es beim letzten Treffen Ende Mai in Panama City selbst innerhalb ihrer kleinen Gruppe Differenzen gab. Mexikos Außenminister Bernardo Sepulveda reiste vorzeitig ab. Die mageren Ergebnisse dieser vorerst letzten Begegnung: Man entsandte eine Beobachterdelegation in das Grenzgebiet zwischen Costa Rica und Nicaragua und will die verschiedenen Standpunkte der Konfliktparteien prüfen.

Die Mexikaner brachten die Contadora-Gruppe in den Verruf, neutraler Vermittler zu sein. Die Regierungen von El Salvador und Honduras erinnerten oft an die Sympathien Mexikos für die salvadorianische Partisanenorganisation FMLN und die sandinistischen Comandantes.

Während die FMLN-Spitze von Mexiko City ihre weltweite Publicity-Kampagne steuerte, wurde der nicaraguanische Rebellenführer Alfonso Robelo im April ausgewiesen, als er eine Pressekonferenz geben wollte. Der frühere salvadorianische Junta-Chef José Napoleon Duarte, der nun Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten ist, bekennt: „Ich traue den Mexikanern nicht über den Weg."

Erschwerend für die Friedensbemühungen der Contadora-Länder war die Tatsache, daß beide Seiten glauben, durch Kampfhandlungen immer noch mehr erreichen zu können als durch Verhandlungen. Die Sandinisten, die salvadorianischen Rebellen, Kuba und die Sowjets hoffen nach wie vor, daß der Kongreß den amerikanischen Präsidenten bremst, während dieser auf eine militärische Wende in El Salvador setzt.

So stehen die Zeichen auf Eskalation. Die letzten Entwicklungen: Amerikanische Spionage-Flugzeuge haben seit Anfang Juni fünf Ostblockfrachter fotografiert, die in zwei nicaraguanischen Häfen moderne Waffen entluden. Jetzt wurde ein in der Karibik treibendes Schiff mit sowjetischer Munition an Bord aufgebracht. In Honduras trafen 100 amerikanische Green-Beret-Soldaten ein, die salvadorianische Kampftruppen ausbilden sollen. Die Amerikaner wollen in Honduras außerdem 6 Luftwaffenstützpunkte ausbauen. Der honduranische Armeechef General Gustavo Alvares erklärte während eines Besuchs in Washington, die US-Regierung dürfe ein direktes Eingreifen in den Mittelamerikakonflikt nicht mehr kategorisch ausschließen. Die Washington Post zitierte einen Reagan-Berater, der versicherte, man werde „alles" tun, um El Salvador zu halten. „In der Regierung ist die Meinung weit verbreitet", schrieb das Blatt, „daß sich der Mittelamerikakonflikt ausweitet und daß Reagan vor dem Ende seiner Amtsperiode (Jan. 1985) mit einer Situation konfrontiert sein wird, die resolute Aktionen erfordert".

Ein „Traumpaar" führt Labours Streit fort

FRITZ WIRTH, London

Die britische Labour Party soll in Zukunft von einem „Traumpaar" geführt werden. So will es die Mehrheit der Partei und so wollen es vor allem die Gewerkschaften. Und so ist denn mit Hilfe eines taktischen Manövers bereits sichergestellt worden, daß am Wahltag, dem 2. Oktober, dieses „Traumpaar" unter den gegenwärtig sieben Kandidaten für das Amt des Parteichefs und seines Stellvertreters übrigbleibt.

Das „Traumpaar" sind Neil Kinnock und Roy Hattersley. Um alle anderen Kandidaten aus dem Feld zu schlagen, haben sie sich in der letzten Woche entschieden, sowohl für das Amt des Parteiführers wie auch für das des Stellvertreters zu kandidieren. Es geht damit praktisch am 2. Oktober nur noch darum, wer von beiden künftig die Nr. 1 und die Nr. 2 sein wird. Der Verlierer wird automatisch stellvertretender Parteiführer.

Alle andreren Kandidaten sind chancenlos. Gerald Kaufman, einer der fähigsten Nachwuchspolitiker in der Partei, hat das sehr klar erkannt und zog nach dieser Absprache von Kinnock und Hattersley unverzüglich seine Kandidatur für das Amt des stellvertretenden Parteiführers zurück.

Dieses taktische Manöver und eine Reihe weiterer Wahlabsprachen hinter den Kulissen werfen ein Schlaglicht auf die eigenartige Wahlprozedur Labours, die vor zwei Jahren mit der ausdrücklichen Absicht geändert wurde, sie demokratischer als bisher zu gestalten. Bis zu jenem Zeitpunkt wurde der Parteiführer und sein Stellvertreter ausschließlich von der Unterhausfraktion Labours gewählt.

Nach der neuen Prozedur werden beide von einem Wahl-Kollegium gewählt, in dem die Gewerkschaften 40, die Unterhausfraktion und die Ortsverbände in den Wahlkreisen je 30 Prozent der Stimmen besitzen. In der letzten Woche demonstrierten die Gewerkschaften bereits sehr souverän, wie sie von ihrem neugewonnenen Stimmrecht bei der Wahl der Parteiführer Gebrauch machen. Viele von ihnen, die bei dieser Wahl bis zu 1,2 Millionen Mitgliederstimmen in die Wahl mit einbringen, verzichteten auf jegliche Konsultation ihrer Mitglieder und legten sich in Vorstandssitzungen auf einen Kandidaten fest.

Dank dieser Gewerkschafts-Unterstützung ist zur Stunde Neil Kinnock der hohe Favorit für das Amt des Parteichefs. Das Hattersley-Lager hat als Antwort darauf in den letzten Tagen eine „Stoppt-Kinnock-Kampagne" gestartet. Mit einem Satz: Zehn Tage nach der Wahlkatastrophe vom 9. Juni bietet Labour wieder das altvertraute Bild interner Macht- und Richtungskämpfe.

Außer Kinnock und Hattersley befinden sich noch Eric Haffer, der den äußersten linken Benn-Flügel in der Partei repräsentiert, und Peter Shore im Rennen, der wie Hattersley dem gemäßigten rechten Parteiflügel Labours nahesteht. Beide werden mit Sicherheit nicht den ersten Wahlgang überleben.

Die euphorische Bezeichnung „Traumpaar" für das Duo Kinnock-Hattersley könnte leicht den Eindruck vermitteln, als habe Labour damit die Zauberformel für das Ende aller künftigen Führungskämpfe gefunden, mit der die Parteilinke, repräsentiert durch Kinnock, und der rechte Flügel, vertreten durch Hattersley, zu einer Einheit verschmolzen werden.

Tatsächlich ist an dieser Formel überhaupt nichts neu. In Wahrheit ist es nichts anderes als die verjüngte Neuauflage der alten Führungsformel, denn Neil Kinnock identifiziert sich fast hundertprozentig mit der bisherigen Politik Michael Foots und Roy Hattersley ist parteiprogrammatisch nahezu ein Ebenbild des bisherigen Foot-Stellvertreters Denis Healey. Die mit Sicherheit zu erwartende Entscheidung für das „Traumpaar" Kinnock-Hattersley bietet deshalb nichts anderes als alten Wein in neuen Fässern. Dementsprechend ähnlich dürfte der Kater der Partei nach der nächsten Unterhauswahl ausfallen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die geschmähten Helfer

Die in dem Artikel „Freundschaft geht in Togo auch ohne Bonner Scheckbuch" (WELT vom 19. Mai) veröffentlichte Meinung des deutschen Unternehmers Hittmeyer, daß die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe zum Fenster rausgeworfen wird, entbehrt jeder sachlichen Grundlage.

Die Fairneß gegenüber den Fachkräften, die Bonner Entwicklungspolitik in praktische Projekte und Programme „vor Ort" umsetzen, hätte es geboten erscheinen lassen, zum Beispiel auf folgendes hinzuweisen: Im Rahmen eines landwirtschaftlichen Beratungsprojektes in Kenia wurden wesentliche Fortschritte bei der Entwicklung des Gartenbaues, der tierischen Erzeugung, des Veterinärwesens und der Kleinbewässerung erzielt. Dadurch haben Tausende von Kenianern ihre wirtschaftliche und soziale Situation verbessern können. Mit einem anderen Vorhaben wurden für Tausende von afrikanischen Siedlern die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das Einkommen langfristig und nachhaltig erhöht werden kann.

Fern jeglicher Realität ist außerdem die Äußerung von Herrn Hittmeyer über die Gehälter der GTZ („Die deutschen Experten der GTZ führen mit monatlich 10 000 oder 12 000 Mark ein üppiges Leben."). Tatsache ist, daß die Grundgehälter der GTZ-Fachkräfte nur unwesentlich über den Gehältern in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Was durch die Auslandsvergütung, die sich aus Einsatzzulage und Mietzuschuß zusammensetzt, auf den ersten Blick attraktiv erscheint, dient zur Abdeckung der mit einem Einsatz im Entwicklungsland verbundenen besonderen Aufwendungen. Von einer monatlichen Vergütung von 10 000 bis 12 000 Mark kann überhaupt keine Rede sein. Ich frage mich, wer überhaupt bereit ist, mit einem Zweijahresvertrag der GTZ für eine Vergütung in einem Entwicklungsland zu arbeiten, die in der Tat unter den Gehältern vergleichbarer internationaler Institutionen und deutscher Exportfirmen liegt. Als Verleumdung muß die Formulierung bezeichnet werden, daß die GTZ-Mitarbeiter ein üppiges Leben führen. Ich empfehle dem Autor des o. g. Beitrages, sich einmal dort für einige Jahre aufzuhalten, wo deutsche Fachkräfte nicht nur leben, sondern auch arbeiten müssen. Und dies sind meist nicht die Hauptstädte in den Entwicklungsländern.

Wenn Herr Hittmeyer glaubt, die Auslandsmitarbeiter der GTZ als Unwissende („Sie haben von allem eine Ahnung, aber von nichts eine wirkliche") einstufen zu müssen, so übersteigt das seine fachliche Selbsteinschätzung. Als ehemaliger Auslandsmitarbeiter deutscher Entwicklungshilfe erlaube ich mir den Hinweis, daß die über 4000 deutschen Berater, die im Rahmen der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt engagiert sind, nur so gut sein können, wie das Gesellschaftssystem, das sie hervorgebracht hat. Sie geben sich alle größte Mühe, ihr Wissen und Können an den Partner unter veränderten Bedingungen in einem ganz anderen Umfeld und Kulturkreis weiterzugeben.

Theo Neufeld
Braunfels

Bären-Story

„Bären-Invasion löst in Österreich Unruhe aus": WELT vom 11. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

zu den Bären, die aus dem Gebiet von Kocevje – übrigens ist das die alte deutsche Sprachinsel Gottschee in Slowenien – nach Kärnten wandern, weil sie dort vor dem Abschuß sicher sind, kommt unbedingt noch jener Bär, den Ihr Mitarbeiter K. Pollak Ihren Lesern aufbinden will. Er behauptet nämlich, daß die wanderlustigen Bären, die zwischen Drauburg und Bleiburg unerlaubt die Grenze überschreiten, am Semmering eine „Freßpause" (auf gut österreichisch „Jause") einlegen, ehe sie sich nach Kärnten trollen. Ohne Benützung der Eisenbahn dürfte das auch dem schnellsten Bären nicht möglich sein, wie ein oberflächlicher Blick auf die Landkarte beweist. Vermutlich verwechselte Herr Pollak den Semmering mit dem Sobot, dem Paß unweit der Grenze, der Kärnten mit der Steiermark verbindet. Geographie bleibt Glücksache.

P. Adalbert Seipolt,
Metten / Ndb.

Wort des Tages

„Zu befehlen ist immer verkehrt, wenn man des Gehorsams nicht sicher ist."

Gabriel Comte de Mirabeau, franz. Politiker (1749–1791)

Personalien

GEBURTSTAG

Hippolyt Freiherr Poschinger von Frauenau, langjähriger Präsident des Bayerischen Senats, hat am gestrigen Sonntag seinen 75. Geburtstag gefeiert. Der „Landedelmann vom alten Schlage", wie er schon früher gewürdigt wurde, ist der Sohn eines „Reichsrats der Krone Bayerns". Sein Urgroßvater mütterlicherseits, Graf Bray, unterzeichnete 1870 als bayerischer Ministerpräsident den Vertrag Bayerns über den Eintritt in das Deutsche Reich und 1871 den Friedensvertrag von Versailles. Hippolyt von Poschinger hat den im Bayerischen Wald gelegenen großen Familienbsesitz, ein Gut und eine Glasfabrik, nach einem Studium der Forstwirtschaft zunächst zu Musterbetrieben ausgebaut. Dem Bayerischen Senat gehört er seit 1952 an. Der Senat gilt als eine Art zweite Kammer neben dem Landtag und ist die Vertretung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gemeindlichen Körperschaften Bayerns und nimmt zu Gesetzesvorschlägen Stellung. In einem Glückwunschschreiben würdigt Bayerns Ministerpräisident **Franz Josef Strauß** das große Engagement Poschingers „zum Wohle unserer bayerischen Heimat".

BUNDESWEHR

Wilfried Hasselmann, niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten, zog wieder die Uniform an. Beim Ersten Artillerie-Regiment in Hannover macht er eine Reserveübung. Der Minister, in Bonn als gastfreundlicher Statthalter in der niedersächsischen Landesvertretung hoch geschätzt, wird im Range eines Oberstleutnants der Reserve das Regiment mit mehr als 1800 Soldaten befehligen. Erste Amtshandlung: Der Minister und Oberstleutnant machte bei Generalmajor **Henning von Ondarza**, dem Kommandeur der Ersten Panzerdivision, einen Antrittsbesuch.

EHRUNG

Die Freie Ukrainische Universität München bekommt zwei neue Ehrendoktoren. Mit diesen Würden ausgezeichnet werden am 14. Oktober Professor **Nikolaus Prinz Lobkovicz**, langjähriger früherer Präsident der Münchner Universität und **Hubertus Prinz zu Löwenstein** in Bad Godesberg. Prinz Lobkovicz ist stellvertretender Präsident des Freien Deutschen Autorenverbandes, Prinz zu Löwenstein Präsident dieses Schriftstellergremiums. Ehrendoktor der Theologischen Fakultät Heidelberg wurde Pfarrer **Martin Stöhr**, Direktor der Evangelischen Akademie Arnoldshain.

FUSSBALL / Possenspiele bei Eintracht Frankfurt um Verträge, Schulden und Bürgschaften – Lizenz scheint gesichert

Tauziehen um Cha – plötzlich darf er doch bleiben

dpa, Frankfurt

Vom Fußball spricht beim Bundesligisten Eintracht Frankfurt fast keiner mehr. Dafür schaffen Schulden und Bürgschaften, lizenzabhängige Bedingungen vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) und Possenspiele um Vertragsunterschriften Schlagzeilen, die den Wirrwarr um das neue Gesicht der Mannschaft mit dem kranken Trainer Branko Zebec in der Sommerpause eher verstärken als entzerren. Pezzey muß gehen, Neumann kommt von Köln, Neumann unterschreibt in Athen, Körbel kündigt, Cha will weg, Kassels Libero Eymold kommt . . .

Letzter Stand: Die Gespräche mit dem Hamburger SV über den Koreaner Cha sind nach Angaben aus dem Präsidium abgebrochen worden. Der ostasiatische Star kann bleiben.

Schatzmeister Wolfgang Knispel, der für die radikale, vom neuen Führungstrio des Vereins gebilligte Sparpolitik verantwortlich ist, bringt dies alles nicht aus der Ruhe. „Der Nachweis von 2,8 Millionen Mark Liquiditätsreserve wird beim DFB heute vorgelegt. Die Angstmacherei von außen hat keinen Platz – die Lizenz ist uns sicher." Schatzmeister Wolfgang Knispel beginnt sein Konzept, „ohne teure Stars den Verein zu sanieren", durchzusetzen. Bürgschaften und verlängerte Bankkredite haben die Existenz des mit 4,5 Millionen Mark Verbindlichkeiten belasteten Vereins vorerst gesichert.

Dafür spielt der Erlös aus dem Transfer von Pezzey eine tragende Rolle zur Finanzierung der neuen Mannschaft. „Ich gehe davon aus, daß Pezzey einen neuen Verein findet." Knispel könnte neben Bernd Nickel (ohne Ablösesumme zu Young Boys Bern) damit den zweiten Großverdiener mit rund 400 000 Mark Jahressalär von der Gehaltsliste streichen, um am Ende der Saison auch die DFB-Auflage der Entschuldung von 400 000 Mark zu erfüllen. Der Österreicher ist allerdings zur Zeit im Urlaub und signalisiert Langmut bei der Suche nach einem neuen Arbeitgeber. AS Monaco gilt als nächste Station des Liberos.

Der Poker um Cha, der die höchsten Bezüge erhält, aber nicht als Aktivposten im Sanierungskonzept aufgeführt wurde, geht nach den gescheiterten Italien-Plänen des Stürmer-Stars weiter. „Der HSV hat 500 000 Mark geboten. Das ist uns zu wenig. Wir haben die Gespräche abgebrochen", sagt Vizepräsident Harald Böhm. Die Frankfurter, die nach den Statuten des DFB für Cha eine Ablösesumme von 1,5 Millionen Mark fordern könnten, glauben nicht, daß der 30 Jahre alte Stürmer bei einem Scheitern der Verhandlungen seine Drohung wahr macht, nach Südkorea zurückzukehren. In diesem Fall müßten die mit 4,5 Millionen Mark verschuldeten Riederwälder Cha zum Nulltarif abgeben. Böhm: „Wir gehen davon aus, daß er diesen Schritt nicht vorhat." Die Eintracht baut darauf, daß Cha als Hausbesitzer in Hainstadt und als Eigner zweier Häuser nach dem steuervergünstigten Bauherrenmodell, durch die er in finanzielle Schwierigkeiten geriet, an einem weiteren Engagement in der Bundesliga interessiert ist.

Auf die indirekt geäußerte Warnung des DFB vor Cha-Berater Holger Klemme als „illegalem Spielervermittler" reagierten beide Vereine gelassen. „Wir haben mit Herrn Klemme überhaupt nichts zu tun", erklärte Böhm. „Die Gespräche laufen ausschließlich auf Ebene des Klubs ab." Ähnlich reagierte HSV-Präsident Klein: „Das ist für uns kein Thema, wir führen unsere Verhandlungen direkt mit der Eintracht. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob ein Spieler einen Berater hat."

Geplatzt ist dagegen die Verpflichtung von Herbert Neumann. Der Kölner hat nach Angaben seiner Frau bereits am Mittwoch letzter Woche einen Vertrag bei Olympiakos Piräus unterschrieben. Noch vor einer Woche waren sich der 29 Jahre alte Mittelfeldspieler und Frankfurt einig. Damit ist einer der Wunschkandidaten von Trainer Zebec neben den bereits verpflichteten Mattern und Kroth abgesprungen. Einig ist der Klub auch mit dem Kasseler Libero Günther Eymold: „Es gibt eine Vereinbarung." Gelassen reagierte der Steuer- und Finanzexperte auch auf die Kündigung von Vorstopper Körbel. „Arbeitsrechtlich hat er keine Chance, aus dem Vertrag herauszukommen."

Unangetastet bleibt auch die Vereinbarung mit Trainer Zebec.

MOTORSPORT

Acht Porsche in Le Mans an der Spitze

sid, Le Mans

Der ungebremste Ehrgeiz der Altmeister verdrängte die Taktik: Die 51. Auflage der 24 Stunden von Le Mans wurde mit einem achtfachen Triumph zur erwarteten Porsche-Parade, zugleich aber besonders für die Sieger Al Holbert/Hurley Haywood/Vern Schuppan (USA/USA/Australien) zur Zitterpartie. Denn in der Schlußphase kamen die Vorjahressieger Jacky Ickx/Derek Bell (Belgien/England) auf dem Werksporsche Nummer 1 immer stärker auf und wurden schließlich nur knapp geschlagen Zweite. Den dritten Platz belegten Ex-Formel-1-Weltmeister Mario Andretti aus den USA, sein Sohn Mike und der Franzose Philippe Alliot, die mit dem vorgeschriebenen Verbrauchslimit nur schwer zurechtkamen.

Für die Porsche-Gegner wurde dieser vierte Lauf zur Endurance-Weltmeistersrhaft hingegen zum Waterloo: Kein Werks-Lancia kam ins Ziel, sechs von sieben angetretenen Rondeau fielen mit diversen Schäden (Motor, Getriebe, Ölverlust) aus. Mit der Idealpunktzahl 80 führt das Zuffenhausener Team die Markenwertung an, ist damit in den noch ausstehenden drei Rennen von Lancia (elf Punkte) nicht mehr einzuholen und hat seinen Titel erfolgreich verteidigt.

Hoffnungen auf einen deutschen Sieg wurden vor 200 000 Zuschauern bereits am Ende der dritten Stunde gedämpft. Die führenden Jochen Mass und Stefan Bellof auf dem Werksporsche Nummer 2 wurden von Holbert/Haywood/Schuppan verdrängt. Damit begann für den in Monaco lebenden früheren Formel-1-Fahrer und das Gießener Formel-2-Talent ein langer Leidensweg, der erst um 13.35 Uhr am Sonntagmittag endete. Mit Problemen an der erstmals elektronisch gesteuerten Zündung mußte der Wagen immer wieder an die Boxen, immer länger dauerte es dann, ihn wieder anzuwerfen. Erst mußten ein, dann zwei Zylinder stillgelegt werden. Als der Wagen nur noch auf Platz zehn lag, wurde er aus dem Rennen genommen.

Pech hatte auch der Deutsche Rennsportmeister Bob Wollek aus Straßburg, der zusammen mit dem Bonner Klaus Ludwig, Le-Mans-Sieger 1979, und dem Schweden Stefan Johansson einen privaten Porsche 956 fuhr. An vierter Stelle liegend landete Ludwig am Sonntagmittag nach einem Dreher in den Fangzäunen. Durch das Auswechseln des beschädigten Heckteiles fiel das Team auf Platz sechs zurück.

Wollek war erst vor zwei Wochen an der Bandscheibe operiert worden, seine Wirbelsäule wurde durch ein besonderes Wasserkissen gegen Stöße geschützt. Sein Einsatz hat sich allerdings gelohnt: In der Fahrerwertung konnte er mit nun 56 Punkten die Führung vor Titelverteidiger Ickx (50) verteidigen.

Für den Belgier, mit sechs Erfolgen Rekordgewinner dieses Klassikers, brachte schon die zweite Runde einen dramatischen Höhepunkt. Nach der Fabelzeit von 3:16,56 Minuten im Training vom besten Startplatz ins Rennen gegangen, kollidierte er am Ende der sechs Kilometer langen Hunaudieres-Geraden mit Jan Lammers. Der Niederländer versuchte mit seinem privaten Porsche 956 zu überholen, drehte sich dabei und wurde von Ickx in die Auslaufzone geschoben. Beide Wagen mußten zum Reparieren in die Boxen.

Sonntag morgen um 7 Uhr traf es Ickx-Partner Bell. Fast an der gleichen Stelle blieb er mit einem Zündungsschaden liegen. Über Funk erhielt er eine Reparaturanleitung und konnte nach etlichen Minuten mit Mühe und Not die Boxen erreichen. Insgesamt verlor das Team fünf Runden, die es bei steigenden Temperaturen wieder aufholen mußte. Im Porsche-Lager wurde das interne Werks-Duell generalstabsmäßig überwacht: Vier Aufsichtsrats- und drei Vorstandsmitglieder, darunter Vorsitzender Dr. Peter Schutz, führten mit Computerhilfe die Regie.

ZWEITE LIGA / Saarbrücken, Ulm, Oberhausen steigen auf – und auch die Sensationsmannschaft vom SC Charlottenburg



Im Alter von 38 Jahren noch einmal als Star und Profi gefeiert: Gerhard Welz, Torwart von Rot-Weiß Oberhausen war lange Zeit Stammtorwart des 1. FC Köln. Er gehörte auch zum Kreis der Nationalmannschaft. FOTO: MÜLLER

Wenn es der Berliner Bauwirtschaft gutgeht, lebt auch der Klub gut

Die Zweite Fußball-Liga ist wieder komplett. Drei alte Bekannte steigen auf: Rot-Weiß Oberhausen und der 1. FC Saarbrücken haben schon in der Bundesliga gespielt, SpVgg Ulm bereits in der Zweiten Liga. Die Sensation ist die Mannschaft des SC Charlottenburg aus Berlin, bisher nur als Leichtathletik-Klub bekannt.

DIETER DOSE, Berlin

Fußball in Berlin, das sind oder waren Hertha BSC, Tennis Borussia, Tasmania 1902 oder Union. Mit dem SC Charlottenburg, Kürzel SCC, verbinden sich eher Begriffe wie Meter und Sekunden. Jahrzehntelang war der seit 19Q2 bestehende Klub aus dem Stadtteil Charlottenburg die Nummer eins in der deutschen Leichtathletik.

35 Weltrekorde, sieben Medaillen bei Olympischen Spielen, darunter Gold durch Speerwerfer Gerhard Stöck (1936), vier Europameister und über 200 deutsche Meistertitel stehen in der Erfolgsbilanz der SCC-Athleten. Die Handball-Frauen waren zwischen 1926 und 1936 siebenmal Deutscher Meister im Feldhandball. Ähnliche Ruhmestaten hat die Chronik des rund 4000 Mitglieder zählenden Vereins von den Fußballern nicht zu vermelden. Lediglich zwei ehemalige Bundesliga-Stars und Nationalspieler kommen aus den Reihen des SCC: Torwart Horst Wolter und Bernd Gersdorff.

Man muß schon weit zurückblättern, um auf die bescheidenen Erfolge der Fußballspieler zu stoßen. 1922 standen sie im Endspiel um die Berliner Meisterschaft, verschwanden 1929 in der Versenkung und tauchten erst 52 Jahre später wieder in der höchsten Spielklasse, der Amateur-Oberliga, auf.

1979, 1980, 1981 – in jedem Jahr kletterte der SCC eine Spielklasse höher. Im ersten Oberligajahr Tabellendritter, im zweiten Meister mit nur einer Niederlage vor renommierten Konkurrenten wie Hertha Zehlendorf und Tennis Borussia . . .

Jetzt also der Aufstieg in die zweite Liga: Sensationell, weil der SCC nach drei Aufstiegsspielen mit 1:5 Punkten schon fast aussichtslos abgeschlagen war. Es folgten zwei Heimsiege über St. Pauli und Hamm, schließlich reichte am letzten Spieltag ein 0:0 in Oberhausen, um als zweiter Berliner Verein neben Bundesliga-Absteiger Hertha BSC in der zweiten Liga zu spielen.

Dieser Erfolg und mögliche Erfolge in der Zukunft hängen von Aufträgen und Umsätzen der Berliner Bauwirtschaft ab. Denn finanzkräftige Geschäftsleute dieser Branche haben das Schattendasein der SCC-Fußballer beendet und gegenüber dem Gesamtverein die Verantwortung übernommen, daß der Aufstieg den Klub nicht in Schulden stürzt.

Warnende Beispiele gibt es in unmittelbarer SCC-Nachbarschaft: Tennis Borussia, mit der sich der SCC das Stadion teilt, verließ die zweite Liga mit 2,5 Millionen Mark Schulden. Und Wacker 04, ein anderer ehemaliger Berliner Zweitliga-Verein, muß noch mindestens ein Jahrzehnt zahlen, um eine halbe Million Mark Verbindlichkeiten in Mini-Raten abzustottern . . .

„Wir geben nicht mehr Geld aus, als wir haben", sagt Vorsitzender Olaf Ruths (39). Dem DFB legte er mit dem Lizenzantrag (der ohne Bedenken akzeptiert wurde) einen Etat von 750 000 Mark vor, basierend auf nur 800 Zuschauern pro Heimspiel. Aus gutem Grund. In der Oberliga spielte der SCC fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit, manchmal vor weniger als 100 Zuschauern. In der Aufstiegsrunde allerdings entdeckten die Berliner Charlottenburg: Rund 15 000 Zuschauer kamen zu den drei Spielen – doppelt soviel wie vorher in 15 Heimspielen zusammen . . .

Nur 1500 Mark Grundgehalt sollen die Spieler erhalten, die Prämien richten sich nach den Zuschauerzahlen. Dennoch werden die SCC-Spieler, wie schon in der Oberliga, gut verdienen. „Beim SCC wird keiner reich", sagt Ruths zwar. Doch er hat den Weg gefunden, seine Spieler mit Profigehältern bei der Stange zu halten. Geschäftspartner aus dem Baugewerbe sind die Mäzene. Sie lassen sich das Engagement beachtliche Summen kosten, haben SCC-Spieler auf ihrer Gehaltsliste, gewähren ihnen aber genügend Freizeit, um auch zweimal täglich zu trainieren.

Vor fünf Jahren entdeckte Ruths seine Liebe zum Fußball. Zwei Berliner Klubs, Tennis Borussia und Lichterfelder SU, lehnten ihn und sein Geld ab. Das haben sie inzwischen bitter bereut. Ruths („Wir waren vier Leute, die etwas auf die Beine stellen wollten") ging zum SCC, damals fünftklassig. Jetzt bedroht der SCC sogar die Vormachtstellung von Hertha BSC. Mit einer Mannschaft, die bis auf zwei Ausnahmen (Thorsten Schlumberger aus Hamburg und der neu verpflichtete Kieler Torwart Andy Köpke) aus waschechten Berliner besteht. Nobodys aber sind die SCC-Spieler schon jetzt nicht mehr. Vorstopper Christian Niebel wechselt trotz des Aufstiegs zu Hannover 96. Torjäger Jörg Gaedke wird vom Hamburger SV umworben und hat bereits einen unterschriftsreifen Vertrag des Deutschen Meisters in der Schublade. Ihn will der SCC unbedingt halten, mit einem Vierjahresvertrag.

Amateurtitel wider Willen

sid, Homburg

Erst durch ein Entscheidungsspiel gegen den FK Pirmasens (3:2) schaffte der FC Homburg überhaupt den Sprung in die Endrunde um die deutsche Amateurmeisterschaft – jetzt gewann die Mannschaft sogar das Finale mit 2:0 nach Verlängerung gegen die Amateure des FC Bayern München. Bei der überschwenglichen Meisterfeier der Homburger, die „von Spiel zu Spiel immer ehrgeiziger wurden" (Trainer Albert Müller), standen besonders die Torschützen Jesper Petersen und Günter Tilk im Mittelpunkt.

Trotz des größten Erfolges der Vereinsgeschichte wollte sich Präsident Udo Geitlinger nicht so recht freuen. Er sagte: „Die Rückkehr in die zweite Liga bleibt trotzdem unser großes Ziel." Mit einem Jahresetat von 300 000 Mark will Geitlinger seinen Wunschtraum im nächsten Jahr verwirklichen. Und die Spieler denken offenbar ähnlich: Spontan verzichteten alle Endspiel-Teilnehmer auf eine Woche zusätzlichen Urlaub, damit die Saison-Vorbereitung rechtzeitig beginnen kann.

Nach der Niederlage ließ der stets optimistische Bayern-Präsident Willi O. Hoffmann, dem als kleiner Trost die deutschen Meistertitel der Turner und Schachspieler bleiben, den Kopf nicht hängen. Hoffmann: „Ich bin zufrieden. Nach einer langen Saison hat die Mannschaft eine tolle Moral gezeigt." Vier Bayern-Amateure sollen deshalb bei Udo Lattek mittrainieren dürfen.

Profis aus Saarbrücken

DW. Bonn

Bereits während der gesamten Saison arbeitete der 1. FC Saarbrücken praktisch unter Profibedingungen. Garant dafür war Trainer Uwe Klimaschefski, der bei Hertha BSC vorzeitig beurlaubt worden war. Jetzt, nach dem Aufstieg in die zweite Liga, fordert er für seine von Günter Mast („Jägermeister") unterstützte Mannschaft: „Wir müssen uns kräftig verstärken. Denn der Abstand zwischen Amateurliga und zweiter Bundesliga ist größer als nur eine Klasse." Saarbrücken nahm in seinen drei Heimspielen 500 000 Mark ein. Der Verein gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Bundesliga und spielte dann noch einmal von 1976 bis 1978 in der obersten Klasse.

Der SSV Ulm 46 mußte zwei Jahre auf die zweite Liga warten. Bei der Einführung der eingleisigen Liga (1981) befand der DFB den Klub für finanziell zu schwach und schickte ihn trotz eines fünften Tabellenplatzes in der Regionalliga Süd zu den Amateuren. Jetzt sagt Trainer Paul Sauter: „Ich bin sicher, daß wir den Klassenerhalt schaffen. Ulm hat ein großes fußballbegeistertes Hinterland. Die finanzielle Basis ist also vorhanden."

Unterhaching, erst einmal gescheitert, tröstet sich mit den Worten von Manager Frühm: „Die Bayern-Liga mit Fürth, München 1860, Bayreuth, Augsburg und Ingolstadt ist die eigentliche zweite Liga."

Straßen in Rot und Weiß

DW. Oberhausen

Viele Straßen waren geflaggt, Konfettiregen ging hernieder, eine Gulaschkanone spendierte Erbsensuppe, Freibier floß reichlich, eine Gasse in der City war rot und weiß gestrichen – so feierte Oberhausen die Rückkehr in den Profi-Fußball. Schon vor der Kabine hatten Tausende von Fans singend auf die Spieler gewartet, kräftig gefeiert wurde dann im Klubhaus, als sich die Spieler, Trainer Elting und Obmann Hermann Schulz immer wieder hochleben ließen.

Besondere Verdienste kommen Hermann Schulz, gleichzeitig auch Mäzen des Klubs, zu. Mit seiner finanziellen Hilfe wurde ein Drei-Jahres-Plan erstellt, der sich schon im zweiten Jahr erfüllte. Mit den Ex-Profis Welz, Degen, Segler, Hahn, Runge, Busch, Szymanek und den Amateuren Wirtz und Hahn wurde fast eine komplette neue Mannschaft verpflichtet, die mit den Stammspielern Wloka, Bartel, Quabeck, Schneider, Brokker und Alltig zu einer Einheit zusammenwuchs.

Obwohl noch Altschulden aus Bundesligazeiten (1971–1973) in Höhe von 1,3 Millionen Mark bestehen, die in Raten an die Oberfinanzdirektion abgeführt werden, hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) doch die Lizenz erteilt. Mäzen Hermann Schulz hat versprochen: „Wir wollen in der zweiten Liga kein Schattendasein führen." Mit einem Millionen-Etat und einigen spielstarken Neuerwerbungen soll dieses Ziel erreicht werden.

TENNIS / Heute beginnt das Turnier in Wimbledon – Verbindungsoffizier zu den Spielern soll Streit vermeiden

Ted Tinling, ehemaliger Geheimagent mit Diamanten im Ohr

CLAUS GEISSMAR, London

Der wichtigste Mann in den Kulissen von Wimbledon trägt im linken Ohrläppchen einen Diamanten. Der Gentleman mit dem geschliffenen Stein im Ohr heißt Ted Tinling und war jahrzehntelang der Zar der Tennismode. In dieser Woche feiert er in Wimbledon seinen 73. Geburtstag. Seine eigenen Hemden sind immer ein bißchen zu bunt für einen Mann im achten Lebensjahrzehnt. Und so schillernd wie seine Kleidung ist auch seine Vergangenheit. Im Zweiten Weltkrieg war er Geheimagent seiner Majestät König Georgs VI., des Vaters der heutigen Queen. Die Geheimnisse von Wimbledon kennt er schon seit über einem halben Jahrhundert. Was hat diesen 73jährigen zum wichtigsten Mann von Wimbledon gemacht?

Ted Tinling ist vom Wimbledon-Club zum Verbindungsoffizier zwischen Spielern und Club-Vorstand ernannt worden. Ab heute steht er jeden Tag während der Spieltage (Finale am 2. Juli) hinter einem Schreibtisch im Spieler-Aufenthaltsraum. Der Krach zwischen den alten Herren des Wimbledon-Vorstandes und den jungen Spielern, eine jahrzehntelange Tradition, erreichte vor zwei Jahren seinen Höhepunkt. Damals, 1981, siegte John McEnroe und beendete damit gleichzeitig die fünfjährige Wimbledon-Ära von Björn Borg. Aber die wilden Auftritte des „Superbengels" (superbrat) John McEnroe führten auch zu einer drastischen Entscheidung. Obwohl er Wimbledon-Sieger geworden war, nahm der Club den Amerikaner nicht als Ehrenmitglied auf.

So etwas war noch nie vorgekommen. Der Mann, der die Wogen wieder glätten konnte, war Ted Tinling. Das ging so weit, daß er die McEnroes, Vater und Sohn, zum Parkplatz begleitete, um den Pokal zu schleppen. Vor einem Jahr kam die endgültige Versöhnung. McEnroe wurde Ehrenmitglied – und Ted Tinling hat seitdem einen neuen Posten.

Der Wimbledon-Club beschränkt sich nicht darauf, Ted Tinling als „Kummer-Onkel" hinter einen Schreibtisch zu stellen. Zum erstenmal macht der Club ernsthafte Bemühungen, sein verstaubtes Image loszuwerden. In Wimbledon gibt es jetzt sogar einen Kindergarten. Es ist ein Zugeständnis an die Ehefrauen junger Spieler, die Kleinstkinder haben. Wenn Vater auf dem Centre-Court steht, soll Mutter durch einen kleinen Schreihals nicht am Zuschauen gehindert werden.

Für Titelverteidiger Jimmy Connors, der wieder als Nummer eins gesetzt wurde (obwohl McEnroe in der Weltrangliste vor ihm steht), kommt der Kindergarten allerdings zu spät. Ehefrau Patti, die mit ihm in Scheidung lebt, ist mit dem kleinen Sohn Brett in den USA geblieben.

Zum erstenmal in der Wimbledon-Geschichte hat der Club auch eine volle Gleichberechtigung für die aktiven Damen hergestellt. Während im Damenfeld bisher immer nur 96 Einzel-Spielerinnen zugelassen wurden, sind es in diesem Jahr wie bei den Herren 128. Daher mußte der neue Oberschiedsrichter, Alan Mills, auch eine neue Uhrzeit für den täglichen Turnierbeginn festsetzen. Statt um 14.00 Uhr fängt Wimbledon jetzt schon um 12.30 Uhr an. Vormittags kann man auf englischem Rasen nicht spielen, weil es Stunden dauert, bis der nächtliche Tau abgetrocknet ist.

Das Preisgeld von Wimbledon ist im Verhältnis zum Vorjahr um nicht weniger als 65 Prozent gesteigert worden. Diesmal werden 978 211 Pfund (rund 3,91 Millionen Mark) an die Spieler ausgeteilt. Der Club nimmt jedoch allein an Fernsehtantiemen über vier Millionen Mark ein. Wimbledon soll diesmal in 90 Länder übertragen werden. Bei den Endspielen kann mit 350 Millionen Zuschauern gerechnet werden.

Kurz vor Turnierbeginn suchte die BBC jedoch nach einem Mann mit den persönlichen Qualitäten von Ted Tinling. Was Tinling zwischen den Spielern und dem Club-Vorstand zustande gebracht hat, gelingt der BBC mit den eigenen Gewerkschaften nicht. Die Kameramänner und das technische Personal in den Übertragungswagen proben den Aufstand, weil die BBC Hotelspesen nur noch dann zahlen will, wenn Quittungen vorgelegt werden. Der Streik des technischen Personals führte in der letzten Woche schon zum Ausfall der Übertragungen der Rennwoche von Ascot. Ob Wimbledon übertragen werden kann, blieb bis zur letzten Minute unsicher.

Die Cuxhavenerin Bettina Bunge (Nummer 6), die Neu-Berlinerin Sylvia Hanika (9) und Claudia Kohde aus Saarbrücken (16) gehören zum erlauchten Kreis der gesetzten Spielerinnen. Die gerade 20 Jahre alt gewordene Bettina Bunge hat erneut die große Chance, wie im Vorjahr die Vorschlußrunde zu erreichen. Ihre erste ernsthafte Konkurrentin ist die Amerikanerin Andrea Jaeger im Viertelfinale.

Sylvia Hanika muß zunächst gegen die Amerikanerin Beverly Bowes antreten, die Düsseldorferin Cornelia Dries gegen deren Landsmännin Lisa Bonder. Die schwierigste Aufgabe hat zweifellos die Frankfurterin Eva Pfaff mit der bereits 31 Jahren alten Australierin Evonne Cawley-Goolagong erwischt, die in Wimbledon 1971 und 1980 triumphierte. Auch Claudia Kohde hatte mit der technisch brillanten Tschechoslowakin Helena Sukova nicht gerade Losglück.

Bei den Herren spielt der Deutsche Ranglisten-Erste Peter Elter (Essen) gegen den Niederländer Michel Schapers, der Stuttgarter Davis-Cup-Debütant Damir Keretic gegen den Amerikaner Mike Bauer und der Neusser Andreas Maurer gegen einen Qualifikanten. Mit den Amerikanern Gene Mayer (Nummer sechs) und Jimmy Arias (Nummer zehn) sind zwei der 16 Gesetzten im Herreneinzel schon vorher draußen. Gleiches droht John McEnroe, der unter einer Schulterverletzung leidet.

NACHRICHTEN

Pokal für Leverkusen

Leverkusen (dpa) – Eine Woche nach dem Gewinn der Deutschen Meisterschaft errangen die Frauen von Bayer Leverkusen auch den Deutschen Handball-Pokal und schafften damit nach 1980 und 1982 zum dritten Mal das Double. Dem 20:15-Erfolg im Pokalfinal-Hinspiel gegen den VfL Sindelfingen ließen die Leverkusenerinnen im zweiten Endspiel zu Hause einen 22:14-Sieg folgen.

Schießen: Weltrekord-Flut

Oslo (dpa) – Zum Auftakt der Europameisterschaften der Sportschützen in Oslo gab es gleich sieben Weltrekorde. Werner Seibold (Bad Wiessee) gewann mit 390 Ringen hinter Daniltschenko (UdSSR/392) im Kleinkaliber-Schießen der Kniend-Konkurrenz die Silbermedaille.

Endrunde in Stuttgart

Bad Rothenfelde (dpa) – Auf einer Tagung in Bad Rothenfelde hat der Deutsche Basketball-Bund (DBB) die Endrunde der 24. Europameisterschaft 1985 nach Stuttgart vergeben.

Montero Box-Europameister

La Rohe-sur-Foron (dpa) – Durch einen Aufgabesieg über den Spanier Mariano Garcia erkämpfte sich Antoine Montero (Frankreich) in La Rohe-sur-Foron den vakanten Europameistertitel der Berufsboxer im Fliegengewicht.

Cronenberg ausgeschieden

Wuppertal (dpa) – Trotz eines 2:1-Sieges über ASD Sentemanat (Spanien) im Halbfinal-Rückspiel um den Rollhockey-Europapokal der Landesmeister verpaßte der Deutsche Meister RSC Cronenberg das Finale. In Wuppertal konnten die Cronenberger den Rückstand aus der 3:6-Hinspiel-Niederlage nicht wettmachen.

Wolfsburg knapp vorn

Wolfsburg (dpa) – Nur mit einem knappen Vorsprung gehen die Judokas des VfL Wolfsburg in den zweiten Finalkampf um die deutsche Mannschaftsmeisterschaft beim TSV München-Großhadern. In eigener Halle gewannen die Wolfsburger den ersten Finalkampf mit 4:3.

Müller und Maier Sechste

Göteborg (sid) – Egon Müller (Kiel) und Karl Maier (Neufinsing) belegten beim Weltmeisterschafts-Finale der Speedway-Paare in Göteborg den sechsten Platz. Weltmeister wurden die Engländer Kenny Carter und Peter Collins.

Napp wieder eingesetzt

Hamburg (dpa) – Das Schiedsgericht des Deutschen Turner-Bundes (DTB) hat die im Januar abgewählte Bundesgymnastikwartin Rosemarie Napp (Hannover) wieder eingesetzt. Wegen der satzungswidrig angesetzten Neuwahl hatte der Bremer Turnverband einen Protest eingebracht.

Zacarias bleibt Trainer

Duisburg (sid) – Der Peruaner Luis Zacarias bleibt Trainer beim Fußball-Zweitligaklub MSV Duisburg. Zacarias, der in der Schlußphase der letzten Saison in Duisburg Siegfried Melzig abgelöst hatte, erhielt einen Einjahresvertrag.

Socrates nicht nach Rom

Rom (sid) – Socrates, Kapitän der brasilianischen Fußball-Nationalmannschaft, wechselt nicht zum italienischen Meister AS Rom. Nach sechsstündigen Verhandlungen erklärte Socrates der italienischen Nachrichtenagentur ANSA, daß keine Basis für einen Vertragsabschluß vorhanden sei.

Vier tote Zuschauer

Sallanches (dpa) – Vier Zuschauer wurden bei einer Rallye in Frankreich tödlich verletzt. *Renolds* Menghini (Schweiz), der mit seinem Porsche von der Strecke abgekommen war, und Beifahrerin Monique Bertholet *(Frankreich) konnten* sich unverletzt retten.

Brasiliens zweiter Sieg

Basel (sid) – Die Fußball-Nationalmannschaft Brasiliens kam auf ihrer Europa-Tournee im dritten Spiel zum zweiten Sieg. Nach dem 4:0 in Portugal und dem 1:1 in Wales besiegten die Brasilianer in Basel die Schweiz mit 2:1.

Eigentor von Beckenbauer

Washington (dpa) – Der für Cosmos New York spielende frühere deutsche Nationalspieler Franz Beckenbauer erzielte bei der 1:2-Niederlage seines Klubs gegen eine Auswahlmannschaft Nordamerikas in Washington ein Eigentor.

Kolbe siegte mühelos

Schweinfurt (dpa) – Ohne große Mühe kam Peter-Michael Kolbe (Hamburg) bei der internationalen Frankenschild-Ruderregatta bei seinem fünften Saisonstart zum fünften Sieg. Auf dem Main in Schweinfurt siegte Kolbe im Einer über 1500 Meter mit eineinhalb Längen Vorsprung vor dem Schweizer Klaus Masuch.

Hockey: Turniersieg

Moskau (dpa) – Die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Herren wurde beim internationalen Turnier in Moskau mit einem 3:1-Erfolg gegen die Sowjetunion Gesamtsieger. Zuvor hatte das Team von Bundestrainer Klaus Kleiter den mehrfachen spanischen Meister Tarassa mit 13:0 besiegt.

Doppelsieg im Rudern

Berlin (sid) – Die Junioren des Deutschen Ruder-Verbandes (DRV) kamen bei einer internationalen Regatta in Ost-Berlin zu einem Doppelsieg im Vierer ohne Steuermann. Die Renngemeinschaft Hamburg/Lüneburg gewann vor der Berliner Renngemeinschaft.

WILDWASSER

Achter Platz – der Abschied von Ulrike Deppe

sid, Meran

Die Einerkajak-Fahrer Toni Prijon aus Rosenheim und Peter Micheler (Augsburg) retteten am letzten Tag der Wildwasser-Weltmeisterschaften den guten Ruf des deutschen Slalom-Teams. Nachdem sie hinter dem zum dritten Mal in Serie erfolgreichen Engländer Richard Fox in der Einzelwertung Silber und Bronze gewonnen hatten, spornten Prijon und Micheler im Mannschaftsrennen den Dritten im Bunde, Dirk Bovensmann (Schwerte), so an, daß es noch eine weitere Silbermedaille gab.

Trotz der drei Medaillen standen die Slalom-Fahrer des Deutschen Kanu-Verbandes (DKV) im Schatten der Amerikaner und Briten mit jeweils dreimal Gold.

Und der deutsche Kanusport verliert eine seiner erfolgreichsten Athletinnen: Ulrike Deppe. Die Titelverteidigerin im Einer-Kajak war Achte geworden, 15 Punkte hinter ihrer Nachfolgerin Elizabeth Sharman aus Großbritannien. „Bronze hätte es ja wenigstens sein können, so eine Medaille habe ich noch nie gewonnen", sagte die sechsmalige Weltmeisterin, der wegen einer drei Tage vor dem Wettkampf aufgetretenen Nebenhöhlenvereiterung „einfach die Kraft zum Angriff fehlte".

Im Herbst 1982 hatte sich Ulrike Deppe noch einmal dazu durchgerungen, ihr Leben zwischen Beruf und Sport ablaufen zu lassen. Seit Februar unterrichtete sie an einer Grundschule in Neuss-Erfttal nur noch 14 statt 28 Stunden, ihren Verdienstausfall übernahm die Sporthilfe. Täglich zweimal mehrstündiges Training auf der Erft war ihre Pflicht. Und in dem Gefühl, eigentlich optimal vorbereitet zu sein, ging es zur WM nach Meran. Doch dann kam alles anders: Zuerst drückte auf die Stimmung, daß ihr Wagen während des Trainings mitten im Stadtzentrum aufgebrochen und die Wertsachen gestohlen wurden, dann trat die Krankheit auf.

„Da brach eine Welt zusammen, Tränen sind geflossen, und ich war tief deprimiert. Doch dann haben mich ein paar gute Freunde wieder etwas aufgerichtet." An den drei letzten Tagen vor dem Slalom hat sie nicht mehr trainiert. „Ich habe hier noch einmal versucht, an die Grenze meines Leistungsvermögens zu gehen. Wenn dann ständig über die Sache gegrübelt wird, auf die man sich vorbereitet, kann man nicht glücklich sein, wenn diese Grenze im entscheidenden Augenblick unerreichbar ist", sagte Ulrike Deppe enttäuscht.

Nach Meran sei es nun an der Zeit, das Leben neu zu ordnen, das bisher zum Großteil vom Kanusport bestimmt war. „Kanu hat mir immer viel Spaß gemacht und viel gegeben", sagt Ulrike Deppe, „aber im Dezember werde ich 30, und da sind schon ein paar wichtige persönliche Entscheidungen zu treffen, die ich bis nach der WM aufgeschoben hatte." Ab und zu will sie noch ein Rennen fahren, aber sonst wohl eher als Trainerin dem Sport verbunden bleiben.

SCHWIMMEN

14 Jahre altes Mädchen holte Europarekorde

dpa, Gera

Manchmal sieht die 14 Jahre alte Astrid Strauß aus wie eine mit abgeschnittenen Pferdeschwänzen ins Wasser geworfene Pippi Langstrumpf. Das Mädchen aus Ost-Berlin erzielte bei den „DDR"-Schwimm-Meisterschaften in Gera einen Sieg gegen Vize-Weltmeisterin Birgit Meineke über 200 Meter Freistil (1:59,80 Minuten), Freistil-Europarekorde über 400 Meter (4:08,25) und 800 Meter Freistil (8:29,61). Den Kummer mit Kindern, wie sie der Deutsche Schwimm-Verband (DSV) zur Zeit im Deutschen Sportbund (DSB) hat, der plagt die „DDR"-Funktionäre und Trainer gewiß nicht.

Cheftrainer Wolfgang Richter äußerte sich als erster Fachmann aus der „DDR" überraschend offen zu den Kindersport-Debatten in der Bundesrepublik: „So eine Diskussion spielt bei uns keine Rolle. Wir werden unserer pädagogischen Verantwortung im körperlichen und psychischen Bereich gerecht und sehen keinen Grund, das Alter im Hochleistungssport zu limitieren. Wenn die Leistungen aus dem kontrollierten System heraus entwachsen, dann sind sie in Ordnung."

Das sind klare Worte, die sich in Zahlen und Zeiten ausdrücken lassen. 1981 tauchten als neue Schwimm-Sternchen bei den „DDR"-Titelkämpfen in Ost-Berlin zwei sechzehnjährige Sieger aus dem Wasser auf: Birgit Meineke und Dirk Richter. Zwei Jahre später sind die Besten sogar noch zwei Jahre jünger. Im Starterfeld waren vier vierzehnjährige Mädchen. Zum Nachwuchs gehört noch eine dreizehnjährige Schülerin, und der Veranstalter weist im Programmheft stolz auf die 11jährige Silko Günzel und die 10jährige Kerstin Ahnert aus dem Bezirk Gera hin, die im September in die Leistungszentren nach Ost-Berlin und Erfurt umziehen.

Da konnte Bundestrainer Manfred Thiesmann auf der Tribüne des Geraer Panndorf-Stadions nur mit den Zähnen knirschen und resigniert kommentieren: „Die lachen sich hier kaputt über unsere Probleme. Die warten nur auf den Tag, an dem bei uns das Alter limitiert wird, dann sind sie mit uns eine Last los." Da in der „DDR" ständig blutjunge Konkurrenz nachwächst, sei es „eine tolle Sache, wie dicht die Leistungen oben an der Spitze geworden sind". Thiesmann: „Ich bin tief beeindruckt. Ganz extrem ist es über 100 Meter Schmetterling. Außer Karin Seick würden wir hier keine einzige unserer Schwimmerinnen auch nur in den Endlauf bringen können. Das ist schon ein dicker Hund."

Mehr Hoffnungen auf vergleichbare Ergebnisse bei den eigenen Meisterschaften dieser Woche in Hannover hat Thiesmann nur bei den Herren. Über die Brust- und Schmetterlings-Distanzen boten einige „DDR"-Schwimmer „erschreckend schwache Leistungen". Thiesmann wunderte sich, „warum die das einfach nicht in den Griff bekommen".

HANDBALL / VfL Gummersbach gewann den vierten Pokal in nur einer Spielzeit

Ein Buch mit Telefonnummern der Freunde für Erhard Wunderlich – da weinte der Riese . . .

MARCUS BERG, Gummersbach

Es war selbstverständlich ein Abschied mit Tränen. Aber das mußte ja so kommen, denn bei einem Handball-Klub wie dem VfL Gummersbach, der stets um eine familiäre Atmosphäre bemüht war, gehörte es immer noch dazu, Gefühle offen zu zeigen. Also hatte Erhard Wunderlich schon auf der Ehrenrunde mit seinen Tränen zu kämpfen, als die Fans ihn und den Pokal-Finalsieg über TUSEM Essen (23:16) feierten. Später, zu mitternächtlicher Stunde, gab es dann kein Halten mehr – dem 2,07 m großen Riesen war zum Heulen zumute.

Der Vorstand hatte Wunderlich zum Abschied ein Telefonregister mit den Nummern der Spieler, des Vorstandes und der VfL-Freunde überreicht. Da steckte viel Symbolik drin: „Hier, Erhard, wenn du in Spanien Probleme haben solltest, weißt du, an wen du dich wenden kannst; wir sind immer für dich da." Gerührt fiel Wunderlich, der für 2,5 Millionen Mark zum FC Barcelona wechselt, seinem väterlichen Freund und Entdecker Eugen Haas um den Hals. Nach sieben Jahren, insgesamt 14 Titeln, 183 Bundesligaspielen mit 862 Toren und 46 Europacup-Begegnungen mit 239 Treffern verliert der VfL Gummersbach seinen Hauptdarsteller.

Aber wie wird es weitergehen in Gummersbach? Schon so oft wurde der erfolgreichste Handballverein der Welt totgesagt, aber er ist immer wieder auf die Beine gekommen. Sportlich gesehen, verlief diese Saison für die Gummersbacher makellos; alle Entscheidungen haben sie gewonnen. Ob die deutsche Meisterschaft, den Europapokal der Pokalsieger, den Supercup und jetzt am Wochenende den deutschen Pokal – der Gummersbacher Stern erstrahlt herrlicher denn je. Nur der TV Großwallstadt war 1980 ebenso erfolgreich. Jetzt wünscht man sich nur noch einen Titel. Erhard Wunderlich: „Wir wollen die Mannschaft des Jahres werden. Wir haben vier Titel gewonnen, eine Steigerung dürfte es kaum noch geben."



Abschied mit Pokal, Blumen und Schleifen in den blau-weißen Vereinsfarben: Erhard Wunderlich, noch VfL Gummersbach. FOTO: LUBSPRINTS

Sportlich steht der Klub also brillant da, doch für die Zukunft mehren sich bei einigen ungeklärten Personalentscheidungen die Fragezeichen. „Wir müssen uns unbedingt verstärken", forderte Mannschaftsführer Heiner Brand, „sonst ist die Schinderei nicht mehr auszuhalten – ganz besonders für mich." Gerade auf seiner Position, im Abwehrzentrum, will Brand einen Spieler aufgebaut wissen, der seine Aufgaben eines Tages problemlos übernehmen kann. Brand sagt: „Das war eine erfolgreiche, aber auch die strapaziöseste Spielzeit in elf Bundesligajahren. Ich bin völlig kaputt und kann keinen Ball mehr sehen. Aus der momentanen Stimmung heraus müßte ich eigentlich sagen: ‚Ich höre sofort auf.' Doch die Sache muß gründlich überlegt werden, deshalb habe ich mich noch nicht entschieden." Eugen Haas freilich glaubt: „Der Heiner macht weiter, er läßt den Klub nicht im Stich."

Doch gerade der Abteilungsleiter, so Heiner Brand, sei in die Pflicht genommen. Haas müsse jetzt auch einen Mann für den Rückraum verpflichten – dort, wo Erhard Wunderlich spielte. Der Obmann hatte sein Wort gegeben, jedoch die finanzielle Entwicklung scheint ihm die Hände zu binden. Haas: „Unsere Einkünfte haben nicht mit unseren Erfolgen Schritt gehalten. Wir wollen nicht sagen, daß wir unzufrieden sind, aber besonders zufrieden sind wir auch nicht."

Es ist also wenig Geld da, um sich große Sprünge erlauben zu können. Haas strebt deshalb die kleinere Lösung an, die weniger kostet. Franz-Josef Salewski, ein 22 Jahre junger Mann, der meist in der Deckung für Erhard Wunderlich zum Einsatz kam, soll jetzt auch im Angriff die Aufgaben von Wunderlich übernehmen. Haas: „Bundestrainer Simon Schobel hält viel von Salewski und wird ihn auch beim nächsten Turnier in Jugoslawien auf der Wunderlich-Position im Rückraum testen."

Vieles bleibt beim VfL Gummersbach noch ungewiß, doch für die Spieler steht heute schon fest: Die Zeit nach Wunderlich wird für alle eine Herausforderung, der sie sich gerne stellen wollen. Torwart Andreas Thiel sagt: „Wir werden zwar nicht so souverän durchmarschieren wie in dieser Saison, aber der VfL wird in der deutschen Meisterschaft und im Europapokal ein Wörtchen mitsprechen. Wir wollen beweisen, daß es auch ohne Wunderlich geht."

Ganz wichtig wird es sein, wie der neue Trainer Slatan Siric, der von 1977 bis 1979 schon einmal in Gummersbach arbeitete, die Mannschaft in den Griff bekommt. Der scheidende Jugoslawe Petre Ivanescu sagt: „Für die Zukunft des Klubs wird viel vom Trainer abhängen. Die Spieler sind sehr labil, deshalb muß der Trainer im psychologischen Bereich mit sehr viel Fingerspitzengefühl arbeiten." Die Zeit in Gummersbach, so Ivanescu, habe ihn so intensiv beansprucht, daß er wahrscheinlich jetzt ein Jahr pausieren werde. Zwar stünde noch ein Gespräch mit TUSEM Essen an, doch höchstwahrscheinlich wird der Jugoslawe ein Buch schreiben über seine Arbeit in Gummersbach . . .

RADSPORT

Endgültig: Tour ohne verletzten Bernard Hinault

dpa/sid, Paris

Die Entscheidung des viermaligen Siegers Bernard Hinault (27), in diesem Jahr wegen seiner Kniebeschwerden auf die Tour de France (Start: 1. Juli) zu verzichten, ist endgültig. Dr. Megret, ein Facharzt, der Hinault schon mehrfach in den letzten Jahren wegen Sehnenentzündungen im rechten Knie behandelt hatte, riet Hinault nach neuerlicher Konsultation zu diesem Schritt. Nach der Diagnose des Arztes müsse die Verletzung richtig ausheilen, weil sonst die Karriere des Rad-Stars gefährdet sei.

Hinault und sein Rennstall Renault-Gitane gaben daraufhin in Paris ein Kommuniqué heraus, in dem der Verzicht auf die Teilnahme am schwersten und wichtigsten Radrennen der Welt bestätigt wurde. Hinault will sich nun auf die Straßen-Weltmeisterschaft am 4. September in Altenrhein (Schweiz) konzentrieren.

Hinault zog sich die Verletzung im linken Knie bei der vorletzten Etappe der Spanien-Rundfahrt zu, bei der er durch eine Gewaltleistung den Gesamtsieg sicherte. Hinault gab danach bei der Luxemburg-Rundfahrt auf und mußte anschließend auf seine hochdotierte Teilnahme an der Tour de Suisse verzichten. Der Ex-Weltmeister fürchtete in der Tour de France vor allem das Mannschafts-Zeitfahren über 100 km am zweiten Tage. Vor drei Jahren hatte er nach einem ähnlichen Rennen in der Tour de France vorzeitig wegen Kniebeschwerden aufgeben müssen.

Auch jetzt dürfte ihm der Entschluß, auf die Tour zu verzichten, schwergefallen sein, denn schließlich hätte der Bretone mit einem Sieg zu seinem Landsmann Jacques Anquetil und dem Belgier Eddy Merckx aufschließen können, die je fünfmal gewonnen haben.

Nach den Siegen im Giro d'Italia und in der Tour de France 1982 muß Hinault nun kürzertreten. Die Siege im Eintagsrennen Fleche Wallone (kein Klassiker) und in der Spanien-Rundfahrt waren bisher seine einzigen Höhepunkte 1983.

Leistungsexplosion, Weltklasse und Streit bei Modernen Fünfkämpfern

dpa, Warendorf

Bundestrainer Herbert Rieden wurde es etwas mulmig ums Herz: „Da kann einem ja angst und bange werden. Mir wäre sehr viel wohler, wenn wir diese Punktzahlen bei den Weltmeisterschaften erreichen könnten." Riedens Moderne Fünfkämpfer zeigten eine wahre Leistungsexplosion bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Warendorf. Mit dem Weltklasseresultat von 5492 Punkten wurde der 24 Jahre alte Schwimmeister Christian Sandow (Berlin) zum dritten Mal nach 1979 und 1981 deutscher Meister. Mit nur 14 Punkten Rückstand belegte Michael Zimmermann (Warendorf), der seinen bisher besten Wettkampf bestritt, den zweiten Platz.

„Wir haben uns gegenseitig hochgeschaukelt", sagte Sandow. Der Drittplazierte, Achim Bellmann (Warendorf), hielt mit guten 5391 Punkten den aus der Nationalmannschaft ausgebooteten Norbert Kühn (Wofheim / 5356) auf Distanz. Die abschließende Formüberprüfung vor den Weltmeisterschaften vom 3. bis 6. August in Warendorf war plötzlich in einen knallharten Wettkampf mit Qualifikations-Charakter umfunktioniert worden.

Bis auf Michael Rehbein (Berlin) hatten dies alle gemerkt. Der Titelverteidiger war mit erheblichem Trainingsdefizit angereist, wo er dann von seinem Landestrainer Rudi Trost wegen Disziplinlosigkeit Startverbot erhielt. Erst auf Intervention des Bundestrainers, in dessen Langzeit-Konzept der 23jährige Rehbein bisher eine feste Größe war, durfte der Berliner mitmachen, enttäuschte aber auf der ganzen Linie. „Alle waren gegen mich. Die Stimmung hat mich nervlich fertiggemacht", versuchte der Sportstudent und junge Familienvater seinen blamablen 12. Platz zu entschuldigen.

Im abschließenden 4000-Meter-Geländelauf verpaßte dann Rehbein auch noch die Chance, hinter dem WM-Trio Sandow, Zimmermann, Bellmann, zumindest als Ersatzmann nominiert zu werden. Mit 14:45,0 Minuten blieb er über eine Minute hinter der Laufbestzeit von Kühn zurück. „Rehbein konnte gegenüber dem Frühjahr keine Leistungssteigerung vorweisen", begründete Sandow das einstimmige Votum der Mannschaft für Diethelm Mette (Berlin) als Ersatzmann. „Die werden schon sehen, was sie davon haben", zog sich Rehbein schmollend zurück und kündigte Konsequenzen an. Die reichen vom Wechsel des Landesverbandes (Berlin/Nordrhein-Westfalen) bis zum Ende der Laufbahn.

Der dreimalige Meister Norbert Kühn wäre mit der Erfahrung seiner 33 Jahre und mehreren WM-Teilnahmen sicherlich eine Bereicherung für das Nationalteam, ist aber bei Rieden in Ungnade gefallen. Im Vorjahr soll Kühn in Bad Segeberg eine Absprache mit ungarischen Fechtern getroffen haben. Kühn bestreitet den Manipulationsvorwurf und spricht offen von „Mafia-Methoden" im DVMF-Vorstand. Präsident Walter Grein wies in Warendorf auf das schwebende Verfahren vor dem Schiedsgericht hin. Wann dieses Gremium tagt, weiß keiner. Hessens Landesverbands-Vorsitzender Klaus Schoormann: „Die Achse Berlin-Warendorf schiebt dies so lange auf die Bank, bis der ganze Vorfall vergessen ist."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Aufstiegsspiele zur 2. Bundesliga, Gruppe Nord, letzter Spieltag: Oberhausen – Charlottenburg Berlin 0:2, Hamm – St. Pauli 3:2 (2:0).

1. Oberhausen	6	3	2	1	8:6	8:4
2. Charlottenburg	6	2	2	2	10:7	6:6
3. Hamm	6	2	1	3	8:10	5:7
4. St. Pauli	6	2	1	3	8:11	5:7

Gruppe Süd, letzter Spieltag: Bürstadt – Saarbrücken 3:1 (0:1), Ulm – Unterhachingen 1:0 (1:0).

1. Ulm	6	2	4	0	4:2	8:4
2. Saarbrücken	6	2	3	1	10:10	7:5
3. Bürstadt	6	2	1	3	10:11	5:7
4. Unterhachingen	6	1	2	3	9:10	4:8

WASSERBALL

Bundesliga, 21. Spieltag: Köln – Spandau 6:18, Duisburg 98 – Braunschweig 15:7, Cannstatt – Düsseldorf 5:4, Hannover – Würzburg 8:8, Hamm – Neustadt 15:3, Esslingen – ASC Duisburg 6:10.

1. Spandau	21	20	1	0	325:92	41:1
2. Duisbg. 98	21	19	1	1	223:123	39:3
3. Hamm	21	14	3	4	215:144	31:11
4. ASC D'bg.	21	13	3	5	191:165	29:13
5. Esslingen	21	11	0	10	203:199	22:20
6. Hannover	21	6	5	10	165:190	17:25
7. Würzburg	21	8	1	12	183:215	17:25
8. Cannstatt	21	8	0	13	173:218	16:26
9. B'schwg.	21	7	1	13	162:225	15:27
10. D'dorf	21	4	3	14	162:210	11:31
11. Köln	21	5	1	15	157:228	11:31
12. Neustadt	21	1	1	19	121:271	3:39

JUDO

Bundesliga, 1. Finale: Wolfsburg – München Großhadern 4:3.

SEGELN

Starboot-Europameisterschaft in Kiel, 6. Wettfahrt: 1. Ficker/Sonksen (Belgien), 2. Carreia/Bello (Portugal), 3. Dahlmann/Gallen (Finnland), 4. Vogt/Risom, 5. Wrede/Borowy, 6. Haecker/Marcour ... 12. Hagen/Hösch (alle Deutschland). – Endstand: 1. Hagen/Hösch 54,7 Punkte, 2. Griese/Marcour 63,7, 3. Wright/Cozzens (USA) 67,4, 4. Gorostegui/Doreste (Spanien) 71,7, 5. Carlsson/Eyermann (Schweden) 79, 6. Buchan/Erickson (USA) 85, 7. Wrede/Borowy 90.

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. Rennen: 1. Mister Yoggi (E. Schindler), 2. Penn, 3. Anschrift, Toto: 18, Pl. 11, 13, 12, ZW: 92, DW: 364, 2. R.: 1. Anjoulit (D. K. Richardson), 2. Thaleia, 3. Justa, Toto: 120, Pl. 34, 26, 20, ZW: 1060, DW: 5192, 3. R.: 1. Wuchtkerl (P. Remmert), 2. Alvarez, 3. Sallust, Toto: 24, Pl. 13, 26, 22, ZW: 288, DW: 2648, 4. R.: 1. Königsrud (P. Alafi), 2. Nicode, 3. Owino, Toto: 24, Pl. 13, 19, 42, ZW: 164, DW: 5076, 5. R.: 1. Chally (S. Klein), 2. Vico, 3. Kleebock, Toto: 88, Pl. 34, 20, –, ZW: 320, DW: 844, 6. R.: 1. Iwanowitsch (D. K. Richardson), 2. Wegbereiter, 3. Le Commander, Toto: 12, Pl. 11, 12, –, ZW: 32, DW: 68, 7. R.: 1. Prairie Andy (E. Schindler), 2. Treiber, 3. Kurator, Toto: 60, Pl. 15, 12, 14, ZW: 244, DW: 1036, 8. R.: 1. Carlo art R. Ording), 2. Philipp, 3. Geheimtip, Toto: 72, Pl. 15, 17, –, ZW: 324, DW: 1100, 9. R.: 1. Saiko (M. Trybuhl), 2. Almona, 3. Rimsin, Toto: 40, Pl. 15, 22, 34, ZW: 416, DW: 3072.

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Schabanu (R. Suerland), 2. Florin d'or, 3. Colombia, Toto: 40, Pl. 17, 18, 20, ZW: 280, DW: 1476; 2. R.: 1. Agrippine (Frl. Faulstich), 2. Athenagra, 3. Libertas, Toto: 24, Pl. 11, 13, 14, ZW: 96, DW: 356, 3. R.: 1. Diu Star (P. Remmert), 2. Immer toller, 3. Ordo Presto, Toto: 40, Pl. 22, 34, –, ZW: 416, DW: 1348, 4. R.: 1. April Love (R. Ulrich), 2. Finsbury, 3. Marko (H), Toto: 24, Pl. 14, 14, 18, ZW: 108, DW: 408, 5. R.: 1. Delicius (P. Remmert), 2. Tamarin, 3. Kallista, Toto: 40, Pl. 14, 22, 21, ZW: 340, DW: 1972, 6. R.: 1. Ferdi (G. Bocskai), 2. Nyx, 3. Alouette, Toto: 48, Pl. 22, 70, 22, ZW: 1168, DW: 7840, 7. R.: 1. Neander (L. Mäder), 2. Belazar, 3. Lachendes Glück, Toto: 20, Pl. 10, 10, 10, ZW: 56, DW: 136, 8. R.: 1. Gotenkönig (R. Ulrich), 2. Altkanzler, 3. Lazzaro, Toto: 40, Pl. 19, 15, 50, ZW: 116, DW: 3278, 9. R.: 1. Amaretto (S. Klein), 2. Julienne, 3. Babylonia, Toto: 68, Pl. 22, 20, 26, ZW: 464, DW: 3168.

MOTORSPORT

Rallye Vorderpfalz, sechster Lauf zur Deutschen Meisterschaft, 600 Streckenkilometer, 17 Wertungsprüfungen = 170 km, Endergebnis: 1. Weber/Wanger (Neufahrn/Darmstadt) Opel Manta 400 1:14:28 Std., 2. Hero/Müller (Schmelz/Honzrath) Porsche 911 SC 1:09 Min. zur., 3. Rausch/Pfenk (Karlsruhe) Opel Ascona 400 2:19, 4. Smolej/Hohenadel (Ditzingen/Quierschied) Ford Escort 3:22. – Stand in der DM-Wertung nach sechs Läufen: 1. Smolej 151 Punkte, 2. Weber 149, 3. Grundel 135, 4. Hero 131, 5. Kissel/Michael (Haßloch/Simmern) VW Golf GTI 95, 6. Fischer (Kemnath) Audi Quattro 92.

MODERNER FÜNFKAMPF

Internationale Deutsche Meisterschaften in Warendorf, Endstand Einzelwertung: 1. Sandow (Berlin) 5492 Punkte, 2. Zimmermann (Leverkusen) 5478, 3. Bellmann (Münster) 5391, 4. Kühn (Hofheim) 5356, 5. Mumford (England) 5250, 6. Mette (Berlin) 5182, 7. Dörr (Darmstadt) 5071, 8. Porr (Neuss) 4994, 9. Marsollek (Berlin) 4962, 10. Angerer (Bayreuth) 4933. – 5. Disziplin, 4000 m Geländelauf: 1. Kühn 13:37 Min./1114 Punkte, 2. Mette 13:39/1108, 3. Bellmann 13:42/1099, 4. Zimmer (München) 13:48/1081, 5. Rosa (Schweiz) 13:49/1078, 6. Becker (Kyllburg) und Cichosz (Warendorf) beide 13:52/1069. – Endstand Mannschaftswertung: 1. Nordrhein-Westfalen I (Zimmermann/Bellmann/Teske) 15 709 Punkte, 2. Hessen I (Kühn/Rössler/Dörr) 15 153, 3. Nordrhein-Westfalen II (Porr/Cichosz/Scharf) 14 891, 4. Berlin I 14 800, 5. Berlin II 14 705, 6. Bayern I 14 325.

KANU

Slalom-Wildwasser-WM auf der Passer in Meran, Herren, Einer-Canadier: 1. Lugbill (USA) 221,94 Punkte, 2. Hearn (USA) 222,87, 3. Vidmar (Jugoslawien) 234,27, 4. Keane (England) 234,38, 5. Moos (Deutschland) 241,70, 6. Ontko (CSSR) 241,91. – Kajak-Einer: 1. Fox (England) 207,18, 2. Prijon 211,32, 3. Micheler (beide Deutschland) 212,37, 4. Cizmann (Jugoslawien) 212,57, 5. Sattler (Österreich) 213,37, 6. Björglund (Schweden) 213,52. – Canadier-Zweier: 1. Haller/Haller (USA) 246,33, 2. Caljori/Caliori (Frankreich) 248,05, 3. Gervis/Garvis (USA) 256,61, 4. Hajducik/Kucera (CSSR) 257,71, 5. Werner/Moos (Deutschland) 259,10, 6. Zatko/Tkac (CSSR) 259,49. – Damen, Einer-Kajak: 1. Sharman (England) 232,34 Punkte, 2. Roderick (England) 236,34, 3. Grange (Frankreich) 238,75, 4. Arnaud (Frankreich) 241,20, 5. Kerckhoff (Kanada) 243,66, 6. Allan (England) 244,93, ... 8. Deppe (Deutschland) 248,10.

LEICHTATHLETIK

Springer-Meeting in Bad Cannstatt, Männer: Dreisprung: 1. Bouschen (Düsseldorf) 16,87 (DLV-Jahresbestweite). – Drittes nationales Hochsprung-Meeting in Recke: 1. Frommeyer (Wattenscheid) 2,34 (europäische Jahresbestleistung), 2. Thränhardt (Köln) 2,30, 3. Mögenburg (Köln) 2,23, 4. Trapka (Leverkusen) 2,23. – Junioren-Länderkampf in Danzig: Junioren: Polen – Deutschland Endstand 88:112, Juniorinnen: Polen – Deutschland 70:76. – Beste Einzelergebnisse: Junioren, 400 m: 1. Vaihinger (Dortmund) 46,82. – Diskus: 1. Pukownik (Polen) 60,06. – Hammerwurf: 1. Schons (Konz) 69,98 m. – Länderkampf in Lappeenranta/Finnland, Männer, 5000 m: 1. Vainio (Finnland) 13:29,62. – 100 m Hürden: 1. Bryggare (Finnland) 13,67. – Frauen: Speer: 1. Lillak (Finnland) 73,92 m.

USA-Meisterschaften in Indianapolis, Männer: 100 m (2,37 m Gegenwind): 1. Lewis 10,27 Sek., 2. King 10,33, 3. Smith 10,42. – 110 m Hürden (0,75 m Gegenwind): 1. Foster 13,15, 2. Turner 13,48. – Kugelstoßen: 1. Laut 21,71, 2. Akins 21,52, 3. Lehmann 21,25. – Frauen: 100 m (2,72 m Gegenwind): 1. Ashford 11,24. – 100 m Hürden: 1. Fitzgerald 12,97. – Hochsprung: 1. Ritter 1,93, 2. Spencer 1,93, 3. Huntley 1,90. – Weitsprung: 1. Lewis 6,91 m.

„DDR"-Meisterschaften in Karl-Marx-Stadt: Männer, 200 m: 1. Prenzler (Magdeburg) 20,61. – 1500 m: 1. Busse (Dresden) 3:37,38, 2. Beyer (Potsdam) 3:38,71. – 400 m: 1. Schönlebe (Karl-Marx-Stadt) 45,50. – Kugelstoßen: 1. Beyer (Potsdam) 21,44, 2. Timmermann (Ost-Berlin) 21,08. – Frauen: 200 m: 1. Koch (Rostock) 21,82, 2. Wöckel (Jena) 22,42. – Speer: 1. Kempe (Jena) 68,42, 2. Felke (Jena) 67,50. – Diskus: 1. Beyer (Potsdam) 69,02, 2. Opitz (Leipzig) 69,00.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 16, 21, 27, 37, 48, Zusatzzahl: 36. – Spiel 77: 5 0 8 3 6 7 4. – Rennquintett: Rennen A: 15, 14, 11 – Rennen B: 21, 29, 34 (ohne Gewähr).

Deutsche Einheit nur durch einigen Westen

DW. Hambach

Auf die Bedeutung des politischen und militärischen Zusammenwirkens der freiheitlichen Nationen des Westens wurde während eines Jugendforums auf dem Hambacher Schloß hingewiesen, das die europäische Sektion der US-Western Goals, der Arbeitskreis für Bildung und Politik und die Bundeslandsmannschaft Thüringen veranstalteten. Motto: „Jugend für Freiheit". Schirmherr war der amerikanische Kongreß-Abgeordnete L. P. McDonald.

Die Professoren Wracht und Grille sprachen über völkerrechtliche und moralische Aspekte der Deutschlandpolitik. Grille forderte die Entfaltung der Medien, die in den Ostblock wirken, wie Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Auch die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter, die Gewaltakte an der Demarkationslinie registriert, sei von existentieller Bedeutung. Auf dem Treffen wurde die Auffassung geäußert, westliche Einigkeit sei kein Ersatz für die deutsche Einheit. Jeder aber, der eine Wiedervereinigung in Freiheit wolle, könne dieses Ziel nur erreichen, wenn die freiheitlich demokratischen und rechtsstaatlichen westlichen Nationen moralisch, politisch und militärisch zusammenstünden.

Namibia-Delegation mit Bonn zufrieden

DW. Bonn

Eine Delegation der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) Namibias hat sich zufrieden über ihre Bonner Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, Entwicklungsminister Warnke und Parlamentariern von CDU/CSU und FDP und SPD geäußert. Genugtuung zeigten die DTA-Vertreter darüber, daß Kohl erstmals als Bundeskanzler namibische Politiker empfangen habe. Sie seien überzeugt davon, daß sich der Kanzler „für eine demokratische Entwicklung in Namibia und für die Unabhängigkeit des Landes von Südafrika engagieren" wird. Zu dem Treffen mit Außenminister Genscher erklärte das Bonner Namibia-Informationsbüro zurückhaltender, die DTA habe Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt darzulegen, „der sich von dem des Auswärtigen Amts erwartungsgemäß unterscheidet". Das Auswärtige Amt legte Wert auf die Anmerkung, daß sich Genscher „von Anfang an" zu einer Begegnung mit den DTA-Vertretern bereit erklärt habe.

Einig hinter Börner – aber Bruchstellen sichtbar

Hessische SPD stellt ihre Landesliste auf

Nea. Langgöns

Deutlicher als erwartet bestätigten die Delegierten der hessischen SPD Ministerpräsident Holger Börner als ihren Spitzenkandidaten für die vorgezogene Landtagswahl am 25. September. Dahinter ließ der Parteitag allerdings auch die Bruchstellen erkennen, an denen die parteiinterne Auseinandersetzung nach der Wahl wieder aufflammen dürfte.

Mit 205 Ja-Stimmen (gegen 31 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen) fiel Börners Erfolg an der Spitze der Kandidatenliste sogar noch etwas besser aus als vor einem Jahr. Erneut zeigte sich, daß hessische SPD-Parteitage von Stimmungen und Taktik mitbeherrscht werden, daß ein Teil der Delegierten daheim im Bezirk oder Unterbezirk sogar über dieselbe Frage oder dieselbe Person anders abstimmt als im großen Verbund eines Landesparteitags. Anders läßt sich Börners – von erleichtertem, fast ovationsartigem Beifall der Parteitagsmehrheit gefeierter – Erfolg unmittelbar nach so lauter Kritik bei vielen Gelegenheiten nicht erklären.

Wie ernst man die Gefahr einer öffentlichen Demontage des eigenen Spitzenmanns einschätzte, zeigte im Bürgerhaus von Langgöns bei Gießen die Rede des Parteivorsitzenden Willy Brandt. Nicht weniger als drei ganze Absätze widmete er der Person Börners und der Kritik, er sei den Grünen gegenüber nicht kompromißbereit gewesen. Bei Börner wisse man jedenfalls, woran man sei. Brandt: „Ihr wißt, daß Holger Börner mit mir und für mich die Bundestagswahl 1972 gewonnen hat, daß er 1976 Helmut Schmidt den Rücken freigehalten hat, daß er 1978 und 1982 Dregger geschlagen hat."

Streit Nord gegen Süd

Das wirkte. Nicht alle klatschten im Saal. Aber um Börner und seine Politik gab es hier keinen Streit mehr, obwohl er auch diesmal in seiner Begrüßungsrede die Grünen eindeutig als zur Kooperation nicht bereiten politischen Gegner wie die CDU bezeichnet hatte.

Der Streit suchte sich aber andere Felder. Schon vor dem Langgönser Parteitag war kräftig geschürt worden. Anders als vor einem Jahr hatte der Landesvorstand an den beiden Kandidatenlisten der Bezirke Hessen Süd und Hessen Nord – die dann traditionsmäßig nach dem sogenannten „Hessenschritt" (fünf Süd, zwei Nord) zur Landesliste gemixt werden – geringfügige Korrekturen vorgenommen.

In einem Initiativantrag versuchte der Bezirksvorstand von Hessen Süd, den Parteitag in letzter Minute dazu zu bewegen, nicht den Listenvorschlag des Landesvorstands, sondern die beiden ursprünglichen Bezirkslisten zur Grundlage der Abstimmungen zu machen.

Scheinbar ein belangloser Disput um Formalien – aber dahinter brachen alte politische Gegensätze wieder auf: Süd gegen Nord, die Großstädte gegen das flache Land, vor allem aber links gegen rechts. Die Diskussion nahm scharfe Formen an. Die Minister Krollmann (Hessen-Nord) und Schneider (Hessen-Süd) warfen dem südhessischen Bezirksvorstand vor, er setze den Bestand des ganzen Landesverbands aufs Spiel, indem er „die Satzung nach Geist und Inhalt verletzt". Willi Görlach, der Süd-Bezirksvorsitzende, verbat sich das heftig. Rudi Arndt, der frühere Frankfurter OB und jetzige Europa-Abgeordnete, goß Öl ins Feuer mit dem Vorwurf, „einige von euch wünschen sich gar keine Alleinregierung der SPD, sondern nach Möglichkeit eine Koalition mit den Grünen, um die Punkte in der Politik durchzusetzen, die sie in der SPD nicht durchsetzen können".

Einbußen der Linken

Der Antrag des Süd-Bezirksvorstands wurde mit großer Mehrheit (also auch mit vielen Stimmen aus Hessen Süd) abgelehnt. In zwei einzelnen Kampfabstimmungen zur Abänderung der vom Landesvorstand empfohlenen Landesliste scheiterte die Front der Kritiker des Landesvorstands dann ebenfalls. Umwelt-Staatssekretär Jörg Jordan, den die Linken als ihren Vordenker und Wortführer gern im Parlament (möglicherweise als Wirtschaftsminister sogar in einer späteren Minderheitsregierung) hätten, unterlag um den noch sicheren Listenplatz 34 dem Wiesbadener DGB-Kreisvorsitzenden Herbert Schneider knapp mit 115 zu 121 Stimmen und muß mit dem unsicheren Platz 51 vorliebnehmen. Der vom Landesvorstand auf Platz 49 heruntergestufte Frankfurter Landtagsabgeordnete Erich Nitzling, auch er seit Jahren für die Linken eine Schlüsselfigur, scheiterte um Platz 42 mit 79 gegen 155 Stimmen gegen den Kandidaten Bruch aus dem Rheingau-Taunus-Kreis noch deutlicher.

Hessische Grüne bleiben auf ihrem Kurs

D. GURATZSCH, Rodgau

Die hessischen Grünen ziehen mit ihrer alten Landtagsmannschaft in den Wahlkampf. Sie lehnen nach wie vor Koalitionen mit anderen Parteien ab und bekräftigen ihren „fundamentalistischen" Kurs gegenüber allen Bestrebungen eines „realpolitischen" Zusammengehens mit der SPD. Das sind die wesentlichen Ergebnisse einer dreitägigen Mitgliederversammlung der Partei in Rodgau-Weiskirchen bei Offenbach.

Über den Kurs bis zur Landtagswahl hatte es heftige Debatten unter den rund 300 Delegierten und Mitgliedern gegeben. Dabei versuchten mehrere Landtagsabgeordnete, das Steuer in Richtung auf eine „Konkretisierung" der Forderungen an die SPD herumzudrehen. „Sind wir lediglich eine Fortsetzung der außerparlamentarischen Bewegung?" hatte der Abgeordnete Karl Kerschgens gefragt, „oder wollen wir unsere Ziele zweigleisig vorantreiben? Dann müssen wir im Parlament zu konkreten Anträgen und zu Bündnispartnern kommen."

Schützenhilfe fand diese Forderung vor allem bei den zahlreich angereisten Mitgliedern und Delegierten aus Nordhessen und bei einer Gruppe um den früheren Hamburger Rolf Ascheberg, der auf einem Umweg über Berlin nach Hessen gekommen ist und über den das Gerücht umlief, er sei vom Hamburger GAL-Chef Ebermann „geschickt" worden, Hessen „umzukrempeln". Ascheberg und die Nordhessen „powerten" mit einer Serie von Geschäftsordnungsanträgen und versuchten mit der vorgeschobenen Kandidatur einer Kasseler Sozialpädagogin, auch die Landesliste zu kippen. Zeitweise vermochten sich die „Fundamentalisten" nur mit hauchdünnen Mehrheiten zu behaupten.

Am Ende mußten die Nordhessen ihren Versuch einer Ankoppelung an die SPD verloren geben. Auch Aschebergs GAL-Konzept eines „Zusammenwirkens aller außerparlamentarischen Bewegungen zu einer gesellschaftsverändernden Kraft", das sich ganz mit den Bestrebungen der DKP-Chefin Ellen Weber traf, ging „über den Jordan". Statt dessen setzten sich die Frankfurter um den Abgeordneten Manfred Zieran durch, die einen „eigenständigen Wahlkampf" forderten. Zieran mit Blick auf die SPD: „Wir werden einer Partei, die uns derartig behandelt hat, keinerlei Vorgaben oder Zugeständnisse machen."

Die Schlesier bekennen sich zu ganz Deutschland

Hupka: Bonn schuf neues Klima für die Vertriebenen

CH. GRAFSCHWERIN, Hannover

Am 17. Juni tritt auf den Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka, der zum Treffen der Landsmannschaft Schlesien nach Hannover gekommen war, ein Jugendlicher zu. Der junge Mann fragt den Vorsitzenden der Landsmannschaft, ob er nicht die Schlesier-Plakette haben könne, die Hupka trägt. Er gibt sie ihm und bekommt zu hören, dies sei doch wohl Utopie. Der junge Mann zeigt auf das abgebildete Deutschland in den Umrissen von 1937. Doch Hupka antwortet: „Eine Vision vielleicht", aber hier gelte das kluge Wort des israelischen Staatsmannes Ben Gurion: „Die Utopie von heute ist die Realität von morgen."

Gegenüber der WELT erklärt Hupka: „Wir bekennen uns zu Deutschland in allen seinen Teilen. Von diesem Deutschland haben wir auszugehen, diese Substanz wollen wir erhalten, wir wollen das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes fördern: Das ist unsere Aufgabe, ist der Sinn dieses Treffens schlesischer Familien, das dadurch gleichzeitig auch zu einer politischen Demonstration wird."

Im Hinblick auf diesen jungen Mann, der in der Bundesrepublik Deutschland geboren ist und rheinischen Dialekt spricht, richtet sich an Hupka die Frage, ob er es nicht als ungesund für die Jugend empfände, sie zu lehren, mit dem Blick nach rückwärts zu leben und nicht abschließen zu können, was hinter einem liegt.

Das Erbe für die Zukunft

Die Antwort gibt er mit drei Verben: etwas bewahren, sich behaupten und etwas bewirken. Zu bewahren sei „das Erbe, das wäre der Blick zurück. Dann, sich behaupten, hier und heute, das ist die Politik, die wir zu betreiben haben. Und das dritte: etwas bewirken, bewegen, das heißt, etwas in die Zukunft hineinprojizieren. Keineswegs ist es so, daß immer nur der Blick zurück gerichtet ist, sondern die Substanz als Erbe muß hier bewahrt und behauptet werden, muß eingebracht werden in die Politik eines freien Europa, in dem es ein freies Deutschland wie auch ein freies Polen geben wird. Das ist der Blick nach vorn."

Das Deutschlandtreffen der Schlesier am Wochenende fand in einem neuen politischen Klima statt. Zum erstenmal seit 14 Jahren nahm ein Repräsentant der Bundesregierung an ihm teil. Auf der Hauptkundgebung am Sonntag sprach der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen.

Hupka lobt die besseren Beziehungen der Vertriebenen zur gegenwärtigen Bundesregierung. Es habe bisher keinen Bundeskanzler gegeben, der in seiner Regierungserklärung Bezug genommen hat auf das Instrumentarium, das die deutsche Frage offenhält. Helmut Kohl nannte am 4. Mai in diesem Zusammenhang das Grundgesetz, den Deutschlandvertrag, den Brief zur deutschen Einheit, die gemeinsame Entschließung des Bundestages und die beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. „Dieser Bundeskanzler hat auch vom Selbstbestimmungsrecht des gesamten deutschen Volkes gesprochen; davon hörten wir zuvor kaum etwas, nur immer wieder etwas vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser", meinte Hupka.

Das Recht auf Deutschtum

Die Vertriebenenverbände fühlen sich als demokratisch gewählte Vertreter auch der unter polnischer Gewalt zurückgebliebenen Deutschen, die sich ausdrücklich zu ihrem Deutschtum bekennen. Die polnische Regierung verweigere diesen Menschen ihr Volksgruppenrecht, so das Recht auf ihre deutsche Muttersprache in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Kirche. „Mancher Landsmann", so Hupka, „würde sicher den Antrag auf Ausreise nicht stellen, wenn dieses Volksgruppenrecht gewährt würde."

Hupka nennt ein Beispiel, wie Forderungen der Vertriebenenorganisationen für aus dem polnischen Machtbereich Ausgereiste durchgesetzt werden können. In einer Sparmaßnahme der neuen Bundesregierung, die seit dem 1. Januar praktiziert worden ist, wurde festgelegt, daß nur noch ein Familienmitglied Unterhaltshilfe während des achtmonatigen Sprachkurses erhält. Damit wurden die Ehepartner zu Sozialempfängern. „Hier ist an der falschen Stelle gespart worden. Man hat jetzt eingesehen, daß man damit den Menschen nicht nützt, sondern im Gegenteil die Integration derer, die die Sprache erlernen müssen, erschwert. Fraktionsvorsitzender Dregger konnte soeben mitteilen, daß diese Maßnahme vom 1. Juli an annulliert werden wird." Auch hierin erkennt Hupka eine positive neue Beziehung zur Regierung.

Mertes: Moskaus Drohungen gelassen nehmen

hey. Bonn

Die Bundesregierung rechnet zwar damit, daß die Sowjetunion bis zum Herbst weiter mit „Gegenmaßnahmen" für den Fall der Stationierung landgestützter amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa drohen wird; sie zeigt sich aber aufgrund der Erfahrungen relativ gelassen. „Die Fähigkeit, sich in realistischer Weise auf veränderte Umstände einzustellen und frühere Drohungen in den Papierkorb zu werfen, gehört zu den Grundzügen sowjetischer Außenpolitik", betonte Alois Mertes (CDU), Staatsminister im Auswärtigen Amt, in diesem Zusammenhang. Denn trotz der gegenwärtigen Belastungen durch die Raketendiskussion dürfte nach Ansicht des Ost-Experten das sowjetische Interesse an einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen „zu guter Letzt überwiegen".

Im übrigen sind die angedrohten „Gegenmaßnahmen" nach den Worten des Staatsministers „in Wirklichkeit fest geplante Modernisierungsmaßnahmen" bei den sowjetischen Kurzstreckenwaffen in den Warschauer-Pakt-Staaten. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse und Erfahrungen lasse sich Bonn aber nicht vom Kurs der Friedenssicherung durch glaubwürdige Abschreckung und ausgewogene Abrüstung abhalten.

Reagan-Botschaft an Ärzte-Kongreß

rtr. Amsterdam

Ein Atomkrieg kann nach den Worten von US-Präsident Ronald Reagan nicht gewonnen werden, er dürfe deshalb niemals geführt werden. In einer Grußbotschaft an den 3. Kongreß „Internationale Ärzte für die Verhinderung eines Atomkrieges" (IPPNW), der am Samstag begann, forderte Reagan zudem Unterstützung für die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow lobte in einer Grußbotschaft die „noblen Aktivitäten" der Ärzte und Wissenschaftler für die Verhinderung eines Atomkrieges.

Nach Ansicht des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme ist dies das erste Mal, daß Reagan eingestanden habe, daß es bei einem Atomkrieg keinen Gewinner gebe: „Wollen wir hoffen, daß dies bedeutet, daß der Präsident jede Anstrengung für die Erreichung eines Erfolges bei den Genfer Verhandlungen unternimmt".

SEGELN

Das große Duell: Hagen/Hösch und Griese/Marcur

sid/dpa, Kiel

Mit einem unerwarteten Doppelsieg für die deutschen Segler endete die Europameisterschaft in der olympischen Starboot-Klasse vor Kiel-Schilksee. Zum zweiten Mal nach 1981 holten sich Alexander Hagen (Lübeck) und Vincent Hösch (Rimstig) den Titel. Mit insgesamt 54,7 Punkten verwiesen die Europameister ihre Landsleute Joachim Griese (Hamburg) und Michael Marcour (Möhnesee) bei einem Vorsprung von neun Punkten auf den zweiten Platz.

In der entscheidenden sechsten Wettfahrt hatte es zwischenzeitlich sogar nach einem Erfolg von Griese und Marcour ausgesehen, als sie die zum Gesamtsieg erforderlichen neun Plätze zwischen sich und Hagen/Hösch wettmachen konnten. Am Schluß reichte es für den Deutschen Meister Griese dann jedoch nicht. Er kam zwar als Siebter durchs Ziel, doch Alexander Hagen und Vincent Hösch genügte der zwölfte Platz zum Gesamtsieg. Die neuen Europameister, für die der Titelkampf mit einer Disqualifikation in der zweiten Wettfahrt wenig verheißungsvoll begonnen hatte, holten sich damit den an die Spanier Gorostegui und Doreste (Platz vier) im Vorjahr verlorenen Titel zurück.

Es scheint als könnten Hagen/Hösch nach einem Jahr ohne internationalen Titel wieder an ihre Leistungen im Erfolgsjahr 1981 anknüpfen, als sie neben der deutschen und der Europameisterschaft auch die Weltmeisterschaft gewonnen hatten. Nach ihrem Erfolg sagte Hagen denn auch: „Ich bin überglücklich. Jetzt gehe ich auch zuversichtlich bei der Weltmeisterschaft im August an den Start." Oberstes Ziel für die beiden Star-Segler bleibt aber die Olympia-Qualifikation für die Sommerspiele im nächsten Jahr in Los Angeles. In Kiel deutete sich bereits an, daß die Konkurrenz im eigenen Lager sehr groß ist. Und bei den Qualifikationsregatten im kommenden Frühjahr gibt es auch für die Europameister keinen Bonus. „Da nur der erste Platz zur Olympia-Teilnahme berechtigt, müssen wir bei diesen Ausscheidungs-Wettfahrten mit voller Konzentration segeln", ist sich Alexander Hagen über die Folgen der kleinsten Unachtsamkeit bewußt. Und darauf warten die deutschen Meister Joachim Griese und Michael Marcour auch. Denn seinen Erfolgen über Hagen bei kleinen Veranstaltungen möchte Griese auch mal einen Sieg bei einer großen Regatta hinzufügen. Dazu hat er bereits in der nächsten Woche Gelegenheit. Im Rahmen der Kieler Woche treffen die Rivalen erneut aufeinander.

LEICHTATHLETIK / Meisterschaften der USA und der „DDR" litten unter dem schlechten Wetter – Paul Frommeyer bringt Planungen durcheinander

Ashford: Vergebliche Jagd gegen den Wind

sid/dpa, Bonn

Die erwartete Weltrekord-Flut blieb sieben Wochen vor den Weltmeisterschaften in Helsinki aus. Bei den am Wochenende ausgetragenen nationalen Meisterschaften der USA, „DDR" und UdSSR verhinderten ungünstige Witterungsbedingungen neue Bestmarken.

Bei den „DDR"-Meisterschaften in Karl-Marx-Stadt konnten dennoch vor allem die Sprinter und Werfer überzeugen. Ihre Ausnahmestellung im Frauen-Sprint unterstrichen Marlies Göhr mit 10,90 Sekunden über 100 Meter und Marita Koch mit 21,82 Sekunden über 200 Meter. Dazu führten sie die 4 x 100-m-Staffel mit 42,16 Sekunden zu einer Weltjahresbestzeit. Auch die Hürden-Sprinter Thomas Munkelt (110 m: 13,48 Sekunden), Bettine Jahn (100 m: 12,58) und Ellen Fiedler (400 m: 54,52) liefen Weltklassezeiten.

Im Wurf-Bereich setzten sich vor 9000 Zuschauern an den drei Wettkampftagen die Favoriten durch: Mit der Kugel siegten Ilona Slupianek (21,54 m) und Udo Beyer (21,44 m), den Speer schleuderten Antje Kampe (68,42 m) und Detlef Michel (88,12 m) am weitesten. Eine Ausnahme der ansonsten schwachen Sprung-Konkurrenzen waren die 7,01 m der Heike Daute.

Am Wochenende findet in Los Angeles der Länderkampf USA gegen „DDR" statt. „Hoffentlich ist es in Kalifornien wärmer", sagte 100-m-Weltrekordlerin Marlies Göhr. „Ich wollte unter 22 Sekunden laufen", sagte Marita Koch nach ihrem 200-m-Rennen. Den Weltekord, so versicherte sie, habe sie nicht im Auge gehabt. „Als ich am Morgen zum Fenster rausgeguckt habe, hat es mich schon geschüttelt." Und abergläubisch wie sie sei, habe sie sich vor einer Verletzung gefürchtet. In Los Angeles will sie nun ihren Weltrekord von 21,71 Sekunden verbessern – wenn sie darf. „DDR"-Cheftrainer Werner Trelenburg macht deutlich, daß in der „DDR"-Leichtathletik noch immer die Pflicht vor der Neigung kommt: „Ob Marita 200 oder 400 m läuft, hängt von der Aufstellung der Amerikaner ab."

Während Kälte das Niveau der „DDR"-Asse unter die Rekordmarken drückte, wurden die amerikanischen Stars in Indianapolis von drückender Schwüle, Gewitterböen und Regenschauern gebremst. So kamen am ersten Finaltag vor 8000 Zuschauern nur Greg Foster mit 13,15 Sekunden über 110 m Hürden und das Kugelstoß-Trio Laut (21,71 m), Akins (21,52) und Lehmann (21,25) auf Weltklasse-Ergebnisse. Die erwarteten Siege errangen über 100 m Carl Lewis (10,27) und Evelyn Ashford (11,22), doch die Zeiten blieben weit hinter den Möglichkeiten zurück. „Bei solchen Bedingungen sehen wir natürlich schlecht aus", kommentierte Carl Lewis seine 10,27 Sekunden bei 2,37 Meter Gegenwind. Und Evelyn Ashford, der kurz vor Blitz und Donnerschlag ein noch stärkeres Handicap entgegenblies (2,72 m), meinte: „Mit dieser Zeit ist kein Staat zu machen. Doch am nächsten Wochenende werden wir beim Länderkampf in Los Angeles sehen, wie gut Marlies Göhr nach ihrem 10,81-Sprint wirklich ist."

Weiterhin in großer Form befindet sich die Finnin Tina Lillak, die ihren fünf Tage alten Weltrekord (74,76 m) nur knapp verfehlte. Beim Länderkampf gegen England und die Schweiz schleuderte sie den Speer 73,92 m weit. Die deutschen Leichtathletik-Junioren gewannen in Danzig einen Länderkampf gegen Polen.



Klassezeit über 200 m: Marita Koch, die Weltrekordlerin.



Klassezeit vom Winde verweht, Herausforderin Evelyn Ashford. FOTOS: SCHIRNER

2,34 m – „das war eine Sternstunde, so etwas habe ich noch nicht erlebt"

BLUME/FIBELKORN, Bonn

Carlo Thränhardt verließ den Platz, nachdenklicher denn je. Dietmar Mögenburg fuhr erst mal zum Training. André Schneider befand: „Das war eine Sternstunde, so etwas habe ich überhaupt noch nicht erlebt." Was die drei deutschen Hochspringer sprachlos bis euphorisch reagieren ließ, war der unverhoffte Sprung des Ibbenbüreners Paul Frommeyer über 2,34 Meter. Geschehen war das am späten Freitagabend im westfälischen Recke auf einem Hochsprung-Meeting, das Frommeyer selbst veranstaltet hatte. 2,34 Meter, das bedeutet nicht nur europäische Jahresbestleistung, sondern zugleich für Frommeyer eine Steigerung um sechs Zentimeter.

Eine Woche vor den deutschen Leichtathletik-Meisterschaften in Bremen hat Frommeyer damit den Stars Carlo Thränhardt (Hallen-Europameister), Dietmar Mögenburg (Ex-Weltrekordler und Europameister von Athen) sowie Gerd Nagel (Weltcup-Zweiter) das Konzept durcheinandergebracht. Drei Hochspringer dürfen zu den Weltmeisterschaften vom 7. bis 14. August nach Helsinki reisen, und diese drei glaubten, das deutsche Team zu bilden. Thränhardt: „Wer sollte daran rütteln?"

Das tat der 25 Jahre alte Paul Frommeyer, und Bundestrainer Dragan Tancic sagt im Hinblick auf die Meisterschaften in Bremen: „Nagel, Mögenburg und Schneider werden etwas zeigen müssen, denn sie müssen nun Paul Frommeyer schon deutlich schlagen." Und: „Man kann schließlich einen Sprung von 2,34 Metern nicht übersehen." Die aktuelle Bestenliste nach Frommeyers Sprung sieht so aus: 1. Frommeyer 2,34 m, 2. Thränhardt 2,31 m, 3. Nagel 2,27 m, 4. Schneider und Mögenburg, beide 2,25 m.

Die internationale Norm für die Teilnahme an den Weltmeisterschaften steht bei 2,26 m. Tancic: „Fest steht für Helsinki eigentlich nur Carlo Thränhardt, aber er darf sich in Bremen keinen Totalausfall leisten."

André Schneider ist da anderer Meinung: „Man sollte neben Carlo auch Paul Frommeyer nominieren. Was er in Recke bei seinem Sprung über 2,34 Meter bot, war einfach fantastisch. Er war noch nie so kräftig und im Anlauf so elegant wie diesmal. Schon über 2,32 Meter sprang er so locker, daß ich nur noch staunte. Paul lag so weit über der Latte, das es in Wirklichkeit eine Höhe von 2,36 m oder gar 2,38 Meter war. Eigentlich hätte er sogar Weltrekord springen müssen." Zur Erläuterung: Der Weltrekord des Chinesen Zhu Jianhua steht seit einer Woche bei 2,37 Meter.

Frommeyer, der in Köln die Trainer-Akademie besucht und der „am liebsten das, was ich mit Tancic bespreche, allein umsetze", hat sich mittlerweile ganz auf Hochsprung eingestellt. 1980 versuchte er sich, bedingt durch eine Knieverletzung, noch als Mittelstreckenläufer. Doch inzwischen will er alles tun, um im nächsten Jahr an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles teilzunehmen. „Für eine Medaille werde ich ein Jahr in Bescheidenheit leben", sagt er, „denn ich bin ein Hochsprung-Verrückter."

Fünf Weltklasse-Hochspringer könnte der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) nach Helsinki entsenden, doch nach dem internationalen Reglement dürfen nur drei reisen. Thränhardt und Frommeyer scheinen erste Wahl zu sein, doch was ist mit dem Frankfurter Gerd Nagel, einem der beständigsten Hochspringer der Weltklasse in den letzten drei Jahren? Viermal wurde in diesem Jahr bereits von dem früheren deutschen Meister André Schneider geschlagen. Nagels Trainer Günter Eisinger sagt: „Nachdem es Pfingsten wegen des regnerischen und kühlen Wetters in Eberstadt nicht zu der erhofften Leistungsexplosion kam, fehlt irgendwie der Motivationsschub." Schneider dazu: „Ich traue dem Gerd jetzt noch keinen Sprung über 2,30 Meter zu." Sich selber hält Schneider für fähig, 2,30 Meter zu meistern.

Wer bleibt auf der Strecke? Eventuell sogar Dietmar Mögenburg, der Europameister? Thränhardt dazu: „Alle kann ich ausrechnen, nur den Dietmar nicht, der ist unberechenbar." Mögenburg sagt: „Das ganze Gerede vorher sollte man sich sparen, denn ich sehe keine Probleme. 2,30 Meter kann ich allemal springen, ich glaube schon, daß ich gut sein werde." Und dann: „Am liebsten wäre mir ein Sprung über 2,38 Meter." Auch Thränhardt denkt nach Frommeyers Höhenflug an den Weltrekord. Schneider sagt: „Wenn die Bedingungen optimal sind, wenn es dann um alles geht, dann ist nicht ausgeschlossen, daß der Weltrekord gefordert wird." Übrigens: 2,38 Meter hatte am Freitagabend auch Paul Frommeyer auflegen lassen, um dann aber zu reißen.

Fünf deutsche Weltklasse-Hochspringer kämpfen um drei Weltmeisterschafts-Tickets. Zwei davon scheinen bereits vergeben, für Carlo Thränhardt und den neuen Star Paul Frommeyer. Bundestrainer Dragan Tancic: „Ich bin überzeugt, daß sich Dietmar Mögenburg qualifiziert. Wenn es um etwas ging, war er immer voll da."

GALOPP / Wieder gewann ein Derby-Kandidat von Champion-Trainer Heinz Jentzsch eine wichtige Vorprüfung auf Hamburg

Georg Bocskai wird unruhig – hat er wirklich aufs richtige Pferd gesetzt?

KLAUS GÖNTZSCHE, Bremen

Im Vorjahr sattelte der 22malige Championtrainer Heinz Jentzsch (63) aus Köln zwei Favoriten für das Deutsche Galopp-Derby in Hamburg: Tombos und Anno. In diesem Jahr ist die Situation noch extremer. Jentzsch wird am 3. Juli in Hamburg-Horn drei Pferde ins Rennen schicken, die zum Kreis der heißen Favoriten zählen: Ocos, Anatas und Abary. Jentzsch: „Hoffentlich ergeht es mir nicht wie im Vorjahr, als beide Favoriten geschlagen wurden." Damals siegte der 608:10-Außenseiter Ako, der bis heute kein Rennen mehr gewinnen konnte, Tombos wurde Zwölfter, Anno Neunter.

Stalljockey Georg Bocskai (24) hat sich für den Ritt auf Ocos entschieden. Der Hengst hat am Freitag als 15:10-Favorit in Bremen das Consul-Bayeff-Rennen (60 000 Mark, 35 000 Mark dem Sieger, 2200 m, Europa-Gruppe III) mit einer dreiviertel Länge vor dem Außenseiter Nouveau Roi gewonnen, acht Längen dahinter enttäuschte Nandino, der Sieger des Henckel-Rennens, als Dritter. Bei ihm war in der entscheidenden Phase des Rennens keine Steigerung erkennbar.

Bocskai mußte sich schon vor dem Union-Rennen in Köln für seinen Derby-Ritt entscheiden. Er nahm Ocos, der in dieser Saison jetzt bei vier Starts noch ungeschlagen ist. Jentzsch: „Aber jetzt ist Bocskai sicher geworden. Er sagt zwar immer, ihn könne nichts aus der Ruhe bringen, aber diese Situation wohl doch." Bocskai kennt die Geschichte: Viermal haben Jentzsch-Pferde bislang das Derby gewonnen (1969 Don Giovanni mit Brian Taylor, 1970 Alpenkönig mit Peter Kienzler, 1976 Stuyvesant mit Ralf Suerland und 1978 Zauberer mit Bernd Selle), doch in keinem Fall saß der zu diesem Zeitpunkt amtierende Stalljockey auf dem Derby-Sieger. Die Herren Fritz Drechsler, Joan Pall und Ralf Suerland hatten stets für diesen Tag die falschen Pferde gewählt. Als Suerland gewann, war er nur zweiter Jockey. Jentzsch: „Aber Bocskai wird es jetzt nicht wagen, umzusteigen."

Das wäre in diesem Jahr ausnahmesweise möglich, denn Ocos und Abary, der hinter Anatas im Union-Rennen Zweiter wurde, gehören einem Besitzer: Walther-Johann Jacobs aus Bremen (Gestüt Fährhof). Dem Kaffeeröster wäre es wohl egal, für welches seiner Pferde sich Bocskai entscheiden würde. Für Anatas aus dem Gestüt Schlenderhan ist Andreas Tylicki, der zweite Stalljockey, fest verpflichtet. Anatas hat aber nur eine ernste Chance, wenn der Boden in Hamburg nicht aufgeweicht ist. Zum letztenmal hat bei Surumus Derby-Sieg 1977 in Hamburg am Derby-Tag die Sonne geschienen.

Was Bocskai und Jentzsch stört, ist vor allem das merkwürdige Laufen Nandinos in Bremen. Jentzsch: „Das war ein ulkiges Rennen." Nandino wurde von Wilfried Kujath geritten, der auch bei seinem dritten Platz im Frankfurter Steigenberger-Pokal im Sattel saß. Im Henckel-Rennen (das Nandino überlegen gewann) ritt der Engländer Bruce Raymond, der auch im Derby wieder antritt. Jentzsch fürchtet, daß der sensible Nandino und sein ständiger Trainingsreiter Kujath im Rennen nicht harmonieren. Jentzsch: „Der kennt den Kujath zu gut und geht deshalb keinen Meter schneller, wenn er von ihm gefordert wird."

Übrigens ist es nicht ausgeschlossen, daß Heinz Jentzsch nicht nur drei, sondern fünf Pferde ins Derby schickt. Potomac und Sheriff laufen eine Woche vorher im Otto-Schmidt-Rennen. Wenn sie weit vorne sind, ist ein Derby-Start durchaus möglich.

Zimmermanns Widerspruch

H. H. – Der Innenminister ist ein überzeugter Umweltschützer, und der Innenminister ist ein überzeugter Marktwirtschaftler. Aber der Umweltschützer ist kein überzeugter Marktwirtschaftler.

Um diesen logischen Widerspruch zu erklären, muß man daran erinnern, daß unter CSU-Minister Zimmermann zum Teil dieselben Beamten schalten und walten wie unter seinem FDP-Vorgänger Baum und daß das Mißtrauen in die Bereitschaft der Wirtschaft, der Herausforderung Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu begegenen, bei Baum so tief verwurzelt ist wie bei zahlreichen SPD-Politikern.

Kommt mit einer unionsgeführten Bundesregierung auch die Wende im Umweltschutz zu mehr Marktwirtschaft? Gilt der Satz Kohls aus der Regierungserklärung vom 4. Mai: „Das Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfeindliche Produktionsverfahren dürfen sich nicht lohnen."

Im Prinzip soll er wohl gelten, läßt sich Zimmermann wie Radio Eriwan vernehmen. Doch wenn es zur Sache geht, wie jetzt bei der Großfeuerungsanlagenverordnung, fällt ihm nichts Besseres ein als Vorgänger Baum mit seinem Verordnungs-Drahtverhau, immer „nach dem bestverfügbaren Stand der Technik".

Diese Stand-der-Technik-Philosophie, hat der Konstanzer Professor Bonus kürzlich bei einem Umwelt-Symposium der Deutschen Shell treffend bemerkt, liegt „als ständige Drohung wie Mehltau" über allen Bemühungen.

Wer von der Marktwirtschaft überzeugt ist, sollte ihr die Chance geben, der Umweltbelastung mit einem Minimum an Dirigismus Herr zu werden. Es gilt, Kräfte für den Umweltschutz frei zu machen und diese Kräfte nicht durch Umweltschutzauflagen zu ersticken.

Pleiten

adh. – Die Pleitenwelle ist ungebrochen, meldet das Statistische Bundesamt in Wiesbaden und schreckt mit einem Anstieg der Insolvenzfälle in den ersten vier Monaten dieses Jahres um fast 15 Prozent gegenüber den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres, das uns schon einen traurigen Pleitenrekord bescherte. Schlimmer noch: Allein im April überschritten die Konkurse in diesem Jahr die Zahl derer vom letzten April um zwölf Prozent. Also nichts mit konjunktureller Besserung? Nur heiße Luft statt des erwarteten langsamen Aufstiegens von der tiefen Talsohle? Ganz so erschreckend wie auf den ersten Blick sind die Pleitezahlen freilich nicht. Im Gegenteil: Sie spiegeln nämlich wider, daß es in der Tat wieder etwas aufwärts geht, so widersprüchlich das auch klingt. Die Finanzierungen des auch im gewerblichen Bereich wieder anspringenden Geschäfts binden Kapital – die hohe Zahl der Konkurse zeigt nur, wie knapp das in manchen Firmen geworden ist.

WELTERNÄHRUNGSBERICHT / Afrika von Hunger besonders betroffen

FAO fordert koordiniertes System der Reservehaltung für Getreide

HEINZ HECK, Bonn

Trotz einiger Lichtblicke erscheint die Welternährungslage unverändert kritisch. Die Weltbevölkerung hat zwar 1982 mit 1,8 Prozent weniger stark zugenommen als die Nahrungsmittelproduktion mit 2,2, wie die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) im „Welternährungsbericht 1983" schreibt. Jedoch sind die Fortschritte sehr ungleich über die Welt verteilt, und die Unterernährung hat sich noch ausgebreitet.

Die unmittelbarste Bedrohung der Welternährungssicherheit liege in Afrika südlich der Sahara, wo es „keine frühen Anzeichen ... einer grünen Revolution gibt, wie sie einen Großteil der asiatischen Landwirtschaft umgewandelt hat".

Während in den übrigen Entwicklungsländern die Wachstumsraten der Bevölkerung zurückgingen, stiegen sie hier noch weiter an. „Afrika ist die einzige Weltregion, die in dem Rennen zwischen Pflug und Storch an Boden verliert", heißt es. Von 41 Ländern südlich der Sahara mit nennenswerter Agrarwirtschaft seien nur fünf in der Lage, ihre Erzeugung an Nahrungsmitteln über das Bevölkerungswachstum hinaus zu steigern.

Dagegen ist in zahlreichen Ländern wie Angola, Moçambique, Senegal und Somalia im Vergleich zum Anfang der 70er Jahre die Pro-Kopf-Erzeugung um über 20 Prozent gesunken. Die Einfuhrabhängigkeit liegt derzeit bei über 20 Prozent des Verbauchs. Nach Weltbankberechnungen könnte das Nahrungsdefizit in diesem Teil Afrikas bis zum Jahr 2020 knapp 50 Prozent des Verbrauchs erreichen und würde dann der Größenordnung der heutigen Produktion Indiens entsprechen.

Andere Weltgegenden haben besser abgeschnitten. So werden China „hervorragende Ernten" bescheinigt. Doch auch hier tun sich gravierende Probleme auf: „Die chinesische Landwirtschaft ... muß eine weiterhin wachsende Bevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen auf weniger als 100 Millionen Hektar urbaren Landes ernähren. Chinas Verbrauch an chemischem Dünger pro Hektar überschreitet wesentlich den Nordamerikas, und weitere anhaltende Ertragsfortschritte in der Landwirtschaft werden nicht leicht zu erzielen sein."

FAO-Generaldirektor Edouard Saouma spricht von einem „Kollaps der Exporterlöse" vieler Entwicklungsländer und vom „schlimmsten Zusammenbruch der Agrarwarenpreise in einer Generation". Der drastischste Preisverfall sei bei Zucker eingetreten, der nicht nur weit unter den Produktionskosten gehandelt werde, sondern auch nur zu einem Fünftel des Durchschnittspreises von 1980. Starke Einbußen waren auch bei Kautschuk, Kakao und Kaffee zu beobachten. Reis und Mais erzielten die niedrigsten Preise (real) seit 20 Jahren.

Für die Landwirte in Industrieländern sei dies trotz guter Ernten die schwierigste Phase seit der Depression der 30er Jahre gewesen. Die FAO schätzt die staatlichen Stützungsmaßnahmen in der EG, den USA und Japan 1982 auf eine Größenordnung von 80 Milliarden Dollar.

Im Verlauf der 70er Jahre haben sich der FAO zufolge die Weltgetreideeinfuhren verdoppelt. Drei Viertel dieser Zunahme seien durch US-Exporte ermöglicht worden. Saouma räumt zwar ein, daß die Grenzen der amerikanischen Agrarproduktion noch nicht in Sicht seien, fügt jedoch hinzu: „Es ist dennoch klar, daß der Rest der Welt nicht endlos fortfahren kann, sich bei der Deckung des ständig steigenden Getreidebedarfs auf die amerikanischen Landwirte zu verlassen." Eine wirkliche Verbesserung der Welternährungssicherheit erfordere verstärkte Getreideerzeugung und einen höheren Selbstversorgungsgrad in den wichtigsten Einfuhrregionen.

Kritisiert wird im Bericht, „daß die Welt keinen befriedigenden Mechanismus besitzt, um die Überschußproduktion der Jahre der Fülle für die mageren Jahre zu lagern". FAO-Vorschläge für ein international koordiniertes System einzelner Reserven (mit Absprachen über Reserveniveau, Preise und Sonderbeistand für die ärmeren Entwicklungsländer) seien bereits 1979 gescheitert, und auch derzeit gebe es keine Anzeichen für einen Erfolg solcher Bemühungen. Zugleich sei die offizielle Hilfe für die Landwirtschaft seit 1979 Jahr für Jahr zurückgegangen.

UNCTAD

Dritte Welt ist unzufrieden

VWD, Belgrad

Die Entwicklungsländer sind mit dem bisher gezeigten Entgegenkommen der Industriestaaten auf der 6. Welthandelskonferenz (Unctad) in Belgrad nicht zufrieden. Zum Ende der Generaldebatte am Wochenende sagte der somalische Botschafter Abdillahi S. Osman, „noch erwarten wir einen produktiveren Dialog und Verhandlungen" in der verbleibenden Zeit bis zum 30. Juni. Die „Gruppe 77", die 125 Entwicklungsländer vertritt, sei mit einer positiven Gesprächshaltung gegenüber den Industriestaaten nach Belgrad gekommen.

Die sich jetzt nach zwei Konferenzwochen zeigende Ungeduld der Entwicklunsgsländer ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß sie erstmals seit der 1. Unctad-Konferenz 1964 mit einer fertigen Plattform in die Diskussion gegangen sind. Auf Grundlage dieser „Plattform von Buenos Aires" hatten sich die Entwicklungsländer ein schnelleres Entgegenkommen der anderen Ländergruppen erhofft.

Die Generaldebatte, an der sich 168 Delegations-Leiter aus 150 Ländern und verschiedenen Organisationen beteiligten, befaßte sich bis Sonnabend mit der allgemeinen weltwirtschaftlichen Lage. Von heute an tritt die Konferenz in ihre entscheidende Phase. An zwei Tagen wird zunächst die Lage der 36 ärmsten Länder der Welt diskutiert und anschließend über die Arbeit der vier Komitees „Rohstoffe", „Handel", „Geld und Finanzen" sowie „Allgemeinprobleme" berichtet. Ein gemeinsam formulierter Resolutionsentwurf liegt bisher nur aus der Gruppe „Allgemeines" vor.

INDIEN

Hilfe real reduziert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Vertreter der 13 westlichen Mitgliedstaaten und vier internationalen Organisationen des Indien-Konsortiums haben auf ihrer Pariser Tagung Neu-Delhi für das Entwicklungsjahr 1983/84 eine Hilfe von 3,6 Mrd. Dollar zugesagt. Dies ist der gleiche Betrag, den Indien 1982/83 empfängt. Real bedeutet das eine Verminderung um etwa fünf Prozent nach einem Zuwachs von sechs Prozent. Die indische Regierung rechnete mit einer Steigerung auf 4,2 Mrd. Dollar.

Auf Grund der als „beachtlich" bezeichneten wirtschaftlichen Fortschritte Indiens hielt das Konsortium eine nominell unveränderte Hilfe für ausreichend, obwohl dem Land der Zugang zum privaten internationalen Kapitalmarkt weitgehend versperrt ist. Wegen der hohen Zinssätze und angesichts eines Leistungsbilanzdefizits von noch 3,3 Mrd. Dollar (2,1 Prozent des Sozialprodukts) in diesem Jahr bleibt Indien auf westliche Entwicklungshilfe zu Vorzugsbedingungen angewiesen.

Die von Neu-Delhi dem Indien-Konsortium vorgelegte Wirtschaftsbilanz wurde insgesamt positiv bewertet. Insbesondere konnte die Inflationsrate von zwölf Prozent 1981 auf 2,2 Prozent 1982 reduziert werden. Durch eine Steigerung der Kohlenförderung um vier Prozent verminderte sich die Energieabhängigkeit des Landes. Auch das Eisenbahnnetz wurde ausgebaut. Das diesjährige Wirtschaftswachstum Indiens wird auf zwei Prozent veranschlagt, nachdem es in den letzten beiden Jahren je 6,5 Prozent erreicht hatte. Wichtigster Grund dafür sind die schlechten Ernteaussichten.

Roßkur in Belgien

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Keine schlechte Figur macht Belgien gegenwärtig im internationalen Wirtschaftsvergleich. Beim Stuttgarter EG-Gipfel konnte Premierminister Wilfried Martens am Wochenende erneut deutliche Erfolge im Kampf um Stabilität und Wachstum vorweisen. Die Pariser OECD hat ihm gerade ebenen noch einmal bescheinigt, daß sein Kurs zwar empfindliche Opfer verlange, in Wahrheit jedoch der einzig mögliche Weg für eine dauerhafte Gesundung der belgischen Wirtschaft sei.

Gemessen an den bedrohlichen Krankheitssymptomen, die vor zwei Jahren das Bild der belgischen Wirtschaft geprägt hatten, sind die bisherigen Ergebnisse der Sanierungspolitik der Regierung Martens in der Tat eindrucksvoll. In fast allen Bereichen braucht das schwer regierbare Königreich den Vergleich mit seinen Nachbarländern nicht mehr zu scheuen.

1981 lagen zum Beispiel die Lohnkosten in Belgien um zehn bis 20 Prozent höher als in den wichtigsten Konkurrenzländern. Heute haben die Unternehmen nach eigenem Bekunden ihre Wettbewerbsfähigkeit im Export zurückgewonnen, was einmal auf die kräftige Abwertung des Franc zurückzuführen ist, daneben aber auch auf die Auflockerung der automatischen Bindung von Löhnen und Gehältern an die Preisentwicklung und auf staatliche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Wirtschaft.

Die Leistungsbilanz, die 1981 noch mit einem Defizit von 199 Milliarden Franc (5,5 Prozent des Bruttosozialprodukts) abgeschlossen hatte, konnte im folgenden Jahr auf einen Negativsaldo von 119 Milliarden (3,1 Prozent) gebracht werden. Für 1983 ist nur noch mit einer Lücke von 70 bis 80 Milliarden Franc zu rechnen. Ganz sicher wäre eine noch günstigere Entwicklung zu erwarten, wenn es wieder zu einer Belebung des Welthandels käme.

Erfreulich ist auch das Bild an der Preisfront: Alles deutet darauf hin, daß sich Belgien demnächst wieder in die Gruppe der Länder mit niedriger Inflationsrate einreihen wird. Trotz der Franc-Abwertung und der dadurch bedingten Verteuerung der Importe sind die Verbraucherpreise jedenfalls nicht davongaloppiert. Für das laufende Jahr rechnen die Experten mit einer Inflationsrate von sieben Prozent. 1984 soll die Teuerung möglichst auf fünf Prozent gedrückt werden.

Dunkle Punkte in der Sanierungsbilanz blieben hingegen die Beschäftigung und Staatsverschuldung. Auch hier hat sich die Regierung Martens jedoch zumindest nicht schlechter geschlagen als die anderen europäischen Länder. Mit Hilfe der 1982 vom Brüsseler Parlament gewährten Sondervollmachten gelang es, das Defizit der öffentlichen Hand zu stabilisieren, während es sich im Zeitraum von 1978 bis 1981 verdoppelt hatte. Noch immer lag es jedoch im vergangenen Jahr mit rund 13,2 Prozent des Bruttosozialprodukts erschreckend hoch. Das Ziel, die Verschuldung in diesem Jahr auf 10,8 Prozent zu reduzieren, dürfte sich wegen der hohen Kosten der Arbeitslosigkeit kaum verwirklichen lassen.

Mit einer Arbeitslosenquote von 12,2 Prozent der aktiven Bevölkerung ist Belgien nach wie vor in einer wenig beneidenswerten Lage. Die Hoffnungen richten sich darauf, bis 1984 wenigstens so weit zu kommen, daß das Heer der Arbeitslosen nicht weiter steigt. Gute Erfahrungen wurden mit sektoriellen Vereinbarungen der Sozialpartner über eine „Arbeitsumverteilung" gemacht. Von den Arbeitszeitverkürzungen (ohne Lohnausgleich) sind rund anderthalb Millionen Beschäftigte betroffen. Geschaffen werden sollen auf diese Weise immerhin 44 000 Arbeitsplätze.

Wichtig ist, daß die Gesundungskur nicht vorzeitig unterbrochen wird und daß die bisherigen Erfolge der Sanierungspolitik konsolidiert werden können. Deshalb hat sich Martens vom Parlament seine Sondervollmachten vorläufig verlängern lassen. Die sozialistischen Gewerkschaften schicken sich an, den Protest gegen die christlich-liberale Koalition immer massiver auf die Straße zu tragen. Martens Schicksal wird in den kommenden Monaten daher vor allem davon abhängen, ob sich wenigstens die christlichen Arbeitnehmervertretungen neutral verhalten.

Hilfreich wäre, wenn es endlich zu einer Kräftigung der internationalen Konjunktur käme. Mehr als andere Länder ist Belgien auf Nachfrage-Impulse des Auslandes angewiesen. Es blickt dabei nicht zuletzt auf die Bundesrepublik. Der Bestand der Europäischen Gemeinschaft ist ein Garant für die Zukunft.

AUF EIN WORT

„Der Ruf der Wirtschaft nach dem Staat in immer mehr Bereichen ist heute geradezu anachronistisch. Wo in der Vergangenheit Kritik an der Allgegenwart und Einmischung des Staates geübt wurde, kann man nicht heute rundum staatliche Hilfe verlangen."

Max Streibl, bayerischer Staatsminister der Finanzen.
FOTO: PETER PROBST

Japan überarbeitet Einfuhr-Programm

dpa/VWD, Tokio

Das japanische Industrie- und Handelsministerium arbeitet an neuen Maßnahmen zur Steigerung der Einfuhren. Die Regierung in Tokio zieht damit Konsequenzen aus jüngsten Berechnungen, nach denen der japanische Leistungsbilanzüberschuß für das laufende Haushaltsjahr (31. März) unter anderem wegen stark verringerter Energieeinfuhren die bisherigen offiziellen Voraussagen von neun Milliarden Dollar um mehr als die Hälfte übersteigen dürfte. Um einer neuerlichen Zuspitzung des Handelskonflikts mit den USA und der EG auszuweichen, werden unter anderem eine Reihe von Steuervergünstigungen für Importeure erwogen.

FRANKREICH

Die Handelsbilanz geriet wieder in tiefrote Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Handelsbilanz ist im Mai wieder tief in die roten Zahlen geraten. Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich das Defizit saisonbereinigt bei 65,18 (58,45) Mrd. Franc Importen und 57,5 (56,91) Mrd. Franc Exporten – jeweils fob-Werte – auf 7,66 (1,54) Mrd. Franc. Für die ersten fünf Monate dieses Jahres ergibt das einen Passivsaldo von bereits rund 33 Mrd. Franc. In der gleichen Vorjahreszeit hatte er 30 Mrd. Franc erreicht.

Außenhandelsministerin Edith Cresson, die das Mai-Ergebnis als „Fortschritt" bewertete – offensichtlich gemessen am Monatsdurchschnitt des ersten Quartals von minus acht Mrd. Franc – hofft weiterhin, ihr neues Jahresziel 1983 – höchstens 60 Mrd. Franc Defizit – zu erreichen. Im Stabilisierungsplan vom Ende März hatte die Regierung es auf nur 45 Mrd. Franc festgesetzt.

Der Defizitzuwachs gegenüber dem – außergewöhnlich günstigen – April-Ergebnis erklärt sich vor allem daraus, daß die Mineralöleinfuhr auch infolge der Dollar-Hausse um fünf Mrd. Franc gestiegen war. Andererseits haben die französischen Exporte etwas zugenommen. Dieses „Traumergebnis" war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Importeure ihre vor der Franc-Abwertung von Ende März aus währungspolitischen Überlegungen über den Bedarf hinaus gesteigerten Einfuhren eingeschränkt hatten.

Bis zur Franc-Abwertung verschlechterte sich auch die französische Leistungsbilanz. Wie jetzt bekannt wird, erreichte ihr Defizit im ersten Quartal 29,1 Mrd. Franc gegenüber 14,9 Mrd. Franc im letzten Quartal 1982. Saisonbereinigt erhöhte es sich von 16,6 auf 25 Mrd. Franc.

US-AKTIENMÄRKTE

Trotz Hindernissen geht der „Dow" auf 1300-Marke zu

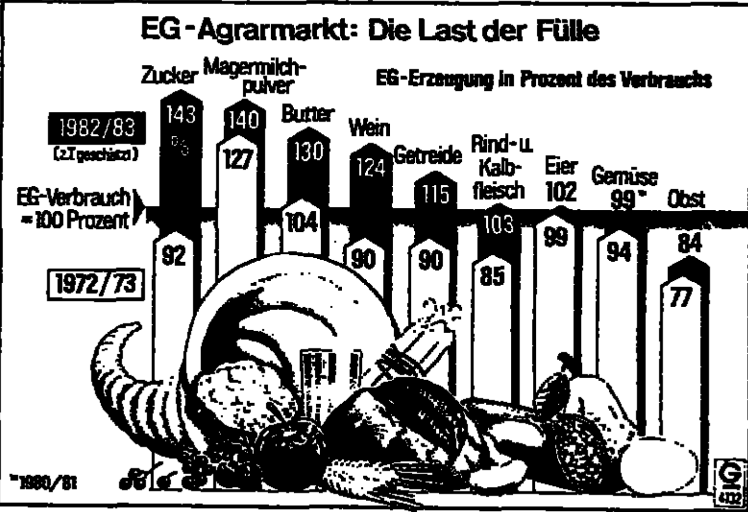
H.-A. SIEBERT, Washington

Es besteht nun kein Zweifel mehr, daß an den US-Aktienmärkten der traditionelle Sommerspurt begonnen hat. Trotz schwieriger Hindernisse marschiert der populäre Dow-Jones-Industrie-Index auf die 1300-Marke zu. Zusammen mit dem breiter gestreuten Nyse-Index stellte er in der vergangenen Woche neue Rekorde auf. Antriebsmotoren sind die weiterhin positiven Konjunktursignale wie die steigende Industrieproduktion, die höhere Kapazitätsauslastung und die steile Zunahme der Neubauten (19 Prozent im Mai). Deutlich verbessert hat sich zudem die Qualität der Unternehmensgewinne, die nicht mehr von der Inflation aufgebläht sind.

Im Wochenverlauf legte der „Dow" 46,08 Punkte zu; es war das zweithöchste Plus in diesem Jahr. Damit hat er seit Beginn der Hausse Anfang August 63 Prozent gewonnen, was auch am Freitag prompt Gewinnmitnahmen auslöste. Im Durchschnitt fielen die 30 Glamour-Werte um 6,11 auf 1242,19 Punkte. Der mit mehr als 1500 Aktien ausgestattete Nyse-Index kletterte über die Woche um 3,55 und am Freitag um 0,06 auf 98,00 Punkte. Gefragt waren diesmal ausgesuchte Mineralölkonzerne.

Ob die neue Geldmengenexplosion – M1 schnellte in der letzten Berichtswoche um 5,6 Milliarden Dollar in die Höhe und liegt nun um 14 Prozent über dem Stand von November – wieder als Bremse wirkt, ist fraglich. Sie war in der Hauptsache technisch bedingt. Kurzfristige Zinsen zogen Freitag im Schnitt auch nur um 0,2 Prozent an. Als ein größeres Hindernis kann sich die Prognose von Henry Kaufman (Salomon Brothers) erweisen, der für das zweite Halbjahr eine Verteuerung von Notenbanktagegeld auf neun bis zehn Prozent voraussagte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Europäische Gemeinschaft droht an ihrem Überfluß zu ersticken. Erzeugnisse wie Butter und Magermilchpulver, die schon vor zehn Jahren den EG-Verbrauch überstiegen, können kaum noch auf den Weltmärkten untergebracht oder gelagert werden. Inzwischen beträgt der Selbstversorgungsgrad bei fünf weiteren Produktgruppen über 100 Prozent.

QUELLE: GLOBUS

Arbeitslosigkeit abwendbar

Hamburg (dpa/VWD) – Arbeitsplatzmangel aus einer lang anhaltenden Investitionsschwäche ist nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg kein konjunkturelles Phänomen, sondern ein Zeichen einer Konstitutionsschwäche der deutschen Wirtschaft. Die Ursachen seien zum erheblichen Teil in einer Verschlechterung der Rahmendaten für Investitionen zu suchen, meinte der Präsident des Instituts auf der traditionellen Sommertagung des deutschen Brauer-Bundes, der Spitzenorganisation der deutschen Brauwirtschaft, am Wochenende in Hamburg. Die neue Regierungskoalition habe – angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Bund und Ländern – die vielleicht einmalige Chance, die Wirtschaft aus der Misere herauszuführen und einen nachhaltigen Aufschwung, weit über das konjunkturell Mögliche hinaus, einzuleiten.

Weg der Kurse

	17. 6. 83	10. 6. 83
Boeing	46,75	43,75
Chrysler	29,75	26,625
Citicorp	40,50	40,25
Coca-Cola	52,25	50,50
Exxon	34,625	33,25
Ford Motors	55	52,875
IBM	121,25	113,75
PanAm	7,45	6,25
US Steel	26,125	24,125
Woolworth	34,75	33,75

Banken wehren sich

Hamburg (dpa/VWD) – Das Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, Christoph von der Decken, hat sich gegen Vorwürfe gewandt, die international tätigen Banken seien bei der Kreditvergabe an jetzt in Zahlungsschwierigkeiten geratene Staaten, wie Polen, Brasilien und Mexiko, allzu leichtfertig gewesen. Der weitaus größte Teil der international vergebenen Kredite sei nicht auf den eigenen Expansionsdrang zurückzuführen. Überwiegend hätten die Banken die Exportanstrengungen deutscher Unternehmen finanziell begleitet. Ende 1982 seien von den Bruttoforderungen deutscher Kreditinstitute gut 64 Prozent auf westliche Industriestaaten entfallen, etwa 20 Prozent auf die nichtölexportierenden Entwicklungsländer und rund 7,5 Prozent auf die Staatshandelsländer. Das seien Dimensionen, die auch annähernd die Anteile am deutschen Export widerspiegelten.

Expansion gegen Jahresende

Paris (rtr) – Die meisten Industriestaaten werden sich nach Auffassung des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaft Lawrence Klein gegen Ende 1983 in einem expansionären Konjunkturstadium befinden. Wie Klein erklärte, wird der bereits angelaufene Aufschwung in Großbritannien und den USA die anderen Länder aus der Krise ziehen. Allerdings werde jeder Aufschwung moderat verlaufen und nicht zu einem signifikanten Rückgang der Arbeitslosigkeit führen. Die westlichen Industrieländer werden sich laut Klein im Verlauf des Aufschwungs, der bis 1986/87 reichen werde, besser entwickeln, als die Entwicklungsländer oder die kommunistischen Staaten.

Preisauftrieb schwächer

Paris (J. Sch.) – Nach vorläufigen Schätzungen des statistischen Amtes (Insee) sind die französischen Konsumentenpreise im Mai um 0,6 bis 0,7 Prozent gestiegen. Im Vormonat hatten sie sich um 1,3 Prozent erhöht, was aber zu 0,5 Prozentpunkten auf einmalige Tariferhöhungen zurückgeführt wurde. Diesmal veranschlagt das Wirtschaftsministerium den „echten" Preisanstieg (ohne Verschärfung der Ölproduktenbesteuerung) auf 0,5 Prozent. Die Inflation könne deshalb 1983 unter dem festgesetzten Limit von 8 Prozent gehalten werden. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres waren die Preise allerdings schon um 4,6 bis 4,7 Prozent gestiegen. Das entspricht einer Jahresteuerung von über elf Prozent.

900 000 Mark für Dürer

London (dpa) – Für drei großformatige Holzschnittserien von Albrecht Dürer sind am Samstag im Londoner Auktionshaus Sotheby's von einem nicht genannten Interessenten fast 900 000 Mark geboten worden. Das ist der höchste Preis, der je für eine Druckkollektion gezahlt wurde. Die insgesamt 48 zusammengebundenen Holzschnitte gehören zu Serien mit den Titeln „Das Leben der Jungfrau", „Die große Passion" und „Apokalypse".

Warnung vor falschem Gold

Basel (rtr) – Die Schweizer Banken haben im Hinblick auf die bevorstehende Reisesaison in einer Mitteilung auf die Gefahr beim vermeintlich günstigen Kauf von Goldbarren aufmerksam gemacht. Die Schweizerische Bankiervereinigung schreibt, seit etwa drei Jahren bekämen Touristen in südlichen Reiseländern gefälschte Goldbarren zu fünfzig Gramm zum Kauf angeboten. Meistens handele es sich dabei um billige Kupfer-Zink-Legierungen mit dünnem Goldüberzug, die von Laien schlecht oder überhaupt nicht als Fälschungen erkannt werden könnten.

WÄRMEMARKT

Der Erdgaspreis fällt um durchschnittlich 6 Prozent

HANS BAUMANN, Essen

Die kommunalen Versorgungsbetriebe werden in ihrer Mehrheit die Preise für Erdgas zum 1. Juli um rund sechs Prozent senken. Damit folgen sie der Preisentwicklung des leichten Heizöls, das Teil einer Preisklausel ist, an dem sich der Erdgaspreis in der Bundesrepublik orientiert.

Außergewöhnlich ist der Zeitpunkt der Preisermäßigung. Nach den Preisanpassungsklauseln wären die Gasversorger zu Anpassungsmaßnahmen erst zum 1. Oktober gezwungen, da die Klauseln vorsehen, daß der Erdgaspreis dem Preis für Heizöl halbjährlich folgt, zum 1. April und zum 1. Oktober.

In Übereinstimmung mit den großen Erdgasliefergesellschaften ziehen die kommunalen Kleinverteiler die Preissenkung jedoch vor, um in dem heftigen Wettbewerb um den Wärmemarkt besser bestehen zu können. Preissenkungen im Oktober, so heißt die Überlegung, werden niemanden mehr bewegen, seine Heizung für den kommenden Winter auf Erdgas umzustellen. Ein deutlicher Schritt nach unten mitten im Sommer könnte jedoch noch manchen Hauseigentümer oder Mieter bewegen, vor der Heizperiode auf Erdgas umzurüsten.

Sollte die Schwäche am Heizölmarkt anhalten, so schließen die Gasversorger nicht aus, daß auch zum 1. Oktober noch einmal ein Abschlag auf den Gaspreis vorgenommen wird. Das Ausmaß einer solchen weiteren Preisermäßigung ist jedoch nicht abzuschätzen.

Der Erdgaspreis ist unter Druck geraten, weil der Preis für leichtes Heizöl verfallen ist. 1982 wurden 8,5 Prozent weniger verkauft. Der Heizölhändler Raab Karcher ist sicher, daß leichtes Heizöl „noch lange" kostengünstigste Energie am Wärmemarkt bleiben wird. Der Erdgasabsatz ist 1982 um sieben Prozent auf 55,1 Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) zurückgegangen.

FREIE TANKSTELLEN / Marktanteil geht zurück – Rationalisierung „zu schnell"

Klagen über ruinösen Wettbewerb

HANS BAUMANN, Kreuznach

„Den Flurschaden am deutschen Tankstellenmarkt richten die Supermärkte an", sagte der Sprecher des Vorstandes des Bundesverbandes freier Tankstellen und unabhängiger deutscher Mineralölhändler, Franz Förster, auf der Jahreshauptversammlung in Bad Kreuznach. Diese Supermärkte seien aber keine echten Marktpartner. Dennoch orientiere sich die Öffentlichkeit an ihrem Preisgebaren. Mit nicht kostendeckenden Preisen lockten sie den Verbraucher an und ruinierten die Benzinpreise ganzer Regionen.

Die Versorgung der Supermärkte funktioniere so gut, weil diese „Billigstanbieter Raffinerieware – also vom Wettbewerber – zu Bestkonditionen erhalten". Die auf diese Weise entstehenden Preistrichter im ganzen Land ruinierten den mittelständischen Handel.

Aber nicht nur die Supermärkte hätten die Chance des Kostenausgleichs über andere Artikel. Auch die breit diversifizierten Konzerne hätten die Möglichkeit, Verluste auszugleichen. Und da sie zum großen Teil auch die Lieferanten des mittelständischen Handels seien, ergäben sich beim gegenwärtigen Kampf um Marktanteile Wettbewerbsverzerrungen, nicht zuletzt, weil sie den mittelständischen Handel „in der Kostenstellung anders als ihre eigenen Vertriebsstellen behandeln".

Nach einer Phase überzogener Expansion im Tankstellenbereich folge nun „zu schnell" die Rationalisierung, meint Förster. Der Slogan der Politiker „Weg vom Öl" und die Prognosen über den Bedarf an Vergaserkraftstoffen bis 1990 hätten eine Hysterie in der Branche hervorgerufen. Die Folge: Der Marktanteil der Markengesellschaften am Benzinmarkt habe sich von 71,9 Prozent in 1981 auf heute 74,2 Prozent erhöht. Es gebe keinen Zweifel daran, daß Umsatzdenken bei den Konzernen vor Ertragsdenken gehe. Sorge bereitet den Freien, daß der Rotterdamer Markt künftig kaum noch ein Regulativ für den heimischen Markt sein werde.

Resigniert meint Förster, daß das Marktgeschehen – „zumindest kurzfristig" – von den Lieferanten bestimmt werde. Während die Konzerne ihren Tankstellen eine Spanne von 9 bis 11 Pfennig zur Kostendeckung einräumten, betrage die Spanne bei den Mitgliedern des Verbandes zur Zeit 4 bis 7 Pfennig je Liter. Mittelständler in der Nähe von Supermärkten mit Benzinangebot hätten nach Fracht oft nicht einmal einen Pfennig zur Deckung der Kosten.

Besorgt sind die Freien über die angestrebte Einführung von bleifreiem Benzin. Förster spricht hier von einer „vordergründigen Problemlösung", da Blei nicht der einzige belastende Schadstoff im Kraftstoff sei. Fraglich sei, ob überhaupt an allen Tankstellen die Möglichkeit des Angebotes einer dritten Qualität gegeben sei.

GROSSBRITANNIEN / Steigende Einzelhandelsumsätze

Konsum stützt Aufschwung

WILHELM FURLER, London

Die Industrieproduktion in Großbritannien ist im April gegenüber dem Vormonat um ein Prozent gestiegen, nachdem sie im März leicht gefallen war. Damit verstärkt sich der Eindruck, daß sich die seit Anfang dieses Jahres sichtbare, leichte Konjunkturbelebung fortsetzt. Im Durchschnitt der drei Monate bis April lag der Index der Industrieproduktion um 1,3 Prozent über dem Niveau der drei Monate zuvor.

Getragen wird der Aufschwung vor allem von einer anhaltend starken Nachfrage im Konsumbereich. So haben sich die Einzelhandelsumsätze in Großbritannien im Mai gegenüber April um weitere 0,5 Prozent erhöht. Sie liegen damit um mehr als sechs Prozent über dem Niveau desselben Vorjahreszeitraums. In den letzten drei Monaten stiegen die Verkäufe im Einzelhandel um 1,5 Prozent gegenüber den drei Monaten vorher auf einen neuen Rekordstand.

Für die starke Verbraucher-Nachfrage gibt es mehrere Gründe. Zum einen haben niedrigere Hypothekenzinsen und relativ hohe Realeinkommen die verfügbaren Mittel bei den Beschäftigten und die Kaufneigung erhöht. Zum zweiten wirkt die weitgehende Aufhebung von Beschränkungen bei Teilzahlungsverkäufen im Sommer vergangenen Jahres immer noch stark nach. Schließlich sind nach Ansicht des britischen Einzelhandels-Verbandes ein „Boom“ bei Schwarzarbeit und wachsende Ausgaben ausländischer Touristen wesentliche Faktoren für den Anstieg.

Die Regierung Thatcher befürchtet allerdings, daß zunehmend Importe von dem Verbrauchsboom profitieren, zumal der Kurs des Pfundes auf Grund des erwarteten Sieges der konservativen Regierung bei den Unterhauswahlen in den letzten Wochen stark gestiegen ist. Um sieben Prozent lagen die Importe von Konsumgütern in den letzten drei Monaten über denen in der Drei-Monats-Periode zuvor.

Nicht nur deswegen konnte die Initiative der Bank von England und auch des neuen Schatzkanzlers Nigel Lawson nicht überraschen, den großen Geschäftsbanken ein klares Signal zur Senkung des Basis-Ausleihesatzes zu geben. Denn auf Grund des hohen Pfundkurses bestand auch die Gefahr, daß die konjunkturelle Belebung durch eine währungsbedingte Wettbewerbsverschlechterung auf den Auslandsmärkten zunichte gemacht würde. Die Maßnahme hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Seit Beginn der letzten Woche hat der Wert des Pfundes gegenüber der D-Mark um elf Pfennig auf 3,91 Mark abgenommen.

USA / Anleihegarantie abgelehnt

Unruhe am Rentenmarkt

H.-A. SIEBERT, Washington

Ausländern, die ihr Geld in amerikanische Obligationen anlegen, ist eine größere Vorsicht anzuraten, nachdem der oberste Gerichtshof des Bundesstaates Washington im Nordwesten der USA bestehende Verpflichtungsverträge nachträglich für nicht rechtens erklärt und damit bewußt den größten kommunalen Anleihenbankrott in der Geschichte der Vereinigten Staaten in Kauf genommen hat. Auf dem Spiel stehen Schuldverschreibungen im Wert von 2,25 Milliarden Dollar (rund 5,78 Milliarden Mark).

Wenn das Urteil, das an den US-Rentenmärkten einen Schock ausgelöst hat, nicht von einem amerikanischen Bundesgericht kassiert wird, muß das 1957 für den Bau von Atomkraftwerken gegründete Washington Public Power Supply System Konkurs anmelden. Nach der richterlichen Entscheidung besaßen die örtlichen Elektrizitätsgesellschaften, die als spätere Stromabnehmer die Anleihen garantierten, nicht die Vollmacht, Zahlungsversprechen abzugeben. Seit vielen Jahren warten sie auf die Fertigstellung von zwei Atomkraftwerken, die wegen schwer zu lösender Umwelt- und Entsorgungsprobleme vermutlich niemals in Betrieb gehen.

Klage gegen das Finanzierungskonzept – mit den Atomstrom-Erlösen wollten die Elektrizitätsunternehmen die Anleihen des Systems einlösen – hatten die Kunden erhoben. Einschließlich der Zinsen hätten sie über 30 Jahre zusätzlich sieben Milliarden Dollar für die Bauruinen aufbringen müssen. Negativ auf die US-Rentenmärkte könnte sich die Aufforderung der Reagan-Administration an den Kongreß auswirken, die Zahl der steuerfreien Anleihen, zum Beispiel für industrielle Entwicklungsprojekte, zu beschränken. Mit 43 Milliarden Dollar machten sie 1983 mehr als die Hälfte der Emissionen dieser Art aus.

ARBEITSZEIT / DIE WELT sprach mit Wolfram Thiele, Gesamtmetall

„Die Kostenfrage ist entscheidend“

DW. Bonn

Der Präsident des Metall-Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dr. Wolfram Thiele, ist am Freitag von der Mitgliederversammlung für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Thiele steht seit 1977 an der Spitze von Gesamtmetall. In einem Interview mit der WELT nimmt er zu der voraussichtlich schwierigen Auseinandersetzung um die Wochenarbeitszeitverkürzung in der Tarifrunde des nächsten Jahres Stellung. Die Fragen stellte Günther Bading:

WELT: Die Gewerkschaften – voran die IG Metall – wollen in der Tarifrunde 1984 die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Gesamtmetall ist dagegen. Aus welchen Gründen lehnen sie ab?

Thiele: Nicht wegen irgendeines Tabus oder weil die 40-Stunden-Woche gottgewollt wäre, sondern allein deshalb, weil niemand die Verkürzung auf 35 Stunden bezahlen kann, weil wir sie uns zumindest heute und in den nächsten Jahren einfach nicht leisten können. Bei einer Verwirklichung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich würden die verbleibenden Arbeitsstunden um 18 Prozent teurer sein als vorher. Allein der geforderte Lohnausgleich erhöht die Personalkosten um 14,3 Prozent. Der andere Teil der Kostensteigerung entfällt vor allem auf höhere Kapitalkosten als Folge der geringeren Auslastung der Betriebsanlagen. Niemand kann doch ernstlich annehmen, daß durch eine Verteuerung der Produktion weniger Arbeitslosigkeit erreicht wird. Ein Großteil der heutigen Arbeitslosigkeit ist doch das Ergebnis zu hoher Produktionskosten.

WELT: Andere Gewerkschaften, wie zum Beispiel die IG Chemie, bevorzugen die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Wäre das ein gangbarer Weg für die Arbeitgeber?

Thiele: Auch hier spielt die Kostenfrage die alles entscheidende Rolle. Bislang ist auf die Frage, wer kann und soll die Kosten tragen, noch keine Antwort gegeben worden. Der Staat hat dafür kein Geld. Und wenn die Unternehmen dafür zur Kasse gebeten werden, wird es keine Beschäftigungseffekte geben.

WELT: Die IG Metall fordert Arbeitszeitverkürzung bei „vollem Lohnausgleich“. Kann die Arbeitszeitverkürzung nicht wenigstens teilweise aus dem Produktivitätszuwachs finanziert werden?

Thiele: Der Produktivitätszuwachs ist der Verteilungsspielraum, aus dem alles finanziert werden muß, ob es sich nun um Einkommenssteigerungen, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung oder Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung handelt. Die Produktivität steigt voraussichtlich pro Jahr um 2 bis 2,5 Prozent. Schon eine Stunde Arbeitszeitverkürzung ist selbst beim Verzicht auf jede Lohnerhöhung nicht kostenneutral, und um die 35-Stunden-Woche kostenneutral zu verwirklichen, wären entweder zweistellige Lohnsenkungen oder eine Lohnerhöhungspause von sechs bis sieben Jahren erforderlich.

WELT: Können durch Arbeitszeitverkürzungen überhaupt Erwerbslose vom Arbeitsmarkt geholt werden?

Thiele: Entscheidend für die Arbeitsmarktwirkung ist einmal die Vermeidung von Mehrkosten, zum anderen die Einbindung solcher Maßnahmen in ein Gesamtkonzept, das darauf abzielt, soviel Wachstum wie möglich zu erreichen. Auch wir wissen, daß Wachstum allein wahrscheinlich unsere Beschäftigungsprobleme nicht lösen wird. Aber gerade deshalb sollte alles vermieden werden, was mögliches Wachstum gefährdet. Und mehr Wachstum gibt es nicht durch höhere Personalkosten, sondern nur durch mehr Wettbewerbsfähigkeit und bei besseren Erträgen, die Investitionen in neue Arbeitsplätze lohnend machen. Deshalb muß man sich auch von dem Irrglauben lösen, daß generelle Arbeitszeitverkürzungen jeglicher Art einen entscheidenden Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit darstellen.

WELT: Die Arbeitgeber lehnen Arbeitszeitverkürzungen nicht prinzipiell ab. Denkbar seien betrieblich ausgerichtete Modelle der Arbeitszeitflexibilisierung. Wie kann ein solches Modell aussehen?

Thiele: Das Angebot zur vermehrten Teilzeitarbeit ist ein solches Modell. Nach einer Meinungsumfrage sind beispielsweise 47 Prozent der weiblichen Arbeitnehmer in der Metallindustrie daran interessiert, auch unter Inkaufnahme von entsprechenden Einkommensverzichten, weniger als 40 Stunden pro Woche zu arbeiten. Auch 31 Prozent aller Männer würden ein solches Angebot in Erwägung ziehen, wobei das Interesse insbesondere bei jüngeren Arbeitnehmern stärker verbreitet ist. Das ist allein in der Metallindustrie ein Potential von mehr als eine Million Arbeitnehmern. Ein anderes Modell wären bewegliche Arbeitszeiten, um so den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Schwankungen in der Auftrags- und Produktionslage statt durch einen sonst notwendigen Personalabbau mit Hilfe variabler Arbeitszeiten aufzufangen. Voraussetzung wäre aber auch hier neben der Berücksichtigung der betrieblichen Belange, daß die Regelungen auch für betroffene Arbeitnehmer auf Freiwilligkeit beruhen.

WELT: Glauben Sie, daß Sie die Gewerkschaften dafür gewinnen können?

Thiele: Auch die Gewerkschaften wollen den Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir werden uns bemühen, unseren Sozialpartner davon zu überzeugen, daß unsere Überlegungen und Angebote der richtige Weg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind.



Dr. Wolfram Thiele, Präsident von Gesamtmetall FOTO: SVEN SIMON

WERKZEUGMASCHINEN / Erfolgreiche Messe

Führungsposition bestätigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie fühlt sich in ihrer Position als weltgrößter Exporteur dieser Branche durch das Ergebnis der Fünften Europäischen Werkzeugmaschinen-Ausstellung (Emo) bestätigt. Diese (vom 10. bis 18. Juni) in Paris durchgeführte und von 1500 Ausstellern aus 32 Ländern beschickte internationale Messe kam für uns zum richtigen Zeitpunkt, erklärte der Präsident des deutschen Fachverbands, Bernhard Kapp, gegenüber der WELT.

Vor allem in der Bundesrepublik könne jetzt kein Zweifel mehr bestehen, daß der wirtschaftliche Wiederaufschwung kommt. Zwar werde davon die Werkzeugmaschinen-Industrie „als letzte in der Reihe“ profitieren. Aber gerade jetzt komme es darauf an, die späteren Investoren ins rechte Bild zu setzen. In welchem Umfang sie dann Werkzeugmaschinen kauften, bliebe allerdings noch abzuwarten.

Kapp ist auf Grund des Messeergebnisses davon überzeugt, daß die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz durchweg einen beachtlichen Qualitätsvorsprung besitzt. Das gelte auch gegenüber der japanischen Werkzeugmaschinen-Industrie. Es sei falsch, in diesem Bereich von einem Innovationsvorsprung der Japaner zu sprechen.

Der Standfläche nach nahm die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie in Paris den ersten Platz ein, gefolgt von Italien, Frankreich und der Schweiz. Die Besucherzahl war höher als bei der letzten Emo vor zwei Jahren in Hannover. Die zahlreichen technischen Neuheiten fanden großes Interesse. Die Auftragsverhandlungen wurden durchweg aber als „schwierig“ bezeichnet.

Zum Frankreich-Geschäft äußerten sich die deutschen Aussteller zurückhaltend. Auf Grund der jüngsten Pariser Stabilisierungspolitik sei wohl so schnell nicht mit einer Wiederbelebung der französischen Investitionsgüterkonjunktur zu rechnen. Die „Kauf-französisch“-Welle hat nach Angaben Kapps bisher noch keinen „massiven“ Einfluß auf den deutschen Werkzeugmaschinen-Export nach Frankreich gehabt. Trotz aller finanziellen Hilfen für nationale Werkzeugmaschinen suche der Kunde schließlich doch überragende (deutsche) Qualität.

FRANKREICH / Textil-Hilfe verlängert

Deutliche Leistungsabstriche

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat das von ihr im März 1982 beschlossene Hilfsprogramm zugunsten der Textil- und Bekleidungsindustrie um ein weiteres Jahr verlängert. Sie trägt dabei den von der EG-Kommission erhobenen Einwänden teilweise Rechnung. Deren Klage vor dem Europäischen Gerichtshof ist aber noch anhängig.

Nach dem bisherigen Verfahren wurden die Sozialbeiträge der Unternehmen entsprechend ihrer Investitions- und Neueinstellungszusagen um zwölf, zehn oder acht Prozent von der Staatskasse zurückerstattet. Davon machten 1982 insgesamt 2785 Unternehmen mit 350 000 Beschäftigten (zwei Drittel der Branchenbelegschaft) Gebrauch. In den Genuß der zwölfprozentigen Ermäßigung kamen 1647 und in den der zehnprozentigen 400 Unternehmen, während nur 24 Unternehmen die achtprozentige Ermäßigung beanspruchten.

Nunmehr sind die Erstattungssätze der beiden letzten Kategorien auf sechs und vier Prozent reduziert worden. Der zwölfprozentige Satz bleibt zwar beibehalten, seine Inanspruchnahme ist aber an wesentlich verschärfte Bedingungen geknüpft. Diese Unternehmen müssen sich nicht nur zu höheren Investitionen als bisher verpflichten, sondern auch den Bestrebungen der Regierung nach einer besseren Arbeitsteilung stärker Rechnung tragen.

Unter diesen Umständen erwartet man, daß von dem neuen Hilfsprogramm in wesentlich geringerem Umfang Gebrauch gemacht wird als von dem alten, zumal sich die französische Textilkonjunktur inzwischen stark verschlechtert hat.

Im vergangenen Jahr hatte die Branche durch die Ermäßigung ihrer Soziallasten insgesamt 1,2 Milliarden Franc eingespart. Gleichzeitig wurde der Abbau von Arbeitsplätzen von 40 000 in 1981 auf 8000 vermindert. Zunächst hatte die Regierung das Hilfsprogramm auf 2,5 Milliarden Franc (für 1982) beziffert; dadurch sollten die Investitionen der Textil- und Bekleidungsindustrie um etwa fünf Milliarden Franc gesteigert werden.

In tiefer Trauer geben wir zur Kenntnis, daß der hochverehrte Seniorchef unserer Unternehmensgruppe

Ernst Kleine

am 18. Juni 1983 im Alter von 72 Jahren verschieden ist.

Sein Leben war unermüdliches Schaffen. Mit Verantwortungsbewußtsein, unternehmerischem Weitblick und ausgeprägtem Pflichtgefühl führte er unsere Unternehmensgruppe zu ihrer heutigen Bedeutung.

Sein Denken und Wirken war in guten wie in schlechten Zeiten in aller Selbstverständlichkeit seinem Unternehmen und seinen Mitarbeitern gewidmet.

Sein Vorbild ist uns Verpflichtung.

In großer Dankbarkeit und Achtung bewahren wir ihm ein ehrendes Andenken.

Beirat, Geschäftsführung, Betriebsräte und Mitarbeiter der

Franz Kleine Landtechnik GmbH + Co., Salzkotten
Franz Kleine Maschinenfabrik GmbH + Co., Salzkotten
FKS-Fahrzeugvertrieb GmbH + Co., Salzkotten
Rudolf Simmerling GmbH + Co., Bielefeld
Heinrich Bielefeld, GmbH + Co. KG, Selm-Bork

Trauerfeier am Mittwoch, dem 22. Juni 1983, 13.00 Uhr in der Schützenhalle in Salzkotten, anschließend Requiem in der Pfarrkirche St. Johannes, Salzkotten.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt. Anstelle von Kranz- und Blumenspenden erbittet der Entschlafene eine Geldspende für den gemeinnützigen „Verein Kinderheim Siebenstern e. V.“, Bankkonto: Deutsche Bank AG Paderborn, Konto 531 390 360, BLZ 472 700 29.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71

PAUL HARTMANN / Gut gepolsterte Bilanz

Kraftakt bei Investitionen

W. NEITZEL, Heidenheim

Mit einem Investitionskraftakt, der die gesamten Anlagezugänge in diesem und im nächsten Jahr auf fast 50 Mill. DM hochschnellen läßt, setzt die Paul Hartmann AG, Heidenheim, einer der führenden Verbandstoff- und Hygiene-Artikel-Hersteller, in ihrer Wachstumspolitik neue Zeichen. Von diesem Volumen entfallen allein über 20 Mill. DM auf Bauinvestitionen für Lagerprojekte in Heidenheim und Hannover, für eine Erweiterung des Verwaltungsgebäudes und für ein neues Sozialgebäude. Im vergangenen Jahr wurden 6,5 (8,4) Mill. DM investiert und 9,8 (9,6) Mill. abgeschrieben.

Angesichts einer gut gepolsterten Bilanz (fast 55 Prozent Eigenkapitalquote) und der hohen Ertragskraft fällt die Finanzierung nicht schwer. Ausbaupläne hat das Unternehmen auch in Frankreich, wo Hartmann bisher mit drei Werken und rund 300 Beschäftigten operiert.

„Wir haben Europa weiter im Auge", konstatiert Vorstandsvorsitzender Reinhard Bauer, ohne dies jedoch zu präzisieren. Das Stammhaus will seinen Belegschaftsstand (Ende 1982: 1842 Mitarbeiter) „deutlich aufstocken".

Im Geschäftsjahr 1982 war der Bruttoumsatz der Gruppe konsolidiert um 10,7 Prozent auf knapp 500 Mill. DM angestiegen. Der Auslandsanteil daran verbesserte sich auf 24 Prozent, wobei das Wachstum im Auslandsgeschäft mit einer Steigerungsrate von 45 Prozent brillierte. Die Kostendämpfung in der Krankenversicherung und ihre Auswirkungen drückte dabei das Wachstum im medizinischen Bereich, auf den zwei Drittel der Inlandsumsätze entfallen, wie auch im Apothekensektor die Mengenumsätze stagnierten. Die Diversifikation, die beispielsweise in Richtung Hygieneartikel noch weiter forciert wird, schuf wertvollen Ausgleich.

Unter dem Strich weist Hartmann einen Jahresüberschuß von 10,6 (10,2) Mill. DM aus. Ausgeschüttet werden 7 + 1 Prozent (Vorjahr: 7,5 Prozent) auf 29,8 Mill. DM alte Aktien und 4 Prozent auf 3 Mill. DM junge Aktien aus der letzten Kapitalerhöhung.

BAYERN-VERSICHERUNG / Rohüberschuß um fast 20 Prozent gestiegen

Gewinnbeteiligung wird verbessert

DANKWARD SEITZ, München

An der überaus guten Geschäftsentwicklung der Bayern-Versicherung, Öffentliche Lebensversicherungsanstalt für Bayern und die Pfalz, sollen künftig die Versicherten stärkeren Anteil haben. Wie Vorstandsvorsitzender Hubert Pestenhofer bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982 mitteilte, wird zusätzlich zum 3prozentigen Rechnungszins ab 1984 ein Teil des Jahresüberschusses durch eine Direktgutschrift in Höhe von 2 Prozent des Kundenguthabens den Versicherten sofort zugeteilt und nicht mehr erst der Gewinnrückstellung zugeführt.

Darüber hinaus wurde beschlossen, ebenfalls ab 1984 die Gewinnbeteiligung der Kunden für kapitalbildende Lebensversicherungen um 15 Prozent anzuheben. Dies gilt, wie Pestenhofer betonte, auch für bereits bestehende Verträge. Begründet wird diese Entscheidung mit der guten Entwicklung der Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen, dem günstigen Risikoverlauf und den niedrigen Verwaltungskosten. Pestenhofer: „Wir gehören nicht zu den Unternehmen, die die Zins- und Risikogewinne zur Kostendeckung verwenden müssen!" Er zeigte sich überzeugt, daß die erhöhte Gewinnbeteiligung auch auf Dauer durchgehalten werden kann, zumal 95 Prozent der Aktiva der Vermögensanlage dienten.

Aufgrund der gestiegenen Kapitalerträge, günstiger Kostenentwicklung und Risikoverlaufs erwirtschaftete die Bayern-Versicherung 1982 mit 219,2 Mill. DM einen um 19,9 (17,8) Prozent höheren Rohüberschuß. Rund 217 Mill. DM (99 Prozent) gingen in die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung. Beim Neugeschäft spürte das Unternehmen wie die gesamte Lebensversicherungsbranche die Konjunkturschwäche. Mit 2,1 Mrd. DM Versicherungssumme wurde das Vorjahresergebnis – es war allerdings mit 2,2 Mrd. DM das höchste in der Geschichte der Bayern-Versicherung – um 5,4 Prozent verfehlt. Die Stückzahl blieb mit rund 58 800 Verträgen (minus 1,9 Prozent) unwesentlich unter dem 81er Wert. Den größten Anteil am Neugeschäft hatte mit 1,51 Mrd. DM wiederum die Kapitalversicherung.

In den ersten fünf Monaten 1983 war, so Pestenhofer, eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Die Stückzahl des eingelösten Neugeschäfts lag um 19 Prozent über der entsprechenden Vorjahreszahl. Auch die Stornoquote habe sich nicht verschlechtert. Der Versicherungsstand liege per Ende Mai knapp unter 18 Mrd. DM.

Bayern-Versich.	1982	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	16 932	+ 9,3
Eingel. Neugeschäft	2 066	– 5,4
Beitragseinnahmen	545	+ 2,1
Aufw. f. Vers.-Fälle	167	+ 5,0
Kapitalanlagen [1]	3 855	+ 13,2
Kapitalerträge [2]	268	+ 17,8
Aufw. f. Beitr.-Rückerst.	217	+ 19,3
Rückst. f. Beitr.-Rückerst.	615	+ 19,6

	1982	1981
Stornoquote [3]	3,1	2,9
Verw.-Kostenquote [4]	3,9	4,0
Abschl.-Kostenquote [5]	34,8	33,6
Überschußquote [6]	40,1	34,2

[1]) ohne Depotford.; [2]) Durchschnittsrendite: 7,4 (7,1) Prozent; [3]) Rückk., Umwandlg. in beitr.-freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.-Beträge in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6]) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

HAKO-WERKE / Auftragseingänge steigen

Stütze durch den Export

JAN BRECH, Hamburg

Seit Ende April dieses Jahres spürt die Hako-Werke GmbH & Co, Bad Oldesloe, eine merkliche Verbesserung der Auftragseingänge. Das Unternehmen, das in Europa zu den führenden Herstellern von Maschinen für die Betriebsreinigung und Grundstückspflege zählt, wird nach Angaben des geschäftsführenden Mitgesellschafters Tyll Necker mit einiger Sicherheit die Umsätze des Vorjahres wieder erreichen.

Dies gilt, obwohl der Beginn des Jahres schwach war. Im Inland blieb die Investitionsbereitschaft der Industrie und Kommunen verhalten, im Bereich der Privatgartenpflege drückten Lagerbestände auf die Ordertätigkeit. Auch im Ausland konnte Hako die Ergebnisse des Vorjahres nicht wiederholen.

Im Export kommt Hako freilich von einem hohen Niveau. Die Aufträge aus dem Ausland, so betont Necker, seien 1982 um insgesamt 20 Prozent und die Exporterlöse um 15 Prozent gestiegen. Kräftige Zuwachsraten habe es vor allem in den USA, Japan, England und einigen Ländern des Nahen und Mittleren Osten gegeben.

Die Erfolge auf den Auslandsmärkten kompensierten das schwache Inlandsgeschäft. Neben allgemein geringer Investitionsneigung erschwerte ein extrem warmer Sommer 1982 und ein schneearmer Winter 1982/83 das Hako-Geschäft im Inland. Auftragseingänge und Umsätze gingen am deutschen Markt um 4 Prozent zurück.

Als gesamten Gruppenumsatz weist Hako für das Berichtsjahr unverändert 136 Mill. DM aus. Die Stagnation ist durch die Umrechnung der Außenumsätze der 9 ausländischen Tochtergesellschaften in DM bedingt. Durch den Anstieg des DM-Kurses zum Jahresende gegenüber den meisten Fremdwährungen ist die Rechenbasis negativ beeinflußt worden.

Zufriedenstellend nennt Necker das Ergebnis, das dank intensiver Maßnahmen zur Kostensenkung und Rationalisierung positiv blieb. Allerdings konnte das Betriebsergebnis des Vorjahres nicht gehalten werden. Der Ausgleich besser kalkulierter Inlandsumsätze durch Lieferungen in besonders hart umkämpfte Preismärkte wie USA und Japan sei der Beschäftigungslage, nicht aber den Deckungsbeiträgen zugute gekommen, erklärt Necker. Die Zahl der Mitarbeiter in der Gruppe ging um 6,7 Prozent auf 970 zurück.

Eine Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum erwartet Necker in den Jahren ab 1984. Ende 1983 und Anfang 1984 sei die Markteinführung einer Reihe wichtiger Produktneuentwicklungen geplant. Sie sollen bei den Auftragseingängen und den Umsätzen zu einer deutlichen Belebung führen.

BERLINER INDUSTRIEBANK / Neue Arbeitsplätze

Investitionen verdoppelt

PETER WEERTZ, Berlin

Über eine „signifikante Verbesserung des Investitionsklimas" berichtet die Berliner Industriebank AG, die in Berlin ausschließlich Investitionen finanziert. Wie Vorstandsmitglied Bruno Schröder mitteilte, hat sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres die Zahl der Kreditanträge um 42 Prozent auf 196 und das durch diese Anträge mitfinanzierte Investitionsvolumen sogar um 110 Prozent auf 791 Mill. DM erhöht.

Die Zahl der Kreditanträge weist nach Ansicht von Schröder auf eine breite Belebung der Investitionstätigkeit hin. Allerdings waren darüber hinaus auch Sondereinflüsse wie der Fristablauf der Investitionszulage zum Jahresende und die Neubauvorhaben der AEG wirksam. Als freundlich bezeichnet Schröder außerdem die Entwicklung der Existenzgründungsdarlehen im Rahmen des Strukturprogramms des Senats für neue Arbeitsplätze. Hier ist die Zahl der Anträge 1983 bisher auf 76 (Vorjahr 63) gewachsen. Gleichzeitig wirke sich schon die reformierte Berlin-Förderung aus.

Aufgrund einer Bilanzanalyse von 500 mittelständischen Unternehmen der Berliner Industrie hat das Institut bei diesen Betrieben eine im Durchschnitt günstige Bilanzstruktur festgestellt. Die Eigenkapitalquote und die Umsatzrendite liegen über dem Durchschnitt im Bundesgebiet. Allerdings hat sich auch hier die Rentabilität verschlechtert.

Im vergangenen Jahr sind trotz „robuster Investitionsneigung" der ansässigen Berliner Industrie die Kreditzusagen auf 702 (800) Mill. DM und das damit finanzierte Kreditvolumen auf 1,1 (1,2) Mrd. DM zurückgegangen. Die Bilanzsumme stieg 1982 um 7,7 Prozent auf 4,1 Mrd. DM und der Jahresüberschuß auf 19,8 (12,5) Mill. DM.

Für 1982 wird die Bank wieder ihre Standarddividende von 6 Prozent auf das Aktienkapital von 65 Mill. DM ausschütten. Die Eigenmittel wurden durch die Dotierung der Rücklagen mit 9 (6,05) Mill. DM gestärkt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Eichbaum gut im Markt

Mannheim (VWD) – Die Eichbaum-Brauereien AG, Mannheim, hat sich 1982 am stagnierenden Biermarkt gut behauptet. Bei einem um 4,4 Prozent auf 968 100 hl erhöhten Getränkeausstoß konnten mit einer Zunahme des Bierabsatzes um 2,2 Prozent auf rund 797 000 hl Marktanteile hinzugewonnen werden. Der Umsatz stieg um 6,2 Prozent auf 111,36 (104,82) Mill. DM. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags wurden an die Henninger-Bräu AG 1,44 (1,83) Mill. DM Gewinn abgeführt. Die freien Aktionäre erhalten die Garantiedividende von 5 DM je Aktie.

Ford-Jubiläum

Köln (DW.) – Ihr 80jähriges Bestehen feiert die Ford Motor Company. Das Unternehmen, das 1903 mit einem Startkapital von 28 000 Dollar gegründet wurde, hat sich zum zweitgrößten Automobilproduzenten der Welt entwickelt. Der Umsatz 1982: über 37 Mrd. Dollar. Bisher verließen mehr als 175 Mill. Pkw, Lkw und Traktoren die Ford-Produktionsstätten. Etwa 300 Montagewerke, Entwicklungszentren, Niederlassungen und Verkaufsorganisationen in 29 Ländern der Erde bieten 380 000 Mitarbeitern Beschäftigung. Ford Deutschland beschäftigte davon über 49 000 Mitarbeiter in den Werken Köln, Genk, Saarlouis, Wülfrath und Düren. Die deutsche Produktion erreichte 1982 rund 800 000 Fahrzeuge.

Rückgang bei Hoffroche

Grenzach-Wyhlen (dpa/VWD) – Die deutsche Hoffmann-La Roche AG, Grenzach-Wyhlen, Tochtergesellschaft des schweizerischen Chemiekonzerns Hoffmann-La Roche, Basel, mußte im Geschäftsjahr 1982 einen leichten Rückgang ihres Umsatzvolumens und auch ihres Gewinns hinnehmen. So gingen die Umsatzerlöse auf 693,2 (701,4) Mill. DM und der Rohertrag auf 332,2 (325,6) Mill. DM zurück. Der Jahresüberschuß reduzierte sich auf 30,6 (33,1) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 31,3 (33,7) Mill. DM wurde eine Dividende von 255 (275) DM je Aktie auf unverändert 120 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

Arbeitsplätze gefährdet

Straßburg (dpa) – Die über 200 Arbeitsplätze der seit 1968 bestehenden französischen Neckermann Tochtergesellschaft in Straßburg sind durch schlechte Geschäftsergebnisse möglicherweise gefährdet. Wie bekannt wurde, liegen die Hauptschwierigkeiten in der fehlenden Anpassung an die Nachfrage auf dem französischen Markt. Vorgeschlagen wird deshalb eine Verringerung des Warenangebots und gleichzeitig verstärkte Werbung für Lagerposten.

KÖRTING / Heiz- und Wärmetechnik weiter positiv

Mit letztem Jahr zufrieden

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Körting Hannover AG, die 1982 nach mehreren Jahren des Rückgangs eine durchaus günstige Entwicklung verzeichnete, beurteilt das Geschäftsjahr 1983 wieder zurückhaltend. Nach Angaben des Vorstands gilt dies vor allem für den Bereich Strahlpumpem und Vakuumtechnik. Die schleppende Nachfrage nach neuen Anlagen sei durch die weiterhin positive Entwicklung der Sparte Heiz- und Wärmetechnik nur bedingt zu kompensieren. Insgesamt rechnet Körting mit einem „bestenfalls geringen nominalen Wachstum". Real dürfte sich die Position eher leicht abschwächen.

In den ersten fünf Monaten 1983 blieb der Umsatz mit 23,9 Mill. DM nicht nur unter dem Planansatz (25,3 Mill. DM), sondern auch unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis (24,3 Mill. DM). Der Auftragsbestand lag Ende Mai bei 13,9 (im Vorjahr: 14,1) Mill. DM. Der stark exportabhängige Bereich Strahlpumpen und Vakuumtechnik (85 Prozent) werde von der weltweiten Investitionszurückhaltung in erheblichem Maße beeinträchtigt.

Zufrieden äußert sich der Vorstand zu den Ergebnissen des Geschäftsjahres 1982. An der Umsatzsteigerung um 6 Prozent auf 58,5 (55,5) Mill. DM waren die Wärmetechnik mit 32,8 (30,8) Mill. DM und die Sparte Strahlpumpen und Vakuumtechnik mit 26 (24,7) Mill. DM beteiligt. Aus dem Jahresüberschuß von 1,23 (0,93) Mill. DM werden 0,52 (0,38) Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen. Auf die Stammaktien von 4,8 Mill. DM werden 7 (6) Prozent und auf 4,2 Mill. DM Vorzugsaktien 9 (8) Prozent Dividende ausgeschüttet.

Körting investierte im Berichtsjahr 0,94 (0,44) Mill. DM. Die Abschreibungen erreichten 0,63 (0,6) Mill. DM. In der Bilanz wird das Eigenkapital mit 12,9 (11,8) Mill. DM ausgewiesen. Gemessen am Anlagevermögen (3,05 Mill. DM) errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 422,5 Prozent.

BÜROTECHNIK / IBM erwirbt 15-Prozent-Anteil an der Rolm Corp.

Ein weiterer Schritt in neue Märkte

H.-A. SIEBERT, Washington

Einen ersten Schritt hat die International Business Machines Corp. (IBM) unternommen, um Informations- und Kommunikationstechnik zu integrieren. Der größte Computerhersteller der Welt beteiligt sich, wie ein Sprecher des Konzerns mitteilte, mit zunächst 15 Prozent an der Rolm Corp., die vor 14 Jahren in Santa Clara, Kalifornien, gegründet wurde. Im vergangenen Jahr hat Rolm nahezu 0,4, IBM mehr als 34 Milliarden Dollar umgesetzt.

Rolm – einer der größeren der relativ neuen Branche – fertigt Telefongeräte und Telefonausrüstungen. Rund 85 Prozent des Geschäfts entfallen auf „Private Branche Exchanges" (PBX) – komplexe Telefonvermittlungen, die praktisch Computer darstellen und auf elektronischem Wege Nachrichten übermitteln, als automatischer Wähldienst verwendet werden und das über mehrere Orte verzweigte Telefonsystem eines Unternehmens in ein Datennetz verwandeln können.

Der Schachzug, der von der Antitrustabteilung des US-Justizministeriums noch abgesegnet werden muß, ist ein Beispiel gekonnter unternehmerischer Planung: IBM und Rolm verfügen gemeinsam über eine Produktionspalette für das „Büro der Zukunft", in dem lokale und zentrale Computer Daten und gesprochene Mitteilungen weitergeben. Gestärkt wird die Position von IBM hinsichtlich der Koppelung der Computer mit den Datenbanken. Der Konzern kann damit gegen American Bell, die nach der Zerschlagung von AT&T geschaffene neue Gerätetochter, antreten.

Fachleute in den USA veranschlagen das Wachstumspotential des PBX-Marktes auf jährlich 25 Prozent. Bei neuen Verkäufen hat AT&T einen Anteil von 50 Prozent erobert, während Rolm für sich zwölf Prozent verbuchen kann, und zwar in den teureren Kategorien. Hier kosten die Einheiten zwischen 100 000 und eine Million Dollar.

Für das Engagement, das auf 30 Prozent ausgedehnt werden kann, zahlt IBM 228 Millionen Dollar (514,3 Millionen Mark). Vereinbart haben beide Unternehmen eine enge Kooperation im Ausland, vermutlich über Joint Ventures. Dort verfügt IBM bereits über eine starke Position. Genannt wurden Westeuropa und vor allem Japan. Zusammen mit Rolm kann IBM Dienste anbieten, die von Computern bis zu elektronischen Schaltzentralen und Datenübermittlungen durch die Satellite Business Systems reichen, die der Konzern zusammen mit Comsat und der Aetna Life & Casualty Co. betreibt.

Dieser Zugriff von IBM in bisher fremde technologische Bereiche ist nicht der erste. Im Dezember erwarb der Konzern für 250 Millionen Dollar eine Beteiligung von zwölf Prozent am Halbleiter-Hersteller Intel. Außerdem gründete IBM Partnerschaften mit japanischen Elektronikfirmen.

RENTENMARKT / Im Schlepptau der USA

Weitere Zinsstabilisierung

Der deutsche Rentenmarkt schwimmt weiter im Schlepptau der amerikanischen Zinsentwicklung. Er hat in der vorigen Woche alle ihre Zickzackbewegungen mitgemacht und sich dabei per saldo weiter stabilisiert. Die Renditen gingen geringfügig zurück. In dieser aufgehellten Landschaft kam die achtprozentige Niedersachsen-Anleihe, die mit zehnjähriger Laufzeit zu 99 Prozent emittiert wurde, ganz gut an. Verschiedentlich sind jetzt wieder vorsichtige Meinungskäufe zu beobachten, auch von Berufshändlern, die glauben, die Zinsen würden nun nicht mehr weiter steigen. Einige Hoffnungen werden auch auf den großen Kupontermin am 1. Juli gesetzt, der zu einer Stärkung des Marktes beitragen könnte, wenn, so muß einschränkend hinzugefügt werden, keine neuerlichen Störungen aus den USA kommen, wo neuerdings auch einige Anzeichen für eine Aufhellung des Zinshorizonts zu erkennen sind. (cd.)

Emissionen	17.6. 83	10.6. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,60	7,64	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,45	7,47	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,90	7,93	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,73	7,68	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,77	7,91	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,49	7,58	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,20	8,37	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,77	7,89	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,06	8,08	8,45	10,32	8,32



Rhein-Sieg-Kreis

Eingefleischte Bonner rümpfen die Nase. Im Gefühl, Einwohner der Bundeshauptstadt zu sein, umgeben vom Flair diplomatischer Noblesse, ist der Rhein-Sieg-Kreis mit seinem Hauptgebiet fern hinter den sieben Bergen für sie Provinz, tiefste Provinz.

Naja, ab und an, wenn es sich unter gar keinen Umständen vermeiden läßt, überquert man den Rhein, um auf der „scheel sick", dem Hort der Einfalt frei übersetzt, einen Sonntagsausflug im Siebengebirge zu genießen. Bis nach Königswinter oder Bad Honnef, selbst zur Margarethenhöhe, dem Schnittpunkt des Siebengebirges, wagen sie sich vor. Doch was dahinter beginnt, scheint ferner als Tibet. Treiben nicht Kobolde im Dickicht der dichten Wälder ihr Unwesen? Wie, dort leben die Menschen auch schon in Steinhäusern und nicht in Baumhütten.

Tatsächlich, in ihrer großstädtischen Arroganz ist den meisten Bonnern entgangen, daß ihnen in den „Hinterwäldlern" ein Konkurrent erwachsen ist. Der Rhein-Sieg-Kreis hat sich gemausert, sowohl im Wirtschaftlichen als auch in seiner Besiedlungsdichte. Wo einst Trecker das Straßenbild beherrschten, bestimmen jetzt Autos der gehobenen Mittelklasse das Bild.

Unternehmer und vor allem die Neubewohner des Kreises, die aus allen Ecken der Republik im Rhythmus der Regierungswechsel in die Bundeshauptstadt kamen und kommen, um die geräumten Sessel ihrer parteipolitischen Gegner wieder zu besetzen, haben die Entwicklung gezwungenermaßen mitbekommen. Ebenso wie Firmen mußten auch sie sich im Rhein-Sieg-Kreis ansiedeln, da die Enge Bonns weder ausreichend Raum für die Industrie noch für großflächige Wohnbauprojekte bietet. Sichtbarstes Zeichen sind die Quadratmeterpreise, die Angestellte und Beamte mit durchschnittlichem Einkommen beim Kauf eines Hauses in den finanziellen Ruin treiben würden.

Was lag näher, als sich unmittelbar vor der Haustür anzusiedeln, zumal dort nach der Neuordnung Raum in Hülle und Fülle vorhanden war. Die Landwirte des Kreises sahen es mit Wohlgefallen und wechselten den Beruf. Entweder wurden sie Rentiers oder gaben den Bau eines Wohnhauses nach dem anderen in Auftrag. Kein Wunder, daß der Rhein-Sieg-Kreis mit einem Paradoxon aufwarten konnte. Obwohl die Bevölkerung wegen des Pillenknicks in fast allen Teilen der Republik stagnierte, stieg sie im Kreis kontinuierlich an. Und die Entwicklung ist ungebrochen.

Solch dynamischen Aufschwung nehmen die Bundeshauptstädter – wenn überhaupt – nur widerwillig zur Kenntnis.

Einsichtsvoller sind die Kölner in ihrer unangefochtenen Großstadtstellung. Für sie war der Kreis schon immer liebevolles Hinterland. Landsitze der „colonialen Creme", vor allem in den Bergregionen Lohmar, Neunkirchen, Seelscheid oder Ruppichteroth mit ihrer würzigen Luft aus Wald, Acker und Bauernhof, zeugen von der Verbundenheit der Metropole mit der Provinz. Sie behandelten den Kreis immer wie einen kleinen Bruder, der mittlerweile gelernt hat, sich selbstbewußt im Kreis der „Erwachsenen" Bonn und Köln zu bewegen. Hig

Nachbarschaft zur Hauptstadt erwies sich als unbezahlbar

Wachsendes Straßennetz lockte Industrie an / Das Stiefkind sitzt im Osten

Von GEORG BAUER

Der Charakter des Rhein-Sieg-Kreises ist mit einem Wort zu erfassen: Vielfalt. Dies gilt nicht nur für die Unterschiede in der Landschaft, sondern ebenso für die Wirtschaft, die sich in dem Gebiet an Rhein und Sieg niedergelassen hat.

Während der Osten mit den Gemeinden Eitorf, Hennef, Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichteroth und Windeck, von wenigen Industrieunternehmen abgesehen, vorwiegend agrarwirtschaftlich ausgerichtet ist, ist das mittlere Kreisgebiet das pulsierende Herz des „Kragenkreises". Hier konzentrieren sich in den Städten Siegburg, Troisdorf und St. Augustin Industrie, Handel und Verwaltung mit zunehmender Intensität. Die Zusammenballung der Teilregion ist sichtbarstes Zeichen dieser Entwicklung.

Als Mischgebiet kann der Westen des Kreises, die sechs Gemeinden Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg verstanden werden. Neben einer noch dominierenden Land- und Forstwirtschaft mit einer ausgeprägten Obst- und Gemüsekultur hat sich vor allem der Raum Meckenheim–Wachtberg zu einem industriellen Nebenzentrum entwickelt.

Die unmittelbare Nachbarschaft zur Bundeshauptstadt erwies sich als unbezahlbarer Vorteil. Dank eines wachsenden Straßennetzes wurde es für Industrieunternehmen immer attraktiver, aus dem begrenzten Raum der Bundeshauptstadt auszubrechen um sich in den Nachbargemeinden mit ihren ausgedehnten Flächen anzusiedeln. Nach dem Motto: „Wat dem eenen sin Uhl, dat ist dem annern sin Nachtigall" förderten die Gemeinden diese Entwicklung zu Lasten der Hauptstadt. Die Gemeindeväter hatten erkannt, daß – wie es in einer Analyse heißt – „das gewerbliche Potential" Bonns chancenreich genutzt werden muß.

Wie hoch das Potential tatsächlich ist, bewies Ende der 70er Jahre eine Wirtschaftsstruktanalyse. Damals waren fast 300 Unternehmen bereit, ihre Betriebe ganz oder teilweise aus der Bundeshauptstadt in den Rhein-Sieg-Kreis zu verlegen.

Doch der Schein trügt. So liegt das Bruttosozialprodukt mit knapp 14 000 Mark je Einwohner um fast 40 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Der Grund: der wirtschaftlich schwache Osten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Adolf Herkenrath erklärte hierzu: „Der starke Mittelteil und der ausgeglichene Westen müssen den ärmeren und von einer mageren Land- und Fortstwirtschaft geprägten Ostteil des Kreises mittragen."

Insgesamt arbeiteten 1970 von den fast 160 000 Arbeitnehmern im Kreis 5,8 Prozent (8860) in der Land- und Forstwirtschaft, 16,1 Prozent (24 594) in den Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr, 49,6 Prozent (75 925) im produzierenden Gewerbe und 28,5 Prozent (43 666) in sonstigen Wirtschaftsbereichen.

Absoluter Spitzenreiter im sekundären Sektor mit seinen 183 Industrieunternehmen ist die chemische Industrie, die im vergangenen Jahr einen Umsatz von mehr als zwei Milliarden Mark erwirtschaftete. An zweiter Stelle folgt der Maschinenbau mit fast einer Milliarde Mark Umsatz und – weit abgeschlagen – die elektronische Industrie, die es auf einen Umsatz von 229 Millionen Mark brachte. An vierter Stelle liegt bereits – noch vor den Branchen „Steine und Erden" oder der kunststoffverarbeitenden Wirtschaft – die Ernährungsindustrie, die mit 658 Beschäftigten allein in der Obst- und Gemüseverarbeitung einen Umsatz von 202 Millionen Mark erzielte.

Ein weiterer bedeutender Wirtschaftsfaktor des Rhein-Sieg-Kreises ist das Handwerk mit seinen fast 3000 Betrieben, in denen rund 20 000 Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen. Während von der Zahl der Betriebe her Friseure, Tischler und Bäcker am häufigsten vertreten sind, weist das Bau- und Elektrogewerbe die meisten Arbeitnehmer auf.

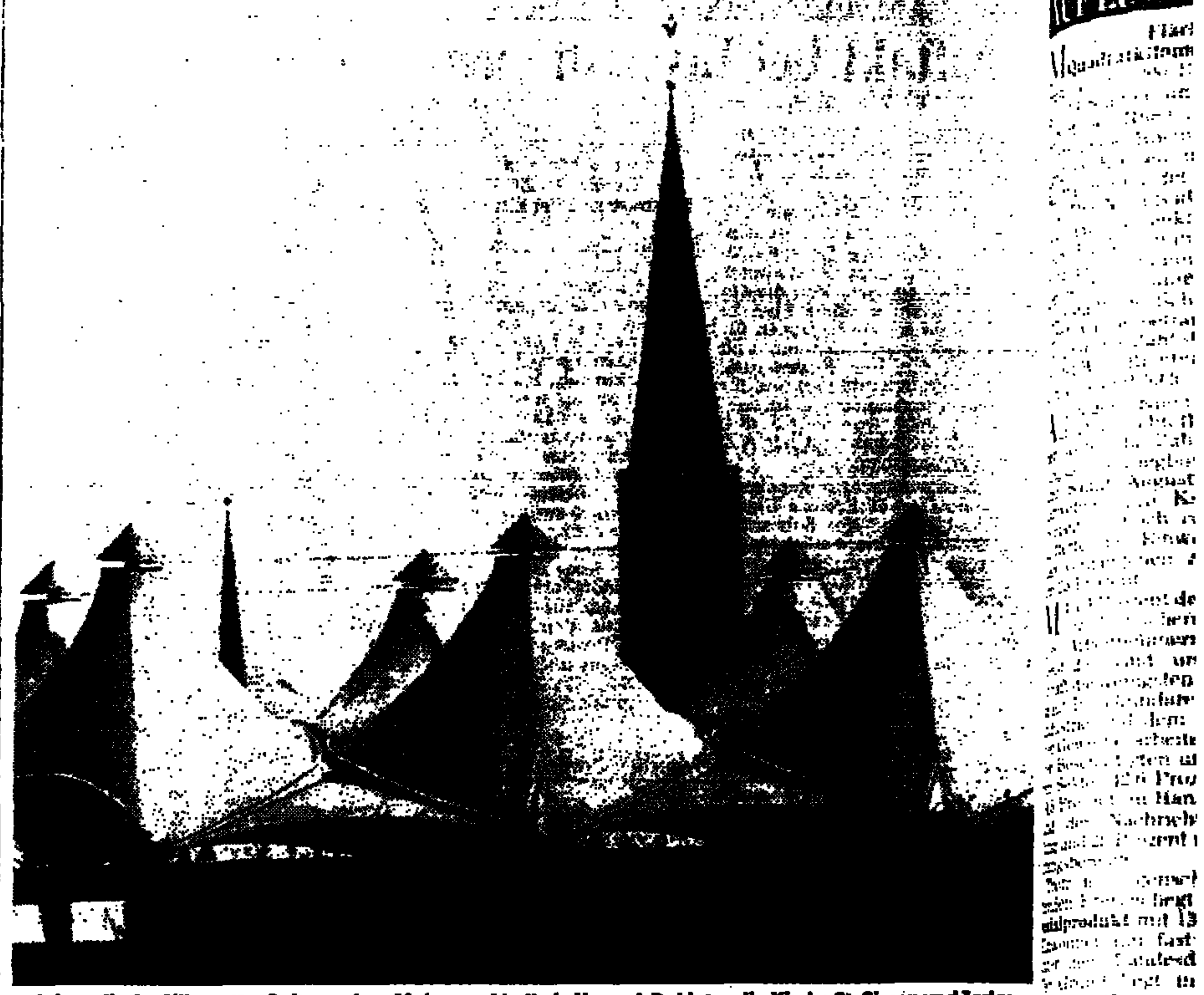
Wie bei der Industrie liegt das Schwergewicht auch beim Handwerk im mittleren Kreisgebiet. Den ersten Platz nimmt mit 3392 Beschäftigten in 293 Betrieben die Kreisstadt Siegburg ein, gefolgt von der Industriestadt Troisdorf mit 2689 Arbeitnehmern in 361 Handwerksbetrieben.

In einem Gewerbezweig übertrumpft der Osten als „Stiefkind des Rhein-Sieg-Kreises" jedoch die übrige Region. Dank einer reizvollen Landschaft, ausgedehnter Wanderwege, dichter Wälder, einer Kette von Bergen und Tälern lockt der Osten Wanderer in Scharen. Hotellerie und Gastronomie mit einer Tradition, die weit in die Vergangenheit reicht, bieten sowohl Urlaub auf dem Bauernhof als auch Erholung in noblen Luxus- und Schloßhotels, die auch den verwöhnten Ansprüchen gerecht werden.

Ein ähnlich starker Magnet für den Fremdenverkehr ist innerhalb des Kreises nur noch das Siebengebirge mit den „Weinorten" Bad Honnef und Königswinter.

Unter dem Strich, so heißt es im Kreishaus und den Rathäusern der Gemeinden, wird der Osten wohl weiter dem übrigen Raum hinterherhinken. Eine neue Straße, die den Raum stärker an das übrige Kreisgebiet hätte anbinden sollen, wurde von den Kommunalpolitikern verworfen. Der Gedanke des Umweltschutzes triumphierte über die Wirtschaft.

Insgesamt aber gibt man sich hoffnungsvoll und optimistisch – zumal in der Gemeinde Lohmar und der Berggemeinde Neunkirchen-Seelscheid. Der Grund ist die wachsende Zahl der Bonner und Kölner, die das gesündere Klima des Rhein-Sieg-Kreises der Stadtluft vorziehen.



Orientalische Silhouette: Spitzen einer Mehrzweckhalle in Hennef. Dahinter die Kirche St. Simon und Judas FOTO: DPA

Die Finanzlage drückt am schwersten

WELT-Gespräch mit dem scheidenden Oberkreisdirektor Paul Kieras

Für den Rhein-Sieg-Kreis beginnt mit dem ersten Oktober eine neue Ära. Einen Tag zuvor wird Oberkreisdirektor Paul Kieras seinem Nachfolger Walter Kiwit die Amtsgeschäfte ordnungsgemäß übergeben. Eine unerledigte Akte wird dabei kaum auf seinem Schreibtisch zurückbleiben, sofern ihre Bearbeitung aus Zeitgründen nicht verschoben werden mußte. Im „OKD", wie er respektvoll von seinen mehr als tausend Mitarbeitern im neuen Kreishaus, dem sogenannten „Kieras-Palast", genannt wurde, vereinigten sich Pflicht und Energie.

So gelang es Paul Kieras, die Kluft, die nach dem Zusammenschluß von Teilen des alten Landkreises Bonn mit dem Siegkreis die Verwaltungsarbeit zu zerstören drohte, zu überwinden. „Heute", so stellt er fest, „gibt es keine Probleme mehr." Dank des gut ausgebauten Straßennetzes im Rhein-Sieg-Kreis könne jeder Bewohner aus dem linksrheinischen Raum, selbst aus 30 bis 40 Kilometer entfernten Orten, in weniger als einer halben Stunde in der Kreisstadt sein.

Äußert doch jemand – vor allem Kommunalpolitiker aus dem Linksrheinischen – Kritik an der Neugestaltung, so wischt er sie mit dem Argument vom Tisch: Wenn die Gemeinden Bronheim, Alfter, Swisttal, Rheinbach oder Meckenheim von Bonn eingemeindet worden wären, hätten sie dasselbe Schicksal erlitten, wie die Vororte der Bundeshauptstadt, die im Zuge des Ausbaus der Kapitale zugunsten des Zentrums vernachlässigt wurden.

Gerade mit Bonn hat der Rhein-Sieg-Kreis als Hinterland so seine Probleme. Als umstrittener Dauerbrenner erweist sich vor allem das Verkehrskonzept. So macht sich der Kreis für den Bau des Ennert-Tunnels als Ost-West-Tangente zur Entlastung des Verkehrs durch das Siebengebirge stark, während die Kommunalpolitiker der Bundeshauptstadt, zumindest bis vor kurzem, den Leutertunnel als innerstädtische Nord-Süd-Verbindung favorisierten.

Die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises, eine – wie es vor Jahr und Tag bei den Gegnern in Bonn hieß – „unheilige Allianz" aller Parteien, argumentierten mit dem Hinweis auf die ständig in Ost-West-Richtung sich ausdehnende Besiedelung.

Die mit Mehrheit in Bonn regierenden Christdemokraten scheinen dies mittlerweile auch erkannt zu haben. Zumindest sprechen Anzeichen dafür, daß dem Oberbürgermeister Hans Daniels, einer der eifrigsten Verfechter des Reutertunnels, die Bataillone schwinden. Mit gebotener Vorsicht meinte hierzu der OKD: „Bei den Bonnern weiß man nie. Die versprechen heute was und sagen morgen wieder was anderes."

Das größte Problem ist aber – wie in fast allen Kreisen der Bundesrepublik – die besorgniserregende Finanzlage. Nur mit Mühe gelang es dem Kreiskämmerer im vergangenen Jahr, einen ausgeglichenen Etat vorzulegen. Zuweisungen des Landes in Höhe von zehn Millionen Mark, die von Düsseldorf ersatzlos gestrichen worden waren, und eine Erhöhung der Umlage für den Landschaftsverband um weitere zehn Millionen Mark trieben den Kreis in finanzielle Schwierigkeiten.

An den Pranger stellen Kieras und seine Kollegen das Land, das – ohne den Geldhahn weiter zu öffnen – den untergeordneten Verwaltungseinheiten immer mehr Lasten aufgebürdet habe. So stiegen die Kreisausgaben allein für den Etatposten „Sozialhilfe" von einst 13,8 Millionen Mark im Jahre 1970 auf mehr als 54 Millionen Mark in den vergangenen zwölf Monaten.

Hinzu kamen Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge in Höhe von fast 4,3 Millionen Mark und eine „wirtschaftliche Jugendhilfe" in Höhe von fast elf Millionen.

Abgesehen von einer Durchforstung des Sozialhilfegesetzes macht sich Kieras für eine Pflege-Versicherung stark. „Rentner mit einer noch so hohen Pension degradieren wir doch zum Almosenempfänger, sobald sie Pflegefälle geworden sind", erregt sich der Noch-Oberkreisdirektor. Statt die Kosten bis zu 3000 Mark und mehr im Monat zu zahlen, sollte entweder eine Versicherung eingeführt werden oder ein Pflegegeld in Höhe von 700 bis 800 Mark für die Angehörigen der pflegebedürftigen Alten geleistet werden. „Die Betroffenen beschließen ihren Lebensabend mit ein paar Groschen", meint er erbost. Zu dem Finanzproblem sagt Kieras abschließend: „Es kann kein Mensch sagen, wohin die Reise geht. Wir können nur hoffen und beten."

Der Rhein-Sieg-Kreis jedenfalls scheint für die Durststrecke gewappnet: Fast alles wurde gebaut: ob Berufs- oder Behindertenschulen, Straßen, Kreishaus oder Kinderklinik. Kieras hat sein Arbeitsfeld bestellt. Zur Beruhigung für seinen Nachfolger erklärte er: „Wir können die Zeit besser überbrükken als andere, die noch Bauvorhaben realisieren wollen." er.

Gefragt ist nicht nur Industrie, sondern auch Handwerk und Gewerbe

Mittelständische Unternehmen aus den Bereichen Handel, Gewerbe, Industrie und Dienstleistung, Betriebe in der Größenordnung zwischen 20 und 200 Beschäftigten – sie sind es vor allem, für deren Gründung oder Expansion das Amt für Wirtschaftsförderung im Siegburger Kreishaus Rat und Hilfe anbietet. Auch wenn der Rhein-Sieg-Kreis seit dem 31. Dezember 1976 nicht mehr unter die regionale Wirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen fällt, stehen doch immer noch eine große Zahl an Kreditprogrammen der verschiedenen Instititutionen sowie zusätzliche, im Einzelfall auszuhandelnde günstige Ansiedlungs-Konditionen der einzelnen Gemeinden des Kreises zur Verfügung.

Die offiziellen, allen Investierungswilligen im Prinzip zugänglichen Hilfen reichen vom beschäftigungsorientierten Förderungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen über ERP-Kredite, Existenzgründungshilfen der Lastenausgleichsbank, Investitionskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und das Sonderkreditprogramm des Bundes für die Deutsche Wirtschaft bis zum Eigenkapitalhilfenprogramm des Bundes. Zum Teil können sie kumulierend in Anspruch genommen werden, zum Teil gibt es Ausschluß-Bestimmungen.

Auf jeden Fall aber addieren sich Anreize der Gemeinden hinzu. Ein typisches Beispiel für eine damit erfolgreiche Ansiedlungspolitik der vergangenen Jahre ist der Bau einer Niederlassung von „Avon Products", dem größten Kosmetika- und Modeschmuck-Hersteller der Welt (Motto: „Avon bringt Schönheit direkt ins Haus"). Die amerikanische Firma, die vor rund zehn Jahren für etwa 27 Millionen Mark auf dem damals neu ausgewiesenen Industriegelände Neukirchen-Seelscheid ihr zweites werk in der Bundesrepublik Duetschland (nach München) errichtete, beschäftigt heute 380 Mitarbeiter.

183 Industriebetriebe mit insgesamt mehr als 35 000 Beschäftigten haben ihren Standort im Rhein-Sieg-Kreis. Viele Produkte, die von hier kommen, haben Weltgeltung. Zwar dominieren eindeutig die Unternehmen aus den Bereichen Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau, doch zu den „Perlen" der Industrielandschaft links und rechts des Rheins gehört beispielsweise auch Europas größter Hersteller von Stoßdämpfern. Insgesamt erzielte die Rhein-Sieg-Industrie im Jahre 1981 einen Umsatz von fast 5,4 Milliarden Mark.

Zu den Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung, den der Rhein-Sieg-Kreis in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten genommen hat, gehört neben den individuellen Förderungsmaßnahmen, über die das Amt für Wirtschaftsförderung in der Kreisstadt Siegburg und die „Entwicklungsgesellschaften" in den Gemeinden informieren, natürlich auch die außergewöhnlich gute Verkehrsanbindung: Das Gebiet ist lückenlos an das Autobahnnetz und die Nord-Süd-Strecken der Deutschen Bundesbahn angebunden. Hinzu kommen die Rhein-Schiffahrt und vor allem der sozusagen „in der Haustür" liegende Flughafen Köln/Bonn. Gemäß dem nordrhein-westfälischen Landesentwicklungsplan nimmt der Rhein-Sieg-Kreis eine bedeutende Stellung innerhalb der Raum- und Siedlungsstruktur des südlichen Nordrhein-Westfalen ein. Er wird von drei Entwicklungsachsen erster Ordnung (Kön-Bonn, Leverkusen-Siegburg und Bonn-Siegburg) sowie von mehreren Entwicklungsachsen zweiter und dritter Ordnung durchzogen.

Ein „Standardkatalog", den die Kreisverwaltung herausgegeben hat, verschafft dem Interessierten einen Pberblick, welche Infrastruktur und welche Vorzüge jede einzelen Gemeinde im Rhein-Sieg-Kreis anzubieten hat. Auf insgesamt 145 Seiten stellt die Broschüre mittels einer stets vergleichbaren Systematik alle Städte und Gemeinden vor: in Texten, Daten und Karten. Denn die Standortwahl gehört immer noch zu den wichtigsten unternehmerischen Entscheidungen.

Dabei schielt der Rhein-Sieg-Kreis – und darauf wird in der Kreisverwaltung immer wieder hingewiesen – eben nicht allein auf Industrie-Betriebe, schon gar nicht auf flächenintensive Konzernniederlassungen. Im Visier hat man vor allem auch Handwerks- und Gewerbebetriebe.

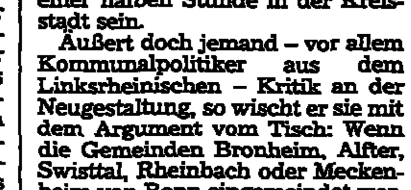
Mehr als 15 000 Menschen haben bereits ihren Arbeitsplatz in einem der Handwerksbetriebe dieses Wirtschaftsraumes. Mehr als 2000 Jugendliche werden hier in ihrem zukünftigen Beruf ausgebildet, was gerade in einer Zeit, in der viele tausend Schulabgänger händeringend nach einer Lehrstelle suchen, nicht unerwähnt bleiben darf. Doch man will sich auf seinen Lorbeeren nicht ausruhen. Das „Haus des Handwerks" mit einer kaufmännischen Betriebsberatung der Handwerkskammer offeriert vor allem Jungmeistern Rat und Hilfe für eine Existenzgründung und wirbt damit, daß die Kredtigemeinschaft des nordrhein-westfälischen Handwerks die „Restabsicherung" übernimmt.

Wer den Wirtschaftsstandort Rhein-Sieg-Kreis betrachtet, stößt immer wieder auf Spezifika, die zum Teil landschaftsbedingt sind, wie die Industrie der Steine und Erden aufgrund hervorragender Sand- und Quarzvorkommen. Zum Teil sind sie im Laufe der vergangenen Jahrzehnte organisch gewachsen wie die Herstellung von kunststoffverarbeitenden Maschinen, von Spezialgeräten für das Post- und Fernmeldewesen oder von Spezialisten für die Automobilindustrie.

Es gibt aber noch eine dritte Gruppe, deren Ansiedlung an Rhein und Sieg nur aus der jüngeren deutschen Geschichte zu erklären ist. Dazu gehört beispiesweise die Glas-Industrie, die einst in Nordböhmen ansässig war und sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Rheinbach ihren neuen Standort gesucht hat.

Daß im Rhein-Sieg-Kreis, vor den Toren der Bundeshauptstadt Bonn, die ja manchmal eine gewisse politische Explosivität unter Kontrolle halten mußt, auch Zünder und Sprengstoffe fabriziert werden, lädt darüber hinaus Kabarettisten zu ironischen Betrachtungen ein. PETER PHILIPPS







AUF EINEN BLICK

Mit einer **Fläche von 1153 Quadratkilometern** und mehr als 470 000 Einwohnern in den 19 Städten und Gemeinden gehört der Rhein-Sieg-Kreis im Zentrum des Rheinlandes zu den größten Kreisen in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik. Die Nord-Süd-Ausdehnung des „Halskrausenkreises", wie er nach der kommunalen Neuordnung des Großraumes Bonn wegen der Umfassung der Bundeshauptstadt in Schlagzeilen genannt wurde, beträgt 36 Kilometer. Und die Zahl der Kilometer in Ost-West-Richtung summiert sich auf exakt 59,5.

Auf jedem Kilometer wohnen im Durchschnitt **409 Einwohner**, wobei die Zahl in den Ballungszonen Siegburg, Troisdorf und Sankt Augustin mit 813,5 Einwohner pro Kilometer fast doppelt so hoch ist. Insgesamt kletterte die Einwohnerzahl in den vergangenen zwölf Jahren um 25 Prozent.

Mit 1,4 Prozent der fast 100 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern im Kreis weist die Land- und Forstwirtschaft die wenigsten **Arbeitsplätze** auf. Im sekundären Sektor, der Industrie und dem produzierenden Gewerbe, arbeiten 56 Prozent der Beschäftigten und im tertiären Sektor 42,6 Prozent – davon 14,6 Prozent im Handel, Verkehr und der Nachrichtenübermittlung und 28 Prozent im Dienstleistungsbereich.

Trotz des augenscheinlich blühenden Kreises liegt das **Bruttosozialprodukt** mit 13 638 Mark je Einwohner um fast 40 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Der Grund liegt in der Kreisstruktur. Einer wirtschaftlich starken Mitte und einem ausgeglichenen Westen steht der teilweise arme Osten gegenüber. Der Motor des Rhein-Sieg-Kreises ist die **Industrie** mit ihren Schwerpunkten in der chemischen Industrie, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik. Allein die chemische Industrie mit ihren fast 10 000 Beschäftigten erzielte 1982 einen Umsatz von mehr als zwei Millionen Mark.

Die **Arbeitslosigkeit** liegt zur Zeit im rechtsrheinischen Raum des Kreises bei 7,5 Prozent bei kräftig fallender Tendenz. Starke Unterschiede weist die Landschaft aus. Während der Kreis im nordwestlichen Teil mitten in der Köln-Bonner Rheinebene liegt, wird das Landschaftsbild im Süden durch die Berge des Mittelrheingebirges bestimmt. Im Westen grenzen die Wälder der Voreifel den Raum ab, und im Osten geht es in die Höhen des Westerwaldes und des Bergischen Landes über.

Richtig los ging's, als die Römer zur Sache kamen

Wir, Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. u. Thun gegen Jedermann hiermit kund." Mit diesem „Patent" am Ende des Wiener Kongresses wurden 1851 die bis dahin französischen Kantone an Rhein und Sieg preußisch, wurde der verwaltungsmäßige Grundstein für den heutigen Rhein-Sieg-Kreis gelegt.

Die Geschichte dieser Region begann allerdings schon sehr viel früher, so etwa vor 22 000 Jahren. Siedlungsspuren aus der Altsteinzeit sind mehrfach nachweisbar, am Rande der Kreisgrenze wurden zwei gut erhaltene Skelette des Crô-Magnon-Menschen aus jener Zeit gefunden. Von der Linie Spich-Altenrath ist offensichtlich die Besiedlung langsam ins Bergische Land hinein fortgeschritten.

Aber wirklich interessant wurde die Geschichte im Rhein-Sieg-Kreis natürlich – wie im gesamten Rheinland – erst, als Römer und Germanen zur Sache kamen. Cäsers Kriegs- und Siedlungspolitik sorgte dafür, daß auch hier römische Kastelle an der Flußgrenze entstanden. Die eburonische Urbevölkerung wurde ausgelöscht, domestizierte Germanen vom Stamm der Ubier als Puffer neu angesiedelt. Die urwüchsige germanische Wacht am Rhein hielten auf der anderen Uferseite, auf dem Petersberg im Siebengebirge, die Sugambrer.

In Alfter beispielsweise – wegen seiner Spargelessen auch aus anderen Gründen nicht unbekannt – findet man noch heute in ausgeklügelten Heizungsanlagen und kostbaren Mosaikböden beredte Zeugnisse für die kulturellen Spuren, die die Römer hinterließen. Doch auch die guten Ingenieurleistungen – Reste von Aquädukten sind mehrfach zu bewundern – der Römer und ihre verfeinerte (oder dekadente?) Lebensart konnten den Lauf der Geschichte nicht aufhalten: Am Rhein nisteten sich die Franken ein. Mit ihnen begann etwa um das Jahr 500 die Christianisierung und damit eine Entwicklung, deren Spuren sich bis in die Gegenwart tief eingegraben haben.

Man kann getrost ein paar Jahrhunderte überspringen, nachdem dies festgehalten ist. Denn der wirtschaftliche Aufschwung im Rhein-Sieg-Kreis begann erst richtig am 8. Oktober 1069 mit der Verleihung des Markt-, Zoll- und Münzrechts an die kurz zuvor erbaute Abtei Siegburg durch König Heinrich IV. Ein Gegenseitigkeitsvertrag mit der Metropole Köln im Jahre 1285 sicherte die Bewohner am Fuß der Benediktiner-Abtei auf dem Michaelsberg – ähnlich wie es auch heute noch durch sogenannte Freundschaftsverträge zwischen ungleichen Staaten geschieht – gegen argwöhnische und neidische und damit auch gefährliche Blicke aus dem Lager des übermächtigen Nachbarn, legte aber zugleich auch die Grundlage für eine starke Köln-Orientierung eines Teils des heutigen Rhein-Sieg-Kreises, die noch immer – zum Teil selbst in den Fahrtrouten der öffentlichen Verkehrsmittel – spürbar ist.

Die zweite wirtschaftliche Blütezeit Siegburgs als regionalem Marktflecken fällt in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts, war jedoch nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Denn der Jülich-Clevische Erbfolgestreit und noch schlimmer der Dreißigjährige Krieg hinterließen verheerende Spuren. Erst das „Patent" des Preußen-Königs und die darauffolgenden Jahre schufen die Grundlage für den bis heute anhaltenden Aufschwung des Rhein-Sieg-Kreises, der in seiner jetzigen Ausdehnung und Bezeichnung erst seit 1969 existiert.

In den Jahren bis 1815, seit Gründung des Rheinbundes (1806), hatte man im Rhein-Sieg-Kreis französisch gelebt, gehörte entweder zum Arrondissement Mühlheim/Rhein oder zum Arrondissement Siegen im Departement Sieg. Das französische Recht blieb sogar bis zum Jahre 1900 in Kraft.

Welch ein Wandel: vom französischen Arrondissement zum Annex des Preußischen Königreichs. Am schlimmsten mußte Blankenberg leiden, das seit 1245 mit allen städtischen Rechten ausgestattet war und plötzlich seine Selbständigkeit vollständig verlor. Als eine Art verspäteter Wiedergutmachung erlaubte der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen fast 140 Jahre später den Bürgern dieses romantischen Fleckens sich offiziell, aber sozusagen nur protokollarisch, wieder „Stadt Blankenberg" zu nennen.

Wer offenen Auges durch die Städte und Ortschaften dieser Region geht, stößt auch immer wieder auf imposante steinerne Zeitzeugen: Kirchen und Klöster – zum großen Teil in der für die rheinische Kunstgeschichte typischen dreischiffigen, durch Rundbogenarkaden getrennten flachgedeckten Basilikenweise der Romantik erbaut –, Burg- und Schloßanlagen, unter denen der Drachenfels die bekannteste ist. Germanen und Römer, Preußen und Franzosen, Krieg und Frieden, Bischöfe, Industrielle und Bauern haben ihre Furchen in diesen Landstrich dauerhaft gepflügt. PETER PHILIPPS

Wie Siegburg zum Schreibtisch des Kreises wurde

Der Schwarze Peter ging nach Siegburg. Die Kreisstadt des Rhein-Sieg-Kreises, deren weithin sichtbares Wahrzeichen der Michaelsberg mit seiner berühmten Benediktinerabtei ist, wurde nach der Neuordnung des Bonner Raums mit knapp 1260 Hektar die kleinste der 19 Gemeinden.

Doch trotz der Benachteiligung gelang es dem „Liebling" des Erzbischofs Anno von Köln, der vor 900 Jahren der Stadt als „treuen Tochter Kölns" die Machtrechte verlieh und dessen Gebeine heute in einem Schrein des Klosters ruhen, den Nachteil an Fläche auszugleichen. Die Stadt konzentrierte sich auf ihre Geschichte. Es gelang ihr, dank einer Fußgängerzone in historischem Rahmen zum unangefochtenen Mittelpunkt des Kreises zu werden. Wer heute einkauft, geht nach Siegburg, sofern er nicht unmittelbarer Nachbar von Bonn oder Köln ist.

Mehr als 70 überörtliche Institutionen, 800 Betriebe des Handels und 11 000 tägliche Einpendler beweisen die außergewöhnliche Zentralität Siegburgs. Mit 21,8 Prozent auf 1000 Einwohner liegt die Zahl der in öffentlichen Verwaltungen Beschäftigten weit höher als in den übrigen 24 Mittelzentren des Landes. „Wir sind", so unterstreicht es Bürgermeister Adolf Herkenrath, „der Schreibtisch des Kreises."

Nur einige Meter von den Siegburger Stadtgrenzen entfernt liegt die wirtschaftlich dynamischste Stadt des Kreises. Troisdorf, Schwerpunkt der Industrie und – wie es sich mit Stolz nennt – die „Industriestadt im Grünen", ist mit fast 60 000 Einwohnern die größte Stadt im Gebiet an Rhein und Sieg. Der Aufstieg des einst von den Siegburgern belächelten Ortes begann 1825 mit der „Eisenschmelze Neuwindgassen".

Zug um Zug ging es weiter. Heute reicht die Palette der Industrie- und Gewerbeansiedlung von zwei Weltunternehmen über namhafte Mittelbetriebe bis hin zu einer Vielzahl von Klein- und Handwerksbetrieben.

Und der Dritte im Städtebund, der den Takt im Kreis angibt, ist Sankt Augustin. Stärker als alle anderen profitierte die Gemeinde, die vor fast sechs Jahren in den Stand der Stadt erhoben wurde, von der Nähe zu Bonn. Sankt Augustin, vor 14 Jahren ein Nest von ein paar tausend Einwohnern, wurde zum Magnet für Angestellte und Beamte, die in Bonn keinen Wohnraum mehr fanden. Heute ist Sankt Augustin mit rund 50 000 Einwohnern die zweitgrößte Gemeinde. geo

Warum die Lichter im Kreis nicht mehr ausgehen

Die Energieversorgung ist gesichert / Mehrere „Quellen"

In der Energieversorgung hat der Osten des Rhein-Sieg-Kreises, obwohl Aschenbrödel der Region, den Anschluß geschafft. So sorgte die Werksgruppe Sieg der Rheinischen Energie Aktiengesellschaft (Rhenag) mit Sitz in Siegburg dafür, daß die Randgemeinde Eitorf mit einer 22,5 Kilometer langen Erdgas-Hochdruckleitung an das Verbundnetz angekoppelt wurde. Ebenso wurde die Gemeinde Windeck mit dem Ortsteil Rasbach in den vergangenen Jahren mit einer von Hamm kommenden Hochdruckleitung erschlossen.

Insgesamt erstreckt sich das Versorgungsgebiet der Rhenag Werksgruppe Sieg über eine Fläche von rund 1600 Quadratkilometern mit Bonn-Bad Godesberg im Westen bis nach Siegen-Weidenau im Osten. Außerdem übernahm die Rhenag in verschiedenen Städten und Gemeinden die Wasserversorgung und liefert ferner Strom in die Kreisstadt Siegburg.

Nach Meinung der Werksgruppe Sieg, die allein im Jahre 1979 in ihrem Gebiet Leitungen in einer Länge von 150 Kilometern verlegten, kommt dem Erdgas bei der Versorgung der Kommunen, des Gewerbes, der Industrie und der Bürger immer größere Bedeutung zu.

Die Vorurteile, so argumentiert die Rhenag, liegen vor allem in der problemlosen Beschaffung und Lagerung des Energieträgers. Abgesehen von einer rauch- und rußlosen Verbrennung, die zum Umweltschutz beiträgt, kann der Erdgasverbrauch exakt reguliert und universell angewandt werden. Ein anderes Plus ist in den Augen der Rhenag-Vertreter die sichere Versorgung, da 30 Prozent des Verbrauches durch deutsche Änderungen im Weser-Ems-Gebiet und 37 Prozent durch Einfuhr aus dem Nachbarland Niederlande gedeckt werden. Weitere 13 Prozent stammen aus der norwegischen Nordsee und rund 12 Prozent aus der Sowjetunion. Außerdem sorgen bereits abgeschlossene Erdgasbezugsverträge dafür, daß auch nach der Jahrhundertwende die Lichter weder im Rhein-Sieg-Kreis, Bonn oder Köln ausgehen. Hig.

Anlage mit Modellcharakter

186 Heimplätze in Troisdorf / Zusammenarbeit mit Kommune

Es ist für uns ein richtiges Zuhause hier geworden. Die Räume sind gemütlich und praktisch. Auch das ganze Umfeld sowie die Bewirtschaftung sind prima." Diese Äußerung kann man von den Bewohnern des Alfred-Delp-Altenzentrums in Troisdorf hören, die in dem im Jahre 1983 von der NWDS, der Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft, (Hauptsitz in Hamburg) fertiggestellten Komplex eingezogen sind. Nachdem im Jahre 1974 der zweite Bauabschnitt mit 30 Altenwohnungen sowie 1975 der zweite Bauabschnitt mit 81 Heimplätzen fertiggestellt worden sind, befinden sich nunmehr 186 Heimplätze in der Wohnanlage.

Der Niederlassungsleiter der NWDS in Porz, Gunnar Kiggendorf, bestätigt die Aussagen der Bewohner: „Wir haben in Nordrhein-Westfalen mehr als 10 000 Mietwohnungen in der Verwaltung und einige tausend Eigenheime und Eigentumswohnungen gebaut. Auch auf die Neugestaltung der Porzer Innenstadt, die am 28. Juni ganz groß eingeweiht wird, sind wir stolz. Doch diese Altenwohnanlage in Troisdorf im Rhein-Sieg-Kreis ist ein besonderes Prunkstück."

Das Wohnheim ist auch Pflegeheim. Der Träger ist die Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Mittelrhein. Neben Technikräumen, physikalischen sowie Beschäftigungstherapien sind eine Bibliothek, Gymnastikräume und Arzträume vorhanden.

Die NWDS brachte ihre Erfahrung ein, die sie bei dem Bau von Altenwohnanlagen in Lüneburg, Bremen, Hamburg gezeigt hat. Gunnar Kniggendorf weist in diesem Zusammenhang auf das Demonstrationsvorhaben „Menschenfreundliche Stadt" in Köln-Porz hin, wo die Entwicklung von Altenwohneinrichtungen seiner Ansicht nach besonders gut gelungen sei.

Gerade in Troisdorf hat sich die Kooperation zwischen der Stadt Troisdorf als Bauherr, der NWDS als Architekt sowie der Arbeiterwohlfahrt als Träger bewährt. F. L.

Rat und Hilfe bei Planung und Investition

Selten lassen sich Investitionen ohne Fremdkapital finanzieren. Bei der Finanzierungsberatung helfen die Kreditinstitute, beispielsweise die Kreissparkasse, die mit 69 Geschäftsstellen im Rhein-Sieg-Kreis das bedeutendste Kreditinstitut dieser Region ist. Mit mehr als drei Milliarden Mark Bilanzsumme und rund 600 000 Kundenkonten zählt die Kreissparkasse zu den Groß-Sparkassen in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach den langjährigen Erfahrungen der Kreissparkasse können Investitionsentscheidungen durch frühzeitigeren Planungsbeginn effektiver getroffen werden. Oft werden Rat und Hilfe, die es bei der Kreissparkasse und auch bei anderen Kreditinstituten kostenlos gibt, nicht rechtzeitig in Anspruch genommen. Dabei kann die Wahl der Finanzierungsform entscheidend sein für Kosten- und Liquiditätsvorteile des Unternehmens. So bietet die Kreissparkasse die ganze Palette der Investitionsfinanzierungen, angefangen bei Leasing über eigene Kredite und Darlehen bis hin zu der Vielzahl öffentlicher Finanzierungshilfen.

Neben den zentralen Kreditprogrammen sind besonders wichtig die Maßnahmen zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen im Handwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe, der Fremdenverkehrswirtschaft sowie der Industrie und verschiedener Dienstleistungsbranchen. Subventioniert werden unter anderem Unternehmungsberatungen bei Existenzgründungen sowie bei Betriebsverlagerung und bei Rationalisierungen.

Auskünfte über Zuschüsse zu den Kosten für Betriebsberatungen erteilen die berufsständischen Organisationen und Kammern sowie der Rhein-Sieg-Kreis (Kreisverwaltung, Abteilung Wirtschaftsförderung, 5200 Siegburg). Gerade kleinere und mittlere Unternehmen können und sollten die Zuschüsse für Betriebsberatungen neben der Finanzierungsberatung durch Kreditinstitute in Anspruch nehmen.

Für alle Kreditverhandlungen und auch für Verhandlungen über Leasingverträge gilt grundsätzlich: Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen sind eine zukunftsbezogene Planung der Investition, Formulierung der Investitionsziele und aktuelles betriebswirtschaftliches Material über das Unternehmen inklusive Liquiditäts- und Gewinnplanung. A. W.

Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722-1452

Ein Grund zum Feiern: Zum 250. Mal „Gesundheitsmagazin Praxis" im ZDF

Ratschläge für das Wohlbefinden

Eine der beliebtesten Sendereihen des ZDF wird heute zum 250. Male ausgestrahlt: die Popularität des „Gesundheitsmagazins Praxis" ist auch fast 20 Jahre nach der ersten Sendung vom 3. Januar 1964 ungebrochen. Vorsorge, Früherkennung und die allgemeinverständliche Unterrichtung über Entwicklungen in der Medizin bilden Schwerpunkte des von Anfang an von Hans Mohl, dem Leiter der ZDF-Redaktion Gesundheit und Natur, moderierten Magazins.

Mit Denkanstößen für eine menschlichere Medizin will die Jubiläums-Ausgabe des Gesundheitsmagazins deutlich machen,

Gesundheitsmagazin Praxis – ZDF, 20.15 Uhr

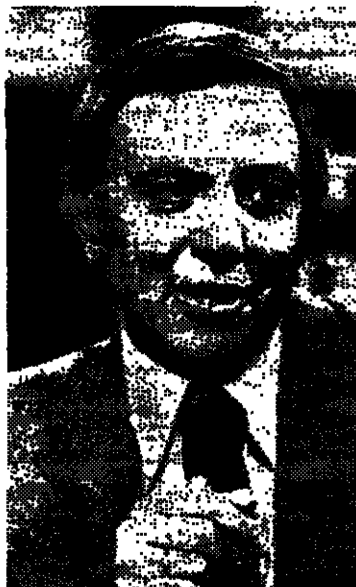
daß Fortschritten der Medizin auch ein Fortschritt an menschlicher Zuwendung folgen muß. Damit folgt die Sendung dem Ziel, die Interessen der Patienten gegenüber dem Medizinbetrieb zu vertreten, als eine seiner Hauptaufgaben.

Grundsätzliches Prinzip ist für das Gesundheitsmagazin, aus der Praxis der Medizin die wichtigsten Informationen für die alltägliche Praxis des Zuschauers weiterzugeben als Lebenshilfe im Kampf gegen die unbewältigten Gesundheitsgefahren unserer Wohlstandswelt – Bewegungsmangel, Übergewicht, Genußmittel- und Drogenmißbrauch. Neben der Vorsorge bildet die Früherkennung ernster Krankheiten durch die Herausstellung der beachtenswerten Warnzeichen einen weiteren Schwerpunkt der „Praxis"-Sendungen.

Das formale Konzept heißt, wichtige Informationen absolut zuverlässig in möglichst unterhaltsamer Form zu präsentieren – nach dem Motto: So kurz wie möglich und so lang wie nötig. Die Skala des Angebots reicht vom kurzen Hinweis über Quizfragen, Tests und repräsentativen Meinungsumfragen bis zur umfassenden Dokumentation in enger Zusammenarbeit mit namhaften Medizinern im In- und Ausland. Die praktische Lebenshilfe wird ergänzt durch wissenschaftliche Informationen über Fortschritte der Medizin bis zu gesundheitspolitischen Beiträgen, die nicht selten Anstoß zu weiterer Diskussion gaben oder gar Lösungen problematischer Zustände vorantrieben.

Als besonders erfolgreich erwiesen sich in der fast zwanzigjährigen „Praxis"-Geschichte vor allem die großen Testsendungen, die Millionen Gelegenheit gaben, ihre Fitneß, ihre Sicherheit, ihr Gesundheitswissen, ihr Verhalten, Sehschärfe, Hörvermögen und Merkfähigkeit zu prüfen.

Oft wurden auch aktuelle Anlässe zu Übertragungen ausgenutzt, etwa vom Weltkongreß für Sportmedizin in Hannover, vom Internationalen Ernährungskongreß in Hamburg oder von den Weltspielen der Gelähmten in Heidelberg. Besonders erfolgreich waren auch die „Praxis"-Serien Schnellkurs und Quiz in Erster Hilfe, eine Unfallverhütungs-Reihe, das „Ernährungs-Quiz", „Das Gesundheitsbuch des Monats", die halbjährige Ernährungskampagne „Iß das Richtige", „Organisationen der Hilfe", „Spezialkliniken in Deutschland", „Der Trimming-Tip des Monats".




Verantwortlich für die ZDF-Gesundheitssendung: Hans Mohl. FOTO: TELEBUNK

Das Grundrezept der unterhaltsamen Information soll auch künftig fortgesetzt werden. Die Kernaufgaben sind geblieben, teilweise sogar durch den zunehmenden Wohlstand noch wichtiger geworden: der Kampf gegen den Bewegungsmangel, das Übergewicht und die Suchtgefahren. Trotzdem war und bleibt das Bestreben, durch wechselnde und neuartige Formen ein stets lebendiges und abwechslungsreiches Magazin zu produzieren. Das Motto auch für das 20. „Praxis"-Sendejahr: Mehr Gesundheit durch mehr Information.

Insgesamt erhielt die Redaktion „Gesundheit und Natur" bisher 49 Auszeichnungen und Preise: unter anderem einen Adolf-Grimme-Preis mit Gold für die Dokumentation von Marlene Linke „Abtreibung in Deutschland", den Prix Japan für den „Praxis"-Notfall-Test von Hans Mohl, der auch als erster deutscher Journalist mit den Ehrenzeichen der deutschen Ärzteschaft und der deutschen Zahnärzteschaft ausgezeichnet und 1980 zum Ehrendoktor der Universität Erlangen ernannt wurde. Dreimal ging auch der Film- und Fernsehpreis des Verbandes der Ärzte Deutschlands an „Praxis"-Mitarbeiter: an Norbert Mai (†), Hans Mohl und Sigrid Schenkenberger. Summa summarum: ein vielfältiges ZDF-Angebot für die Gesundheit, belohnt durch einen nun jahrzehntelangen Erfolg. DW.

KRITIK

Warten auf das Kriegsende

Den Auftakt zur dreiteiligen Fernsehserie **Das Dorf** (ZDF) stellte Wochenschau-Ausschnitte im Originalton vom Endkampf 1945. Beklemmend, wie sie fast nahtlos überleiteten zum 1. Teil unter dem beziehungsreichen Titel „Nächste Woche ist Frieden".

Dübritz, ein Dorf nahe der Elbe gelegen, erwartet das Kriegsende. Die Menschen hoffen auf die Amerikaner und haben Angst vor den Russen. Unter dem Donnergrollen der nahenden Front gehen sie ihrem Alltag nach, vielleicht ein wenig zu teilnahmslos gegenüber dem, was kommen wird. Da ist keine Nervosität, keine Flucht. Dazwischen hampelt ein NS-Amtsleiter herum mit Durchhalteparolen, die keiner mehr glaubt.

Ohne Bezug zur Handlung liegt ein fiebernder Soldat im Schützenloch, der dann auch prompt von den Russen beschossen wird, als sich alle anderen ergeben. Die Russen kommen mit Panjepferdchen, Plündergut und Schnapsflasche. Wer sie damals erlebt hat, wird sich solcher Bilder erinnern. Dann geht das Feiern und Tanzen an, Mädchen müssen her – eine kehrt nicht zurück.

Unwirklich, in diesen ansonsten gut nachempfundenen Szenerien aus jenen Tagen, bleibt die Rolle des Nazi-Amtsleiters. Er wird weder verhaftet noch denunziert, agiert vielmehr als Tanzmeister der Russenfeste und später als Schieber von hohen Graden. Als es ihm nicht mehr paßt, verschwindet er ganz einfach in den Westen.

Treffend dagegen die simple Haltung des sozialdemokratischen Bürgermeisters gegenüber der polemischen Schärfe des KPD-Lehrers. Man darf auf den Fortgang des Geschehens in Dübritz gespannt sein. SIEGFRIED IHLE

STUDIO

WDR-Intendant Friedrich-Wilhelm v. Sell hat jetzt der Öffentlichkeit das neue **WDR-Büro in Wuppertal** vorgestellt. Die Wuppertaler Außenstelle wurde eingerichtet, um die Berichterstattung aus den Städten und Gemeinden des Bergischen Landes künftig im Sinne des Regionalisierungskonzeptes ausweiten zu können. Das neue, zweieinhalbgeschossige Gebäude befindet sich im Dr.-Tigges-Weg 31; Leiter der WDR-Außenstelle ist Hajo Jahn. In Wuppertal steht damit nach Abschluß der zum Teil noch laufenden technischen Ausstattungsphase ein funktionstüchtiges Hörfunkstudio zur Verfügung. Außerdem sind auch die Voraussetzungen für Fernsehzwecke vorhanden. In 1½ Jahren werde es voraussichtlich ein eigenes Hörfunkfenster aus Wuppertal geben, wie der Intendant des WDR erklärte; es sei auch geplant, das bergische Büro in ein Regional-Studio umzuwandeln.




ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Das Dorf
11.35 Scheibenwischer
12.25 Diener der Königin
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Typisch! Typisch?
Spiel um Vorurteile
Zum Beispiel: Beamte
Der Beamte ist seit jeher ein bevorzugtes Opfer des Spotts von Karikaturisten und Witze-Erzählern. Hätten sie recht, so wäre der „typische Beamte" faul und stur, arrogant und unbeweglich; er wäre nicht bereit, Verantwortung zu tragen, und zudem im Besitz einer Fülle von Privilegien.
17.10 Die Spielbude
Von Hula-Hoop bis Pop
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Rosen von Dublin (2)
Zwei Farmer werben um Spring
21.15 Stahlarbeiter als Beamte
Erste Erfahrungen mit der Verstaatlichung in Frankreich
Reportage von Hans-Dieter Zoller
21.45 Selbst ist die Frau
3. Heimlichkeiten
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Hafen im Nebel
Franz. Spielfilm, 1938
Regie: Marcel Carné
Ein desertierter französischer Soldat versucht, in der Hafenstadt Le Havre unterzutauchen. Dabei verliebt er sich in ein Waisenmädchen und tötet dessen boshaften Vormund. Als er sich nach einer Liebesnacht nach Südamerika absetzen will, wird er selber von einem Nebenbuhler erschossen. Marcel Carnés berühmter Film, ein Meisterwerk düsterer Stimmungsmalerei, eröffnet eine kleine Reihe im „Nacht-Studio", die dem „Film noir" in Frankreich gewidmet ist.
0.30 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
Eröffnungsveranstaltung
15.20 Live aus München:
Ferienkalender
Moderation: Anke und Benny
16.05 Der geheimnisvolle Minotaurus
Englischer Kinderfilm, 1980
17.00 Captain Future
Die Zeitmaschine
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Mungo Jerry, Wolfgang Petry
Wunschfilm der Woche (Sa, 25. 6.)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Wagen 106
Neue Fernsehserie in 10 Folgen
Der Hund ist los
19.00 heute
19.30 Thommys Pop-Show
Video-Hits mit Thomas Gottschalk
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Zur 250. Sendung: Denkanstöße für eine menschlichere Medizin
21.00 heute-journal
21.20 Das Dorf
Leben und Überleben in Dübritz
3. Was der Mensch sät ...
22.50 Unsere Nachbarn, die Briten
Neue sechsteilige Reihe über die Briten
Terra Incognita – unbekanntes Land
Von Henry Livings, Bruce MacDonald
Nach den Sendungen über die Franzosen und die Italiener beginnt das ZDF eine Reihe über die Briten. Die Gestaltung lag ganz in britischer Hand, Engländer, Waliser, Schotten haben zusammengearbeitet. Sie analysieren nicht, sie erzählen das Schicksal einer Familie. Vor 150 Jahren gerät sie in den Sog der Industrialisierung!
23.20 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch (37)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
21.45 Landesspiegel
Lokaltermin
22.15 Freunde und Rivalen
Sowjetrussischer Fernsehfilm von Sergej Jogorow
23.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Vom Drama des begabten Kindes
Aus der Reihe:
„Wir und die Kinder"
19.15 Die Sprechstunde
Heil- und Gewürzpflanzen
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.30 Hollywood in Bologna (4)
23.05 Dallas
Der Flugzeugabsturz
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Ausländer – Inländer (9)
... wie wir uns verstehen
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
„Irgendwas muß man sich ja einfallen lassen" – Holländischer Modellversuch für jugendliche Arbeitslose / „Rückzug ins Private" – Die Prager und ihre Wochenendhäuser / „Ein Gefühl der Geborgenheit" – Rentner in Schweden / „Mit Palmenzweig und Zauberformel" – Volksmagie in Süditalien
Moderation: Rüdiger Herzog
21.00 Drei aktuell
21.15 Die Schnüffler (8)
22.00 Kultur – aktuell in Hessen
22.40 Chor der Gefangenen?
Film von Walter Bittermann
23.25 Dallas (12)
Flugzeugabstur

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (37)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.30 Bonanza
20.20 Menschen unter uns
21.05 Opas Weltraum-Utopien
21.25 Tornado
22.10 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.15 Zoogeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Das Doppelleben des Herrn Mitty
Amerik. Spielfilm, 1947
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Dem Geist auf der Spur
22.50 Rundschau

Berlin: „Fausts Verdammnis" unter G. Friedrich

Mit dem Meißel signiert

Ganz am Anfang kam Hector Berlioz der Wahrheit am nächsten. Da nannte er „Fausts Verdammnis" schlicht eine „Opéra de Concert". Erst später erfand er die Bezeichnung „Légende dramatique" für sein Werk. Aber das half wenig. Es verriegelte sich geradezu vorsätzlich den Zugang zur Bühne. Doch Götz Friedrich an der Deutschen Oper Berlin sprengt mit seiner Inszenierung des Uninszenierbaren erfindungsreich Riegel um Riegel auf. Er bricht Berlioz' von genialischer Phantasmagorie strotzender Komposition optisch finstere Bahn.

Wichtiger aber noch: Der von Hagen-Groll wieder einmal zur Bestform gedrillte Chor singt die Szene mit einem kontrollierten Gegröle, daß die Stimmführung der Sauffuge immer klar und durchhörbar bleibt: Ein musikalisches Wunder. Aber an Wundern dieser Art spart die Aufführung sowieso nicht. Berlioz' genialisch vibrierendes, halluzinatorisch hingeschüttetes Werk klingt sprühend auf, leidenschaftlich, melancholisch, fratzenhaft.

Das ist Jesus Lopez Cobos zu danken, der sich als Berlioz-Interpret von Rang zu erkennen gibt. Er hat die leichte Hand noch für das Grelle, das Schrille, das Herausfordernde dieser Musik. Er präpariert ihre Widerhaken mit Sorgfalt heraus, er versteht sich aber auch vorzüglich auf den musikalischen Fluß der Romanzen. Er gibt dem musikalischen Imponiergehabe der Komposition nicht nach, dem unzähmbaren Drang zu schockieren. (Friedrichs Inszenierung geht diesem Laster des Komponisten blindgläubiger auf den Leim.)

Lopez Cobos dirigiert Berlioz klangintensiv, elegant und mit hervorstechendem Schönheitssinn. Das Orchester folgt ihm glänzend dabei, und oft ist man geneigt, vor der szenischen Turbulenz auf der Bühne, dem choreographischen Wackelpudding, den Hans Kresnik über die Bühne walkt, die Augen strikt zu verschließen, um einzig das Ohr aufzusperren für das, was Lopez Cobos zu Füßen des Tumults musikalisch in Szene setzt.

Dabei gelingen Friedrich immer wieder Bilder von großer Eindringlichkeit. Mit Hammer und Meißel signiert Faust den Teufelspakt: Den Grabstein, unter den er sich am Ende verkriecht, ein Bild wie von Beckett, einsamer als jemals zuvor. Die merkwürdig parfümierten Traumidyllen mit ihren Geisterstimmen und Sylphiden breitet Friedrich in den Palmengärten eines Salon-Orientalismus hin, in den die Zeit bis zur Verrücktheit verliebt war. Peter Sykora hat die Ausstattung entworfen: eine graue Straßenschlucht, in die käfiggleich enge Schauplätze gesetzt werden – transparent sie alle, ringsum belauert.

Vieles bleibt leider oberflächlich, flach und geschmacklos. Marguerite (man gibt das Werk auf französisch) wird gleich von einem Dutzend von Faust-Doppelgängern vergewaltigt. Hürchen spazieren herum wie auf dem St. Pauli des kleinen Moritz. Die Höllenfahrt rummelt gewissermaßen durch den Cannstätter Wasen. Des Guten ist zweifellos viel in der Aufführung. Doch mit dem Schlechten wird auch nicht gerade geknappst.

Vorzüglich freilich sind durch die Bank die Sänger. Den Faust singt Kenneth Riegel mit einer bohrenden Intensität sondergleichen, die mitunter allerdings an den Rand des Gegeifers treibt. Doch solche Exzesse sind selten. Meist legt Riegel die anspruchsvolle Partie stimmschön und eindringlich aus: Ein Darsteller von Format. José van Dam ist der elegante Rotschopf von einem Mephisto. Mit blendend geführter Stimme stellt er dem Singunterricht in der Hölle ein glänzendes Zeugnis aus. Susan Daniel singt mit kultiviertem, frischem Mezzosopran Gretchens Klagen. Von Trockenheit kann bei Manfred Röhrls Darstellung des besoffenen Brander nun wirklich die Rede nicht sein. Riesenbeifall, einhellig, am Schluß für alle Musiker. Den Inszenatoren dagegen galt manches Widerwort.

KLAUS GEITEL

Mit Geisterstimmen und Sylphiden: Kenneth Riegel als Faust in Götz Friedrichs Berliner Inszenierung der dramatischen Legende „Fausts Verdammnis" FOTO: BINDER/THIELE



Pankraz, der Kultfilm und der Rote Baron

Ein neuer Sprachgebrauch scheint sich durchzusetzen: Wo man früher „Mode" sagte, sagt man heute immer häufiger „Kult". Männer und Frauen, die – sei es in Literatur, Film oder Unterhaltungsmusik – für einige Zeit in Mode kommen, avancieren im Handumdrehen zu „Kultfiguren". Modische Accessoires veredeln sich zu „Kultgegenständen"; und der „Spiegel" ernennt ein saisonales Quatsch-und-Tratsch-Buch, kaum daß es herausgekommen ist und ein bißchen Auflage gemacht hat, zum „Kultbuch des deutschen Feuilletons und studentischer Seminare".

Im Verlag Hoffmann und Campe erscheint unter dem Titel „Kultfilme" ein dicker Wälzer, der gut und gerne ein Viertel der gesamten Kinoproduktion der letzten Dezennien enthält. Als Kriterium für „Kultfilm" wird angegeben, was kürzlich noch ohne weiteres unter dem Stichwort „Mode" abgehakt worden wäre. Die „Kultfilme", so heißt es, hätten eine „Gemeinde", ihre Helden würden „nachgeahmt", ihr Lebensgefühl „verinnerlicht". Die zugehörige Verlagswerbung möchte am liebsten jeden einzelnen Käufer des Buches zur Kultfigur ernennen: „Ein Kultbuch für Kinokenner – denn Kultkino ist Kennerkino!"

Der Slogan verrät einiges über die Antriebe, die hinter der Verwandlung des Modischen ins Kultische stecken. Beide, Mode wie Kult, reizen zur Nachahmung, aber nur die Nachahmung des Kultes verschafft einem das Gefühl exklusiver Dazugehörigkeit. Mode wird einfach übernommen, in den Kult muß man „eingeweiht" werden. Die Kultgegenstände verweisen nicht auf sich selbst, sondern auf ein „Geheimnis". Kultfiguren sind also viel mehr als bloße Vorbilder, sie sind Geheimnisträger; und sich ihnen anzuverwandeln heißt, ebenfalls Geheimnisträger zu werden, sich gegen die übrige Welt abzuschotten.

Freilich bleibt es in den modernen Jugendkulten meistens bei der Abschottung, d. h., ihr Geheimnis besteht eben in dem Willen, sich gegen die (erwachsene) Umwelt abzuschotten. Kultstars wie die Beatles oder Elvis Presley, James Dean oder Peter Fonda haben keine andere Botschaft anzubieten als die, daß Jungsein eine Welt für sich sei, mit eigenen Ritualen und Abzeichen. Etwas komplizierter liegen die Dinge bei Humphrey Bogart oder Marilyn Monroe. Beide wurden erst postum für den Kult entdeckt, während sie zu Lebzeiten eher Massenidole gewesen waren. Gras mußte über diese Massenwirksamkeit wachsen, bis sich schließlich eine halb ausgeflippte Kulturschickeria in gewissen Gesten „Bogeys" und in dem trotzigen Vor-sich-hin-Gammeln der schönen Marilyn wiederzuerkennen glaubte und beide Stars zu „echter Kunst" verarbeitete.

Ob Presley- oder Marilyn-Kult, ob Pilzköpfe oder Easy Rider: An die magische Ausstrahlung der alten historischen Kulte vom Schlage des Mithraskults reichen sie alle nicht heran. Nicht einmal die Faszination solcher doch schon weitgehend säkularisierter Kulte wie des Ikebana oder der japanischen Teezeremonie wird erreicht. Man läßt den Ritualen und Zeremonien keine Zeit, Traditionsringe anzusetzen. Jede neue Generation schafft sich ihre eigenen Kultfiguren und ihr eigenes Kultarsenal; und die Chance, daß sich ein Bestand auf die nächstfolgende vererbt, erscheint gleich Null. Walter Flex etwa, die Kultfigur der Langemarck-Generation, wirkte schon wenige Jahre später nur noch komisch, und das gleiche Schicksal steht offenbar James Dean für die nächste Zeit bevor. Eine Retrospektive seiner Filme vor einigen Wochen löste bei vielen jungen Leuten Gekicher aus.

Um so interessanter ein Blick auf die wenigen modernen Kultfiguren, die überdauern, z. B. auf den „Roten Baron" Manfred von Richthofen, der sich nun schon seit Jahrzehnten höchster Wertschätzung erfreut und dem nicht einmal eine Verpflanzung in eine populäre Comic-Serie etwas anhaben konnte. Ihm kam zustatten, daß er, als sein Prestige im eigenen Land zu sinken begann, vom Gegner gewissermaßen errettet wurde. Die angelsächsischen Richthofen-Fans kümmerten sich nicht um deutsche Vergangenheitsbewältigung und antipreußischen Junkerhaß, ihnen erschien „der Baron" weitgehend herkunftlos, fremd und gleißend, sie nahmen ihn gleichsam „on the rocks", und in dieser Verfassung brachte er allerdings alles mit, was zu einer modernen Kultfigur gehört.

Er spielte mit der Technik und überhöhte sie zum mythischen Drachen, seine rote Fokker-Maschine war Neuzeit und Urzeit in einem. Er war immer in der Minderheit, er wurde gejagt, ganze Pulks von Sopwith und Bristol stürzten sich auf ihn, aber er wand sich heraus und triumphierte einsam. Er war motorbewehrt und ein gutes Objekt für Karikaturisten, doch von untadeliger Ritterlichkeit und Gottesfürchtigkeit. Er war ein Todesengel, aber wenn das Maschinengewehr des Gegners Ladehemmung hatte und er es merkte, grüßte er knapp und drehte ab. Zuletzt wurde er geopfert wie der Stier im Kult des Mithras. Viele behaupten, sie hätten ihn abgeschossen, doch keiner kann es beweisen.

Aus solchem Stoff also sind die einigermaßen haltbaren Kultfiguren unserer Zeit. Man wird zugeben müssen, daß das nicht gerade ein Alltagsstoff ist, dem man sein „Geheimnis" leicht entreißen kann. Wenn sich der Sprachgebrauch an ihnen orientiert, brauchte man nicht zu fürchten, daß es zu einer Inflation des Wortes „Kult" kommt, daß „kultisch" und „modisch" zu Synonymen werden. Fürchten sollte man das jedoch, denn noch lange nicht jeder Modegeck ist schon ein „Roter Baron".

Pankraz

Clownerie der Rassen – Peter Stein inszeniert Jean Genets „Neger" an der Berliner Schaubühne

Jetzt dürfen Weiße Schwarze spielen

Als vor einem Vierteljahrhundert die deutsche Erstaufführung von Genets „Negern" in Darmstadt vonstatten ging, protestierte der Dichter prompt aus Paris gerichtlich. „Die Neger" dürften nur von Negern gespielt werden, sonst verlöre das Stück seinen Sinn und seine farbige Basis. Die Erstaufführung fand trotzdem statt: Der Poet des hohen Unrats hatte seine dramaturgische Absicht im Vertrag nicht ausdrücklich kundgetan. Als Neger getünchte Weiße durften auf Gerichtsbeschluß spielen. Genet war entsetzt und grollte. Seine „Clownerie" lief in getünchter Form damals in Darmstadt ziemlich folgenlos. Der bitterböse Spaß wurde seitdem nicht wiederholt. Eine deutsche Bühne hat die phantastisch ausschweifende Elegie auf die „Negritüde" seitdem nicht mehr gesehen.

Peter Stein greift die Vorlage für die Schaubühne am Lehniner Platz jetzt wieder auf. Genet, offenbar gealtert und weniger grundsatzstrikt, läßt es zu.

Dazu hat Peter Stein ein Vorspiel erfunden. Das Publikum wird zuerst wie eine erwartungsvolle Hammelherde auf die eigentliche Bühne geleitet. Noch ist der Sitzraum durch einen hohen Vorhang verdeckt. Man hört eine Stimme sprechen, daß die berühmte Truppe das Negerstück nicht von Negern spielen lassen werde. Uns wird vorgeführt, wie die Akteure mit Hilfe eines Spritzapparates eingedunkelt werden. Die Verdunklungsaktion wirkt schmutzig und abstoßend. An den Wänden hängt, beziehungsvoll und lustig, jene Seite aus Dr. Hoffmanns „Struwwelpeter", in der ein Knabe im großen Tintenfaß mohrengleich eingedunkelt wird. Die Schraube der Einsicht wird allen deutlich gemacht und eine Drehung höher geschraubt: Jetzt spielen also durchweg Weiße mit der Vorgabe, alle schwarz zu sein, wenn auch die originalen Schwarzen Weiße spielen sollten. Ein bißchen kompliziert ist es schon.

Dann erst dürfen wir uns, sozusagen über die Rampe, auf unsere Sitzplätze begeben. Die sind amphitheatralisch geordnet. Man hockt nur auf harten Stufen. Dreieinhalb Stunden dauert die schwarze Veranstaltung bis zum späten (pausenlosen) Ende. Peter Stein duldet keine bequeme Kunst.

Was er vorweist, ist partiell hinreißend. Er spielt vom langen, poetisch gewundenen Blatt. Er hat sich seine eigene Übersetzung mühsam hergestellt. Die Bühne, die sich unseren Augen nun öffnet, ist zweigeteilt: oben, sozusagen in einer kolonialen Himmelssphäre, thronen die, wie man jetzt sagen muß, „weißen" Schwarzen. Sie tragen ihre Hautfarbe in kleinen bösen Masken vorm gedunkelten Gesicht. Sie lassen zu ihren Füßen die armen, talentreichen, die unterdrückten, phantasievollen „Neger" eine poetische Ballade sich vorspielen.

Es ist ein Spiel vom Tode. Es ist ein ständig neu verrätseltes Spiel. Ein Negermord findet statt, den ein Schwarzer vorgab an einer Weißen zu begehen. Seine mörderische Phantasie wird geweckt. Er dürstete nach der Liebe und gleich auch nach dem Tode der „Weißen". Aber der Katafalk, in dem sie aufgebahrt sein sollte, ist leer. Der Neger hat böse geträumt. Er hat seiner rachsüchtigen Imagination nachgegeben. Er hat ein Inbild gemetzelt. Er hat einem durstigen Traum der Rache nachgegeben.

Beide Menschenseiten, zeigt Genet mit poetischer Inbrunst (und so oft mit poetischer Überhobenheit), reagieren aufeinander so, wie sie sich gegenseitig, schlimmerweise, sehen und empfinden müssen. Rettung wäre nur die gegenseitige Ausmetzelung, die totale Vernichtung. Beschwichtigung ist nicht möglich. Genet steht, wenn auch oft behutsam und verdrossen (oder auch nur verängstigt) auf der Seite der Dunkelhäutigen. Die schöne, schreckliche Todesorgie ist konsequent bis zum letzten.

Dazu hat sich Peter Stein von Carl-Ernst Herrmann das makaber leuchtende Bühnenbild in Schwarz bauen lassen. Die (weißen) Neger thronen wie in einem korrupten Himmel dicht unter der Bühnendecke. Dort der phantastische Hofstaat der Macht mit Königin, Gouverneur, Kammerdienern, Richtern, Missionar und all dem weißen Geschmeiß der Macht, wie ihn die Neger eilfertig und mörderisch imaginieren.

Darunter der vitale Totentanz der Neger selber, sich immer wieder schön, elegisch klagend, wildwütig oder mit hohem poetischen Stimmklang windenden wirklichen Schwarzen in ihrer Not und ihrem dunklen Lebensdunst. Worte, Worte, immer neue poetische Verstrickungen. Die aber hören sich heute über lange Strecken leer und in ihrer naiven Schönsprache ausgelaugt an. Peter Steins große Bemühung um Jean Genets finstere Poesie bleibt so oft müßig. Genets heiße Parabolik läßt uns kalt.

Man scheidet, erschöpft, mit gemischten Gefühlen von dieser imposanten Mühewaltung mit dem Schwarz-Weiß-Problem. Eigentlich aber im Grunde mit einem etwas schlechten Gewissen der ästhetischen Leichtfertigkeit. Trotzdem gab es nach dem späten Ende, wie fast immer in der Schaubühne, den Beifall der Ovationen.

Man lasse sich nicht täuschen! Genet ist immer noch gefährlich; grade wenn sich die düsteren Reigen seiner Worte erschöpft zu haben scheinen ...

FRIEDRICH LUFT



Spielerische Aufschreie über ein veraltetes Problem: Szene aus Peter Steins Inszenierung der „Neger" von Jean Genet in der Schaubühne am Lehniner Platz FOTO: BINDER/THIELE

Schwierigkeiten mit den Bilderserien – „Kunst der Comics" in Triers Museum Simeonsstift

Die wahren Ahnen sitzen nur am Katzentisch

Kunst der Comics" heißt apodiktisch eine Ausstellung des Städtischen Museums Trier im Simeonstift. Alle Zweifel und Vorbehalte gegenüber dieser modernen Mischgattung aus Bild und Text, die angeblich „konservative ebenso wie progressive Geister" eint, werden beiseitegeschoben – und zugleich überschätzt. Längst hat sich nämlich bei diesem Genre ein spürbarer Wandel vollzogen. In den Diskussionen über Wert oder Unwert, Gefährlichkeit oder Nutzen der trivialen „Strips" scheinen ihre Befürworter, nicht zuletzt in den Schulen, inzwischen die Oberhand gewonnen zu haben. Mit dem Kunstcharakter der Comics wird dabei allerdings zuletzt argumentiert.

Wenn eine kunsthistorische Ahnengalerie dafür ausschlaggebend wäre, ließen sich leicht alle Zweifel zerstreuen, ob wir es hier mit einer legitimen Kunstgattung zu tun haben. Man braucht nicht unbedingt jenen begeisterten Apologeten zu folgen, die bereits in den Höhlen von Altamira und Lascaux prähistorische Vorfahren der Comics entdeckt haben wollen. Auch die altägyptischen Totenbücher sollte man in diesem Zusammenhang außer Betracht lassen. In beiden Fällen spielten völlig andersartige Bedingungen und Absichten eine Rolle.

Ersprießlicher ist dagegen ein Rückblick in die Antike. Die Prinzipien der Bilderfolge und der Kombination von Bild und Text sind ja nicht unkünstlerisch – trotz Lessing, der im „Laokoon" schrieb: „Die Malerei kann in ihrer koexistierenden Komposition nur einen einzigen Augenblick der Handlung nutzen und muß daher den prägnantesten wählen, aus welchem das Vorhergehende und das Folgende am begreiflichsten wird." Mit dieser Beschränkung hat sich die bildende Kunst niemals abgefunden. Immer wieder ergriff sie die Möglichkeit, zeitliche Abfolge durch räumliches Nebeneinander mehrerer Szenen darzustellen.

Diese Möglichkeit bot sich zuerst in der griechischen Vasenmalerei. Durch Drehen der Gefäße bekamen die Szenenfolgen sogar fast den Charakter von bewegten Bildern. Buchstabenketten vor den Mündern der Dargestellten nahmen gleichzeitig auch schon die Sprechblasen der Comics voraus. Aus der Gotik kennen wir die frommen Spruchbänder zunächst in den Händen der Heiligen, die sich später, im 16. Jahrhundert, als dekorative Girlanden um ihre Gestalten winden. Später setzten sich in den Armenbibeln, in der Glasmalerei und auf Bildteppichen die Bilderfolgen fort, die bereits in der volkstümlichen Grafik auf Jahrmärkten und im Straßenhandel weite Verbreitung fanden. Dürer und Hans Sachs bildeten zum Beispiel als Zeichner und Texter zeitweilig ein Team, wie wir heute sagen würden, für sogenannte „Moralitäten", in denen die Laster und Unsitten der Zeit mahnend und warnend beklagt und angeprangert wurden.

Diese Ahnenreihe führt dann über Burgkmair, Schwind und Richter, Pocci, Wilhelm Busch und Menzel – mit veränderter Thematik natürlich – bis zu Feininger, E. O. Plauen und Loriot hierzulande. In England sind vor allem Hogarth („The Rake's Progress"), James Gillray und Rowlandson zu nennen, in der Schweiz Rudolph Toepffer, in Frankreich Daumier und die populäre Bilderbogen-Produktion, die sich in Epinal bis heute erhalten hat. Ihr entsprachen in Deutschland die Neuruppiner Bilderbogen und die Fliegenden Blätter aus München.

Hier setzt die Trierer Ausstellung ein, vor allem mit Beispielen aus Frankreich und Belgien, spärlichen Zitaten von Busch und Toepffer; von den eigentlichen Ursprüngen der Comics in England zeigt sie keinen Beleg, erst recht nicht von früheren „Vorfahren", obwohl es ihre erklärte Absicht ist, nachzuweisen, daß die Comics keine amerikanische Erfindung, sondern europäischen Ursprungs sind. Sie entstand in Zusammenarbeit mit der Trierer Universität und erschöpft sich in der Privatsammlung des Romanisten Alberto Barrera-Vidal, offenbar ohne jede Zutat des Museums. So wirkt sie zwangsläufig improvisiert, zufällig und unvollkommen, auch in der Gliederung verworren und verwirrend. Damit ist sie kaum geeignet, den Kunstanspruch des Genres zu untermauern oder zu erklären. (Bis 3. Juli; Katalogheft 5 Mark)

EO PLUNIEN

Tournee: „Supertramp"

Musikalisch verzuckerte Verzweiflung

Süß, überladen, sentimental klinge es aus den Verstärkerboxen der englischen Rockgruppe „Supertramp", schimpfte einst der Kolumnist des britischen „Melody Maker". Dennoch sei er ihren elektronischen Sphärenklängen erlegen: „Du schließt die Augen, bewegst milde gestimmt den Kopf auf und ab und kommst zu dem Schluß, daß die Welt trotz allem in Ordnung ist." Nicht anders erging es wohl den 50 000 Fans, die in Köln eines der letzten Live-Konzerte der „größten HiFi-Anlage der Welt" („Musik-Express") erlebten.

Die „Supertramps" sangen von Einsamkeit und Frustration, von Identitätsproblemen und hoffnungsloser Zukunft – als sei's mit Engelszungen: Wenn schon Depressionen, dann allemal delikat aus der Falsett-Kehle serviert. Und die Gemeinde vernahm es andächtig. Die immer wiederkehrenden Piano-Akkorde des Komponisten Rick Davies, um dessen Achtel-Staccato sich alles rankt, beklatschte sie mit gen Himmel gereckten Armen, die verzuckerte Verzweiflung illuminierte sie mit Hunderten von Wunderkerzen. Apokalyptisch zuckte die Lichtorgel, produzierte vorwiegend Pinkfarbenes, um dann das Stahlskelett der Bühne in einen giftgrünen Hexensabbat zu tauchen – Alice Cooper läßt grüßen.

Aber Rock-Sänger müssen nicht immer böse Buben sein. „Supertramp", seit über einem Jahrzehnt erfolgreich zur Kasse bittend, hat sein Millionenpublikum nie vergrätzt. Wenn John A. Helliwell beim „My Kind Of Lady" sein furioses Saxophon-Solo zelebriert, klingt's so fetzig wie in einer Band des frühen Fats Domino. Wenn adrette Melancholie per Kopfstimme durchs weite Stadionrund schwebt, scheint die vokale Artistik auf dem Niveau der Beach Boys oder gar der Beatles angelangt zu sein.

Ob Pink Floyd oder Jethro Tull, ob Beatles oder Procol Harum – die Engländer Rick Davies (Keyboards und Gesang), Roger Hodgson (Keyboards, Gitarren und Gesang) und John Al Helliwell (Blasinstrumente, Synthesizer), der Schotte Dougieß Thomson (Baß) und der Amerikaner Bob Siebenburg (Schlagzeug) haben vieles davon zu einem einzigartigen monströsen Pink-Floyd-Ohrwurm fein abgestimmt.

Sei's drum, perfekt ist das allemal, und die fünf Rock-Millionäre hielten auch im Müngersdorfer Stadion zu Köln an ihrer Tradition fest: Als Anti-Stars bar jeglicher Skandale und als Solisten ohnehin eher anonym, betraten sie die Bühne. Da wurde sogar das wohldosierte Understatement der Ansage „Ladies and Gentlemen, the Rolling Stones" überboten: Die „Supertramp" waren einfach da und musizierten mit handwerklicher Virtuosität. So dienten sie sich lange Jahre nach oben. Nun geben sie ihren Abschied – voll süßer Schwermut.

KLAUS BLUME



Ende der Gemeinsamkeiten: Rick Davis und Roger Hodgson von „Supertramp" FOTO: DIE WELT

Der fliegende Dieb und die raren Porzellane – Die Ausstellungen der Japan-Woche in Düsseldorf

Hier wird kein Phönix aus einem Huhn gemacht

Düsseldorf gibt sich japanisch. Als ehrenden Tribut an seine merkantil bedeutsame Minderheit hat es eine Japan-Woche ausgerichtet. In diesem Bündel von Symposien, Vorträgen, Konzerten, Tanz, Theater und allerhand Volkstümlichem erweisen sich die zwei Dutzend Ausstellungen in den städtischen Museen und privaten Galerien als besondere Delikatesse.

Als unbeschwerter Einstieg in diesen Schnellkurs japanischer Kunst empfiehlt sich die Eingangshalle des Landesmuseums Volk und Wirtschaft. Dort sind „Japanische Drachen" (bis 26. Juni, Faltblatt kostenlos) zu sehen, das gut ein Jahrtausend alte Spielzeug für Kinder und Erwachsene, das in seiner Bemalung gern auf alte Mythen verweist. Da steigen dann die streitbaren Götter und Samurais zum Himmel auf, begegnet man dem Mondhasen oder jenem japanischen Herkules, der im Kindesalter mit einem großen Fisch kämpfen mußte, sieht man den einfach gekleideten Mann mit ausgebreiteten Armen, der häufig mit dem legendären Dieb Kakinoki Kinsuke verbunden wird, der mit einem Papierdrachen zur Spitze der Burg von Nagoya flog, um vom Dach zwei goldene Fische zu stehlen.

Einige dieser Drachen tragen nur Schriftzeichen, das für „feierlich" oder für „Phönix" z. B. Denn Schrift und Bild sind für den Japaner keine getrennten Welten. Das unterstreicht die Ausstellung „Japanische Kalligraphie" in den Repräsentationsräumen des Regierungspräsidenten (bis 26. Juni, Katalog kostenlos). 67 Meister der Kunst des schönen Schreibens – der älteste 83, der jüngste 40 Jahre alt – vermitteln hier einen Eindruck von dieser Übung, die auf typisch japanische Art die Moderne mit der Überlieferung verbindet. Denn bei der Kalligraphie gilt es, sich einer der traditionellen Schriftformen zu bedienen, um sie mit persönlichem Ausdruck zu füllen und so ein zeitgemäßes Kunstwerk zu schaffen. Dabei kommt es auf den Zusammenklang der Schreibweise und des Geschriebenen (eines alten Gedichts, eines eigenen Textes oder auch nur eines einzigen bedeutungsvollen Schriftzeichens) an. Das hat einen hohen ästhetischen Reiz, erschließt sich jedoch dem, der mit der (oft kaum lesbaren) Schrift und der Literatur nicht vertraut ist, darüber hinaus nur schwer. Aber wenn z. B. Joteki Bai das Sprichwort „Einen Phönix aus einem Huhn machen" mit breitem Pinsel und kräftigen, bewußt ungekünstelten Zeichen schreibt, dann ist für jeden Betrachter die Ironie zu spüren.

Im selben Haus ist auch zu sehen, wie sich einem Europäer das Japan der Meji-Zeit darbot. Es sind Zeichnungen und Aquarelle, auf denen Curt Netto, ein deutscher Bergingenieur, der von 1873 bis 1885 in Japan lebte, Landschaften und Alltagsszenen festhielt. Es war die Zeit, in der Japan mit einer riesigen Anstrengung nach Jahrhunderten der selbstgewählten Isolation sich die Vorteile der westlichen Zivilisation aneignete. Mit der westlichen Kunst war es dagegen ein zwiespältiges Unterfangen. Das läßt die (schlecht gehängte und unzureichend erläuterte) Fotodokumentation „Dada in Japan" im Kunstmuseum, Orangeriestraße (bis 26. Juni, Katalog: 18 Mark) zwar kaum erkennen, aber das erläutert der ausführliche Katalog, der die wesentlichen Gruppen der – so der Untertitel – „Japanischen Avantgarde 1920–1980" mit ihren Aktionen vorstellt.

„Aspekte traditioneller Kunst in Japan" zeigt das Goethe-Museum (bis 10. Juli, Erläuterungsblätter kostenlos) mit einer Gastausstellung des Museums für Ostasiatische Kunst in Köln. Die Jahre vom Ende der Heian-Periode (12. Jahrhundert) bis zur Edo-Zeit (1600 bis 1867) werden mit wenigen, aber gut ausgewählten Stücken umrissen. Es sind buddhistische Plastiken und Malereien, bemalte Wandschirme und sehr schöne Lackarbeiten, zwar für den Alltag bestimmt, aber von hoher Kunstfertigkeit. Denn die japanische Kunst kannte nie die verhängnisvolle Trennung von Kunst und Kunstgewerbe.

Das belegt in einzigartiger Weise die wichtigste und schönste Ausstellung dieser Japan-Woche: „Japanisches Porzellan der Edo-Zeit" im Hetjens-Museum (bis 21. Aug., Katalog: 16 Mark). Sie beginnt mit den ältesten japanischen Porzellanen, dem frühen Imari (1610–1640), darunter eine ungewöhnliche achteckige Platte mit brauner Eisenoxydglasur, die zwei weiße Reiher ausspart. Auffallend in ihrer Dezenz trotz leuchtender kraftvoller Farben sind die Stücke, die mit dem Namen der Familie Kakiemon (seit 1680) verbunden werden. In ihrem Dekor greifen sie auf das Prinzip der leeren Mitte zurück, das für Malerei und Graphik typisch ist. Die nur für den Hof und das Fürstenhaus produzierten Nabeshima-Prozellane (17.–19. Jhd.), die sich hier als dritte Gruppe ins Auge schmeicheln, greifen dagegen häufig auf die flächenfüllenden Muster der Ornamentik zurück. Insgesamt umfaßt diese Auswahl, die größtenteils aus dem Kyushu Ceramic Museum in Arita kommt und zum erstenmal außerhalb Japans zu sehen ist, rund anderthalbhundert Stücke. Es ist selbst für den, der europäische Porzellane bevorzugt, ein faszinierender Gang ad fontes.

PETER DITTMAR

JOURNAL

Katholische Priester in Shanghai verurteilt

C. A. Hamburg

Vier katholische Priester sind in Shanghai zu Haftstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt worden. Ihnen wurde vorgeworfen, mit dem Ausland kollaboriert, geheimes Material gesammelt und subversive Aktivitäten unternommen und damit die Souveränität und Sicherheit des Staates bedroht zu haben. Tatsächlich aber wurden die vier Priester, Mitglieder des Jesuitenordens, verurteilt, weil sie weiterhin den Papst als höchste Autorität anerkennen und sich weigerten, mit der „Patriotischen Vereinigung der chinesischen Katholiken", die das Primat der Kommunistischen Partei akzeptiert, zusammenzuarbeiten. Alle vier Ordensgeistlichen waren bereits früher als „Konterrevolutionäre" zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Mit ihnen wurden im November 1981 weitere 13 Priester verhaftet, über deren Schicksal bislang nichts bekannt ist.

Ruhrfestspiele diesmal mit Gewinn

dpa, Recklinghausen

Zum ersten Mal seit vielen Jahren schlossen die Ruhrfestspiele in Recklinghausen nicht mit einem Verlust ab. Das teilte die Festspielleitung mit. Außerdem gab sie bekannt, daß der künstlerische Leiter, Wolfgang Lichtenstein, dem Aufsichtsrat bereits sein komplettes Ensemble für die kommende Spielzeit vorgestellt habe. Namen wurden dazu nicht genannt. Die Ruhrfestspiele 1984 sollen neben aktuellen Schwerpunkten die Themen „Alltag" und „Geschichte" behandeln.

Preis für deutsche Bühnenbildner

dpa, Prag

Mit nur einer Gegenstimme wurde dem Beitrag der Bundesrepublik Deutschland bei der Quadriennale des Bühnenbildes in Prag die „Goldene Triga" zugesprochen. Außerdem erhielt Marco Arturo Marelli für sein Bühnenbild zu Janaceks „Jenufa" in Frankfurt eine Goldmedaille. Mit weiteren Goldmedaillen wurden der Franzose André Acquart, der Brite David Short (Kostüm) und eine finnische Architektengruppe für die beste Theaterarchitektur ausgezeichnet.

Der Stierkampf in der Kunst

DW. Köln

Man kennt Goyas „Tauromachia" und die von Picasso. Aber die beiden berühmten Maler waren nicht die einzigen, die sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben. Das belegt die Ausstellung „Stierkampf in der Kunst" in der Kölner Zentralbibliothek am Neumarkt. Bis zum 29. Juni sind hier Gemälde, illustrierte Bücher, graphische Einzelblätter und Serien vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart zu sehen. Begleitet wird diese Ausstellung vom „studio dumont" mit „La Lidia", einer spanischen Stierkampf-Zeitung des 19. Jahrhunderts, die das Thema in volkstümlichen Chromo-Lithographien illustrierte. Beide Ausstellungen sind Teile einer Sammlung, die Wilfredo Apelt, Düsseldorf, seit 1965 in den Spanisch sprechenden – und stierkampfbegeisterten – Ländern Europas und Lateinamerikas zusammengetragen hat.



„Der Matador nach dem Kampf", Gemälde von Federico del Campo (1856), aus der Kölner Ausstellung FOTO: APELT

Académie Française vergab ihre Preise

AFP, Paris

Die „großen Preise" der „Academie Française" für das Jahr 1983 sind in Paris vergeben worden. Der mit 34 000 D-Mark ausgestattete große Literaturpreis wurde dem Schriftsteller Michel Mohrt zugesprochen, der bereits 1961 den Romanpreis der Akademie gewann. Die Schriftstellerin, Theaterautorin und Cineastin Marguerite Duras erhielt den mit 10 000 D-Mark dotierten Theaterpreis für ihr Gesamtwerk. Der Poesiepreis (10 000 D-Mark) wurde an Jean Grosjean vergeben. Der Journalist und Schriftsteller Jean Ferniot wurde für sein Werk „Le Chien Loup" (Der Wolfshund) mit dem Novellenpreis (5000 D-Mark) bedacht. Erstmals wurde der „Preis Junges Theater" (3500 D-Mark) vergeben, den der Nachwuchsautor Didier van Cauwelaert für sein Erfolgsstück „Der Astronom" gewann. Der mit 5000 D-Mark dotierte Kritikerpreis ging an den Fernsehjournalisten Bernard Pivot für dessen TV-Literatursendung „Apostorophes".

Der dickste Fisch war Roms Showmaster Nr. 1

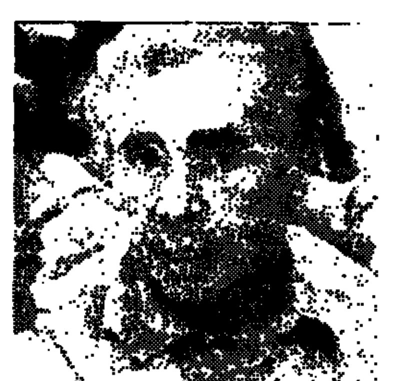
Überraschende Festnahmen beim Schlag gegen die Camorra

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Nach der Niederlage gegen die sizilianische Mafia haben Italiens Justizbehörden und Polizeistreitkräfte einen großen und vielleicht entscheidenden Sieg gegen die *neapolitanische* Camorra verzeichnen können. Gegen 856 Personen sind Haftbefehle in ganz Italien ausgestellt worden. Mehr als 500 sind bereits vollstreckt. Der Schlag gegen die sogenannte Neue Camorra des neapolitanischen „Godfathers" Raffaele Cutolo (55) ist von den Untersuchungsrichtern von langer Hand und nach mühsamer Kleinarbeit vorbereitet worden. Die belastenden Akten füllen 14 Bände.

Wichtigste Quelle sind die detaillierten Angaben *von zwei* Ex-Camorristen: Pasquale Burra und Giovanni Pandico, beide vor Jahren zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Vor allem Burra (40, Spitzname: das Tier) hat gründlich ausgepackt. Aus Reue über seine Missetaten? Allem Anschein nach waren Rachedurst und Furcht die ausschlaggebenden Motive für den Umfall.

Pasquale Burra brachte auf Weisung von Camorra-Boß Cutolo zwei Verräter um; zwei Mordtaten *innerhalb der Zuchthausmauern*, die großen Staub aufwirbelten, zeigten sie doch, daß italienische Gefängnisse keine Lebensversicherung darstellen und daß der seit Jahren eingekerkerte Raffaele Cutolo weiterhin seine weitverzweigte Organisation befehligt. Burra wurde dann aber verdächtigt, ein Doppelspiel zu treiben mit der Camorra-Konkurrenz, genannt die Neue Familie. Er wurde deshalb vom Boß abgeschrieben und mußte befürchten, selbst Opfer eines Killers zu werden. So *entschloß* er sich, zum neapolitanischen Untersuchungsrichter zu gehen. Seine Beichte dauerte wochenlang. Burra enthüllte Namen, Daten und nähere Umstände. Sein Bericht füllte 2800 Protokollseiten. Danach griff die Justiz zu.



Offensichtlich überrascht: Enzo Tortora bei der Verhaftung FOTO: AP

Als Polizei und Carabinieri die Verhaftungsbefehle ausführten, blieben im Netz neben vielen kleinen Fischen namhafte Persönlichkeiten hängen. Darunter Politiker, Unternehmer, prominente Rechtsanwälte, ein Gefängniskaplan und eine Nonne. Gegen zwei römische Abgeordnete, deren Namen allerdings nicht bekanntgegeben wurden, soll der Antrag auf Aufhebung der Immunität laufen. Der Bürgermeister von Sant' Antonius Abate, *einem Dorf bei Neapel*, wurde während seiner Wahlrede verhaftet. Der sozialdemokratische Fremdenverkehrs-Assessor der Provinz Neapel entzog sich der Festnahme durch Flucht.

Besonderes Aufsehen erregte in ganz Italien die Verhaftung des Fernsehshowmasters Nummer eins, Enzo Tortora (54), und der neapolitanischen Chansonsängerin Assunta Setaro (21), bekannt unter dem Künstlernamen Alba. Enzo Tortora ist für das italienische *Fernsehpublikum* ein *Idol*. Seine Sendung „Portobello" wird regelmäßig von 20 bis 30 Millionen Italienern mit Anteilnahme verfolgt, pflegt sie doch Episoden des Edelmuts und menschlicher Uneigennützigkeit zu verherrlichen. Tortora wird nun beschuldigt, der Camorra angehört und am Drogen*handel mitverdient zu haben*. Er soll als Mittelsmann zwischen der Camorra und der Theaterwelt beim Absatz von Heroin und Kokain fungiert haben.

Kronzeuge Pasquale Burra wird von der Polizei als Gegenleistung für seine kostbare Mitarbeit an einem geheimen Ort behütet und bewacht. *Mit dem Anklagematerial* gegen Hunderte von Camorra-Angehörigen oder Helfershelfern und einer wahren Enzyklopädie über die Tätigkeit der Neuen Camorra, die ein Spinnennetz über das gesamte Land gezogen hatte und Kontakte zur sizilianischen Mafia wie den Roten Brigaden unterhielt, scheint das Imperium von Raffaele Cutolo zusammengebrochen zu sein. Es handelt sich um die größte Justiz- und Polizeiaktion seit Kriegsende. Vermutlich hat sie aber erst die Spitze eines Eisbergs getroffen. Weitere Überraschungen stehen bevor.

Hare-Krishna-Sekte verliert 32-Millionen-Dollar-Klage

Gericht vom Vorwurf der Gehirnwäsche überzeugt

SAD, **Santa Anna**

Mit 14 Jahren rannte Robin George von zu Hause fort und wurde Mitglied der Hare-Krishna-Sekte. Das war 1974. Neun Jahre später erkannte ein Gericht ihr und ihrer Mutter jetzt 32 Millionen Dollar Schadenersatz zu, weil Robin *als Mädchen* von der „*International* Society of Krishna Consciousness" entführt und einer Gehirnwäsche unterzogen worden sei. Die Sekte hat Berufung eingelegt.

„Die Hare-Krishna-Religion ist genauso wenig schuldig, Robin George gefangengehalten zu haben, wie die amerikanische Armee schuldig ist, ihre angeworbenen Soldaten eingesperrt zu halten, oder die katholische Kirche, ihre Pfarrer einer Gehirnwäsche zu unterziehen", erklärte Krishna-Sprecher Michael Grant. Das Urteil sei ein Versuch, „eine der größten religiösen Traditionen der Welt zu zerstören".



Robin George: Fürstliche Entschädigung nach einem Jahr Gehirnwäsche. FOTO: AP

Robin George war Mitglied des Tempels der Sekte in Laguna Beach geworden. Sie verließ sie jedoch bereits ein Jahr später und *reichte 1977 ihre Klage* gegen die ehemaligen Glaubensbrüder ein. Darin beschuldigte die junge Frau die Sekte, sie gegen ihren Willen gefangengehalten und sie durch Gehirnwäsche zum Bleiben gezwungen zu haben.

Anwalt Milton Silverman berichtete den Juroren, daß der Teenager von den Krishna-Führern von Ort zu Ort gebracht worden sei, um so den Nachforschungen des Vaters zu entgehen. Das Mädchen sei durch den Einsatz von „meinungskontrollierenden Taktiken" zu der Überzeugung gebracht worden, daß ihre Eltern „fleischfressende Dämone" seien.

Die zwölf Geschworenen folgten der Version der Klägerin und erkannten ihr und der Mutter Marcia 16,5 Millionen Dollar für diesen Anklagepunkt zu. Der Rest der Entschädigung wurde für andere Anklagepunkte *zuerkannt. Mutter* und Tochter zeigten sich bester Laune.

WETTER: Meist sonnig

Wetterlage: Unter dem Einfluß eines beständigen Nordseehochs erwärmt sich die von Nordosten her nach Deutschland eingedrungene Luft weiter.

Deutscher Wetterdienst 19. Juni 1983, nachm.

Vorhersage für Montag:

Nord- und Westdeutschland sowie Raum Berlin: Meist sonnig, Frühdunst, durchweg trocken. Nachmittags 23 bis 26 Grad C, an der See bei 20 Grad C. Nachts 9 bis 13 Grad C. Schwacher bis mäßiger Nordostwind.

Süd- und Südwestdeutschland: Vor allem im Osten Durchzug stärkerer Wolkenfelder, dann auch wieder Aufheiterungen. Allgemein trocken. Nachmittags 18 bis 22 Grad, ab Oberrhein um 26 Grad C. Nachts 7 bis 11 Grad C. Meist nur schwacher Ostwind.

Weitere Aussichten:

Störungsfrei, freundlich, sommerlich warm.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	28°
Bonn	22°	Kopenh.	19°
Dresden	17°	Las Palmas	22°
Essen	18°	London	19°
Frankfurt	19°	Madrid	18°
Hamburg	18°	Mailand	20°
List/Sylt	16°	Mallorca	23°
München	15°	Moskau	22°
Stuttgart	16°	Nizza	16°
Algier	25°	Oslo	23°
Amsterdam	17°	Paris	21°
Athen	24°	Prag	13°
Barcelona	20°	Rom	20°
Brüssel	19°	Stockholm	20°
Budapest	15°	Tel Aviv	29°
Bukarest	21°	Tunis	25°
Helsinki	20°	Wien	13°
Istanbul	21°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.05 Uhr, Untergang 21.42 Uhr. **Mondaufgang:** 17.40 Uhr, Untergang 3.03 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Der Petersberg-Komplex: Von Romantikern einst als „achtes Weltwunder" gepriesen, scheint er jetzt vor dem Ausverkauf zu stehen. FOTO: DIE WELT

Aus der Traum von der Nobelherberge?

Von EVI KEIL

Für *Repräsentationsbauten ist* in Deutschland kein Spielraum mehr. Es wäre unverantwortlich, den Arbeitslosen Geld zu kürzen, im öffentlichen Dienst zu sparen, den Studenten das BAföG zu streichen, aber gleichzeitig 200 Millionen Mark für ein Gästehaus der Bundesregierung auszugeben. *Den Petersberg können wir* vergessen." So der CSU-Bundestagsabgeordnete Erich Riedl, stellvertretender Vorsitzender im Haushaltsausschuß des Bundestages, zur WELT. „Daß kein Geld mehr für die goldenen Betten der Staatsbesucher vorhanden ist, ist allen Ausschußmitgliedern klar." Damit stellt sich *Riedl als erster gegen seinen* Parteifreund, Wohnungsbauminister Oscar Schneider, der in seinem „Aufgabenkatalog" zum Hauptstadtausbau auch den Umbau des ehemaligen Petersberg-Hotels zum neuen Gästehaus der Bundesregierung forcieren will.

Aber auch im Kabinett wird Schneider auf wenig Gegenliebe stoßen. Selbst die geplante „kleinste Baulösung" wird nicht unter 100 Millionen Mark zu haben sein. Das Luxushotel zerbröselt; und nicht nur die Ausbaukosten sind gewaltig. Auch der laufende Unterhalt der künftigen Nobelherberge wird für Heizung und sonstige Energiekosten auf jährlich 20 Millionen Mark geschätzt. Und dann hat der Staatsgast noch kein Frühstücksbrötchen verzehrt. Einen er*heblichen Teil* der Summe verschlingen auch die Sicherungsmaßnahmen. Bonner Spezialisten erklärten dieser Tage allerdings nach Ortsbesichtigungen, daß die Bergfeste so gut wie überhaupt nicht zu sichern sei. Schon ohne Staatsgäste müßten für eine 24-Stunden-Bewachung 48 Polizeibeamte abgestellt werden. „Bei Sicherheitsstufe I brauchen wir hier hinter jedem Baum einen Mann", so einer der Beamten.

Riedl: „Richtig wäre es, das Objekt wieder abzustoßen. Aber wo finden wir den millionenschweren Ölscheich, der so was noch kauft?" Daß der Ankauf des Petersberges durch die sozialliberale Bundesregierung unter ihrem früheren Kanzler Helmut Schmidt im Jahr 1978 eine „Fehlentscheidung" war, findet auch der Haushaltsausschußvorsitzende und SPD-Parlamentarier Rudi Walter, der bestätigt, daß sich quer durch den Haushaltsausschuß eine Front gegen das „Objekt Petersberg" gebildet habe. Walter: „Vielleicht sollte man keine Berührungsängste vor einer Privatisierung haben." Das ehemalige Luxushotel sei jedoch bereits in einem so starken Verfall, „daß man einen etwaigen Käufer darüber schon aufklären müsse, um nicht in den Verdacht einer „kriminellen Handlung" zu geraten, so *Walter ironisch*.

Berg mit langer Geschichte

Das Petersberg-Hotel bröckelt, und der Bund hat nicht einmal Geld für eine ständige Bewachung. Dabei hatten seine Vorbesitzer, die „4711-Dynastie", das seit 1969 geschlossene Hotel wie einen Augapfel gehütet. Konsul Rudi Mehl, der die Nobelherberge samt Wald und Mondscheinwiese, Kapellchen und *Zufahrtsstraße für 17,36 Millionen* Mark als Vertreter der Erbengemeinschaft 4711 an den Bund verkaufte, mußte bis zum Verkauf 1978 täglich 1000 Mark in die geschlossene Bettenburg stecken.

Für Romantiker ist der Petersberg ein „achtes Weltwunder"; der Blick hinab zum Rhein ist vielbesungen. Bei glasklarem Wetter sieht man den Kölner Dom. Die Geschichte des Berges geht bis in die graue Vorzeit zurück. Schon die Kelten hatten ihn für sich entdeckt. Sie bauten etwa im ersten Jahrhundert vor Christus den steinernen Ringwall, dessen Reste auch heute noch auf dem Berg erhalten sind. Bis auf das sechste Jahrhundert nach Christus soll auf dem Petersberg, der früher „Stromberg" hieß, eine heidnische Opferstätte gewesen sein. 1134 ließ sich hier ein Ritter Walter nieder, der eine Klausnergemeinschaft nach den Regeln des heiligen Augustinus gründete. Die heutige Petruskapelle, die 1764 eingeweiht wurde, ließ Abt Hermann von Heisterbach erbauen.

Den Snob-Appeal des Berges entdeckte erst unser Jahrhundert. Kölns Duftwasserfabrikant Ferdinand Mülhens errichtete zwischen 1912 und 1914 das Hotel; übrigens ohne Baugenehmigung. Maulesel karrten damals die Steine auf die Bergkuppe. „*Meinem Großvater* war klar, daß mit diesem Hotel keine Rentabilität verbunden sein kann", so Maria Mehl-Mülhens, die auf Schloß Röttgen bei Köln lebt. Ironie des Schicksals: Gleich nach der Eröffnung 1914 wurde das Haus bis 1928 wieder geschlossen.

Weltweite Schlagzeilen machte der Petersberg 1938. Der britische Premier Arthur Neville Chamberlain war hier abgestiegen, um mit Hitler im Godesberger Dreesen *über das Schicksal der Tschecho*slowakei zu verhandeln. 1945 wurde der Petersberg „alliierter Olymp". Die drei westlichen Hochkomissare machten von ihrem Besatzungsrecht Gebrauch. Der Volksmund taufte den Petersberg in „Monte Veto" um.

Hier eroberte Bundeskanzler Konrad Adenauer sich „schritt*chenweise" deutsche Souveränität* zurück, so mit einem weltberühmten ersten Schritt auf den roten Teppich, der den Komissaren vorbehalten war. Das Petersberg-Abkommen 1949, das die Demontage in der Bundesrepublik Deutschland beenden sollte, öffnete ihr die Rückkehr in die westliche Völkerfamilie.

Zwanzig Jahre im Staatsglanz

Erster Staatsgast im Hotel war 1954 Kaiser Haile Selassie. Ihm folgten der Schah von Persien, die Queen, die 60 Kilo englisches Tafelsilber mitbrachte, und als letzter 1974 Leonid Breschnew. Seit 1969 war das Hotel zwar schon wegen Unrentabilität geschlossen, doch für den Kreml-Chef wurde es für 300 000 Mark blitzrenoviert. Walter Scheel nutzte die Gelegenheit und feierte nach der Abreise Breschnews hier den letzten Bonner Diplomatenball.

Seit Jahren läßt das Auswärtige Amt neu planen. Professor Horst Linde, Freiburg, soll den Petersberg zum Gästehaus umbauen. Aber selbst die Planungskosten müssen schon aus versteckten Etats des Wohnungsbauministers hervorgezaubert werden. Riedl: „Ich kenne keinen Staatsbesucher, *der sich in den letzten Jahren über* unsere Gastfreundschaft beschwert hat. Uns Deutschen steht es gut an, unsere Gäste protokollgemäß, aber ohne Pomp zu empfangen." Die Bundesregierung hat dafür seit 1971 Schloß Gymnich angemietet. Man kommt dabei sogar noch „billig" weg: Mit der jähr*lichen Miete von 800 000 DM muß* der Besitzer, Freiherr Holzschuher von Harlach, auch Heizung, Parkpflege und die Gehälter des ständigen Schloßpersonals finanzieren.

Der Fund der Wilster Marsch – „eine Lappalie"

Kaum Aufregung wegen der 400 Behälter mit dioxinhaltigem Gift / Zwei Versionen über den Verwendungszweck

PETER ZERBE, **Brunsbüttel**

Unweit des Nord-Ostsee-Kanals bei Brunsbüttel an der Elbmündung bestimmt seit ein paar Jahren die Großchemie das wirtschaftliche und arbeitspolitische Bild der Wilster Marsch. Die fruchtbaren Böden sind mit die besten norddeutschen Weidegründe. Molkereien und Viehhändler haben aller*dings heute nicht mehr die Bedeu*tung wie die Chemiegiganten Bayer, Schelde oder die Chemischen Werke Hüls, um nur einige zu nennen. Trotz der in der flachen Landschaft unübersehbaren Industriekomplexe geht es hier immer noch gemütlich zu. Die Bauern sind so leicht nicht aus der Ruhe zu bringen.

Und so war es auch am Wochenende, als bekannt wurde, daß 400 Kondensatoren mit Chlophen, das bei Erhitzung das Seveso-Gift Dioxin freisetzt, bei einem Abbruchunternehmer sichergestellt wurden. Für Hans Bromberger, der seit Jahren Häuser abbricht und mit *den ausgeschlachteten Eichenbal*ken unter anderem sein Geld verdient, „eine Lappalie".

Der unter den 302 Einwohnern als Sonderling bekannte Bromberger hatte am 6. Juni bei dem Hamburger Schiffsabwracker Herbert Neumann 400 Kondensatoren – Behälter im Ausmaß 40 x 50 x 20 Zentimeter – gekauft. Über das, was er damit vorhatte, gibt es zwei Versionen, betonte Hans-Ulrich Steenbock, Leiter des Ordnungsamtes im Kreis Steinburg in Itzehoe. Bromberger hatte danach zunächst erklärt, er wolle im Auftrag seines Hamburger Geschäftspartners das dioxinhaltige Chlophen aus den Behältern holen. Später soll der Abbruchunternehmer erklärt haben, er beabsichtige, daraus Kupfer und andere Rohstoffe zu gewinnen. „Das ist jetzt ein Fall für den Staatsanwalt", betonte *Steenbock*.

Durch einen Zufall war die Behörde in Itzehoe auf die Behälter gestoßen. „Bei einer amtlichen *Brandschau zur Überprüfung der* Sicherheitseinrichtungen", so der Leiter des Kreis-Ordnungsamtes, „hatte einer meiner Mitarbeiter auf den Behältern die Aufschrift ‚CP 40' entdeckt. Da klingelte es bei ihm." Hinter diesem Kürzel verbirgt sich nämlich die Substanz Chlophen, wenn auch in einer etwas anderen Zusammensetzung.

Chlophen wird vor allem als Kühl- und Isolierflüssigkeit in Transformatoren und Kondensatoren verwendet. Bei normalen Temperaturen ist *die* unbrennbare Flüssigkeit völlig harmlos. Wird sie jedoch erhitzt, entsteht durch eine chemische Reaktion das gefährliche Gift Dioxin. Normalerweise reicht *schon eine Erwärmung auf* 200 bis 250 Grad aus, um das tödlich wirkende Dioxin in Chlophen freizusetzen. Die Zusammensetzung des „CP 40" hat dagegen eine *Siedetemperatur von 336 Grad*. Mit anderen Worten kann das tödliche Gift bei normalen Bränden, die Temperaturen zwischen 500 und *800 Grad erreichen, freigesetzt* werden. Erst bei mindestens 800 Grad wird Dioxin in speziellen Verbrennungsanlagen gefahrlos vernichtet. Wegen der Gefahr, die von „gewöhnlichen" Bränden ausgeht, werden jetzt alle chlophenhaltigen Transformatoren in Wohn- und Geschäftsgebäuden ausgewechselt. In der Bundesrepublik sind es noch einige tausend Stück. (Siehe WELT v. 21. 4.)

Doch die in der Brunsbütteler Region lebenden Menschen neh*men wenig Anteil an dem gifthalti*gen Fund in Landscheide. Der Arbeitsplatz ist ihnen wichtiger als ein paar Behälter mit Chlophen. In den Gaststätten dies- und jenseits des Kanals *sind Feuerwehrfeste* und Schützenaufmärsche wichtigere Themen. „Wir sind hier von der Chemie abhängig. Die paar Behälter in Landscheide sind doch *wirklich nur eine Lappalie*", meinte ein Polizeibeamter nach Dienstschluß.

Japaner „brillierten" nachts am Rhein

Eine Million Zuschauer beim Feuerwerk aus dem „Land der aufgehenden Sonne"

dpa, **Düsseldorf**

Zur Nacht der Rekorde verhalf der Landeshauptstadt Düsseldorf ein japanisches Spezialfeuerwerk über dem Rhein, das am späten Samstagabend zum „Knalleffekt" der derzeitigen Japan-Wochen wurde. Mit mehr als einer Million *Zuschauern waren die Besucher*zahlen der Rosenmontagszüge von rund 600 000 bei weitem übertroffen worden. „So viele Menschen dürften noch niemals in der Stadt gewesen sein", berichtete das Stadtpresseamt gestern. Die Rückfahrt der aus allen Himmelsrichtungen herbeigeströmten motorisierten Gäste dauerte an die zweieinhalb Stunden bis drei Uhr. Schon weit vor Beginn der Veranstaltung hatten die Fahrzeugkolonnen auf den Einfallstraßen bis zu zehn Kilometer weit gestanden.

Als die Sonne unterging, nahte für das Land der aufgehenden Sonne der große Augenblick, um seine Meisterschaft auch auf pyrotechnischem Gebiet zu *demonstrieren*. Die Menschenmassen drängten sich beifallklatschend an den Ufern, auf Baugerüsten, auf zwei Brücken und in illuminierten Passagierschiffen, als gegen 22.30 Uhr das anderthalbstündige Schauspiel begann. Windstille, ein dunkelblauer Nachthimmel und laue Temperaturen begünstigten das bisher wohl schönste und vielseitigste Feuerwerk in der Bundesrepublik.

Zauberhaft wirkten die Bilder der vier Jahreszeiten, die von der Frühlingswiese mit stilisierten *Schmetterlingen bis zum* Schneegestöber reichten. Was die Besucher überraschte, waren Techniken, bei denen sich aus dem Funkenregen in zweiter bis vierter Raketen-Stufe immer neue Motive fast in Himmelsbreite entfalteten. Damit alles weltumfassend erschien, verlegte man auf 500 Metern Uferrand für fünf Minuten die amerikanischen Niagara-Fälle auf den Rücken von Vater Rhein.

Die 24 eingeflogenen Pyro-Techniker, allesamt frühere Sieger der Jahreswettbewerbe in der Feuerwerker-Stadt Omagari nördlich von Tokio, erwiesen sich als ungemein flink. Sie verzichteten auf elektrische Zündung und griffen bei ihren 6100 Abschüssen eigenhändig zur Lunte. Manchmal belferten für Girlanden und herabschwebende Palmen ohrenbetäubende Salven wie sonst bei Schnellfeuerbatterien.

Oberbürgermeister Josef Kürten (CDU) legte auf den Rheinterrassen begeistert ein japanisches Drachenhemd mit Stirnband an. Für die 5000 Japaner, Vertreter von 300 Exportfirmen, *war dies der lang* erhoffte Tag, der bei aller Konkurrenz Freundschaft und Nachbarschaft symbolisieren sollte. Es gelang. Schiffssirenen tuteten gegen *Mitternacht* ein „Dankeschön"-Konzert.

Trotz des anschließenden nächtlichen Verkehrsstaus blieben die Massen heiter und gelassen. Auf den verstopften Rheinbrücken und Ausfallstraßen schoben junge Leute ihre Autos mit abgeschaltetem Motor, benzinsparend und umweltbewußt, Meter um Meter voran. Die Straßenreiniger hatten mehr Müll zu beseitigen, als die 125 Kubikmeter, die alljährlich am Rosenmontag anfallen. Die Einsatzzentrale der Feuerwehr *notierte* über 60 zusätzliche Krankenwagenfahrten: Kreislaufschwächen, Verletzungen nach Stürzen oder übermäßiger Alkoholgenuß waren meist *der Anlaß*.

Mit mehr als 100 kulturhistorischen, künstlerischen und handwerklichen Veranstaltungen dauern die unter Schirmherrschaft der beiden Außenminister stehenden Japan-Wochen noch bis in den August hinein.

LEUTE HEUTE

Specks Geständnis

„Ich fühle mich hier wohl, das Gefängnis Stateville ist mein Heim", erklärte der Krankenschwestermörder **Richard Speck**. Der *heute 41jährige Mann* sitzt acht Haftstrafen von theoretisch 50 bis 150 Jahren für den Mord an acht Krankenschwestern im Jahr 1966 in Chicago ab. „Jetzt, wo meine Mutter tot ist, habe ich kein Verlangen mehr, freizukommen".

Tanz im Stadion

Der Tänzer **Rudolph Nurejew** wirkte am Freitagabend zum ersten Mal an einer Ballett-Aufführung mit, die im Freien stattfand. Auf dem Favorita-Sportplatz von Paler*mo tanzte der Künstler unter Mit*wirkung des „Boston Ballett" in „Schwanensee" nach der Musik von Peter Tschaikowski.

Arme Sally

Die erste amerikanische Astronautin **Sally Ride** (32) ist zwar das berühmteste Besatzungsmitglied der am Samstag planmäßig gestarteten „Challenger"-Raumfähre, doch verdient sie in der Mannschaft am wenigsten. Spitzenverdiener ist mit 58 743 Dollar im Jahr Bordkommandant ***Robert Crippen* (45)**. Sally Ride muß sich mit „nur" 42 653 Dollar begnügen.

Fischsterben nach ausgelaufener Schwefelsäure

dpa, **Duisburg**

Etwa 130 Tonnen 96prozentiger Schwefelsäure sind bei Duisburg-Homberg in den Rhein ausgelaufen. Nach Angaben der Wasserschutzpolizei waren die Behörden erst durch ein lokales Fischsterben, das sich in den darauffolgenden Tagen zeigte, auf das Unglück aufmerksam geworden. Die Ermittlungen ergaben, daß die ätzende Flüssigkeit Mitte der Woche ausgetreten war, als bei der Beladung eines Säuretankers ein Ladeschlauch riß. Die Schwefelsäure lief in den Rhein und tötete die Fische in der näheren Umgebung. Das ebenfalls in der abgelaufenen Woche aufgetretene Fischsterben im Rhein zwischen der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz und Bonn hat sich fortgesetzt. Erneut schwammen größere Mengen toter Fische rheinabwärts. Nach Feststellungen der Landesanstalt für Wasser und Abfall in Düsseldorf ist die Vergiftung möglicherweise auf die Einleitung von größeren Mengen von Reinigungsmitteln zurückzuführen. Nach Beobachtungen von Zeugen war auf dem Brohlbach, der in Rheinland-Pfalz unterhalb von Andernach in den Rhein mündet, ein „*riesiger* Schaumberg" zum Strom getrieben worden. Entlang des Flüßchens haben sich Getränkehersteller, Metall- und Chemieunternehmen niedergelassen, die Reinigungsmittel benutzen.

Todesurteil in New Jersey

dpa, **New York**

Im US-Bundesstaat New Jersey ist seit der Wiedereinführung der Todesstrafe im vergangenen Jahr erstmals wieder ein Todesurteil verkündet worden. Der des Mordes schuldig befundene 44jährige Thomas Ramseur soll in der am 31. Juli beginnenden Woche hingerichtet werden. Der Angeklagte hatte seine Freundin erstochen und bereits wegen Ermordung seiner Ehefrau sieben Jahre im Gefängnis verbracht.

2000 Elefanten geschossen

AFP, **Harare**

Seit April sind in Zimbabwe 2000 Elefanten getötet worden. 4000 weitere werden in naher Zukunft vermutlich das gleiche Schicksal erfahren, nachdem die Regierung beschlossen hat, den Elefantenbestand zum Schutz der Pflanzenwelt um 20 Prozent zu verringern. Derzeit gibt es in Zimbabwe etwa 48 000 Elefanten. Ein ausgewachsenes Tier frißt täglich mehrere hundert Kilo Blattwerk und trinkt etwa 200 Liter Wasser.

Beulenpest bei den Navajos

AP, **Phoenix**

Im US-Staat Arizona sind drei Menschen an Beulenpest gestorben, deren Infektionsherd bei Kaninchen in einem Reservat des Navajo-Indianerstamms vermutet wird. Das jüngste Opfer der Seuche war *Mitte der Woche ein fünfjähri*ger Navajo-Junge. Zuvor war bereits ein 65jähriger Navajo-Schafhirte an der Pest gestorben. Aus Neu-Mexiko wurde der Tod eines Jungen gemeldet, der sich bei der Kaninchenjagd angesteckt haben soll.

Wirbelsturm in Kolumbien

AFP, **Barranquilla**

Hunderte von Menschen wurden am Wochenende durch einen verheerenden *Wirbelsturm in* der nordkolumbianischen Millionenstadt Barranquilla verletzt. Nach Angaben des einheimischen Roten Kreuzes wurden 200 Häuser zerstört. 1500 Menschen sind obdachlos.

Stollenbruch in Ecuador

AFP, **Quito**

Ein Stollenbruch in einem Goldbergwerk von Ecuador hat am Freitag mindestens 20 Menschenleben gefordert. rund 30 Bergleute wurden verletzt. Das Unglück *ereignete* sich in einem Bergwerk der Grubenstadt Dambiza in südlichen Verwaltungsbezirk Zamora Chinchipe.

Tödliche Verwechslung

AP, **Chicago**

Eine Reihe von Zyankali-Vergiftungen in Chicago im Herbst vergangenen Jahres *hat am Samstag* ein weiteres tödliches Nachspiel gehabt. Der 49jährige Roger Arnold, der seinerzeit im Zusammenhang mit den Giftanschlägen vernommen worden war, wurde von der Polizei der Ermordung eines 46jährigen beschuldigt, der am frühen Morgen beim Verlassen eines Lokals erschossen worden war. Der Anwalt Arnolds sprach von einer „Verwechslung". Arnold soll das Mordopfer irrtümlich für den Mann gehalten haben, der ihn mit seiner Aussage in *Verdacht gebracht hatte*.

Leben auf dem „Titan"?

AP, **Flagstaff**

Der amerikanische Astronom Barry Lutz vom Lowell-Observatorium in Arizona glaubt jetzt schlüssige Hinweise darauf zu haben, daß auf dem größten Saturn-Mond Titan atmosphärische Verhältnisse herrschen, die denen auf der Erde vor der Entstehung des Lebens ähnlich sind. Die Titan-Atmosphäre enthalte Sauerstoff, sagte er. Zusammen mit zwei Kollegen habe er auf dem Saturn-Mond zudem Kohlenmonoxid festgestellt, aus dem sich im Zusammenwirken mit Wasser und Sonnenlicht das für organisches Leben wichtige Kohlendioxid bilden könne.

ZU GUTER LETZT

Kaffee-Räubern ist ein schlafender 54 Jahre alter Fernfahrer in der Nacht zum Dienstag in Frechen bei Köln in die Hände gefallen, vermerkt dpa.